

Willy Klages

**Die Geheimorganisationen
des globalen
NWO-Terrorimperiums**

**Die
Neue Weltordnung
der USA
von 2011-2014**

NWO-Sonderheft Nr. 29



Die Neue Weltordnung der USA von 2011-2014

NWO-Sonderheft Nr. 29

NWO-Moloch USA vom 01.01.2011-31.12.2014

<u>Inhaltsverzeichnis</u>	<u>Seite</u>
Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Neue Weltordnung der USA von 2011-2014	2-97
Hinweise für den Leser Quellen- und Literaturnachweis	98-99

Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Neue Weltordnung der USA von 2011-2014

Verflucht sei die Rasse, die uns unser Land gestohlen und aus unseren Kriegern Weiber gemacht hat! Aus ihren Gräbern heraus werfen uns unsere Väter vor, Sklaven und Feiglinge geworden zu sein.

Tecumseh (1768-1813, Häuptling der Shawnee)

Im Verlauf des schwersten Erdbebens in der Geschichte Japans überflutete am 11. März 2011 ein Tsunami (durch Seebeben erzeugte Flutwelle) große Gebiete der japanischen Nordostküste. In den Wassermassen ertranken fast 20.000 Menschen. Im Kernkraftwerk Fukushima Daiichi ereignete sich aufgrund dieser Flutwelle ein Super-GAU, so daß die Bevölkerung in der Umgebung der Unglücksreaktoren evakuiert werden mußte.

Am 19. März 2011 begann der Libyenkrieg (Kriegsende: 23. Oktober 2011). Während des Krieges führte die NATO etwa 10.000 Angriffsflüge durch, die etwa 70.000 Bombenopfer fordern.

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete später (im Jahre 2013) im COMPACT-Spezial Nr. 2 über den Libyen-Krieg von März bis Dezember 2011 (x348/60-62):

>>Sex, Lügen und Videos

_von Raphael-Maria Grünwald/Andrea Ricci

Libyen: Im Krieg gegen den "irren Gaddafi-Clan" griff die westliche Propaganda auf bewährte Muster zurück. Ein kleiner Streifzug durch die Bomben-Argumente.

Der Lybien-Krieg war genau drei Tage alt, da meldete sich am 22. März 2011 Joseph ("Joscha") Fischer in der Süddeutschen Zeitung zu Wort. "Westerwelle", so Fischer, habe "den Schwanz eingezogen", als es im UN-Sicherheitsrat zur Abstimmung kam und Deutschland sich der Stimme enthielt. Angeblich seien in Libyen "unmittelbare deutsche und europäische Sicherheitsinteressen" berührt...

Wie sich die Debatte im Nachgang zu Deutschlands Stimmenthaltung in der UNO entwickelte, steht exemplarisch für die das Strickmuster der Kriegslegitimation, das sich im Westen nach dem Zusammenbruch des Ostblocks durchgesetzt hat. An zentraler Stelle steht das "Appeasement- beziehungsweise München-Argument", also der Verweis auf das britische Gewährlassen der reichsdeutschen Annexion des Sudetenlandes im Münchner Abkommen 1938.

Natürlich funktioniert das Argument dann besonders gut, wenn der jeweilige Schurke gleich

zum "Wiedergänger Hitlers" aufgeblasen wird, wie es Hans Magnus Enzensberger 1991 bei Saddam Hussein gemacht hat. Später wurde der Braune Peter an Slobodan Milosevic, Osama bin Laden und Mahmud Ahmadinedschad weitergeschoben.

Ähnlich beliebt sind Zuschreibungen aus der klinischen Psychiatrie. Nach dem "Irren von Bagdad", dem "Irren von Belgrad" und dem "Irren von Pjöngjang" tat sich die Bild-Zeitung mit Schlagzeilen wie "Das ist der irre Gaddafi-Clan" (23.2.2011) oder "Bereitet der irre Despot seine Flucht vor?" (23.3.2011) hervor.

Auch die evangelische Theologin Margot Käßmann bekannte: "Wir müssen die Libyer vor einem irrsinnig gewordenen Diktator schützen." (Zeit, 20.3.2011) Selbst Noch-Bundespräsident Christian Wulff brillierte mit ferndiagnostischen Fähigkeiten: "Gaddafi ist ein Psychopath". (Welt, 25.2.2011)

Arabischer Frühling

Der erste NATO-Krieg gegen ein muslimisches Land seit Afghanistan war leicht zu verkaufen, weil der Beschlußfassung in der UNO eine Resolution der Arabischen Liga vorausgegangen war, die ebenfalls die Durchsetzung einer Flugverbotszone gefordert hatte.

Für den flüchtigen Medienkonsumenten mochte es so aussehen, als ob der sogenannte arabische Frühling, der in anderen Ländern der Region wie Tunesien und Ägypten zum Rücktritt altgedienter Despoten geführt hatte, nun auf Libyen übergegriffen habe. Die NATO erschien nicht als Aggressor, sondern als Helfer einer Demokratiebewegung. ...

Doch im Unterschied zu den bis dahin gewaltfreien Rebellionen in Kairo und Tunis waren die libyschen Rebellen von Anfang an aggressiv vorgegangen. Bereits im Februar 2011 wurden vielerorts nicht nur Polizeistationen, sondern alle Arten öffentlicher Gebäude niedergebrannt. Besonders empörend: In der Großstadt Al-Baida wurden am "Tag des Zorns" fünfzig als "Söldner" bezeichnete Schwarzafrikaner exekutiert - eine Form rassistischer Gewalt, an der sich die Menschenrechtsfreunde im Westen aber nicht störten. Ende März 2011 meldete die New York Times, daß die CIA die Rebellen bereits "seit Wochen mit verdeckten Aktionen" unterstützte.

Die Rebellen verübten in zahlreichen Fällen Lynchjustiz an Schwarzafrikanern, in ihren Augen "Söldner Gaddafis".

Und: Der Beschluß der Arabischen Liga (AL), mit dem die USA, Frankreich und Großbritannien Druck auf den UN-Sicherheitsrat ausübten, war herbeigetrickst: Wie die Asia Times berichtete, waren von den 22 AL-Vollmitgliedern nur 11 bei der Abstimmung anwesend. Sechs von ihnen waren Mitglieder des Golf-Kooperationsrates (GCC), dem von den USA unterstützten Club von Königreichen oder Scheichtümern: Saudi-Arabien, Bahrain, Kuwait, Qatar, Oman und Vereinigte Arabische Emirate (VAE).

Es war der GCC, der zuerst für eine Flugverbotszone stimmte und mit diesem Votum zur Sitzung der Arabischen Liga marschierte. Saudi-Arabien hatte nur drei weitere Mitglieder zu "verführen", um neun Stimmen zu bekommen. Syrien und Algerien stimmten dagegen. Im Klartext: Von 22 Mitgliedern der Arabischen Liga stimmten nur neun für die Flugverbotszone. Qatar profitiert unmittelbar: Seine zwei Mirages machen bei der Bombardierung Libyens mit, während sich sein Hafen Doha auf die Vermarktung Ost-libyschen Öls vorbereitete.

Lügen um Bengasi

Um die westliche Öffentlichkeit auf Krieg einzustimmen, wurde im Februar/März 2011 besonders Bengasi zum Opfersymbol aufgebaut. Die ostlibysche Stadt war am 20. Februar von den Rebellen erobert worden und wurde in der Folge von Regierungstruppen belagert.

Daniel Cohn-Bendit, Fraktionsvorsitzender der Grünen im Europaparlament, trommelte: Wenn man "nicht etwas macht, dann wird Gaddafi zum Beispiel zum Einnehmen der Stadt Bengasi bereit sein, zum Beispiel Giftgas anzuwenden".

US-Außenministerin Hillary Clinton sprach später von "einem zweiten Srebrenica an einem

Ort namens Bengasi". In einer Ansprache am 1. April 2011 stellte US-Präsident Barack Obama den Krieg als Rettung in letzter Minute dar: "Wir sind eingeschritten, um ein Massaker zu verhindern."

Dabei hatte selbst US-Verteidigungsminister Robert Gates der Greuelpropaganda zunächst widersprochen: "Gates sagte, daß das Pentagon keine Bestätigung dafür habe, daß Revolutionsführer Gaddafi seine Bevölkerung tatsächlich aus der Luft habe beschießen lassen. Er habe das bisher nur Presseberichten entnommen." (FAZ, 3.3.2011) Auch der Bundesregierung lagen "keine detaillierten Informationen über Angriffe der libyschen Luftwaffe auf Zivilisten vor", so ihre Antwort auf eine Kleine Anfrage der Linken-Politikerin Sevim Dagdelen vom April 2011.

Am 7. März 2011 sendete der russische Fernsehsender Russia Today (RT) eine Reportage aus der angeblich todgeweihten Rebellenhochburg. Die Bilder aus Bengasi zeigten eine Urlaubersstadt am Meer, in der Kinder am Strand spielten und die Geschäfte voller Kunden waren. Das Leben auf den Straßen und Plätzen war gelöst, Angst vor Luftangriffen herrschte augenscheinlich nicht.

Allerdings konnten die RT-Reporter beobachten, wie ein Team des qatarischen Senders Al Djazeera auf einer etwas erhöhten Terrasse seine Kamera aufbaute und die Menschen auf dem Platz auffordert, nach vorn zu kommen um Anti-Gaddafi-Parolen zu rufen. Ein Al Djazeera-Mitarbeiter führte wie ein Dirigent Regie, während seine Kameramänner die "Wut" auf den Diktator filmten, die kurz darauf in die Wohnzimmer Europas und Amerikas flimmerten.

Wie dreist die Unkenntnis der westlichen Medienkonsumenten über Libyen von den Medien ausgenutzt wurde, zeigt ein weiteres Beispiel aus Bengasi. Die amerikanische UN-Botschafterin Susan Rice behauptete Ende April 2011, an libysche Regierungstruppen werde Viagra verteilt. Prompt titelte der Kölner "Express": "Gaddafi-Soldaten mit Viagra vollgepumpt".

Das Schweizer Boulevard-Blatt Blick setzte noch einen drauf: "Gaddafis Schergen vergewaltigen Frauen und Kinder." Einzige Quelle der ganzen Viagra-Geschichte: ein angeblicher Arzt namens Chalifa al Scharkassi. Wer dieser Scharkassi und wie glaubwürdig er ist, wollte niemand wissen.

Wie fadenscheinig die Behauptung ist, zeigt sich selbst beim flüchtigen Lesen des Blick-Artikels: "In Bengasi, so der Arzt, seien mehr als 100 Frauen von den Soldaten des Regimes vergewaltigt worden - während ihre Männer an der Front kämpften." Gaddafi-Soldaten sollen Massenvergewaltigungen ausgerechnet in Bengasi vorgenommen haben - also der Stadt, die seit Beginn des Bürgerkrieges die wichtigste Hochburg der Rebellen und mittlerweile Sitz ihrer Gegenregierung war?

Einseitigkeiten

Ende Mai 2011 kam dann eine neue Beschuldigung von Massenvergewaltigungen, die angeblich libysche Soldaten begangen hätten. Die in Großbritannien ausgebildete Psychologin Seham Sergewa behauptete bei CNN, sie habe 70.000 Fragebögen an Libyer verschickt, davon seien rund 60.000 zurückgeschickt worden und mehr als 200 davon hätten ein Kreuz bei der Frage gemacht, ob sie von Regierungstruppen vergewaltigt oder sexuell mißbraucht worden seien. Luis Moreno Ocampo, Chefankläger des Internationalen Strafgerichtshofes ICC in Den Haag, behauptete daraufhin, er habe nun eindeutige Hinweise darauf, daß Gaddafi Massenvergewaltigungen angeordnet habe.

Keine einzige dieser Anschuldigungen konnte durch Fakten gestützt werden - sogar bei Amnesty International reagierte man verwundert. Auch von einem "Genozid" könne nicht die Rede sein, so Amnesty International. Eine offizielle Delegation des UN-Menschenrechtsrats unter Leitung von Cherif Bassiouni - einem der Gründerväter des ICC - ging den Vorwürfen von Massenvergewaltigungen nach. Ohne Erfolg. Er und seine Ermittler konnten keine Beweise

für die Anschuldigungen finden. (Frankfurter Rundschau, 11.6.2011)

Typisch auch das Desinteresse der Leitmedien an Berichten über Greuelthaten der Rebellen. Immerhin ein Augenzeugenbericht schaffte es am 15. April 2011 in Die Welt. "Vor unseren Augen wurden so viele Menschen erstochen und geköpft." Zum Beweis zeigte der Zeuge ein Video, das er mit seinem Handy aufgenommen hatte. "Darin wird einem am Boden liegenden Mann mit einem langen Messer der Kopf abgeschnitten, was normalerweise nur radikale Islamisten mit ihren Feinden tun. Grausame Bilder, die man kaum ansehen kann."

Aber Die Welt läßt die Leser an ihren Zweifeln teilhaben, "ob das Video tatsächlich aus Misrata stammt, der eine Rebell und der andere ein Soldat der libyschen Armee ist". Diese - journalistisch selbstverständliche - Quellenkritik konnte man allerdings höchst selten bemerken, wenn Videos der Gegenseite über die "Verbrechen Gaddafis" verbreitet wurden.

"Kollateralschäden"

Den NATO-Bomben fielen nicht nur viele Zivilisten, sondern in einigen Fällen "versehentlich" sogar Aufständische zum Opfer. Solche "Kollateralschäden" wurden fallweise Gaddafi in die Schuhe geschoben. So meldete die Tagesschau am 27. März 2011: "Die USA werfen dem libyschen Machthaber Muammar Gaddafi die Inszenierung ziviler Opfer vor. Es gebe zahlreiche Geheimdienstberichte, nach denen Gaddafis Truppen von ihnen getötete Menschen an Angriffszielen der westlichen Allianz plaziert hätten, sagte Verteidigungsminister Robert Gates in einem Interview mit dem TV-Sender CBS News."

Anders sah es offensichtlich der Vatikan, der Ende März schwere Vorwürfe gegen die Alliierten erhob, nachdem bei Luftangriffen auf Tripolis mindestens 40 Zivilisten getötet worden waren.

Daß mit einem "Menschenfeind" wie Gaddafi kein Waffenstillstand geschlossen werden sollte, zeigte die rigorose Ablehnung von Vorschlägen, die er oder auch die Afrikanische Union gemacht hatten.

So hatte sich Gaddafi Ende April 2011 an die NATO gewandt und Verhandlungen angeboten. Die Libyer bräuchten, so Gaddafi, die Chance, ihre Konflikte selber zu lösen. Falls der Westen das libysche Öl wolle, könne man mit ihren Ölfirmen Verträge abschließen, betonte er. Die NATO und die Rebellen schmetterte diese Initiative mit dem Hinweis ab, daß man erst über Verhandlungen nachdenken werde, wenn die Regierungstruppen wieder in den Kasernen seien. Auf dem letzten Treffen der Libyen-Kontaktgruppe Anfang Mai forderten die USA schließlich, Verhandlungen mit Gesandten Gaddafis generell abzulehnen.

In der Nacht zum 1. Mai 2011 unterstrich die Allianz mit ihrem Luftangriff auf den von Gaddafi bewohnten Bab-al-Azizyah-Komplex in Tripolis - es war bereits der dritte dieser Art -, was sie von seinen Angeboten wirklich hielt. Bei diesem Angriff wurden einer seiner Söhne und weitere Familienmitglieder getötet. Spätestens hiermit haben Washington, London und Paris deutlich gemacht, daß ihr Ziel nicht der von der UN-Resolution 1973 geforderte "Schutz der Zivilbevölkerung", sondern der "Regime-Wechsel" war.

Als Gaddafi selbst am 20. Oktober 2012 gefangen genommen wurde, folterten und exekutierten ihn die Rebellen - so der Abschlußbericht von Human Rights Watch zum ersten Jahrestag des Verbrechens. Peter Scholl-Latour behauptet sogar, gestützt auf französische Militärkreise: "Gaddafi ist mit einer Eisenstange gepfählt worden." (Welt, 14.12.2011) Keiner der Schuldigen wurde vor das Kriegsverbrechertribunal in Den Haag gestellt.<<

Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" (12/2011) berichtete am 21. März 2011: >>**ENERGIE außer Kontrolle**

Unter dem Eindruck der Nuklearkatastrophe in Japan versucht die Kanzlerin eine 180-Grad-Wende in der Atompolitik: Die Regierung will schneller aus der Kerntechnik aussteigen als einst Rot-Grün und die erneuerbaren Energien beschleunigt ausbauen. Ist Merkels neuer Kurs glaubwürdig?

Es ist der übliche Empfang, den die Anti-Atom-Bewegung der Kanzlerin bereitet. "Abschalten", rufen die Demonstranten, als Angela Merkel am vergangenen Mittwoch im badischen Offenburg aus ihrem Dienstwagen steigt.

Keine zwei Wochen sind es mehr bis zur wichtigen Landtagswahl in Baden-Württemberg. In Japan steht ein Kernkraftwerk am Rande des Super-GAUs, und in der badischen Provinz richtet sich der Zorn der Ausstiegsaktivisten gegen eine Kanzlerin, die sie für eine willige Gehilfin der Reaktorindustrie halten. Trillerpfeifen schrillen, Anti-Atom-Plakate werden in die Luft gereckt, Buhrufe sind zu hören. Lautstark ist die Begrüßung, und wenn es nach den Demonstranten geht, soll das für den Rest des Abends so bleiben.

Es kommt anders.

Als die Protestler im Saal ihre Fahnen entrollen, präsentiert sich ihnen eine CDU-Chefin, die sie noch nicht kennen. Aus Merkel, der Kernenergie-Befürworterin, ist Merkel, die Ausstiegskanzlerin geworden. Die "besorgniserregenden Ereignisse" hätten "manches verändert", sagt sie. Sie spricht von der Kernkraft als "Brückentechnologie", von "Vorsorge" und vom "Zeitalter der erneuerbaren Energien". Die Schmährufe werden spärlicher, und dann sagt Merkel einen Satz, der den Saal endgültig zum Schweigen bringt. "Rot-Grün wollte einen Ausstieg bis 2020", ruft sie. "Wenn wir das Ziel schneller erreichen können, um so besser."

Die Republik erlebt eine atemberaubende politische Kehrtwende. Keine sechs Monate ist es her, daß die schwarz-gelbe Koalition die Laufzeiten der deutschen Kernreaktoren um bis zu 14 Jahre verlängert hat. Von einer "Revolution" sprach damals die Kanzlerin, und ihr Stellvertreter Guido Westerwelle lobte: Eine verantwortungsvolle Politik könne "nicht auf Kernkraft verzichten".

Jetzt will Merkel noch schneller aus der Risikotechnologie aussteigen als selbst ihre rot-grünen Amtsvorgänger. Offiziell sollen die sieben ältesten deutschen Atommeiler lediglich für eine dreimonatige Überprüfung abgeknipst werden. Doch intern ist längst klar, daß mindestens drei Reaktoren endgültig vom Netz müssen.

Es ist, als würde der Papst plötzlich für den Verkauf von Antibabypillen werben. Einst waren die Spitzen der schwarz-gelben Koalition angetreten, das Atomzeitalter zu verlängern. Jetzt liefern sie sich einen bizarren Wettlauf, wer am schnellsten sein Ende einläutet.

Noch ist ungewiß, wie das Reaktordrama im japanischen Fukushima ausgeht. Sicher ist dagegen, daß es die politische Landschaft in Deutschland verändern wird. Die Grünen wollen mit dem Rückenwind der neu aufgeflamnten Atomdebatte die SPD als Führungskraft im linken Lager ablösen, vielleicht schon am nächsten Sonntag in Baden-Württemberg. Umweltminister Norbert Röttgen, dem der Verlängerungsbeschluß die schlimmste Niederlage seiner Amtszeit beschert hatte, darf auf einen Wiederaufstieg als Merkels oberster Abschaltstrategie hoffen. Und die Union gibt eines ihrer letzten verbliebenen politischen Alleinstellungsmerkmale auf. Deutschland, einig Ausstiegsland.

Es ist ein riskantes Spiel, das Merkel begonnen hat, und derzeit spricht wenig dafür, daß sie am Ende als Gewinnerin den Platz verläßt. Zu abrupt ist der Schwenk, zu schlecht ist er vorbereitet. In den eigenen Reihen fürchten viele, daß Merkels sogenanntes "Moratorium" juristisch schwach unterfüttert ist, und sie sorgen sich um die Glaubwürdigkeit des bürgerlichen Lagers. Kann sich eine Partei, die Kernkraft noch vor kurzem als "Ökoenergie" gefeiert hat, glaubwürdig an die Spitze der Anti-Atom-Bewegung stellen?

Wahrscheinlich nicht, so zeigen erste Umfragen. Fast 70 Prozent der Deutschen halten Merkels Kurswechsel für ein Wahlkampfmanöver, und in Baden-Württemberg könnte der Fukushima-Schock Schwarz-Gelb die Mehrheit kosten. Eine Woche vor der Wahl, so ermittelte Infratest dimap, verlor die CDU drei Prozentpunkte an die Grünen.

Das Mißtrauen ist groß, aber Merkel sieht keine Alternative. Daß in einem Hochtechnologie-Land wie Japan eine Reaktorkatastrophe dieses Ausmaßes möglich ist, sieht sie als "Ein-

schnitt für die ganze Welt". Weiter so? Unmöglich. Und so löst Merkel unter dem Eindruck der Schreckensbilder aus Fukushima eine politische Kettenreaktion aus, von der sich noch nicht sagen läßt, ob sie unter Kontrolle bleibt.

Der Prozeß beginnt am Freitag der vorvergangenen Woche, als in Japan um 6.45 Uhr deutscher Zeit die Erde wackelt, ein Beben der Stärke 9,0, rund vier Stunden später ruft die japanische Regierung den atomaren Notfall aus.

Während das Ausmaß der Verheerungen klar wird, sitzt Umweltminister Röttgen in einer Besprechung mit Abteilungsleitern seiner Behörde in Bonn. Die Runde wird unterbrochen, man stellt einen Krisenstab zusammen, der Informationen sammeln und die Lage analysieren soll.

Angela Merkel ist an diesem Tag nach Brüssel geflogen. Während der Sitzung des Europäischen Rats schickt ihr das Newscenter in Berlin eine SMS nach der anderen auf ihr Handy, zusätzlich surft die Kanzlerin im Internet. Intuitiv, erzählt eine Vertraute, sei Merkel bereits Freitagabend klar gewesen, "daß die ganzen Antworten, die man nach bestem Wissen und Gewissen in der Atompolitik gegeben hat, jetzt nicht mehr reichen". Davon merkt man zunächst nichts.

Am Samstag spitzt sich die Lage in Japan zu, im ersten Reaktor gibt es eine Explosion, die Angst schwappt nach Deutschland. Umweltminister Röttgen und Kanzleramtschef Ronald Pofalla bekommen diese Angst auf dem Parteitag der NRW-CDU in Siegen zu spüren - von der eigenen Basis. Röttgen spürt, daß auch in der CDU die Stimmung kippt. Früher war das Bekenntnis zur Kernkraft stets ein emotional bejubelter Programmpunkt bei solchen Veranstaltungen. Jetzt nicht mehr.

Merkel telefoniert am Mittag mit CSU-Chef Horst Seehofer, sie erörtern mehrere Varianten, darunter auch die Option, in der Atompolitik alles beim Alten zu belassen. Aber sie testet auch erstmals die Idee eines Moratoriums, einer kurzzeitigen Aussetzung der Laufzeitverlängerung. "Behalt es erst mal für dich", bittet Merkel.

Am frühen Abend kommen die Spitzen der Koalition im Kanzleramt zusammen. In Baden-Württemberg, wo diesen Sonntag gewählt wird, gehen zu dieser Zeit 60.000 Menschen gegen die Atomkraft auf die Straße. Wieder wird die Idee eines Moratoriums erörtert. Doch vor allem FDP-Chef Westerwelle sperrt sich gegen eine Abkehr vom alten Kurs. Man dürfe jetzt nichts übertreiben, nicht vorschnell reagieren. Die Runde geht ohne Entscheidung auseinander. Noch deutet wenig auf eine 180-Grad-Wende der Bundesregierung hin.

Zur gleichen Zeit hat der baden-württembergische Ministerpräsident Stefan Mappus seine wichtigsten Berater und Mitarbeiter zum Krisentreffen in Stuttgart versammelt. Mappus schwitzt dieser Tage viel, er war der raubeinigste Verfechter der Atomkraft in der Union, nun fürchtet er um seine Wahl am kommenden Sonntag. Die Runde beschließt, sich an Berlin zu wenden. Von dort müsse ein klares Zeichen kommen, daß die Ereignisse in Japan eine Zäsur darstellen.

Ein Moratorium wird verkündet

Den Sonntag verbringt Merkel zu Hause, sie guckt fern, scannt das Internet, telefoniert viel. Als Merkel am frühen Abend dem ARD-Journalisten Ulrich Deppendorf Rede und Antwort steht, ist sie noch ganz auf alter Linie. "Ich kann heute nicht erkennen, daß unsere Kernkraftwerke nicht sicher sind, sonst müßte ich ja mit meinem Amtseid sie sofort abschalten", sagt Merkel.

Wenig später gilt diese Linie nicht mehr. Gegen 21 Uhr versammelt sich die Koalitionsrunde im Kanzleramt. Die Teilnehmer entscheiden, die Laufzeitverlängerung auszusetzen. Bis Dienstag soll die Moratoriumsidee jedoch geheim bleiben. Dann will Merkel ihre Ministerpräsidenten davon überzeugen. Ein Kabinettsmitglied der Union wird diesen Beschluß später als "politische Panikreaktion" bezeichnen.

Während in Japan die Lage am Atomkraftwerk Fukushima weiter eskaliert, tritt am Montag-

morgen das CDU-Präsidium zusammen. Umweltminister Röttgen kommt gleich zur Sache und wiederholt seine alte Forderung nach einem schnellen Ausstieg aus der Atomkraft. Er warnt vor einem "Tsunami", der die Union einzuholen drohe, falls sie jetzt kein klares Signal setze. Merkel widerspricht, auch Fraktionschef Volker Kauder und Hessens Ministerpräsident Volker Bouffier sind anderer Auffassung.

Dann wird ihr die Nachricht in die Sitzung gereicht, daß Vizekanzler Westerwelle den Moratoriumsplan in Grundzügen bereits ausgeplaudert habe. Merkel ist stocksauer, eigentlich wollte sie die Idee erst am Dienstag nach ihrem Treffen mit den Ministerpräsidenten verkünden. Jetzt ist sie gezwungen, den Plan im Präsidium vorzustellen.

Einige Mitglieder sind skeptisch, Energiekommissar Günther Oettinger hat Zweifel, ob sich die Atomwende juristisch halten läßt. Begründet werden soll das Moratorium mit dem Notstandsparagrafen 19 Absatz 3 des Atomgesetzes, die Idee stammt aus Röttgens Umweltministerium. "Auf welche Rechtsgrundlage wollt ihr das denn stellen?", fragt Oettinger. "Wo kein Kläger, da auch kein Richter", antwortet die Kanzlerin.

Merkel nimmt Kontakt zu einigen Chefs der großen Stromkonzerne auf und fragt, ob sie vielleicht bereit seien, jeweils auf einen Meiler zu verzichten, zumindest vorübergehend. Das wären dann vier oder fünf, die zunächst stillgelegt würden. Die Antworten sind ausweichend.

Als die Kanzlerin am Dienstagvormittag in Berlin mit den Ministerpräsidenten jener Länder zusammentrifft, in denen Atomkraftwerke stehen, entwickelt sich eine eigenwillige Dynamik. Plötzlich wollen alle ihre alten Meiler loswerden. Zunächst möchte der Baden-Württemberger Mappus Neckarwestheim 1 dichtmachen. Als Nächstes regt der Bayer Seehofer die Stilllegung seines Kraftwerks Isar 1 an. Dann sieht sich auch der Hesse Bouffier genötigt, sich von Biblis A zu trennen. So werden aus der eigentlich geplanten Stilllegung von vier oder fünf Kraftwerken plötzlich sieben.

Auf der anschließenden Pressekonferenz sagt Merkel, die Regierung wolle die "Energiewende beschleunigen". Es soll wie ein durchdachter Plan klingen, wie kontinuierliche Politik. In Wahrheit ist es eine Notgeburt, hastig entworfen, undurchdacht, ohne Konzept.

Das soll nun Umweltminister Norbert Röttgen liefern, der eigentliche Wende-Gewinner. Im vergangenen September war er beim entscheidenden Atomgipfel im Kanzleramt mit seiner Linie noch krachend gescheitert. Er wollte den Konzernen damals höchstens sechs Jahre zusätzliche Laufzeit zugestehen und alle Meiler gegen Flugzeugabstürze sichern lassen. Ein solcher Schutz sei zu teuer, hielten ihm Kanzlerin und Konzerne entgegen. Am Ende stand eine Laufzeitverlängerung um durchschnittlich zwölf Jahre.

Nach Fukushima läßt der Umweltminister jeden spüren, wie falsch das damals war. "Für ihn steht das jetzt unter der Überschrift Rückspiel", sagt ein Teilnehmer der Runde.

Kaum war die Sitzung vorüber, rief Röttgen in seinem Ministerium am Alexanderplatz zwei Arbeitsgruppen zusammen:

Ein Team um Staatssekretär Jürgen Becker kümmert sich um den beschleunigten Ausbau erneuerbarer Energien. Die andere Gruppe, unter Leitung des Abteilungsleiters Reaktorsicherheit, Gerald Hennenhöfer, arbeitet am beschleunigten Atomausstieg.

Statt Kungelrunden mit Konzernen will Röttgen einen gesellschaftlichen Konsensprozeß initiieren, an dem Gewerkschaften, Kirchen und Umweltverbände beteiligt sein sollen. Der Minister will das Atomgesetz ändern, um ein schnelles Abschalten zu verankern.

Der zweite Ausstieg

Mehrere der älteren Reaktoren, die entweder bereits stillstehen oder in den kommenden drei Monaten zu Prüfzwecken stillgelegt werden, sollen nach seinem Willen dauerhaft vom Netz. Die verbleibenden Meiler sollen dann bis Anfang der zwanziger Jahre stillgelegt werden. Röttgen will auch zahlreiche "Nachrüstmaßnahmen" für die deutschen Atommeiler vorschreiben, wie aus einem Papier seines Ressorts hervorgeht: verbunkerte Notsteuerstellen, neue

Kühlsysteme, besserer Schutz vor Wasserstoffexplosionen - lauter Maßnahmen, mit denen die Sicherheit der Reaktoren verbessert werden soll.

Zur Debatte stehen Milliardeninvestitionen, die Kernkraft in Deutschland sofort unrentabel machen würden. "Es gibt historische Momente, die man ergreifen muß, wenn man etwas will", heißt es in seinem Hause. Von einem "Todesstoß" sprechen Vertreter der Atombranche. Zugleich will Röttgen am kommenden Dienstag einen Plan vorlegen, wie Atomstrom rasch von Ökostrom verdrängt werden kann.

Das Konzept könnte zum tiefsten Eingriff in den Energiemarkt seit Jahrzehnten werden. Röttgens Ministeriale bereiten ein Anreizprogramm für neue Stromleitungen vor, sie wollen mehr Bundesgelder zur energetischen Gebäudesanierung bereitstellen, Investitionen in Stromspeicher fördern und Vorfahrtsregeln für neue Energie-Investitionen erlassen. Unter anderem sollen die Klagemöglichkeit gegen Stromtrassen eingeschränkt und der Bau unterirdischer Kohlendioxidspeicher erleichtert werden.

Die Botschaft ist unmißverständlich: Ab sofort wetteifert das Kabinett Merkel mit Rot-Grün darum, wer der effizientere Atomaussteiger ist. In so eine scharfe Kurve hat sich in der Energiepolitik noch keine Regierung zuvor begeben.

Die Eile führt zu handwerklichen Fehlern. Zuerst sagte Kanzlerin Merkel, das Atomgesetz werde ausgesetzt. Dann fiel ihr auf, daß nur das Parlament dazu befugt ist. Zuerst dachte die Regierung, das Moratorium werde kein Geld kosten. Dann rechneten Juristen vor, daß Schadensersatz fällig werden könnte, wenn Konzerne gegen die Anweisung klagen.

Die große Schwachstelle ist der Paragraph, den Röttgens Atomstrategen zum Ausgangspunkt des neuen Kurses gemacht haben. Kernkraftwerke können laut Paragraph 19 des Atomgesetzes ganz oder zeitweilig vom Staat stillgelegt werden, wenn "Gefahren für Leben, Gesundheit oder Sachgüter" bestehen.

Doch ist das so? Schließlich hat die Koalition denselben Anlagen noch kürzlich attestiert, sicher zu sein. Selbst im Bundesumweltministerium gibt es Zweifel. "Da legen wir das Atomgesetz sehr weitgehend aus", heißt es intern.

Nun wächst die Sorge, daß die Stromindustrie auf eine finanzielle Kompensation drängen könnte. Der Stillstand der Meiler kostet die Branche rund 500 Millionen Euro. Deshalb begann schon kurz nach der Verkündung ihres Plans ein Schwarzer-Peter-Spiel. Röttgens Chefstrategie Hennenhöfer schrieb am 16. März an die Atomländer, er "bitte" sie, die vorübergehende Stilllegung auf den umstrittenen Paragraphen 19 zu gründen. Die Länder hatten mit einer knallharten Weisung gerechnet, weshalb der niedersächsische Ministerpräsident David McAllister in der ungewöhnlich höflichen Formulierung eine Falle witterte: Der Bund, so seine Vermutung, wolle mögliche Folgekosten auf die Länder abwälzen.

Am vergangenen Donnerstag intervenierte er bei Kanzleramtschef Pofalla. Der versprach, der Bund werde das Land nicht hängenlassen, wenn es Probleme gebe. Schließlich erklärte sich Niedersachsen doch bereit mitzumachen. Im Gegenzug erwartet McAllister nun in der kommenden Woche beim Treffen mit der Kanzlerin Zusagen für ein stärkeres finanzielles Engagement des Bundes bei der Asse-Sanierung oder bei den Castortransporten nach Gorleben.

Zahlen müßte Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU), dem ein beschleunigter Ausstieg ohnehin Einbußen bescheren würde. Wenn Reaktoren dauerhaft abgeschaltet werden, könnten die Einnahmen aus der Brennelementesteuer künftig um etwa ein Fünftel zurückgehen, schätzen CDU-Finanzpolitiker.

Und ausgerechnet das Programm zur CO₂-Gebäudesanierung könnte auf der Kippe stehen. 500 Millionen Euro, gut die Hälfte des Budgets in diesem Jahr, stammen aus dem Sonderfonds Energie, den die Konzerne speisen. Kein Wunder, daß in der Unionsfraktion Kritik laut wird. Ihr Chef, Volker Kauder, beruhigt seine Truppen mit der Prognose, daß in drei Monaten schon wieder alles anders sein könnte. "Ich lehne es ab, daß wir zum Start des Moratoriums

schon wissen, was rauskommt", sagt er. Und der frühere CSU-Parteichef Erwin Huber warnt: "Die Union darf nicht so tun, als wäre die Energiepolitik, die sie seit Jahrzehnten vertreten hat, plötzlich alter Käse."

Noch hitziger ist vergangenen Dienstag die Stimmung in der FDP-Fraktion. Die Kanzlerin ist da, sie stellt das neue Konzept für die Euro-Rettung vor, doch die Atomdebatte dominiert. Schon wieder, so empfinden es viele Abgeordnete, wird die Fraktion von der Regierung vor vollendete Tatsachen gestellt. Das sofortige Abschalten der sieben Meiler sei "ohne ein gesamtwirtschaftliches Konzept nicht zu machen", sagt der Berliner Abgeordnete Martin Lindner. Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle läßt durchblicken, daß er die Vorbehalte teilt. Es sei typisch für die Deutschen, daß sie jetzt so "hysterisch" reagierten, sagt Brüderle. Keine Nation habe so hektisch Beschlüsse gefaßt wie Deutschland.

Andere frühere Atomkämpfer machen dagegen ihren Frieden mit der neuen Lage. Der wirtschaftspolitische Sprecher der CSU-Landesgruppe, Georg Nüßlein, hat das Kernkraftwerk Gundremmingen im Wahlkreis stehen. Er hat es immer verteidigt. Nun sagt er: "Wenn dein Pferd tot ist, dann steig ab." Es gebe zwar noch ein paar Kollegen, die auf dem toten Gaul weiterreiten wollten. "Jetzt geht es aber um die Frage, wann und wie die Beerdigung stattfindet."

Die Meinungen in der Koalition gehen weit auseinander. Wie daraus ein konsistenter Kurs werden soll, weiß auch die Kanzlerin nicht. Das Risiko besteht, daß sich ihre Wende als Schnellschuß erweist: juristisch, finanziell und politisch.

Rot-grüne Spannungen

Der Atomausstieg war nie ein Anliegen von Unionspolitikern, er war das identitätsstiftende Projekt der ersten rot-grünen Regierung unter Gerhard Schröder. Bis heute feiern es Sozialdemokraten wie Öko-Aktivisten als einen ihrer größten Erfolge, den mächtigen Stromkonzernen ein Enddatum für die Kernenergie abgetrotzt zu haben.

Verständlich, daß die beiden Parteien nun daran anknüpfen wollen. Am 27. März, das ist die Botschaft ihrer Parteiführungen, wird in Baden-Württemberg nicht mehr nur über eine neue Landesregierung abgestimmt, sondern über die Energiewende in Deutschland. Über die Rückkehr zum Atomausstieg.

Um zu gewinnen, müssen Rote und Grüne vor allem bürgerliche Wähler gewinnen. Und die, so lautet die Analyse in den Parteizentralen von SPD und Öko-Partei, schätzen es nicht, wenn Politiker allzu rechthaberisch auftreten, schon gar nicht im Angesicht einer Jahrhundertkatastrophe. Deshalb lautet die neue rot-grüne Parole: nur nicht übertouren.

Die Grünen bemühten sich vorige Woche besonders darum, bloß nicht zu viel Triumph zu zeigen. Fraktionschef Jürgen Trittin gab sich im Bundestag betont staatsmännisch und sagte, auch für die Grünen werde es wegen der vielen neuen Stromleitungen, die nötig sind, "unbequem" werden. Man wolle sich als "Stimme der Vernunft" präsentieren, so die interne Ansaage. Die Umfragen verzeichneten nach längerer Flaute wieder einen steigenden Zuspruch für die alte Anti-Atom-Partei. Der Grünen-Führung war das Beleg dafür, daß die Kraft in diesen Tagen vor allem in der Ruhe lag.

Das sollte auch der nordrhein-westfälische Landtagsabgeordnete Hans Christian Markert erleben. Der umweltpolitische Sprecher der Grünen-Landtagsfraktion mailte vorigen Donnerstag einen Neun-Punkte-Plan zum beschleunigten Ausstieg aus der Atomwirtschaft nach Berlin, der radikaler war als das rot-grüne Vorläuferkonzept.

Dem Bundesvorstand ging das entschieden zu weit. Dessen Antrag für den kleinen Parteitag am Wochenende in Mainz blieb wesentlich vager. Danach wollen die Grünen den Ausstieg zwar bis 2017, aber sie "streben" ihn lediglich an - wenn bis dahin genügend Alternativenergien zur Verfügung stehen.

Die SPD kann sich über die neue politische Großwetterlage ebenfalls nicht ungetrübt freuen.

Die Genossen plagt eine begründete Angst: Im Zweifel wählen die Leute das Original, und das sind in diesem Fall die Grünen. Um so lauter muß die SPD klappern. "Die Bundesregierung hat mutwillig den Energiekonsens zerstört, den SPD und Grüne in Deutschland hergestellt hatten", sagt Thüringens SPD-Wirtschaftsminister Matthias Machnig. "Die Regierung ist gut beraten, zu diesem Energiekonsens zurückzukehren, damit spätestens 2021 das letzte Atomkraftwerk vom Netz geht."

So könnte die lautstarke Atomdebatte der vergangenen Woche paradoxerweise zu einem neuen politischen Konsens im Lande führen, mit dem rot-grünen Ausstiegsgesetz als Kompromißlinie. Die Angst vor dem Atom könnte zudem den Weg bahnen in eine grünere Energiezukunft, mit mehr Windrädern, neuen Elektrizitätsnetzen, aber auch höheren Strompreisen.

Noch ist nicht sicher, ob die Bundesbürger bereit sind, die Konsequenzen eines beschleunigten Atomausstiegs zu tragen. Höchst wahrscheinlich ist dagegen, daß es viele Europäer nicht sind.

Als die Kanzlerin vergangene Woche forderte, das Thema Atomkraft auf die Tagesordnung des europäischen Gipfels diese Woche in Brüssel zu setzen, meldeten die Vertreter Frankreichs und Großbritanniens Vorbehalte an. "Frankreich unterstrich die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten zur Wahl des Energiemix", heißt es in einem Drahtbericht der Ständigen Vertretung Deutschlands in Brüssel. Noch größer war der Widerstand der Briten, wie aus der Depesche hervorgeht: "Großbritannien", heißt es in dem Bericht, warne "vor übereiltem Aktionismus".<<

In zahlreichen syrischen Städten ereigneten sich am 22. April 2011 große Demonstrationen Präsident Assad. Während der gewaltsamen Auseinandersetzungen wurden vermutlich über 70 Demonstranten getötet.

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete später (im Jahre 2013) im COMPACT-Spezial Nr. 2 über den Syrischen Bürgerkrieg ab 2011 (x348/63-65): >>**Syrien: Wie alles anfang**

Ein Konflikt in der Beduinenstadt Daraa im Frühjahr 2011 war der Zündfunke, der Syrien in Brand setzte. Obwohl Präsident Assad alle Forderungen der Bewohner erfüllte, begannen ausländische Kämpfer mit dem Schießen.

_ von Dorothea Schäfer

Geplant war es schon lange. Angefangen aber hat es in Daraa, einer Stadt mit knapp 100.000 Einwohnern an der Grenze zu Jordanien. Obwohl Daraa eine Beduinenhochburg ist wie Homs und Hama, hat man es anfangs im Westen so dargestellt, als sei es der Beginn einer Studentenrevolte. Das war falsch, denn den Studenten ging es in Daraa wie überall in Syrien durch die Bank gut. Es war ganz anders: Da war eine Gruppe Jugendlicher, fast noch Kinder, die Anfang Februar 2011 verantwortlich zeichneten für eine Aktion, bei der es zu Personen- und Sachschaden kam. Die Fast-noch-Kinder landeten im örtlichen Gefängnis, wo man ihnen un- gut mitspielte.

Es waren Tage vergangen, bis die Väter und Onkel und Scheichs einen Termin beim Bürgermeister erreicht hatten. Sie wurden vorstellig und baten: "Gebt uns unsere Söhne und Neffen zurück. Es sind Tage vergangen, sie hatten Strafe genug - und es sind Kinder, einige unter ihnen sind gerade erst sechzehn Jahre." Der Disput ging hin und her.

In dieser Gegend tragen die Beduinen traditionelle Bekleidung: den langen Kaftan und als Kopfbedeckung Kufiya, ein weißes oder farbiges Baumwolltuch, gehalten von einer meist schwarzen Baumwollkordel, dem Aqal. Außer im ganz privaten Umfeld gehört es sich nicht, sich ohne Kopfbedeckung zu zeigen; es wäre nicht ehrenvoll. Die Kopfbedeckung ist ein Symbol für die Ehre, insbesondere die Aqal.

"Gib uns unsere Kinder zurück - sie sind das Kostbarste, das wir haben. Wir ergeben uns Dir - sag, was Du willst. Und als Pfand unserer Unterwerfung geben wir unsere Ehre!", sagten die

Väter und Onkel und nahmen - Welch ein Schritt! - zum Zeichen, wie ernst es ihnen war, vor dem Bürgermeister ihre Kufiyas und Aqals ab und legten sie auf seinen Schreibtisch. Welch Geste!

Assad stoppt die Bürokraten

Und der Bürgermeister? Der machte eine wegwerfende Geste mit dem Arm und fegte seinen Schreibtisch leer: "Weg mit diesem dreckigen Zeug..." und mit einer Handbewegung ließ er den in Kufiyas und Aqals manifestierten Stolz der Beduinen im nächstbesten Papierkorb entsorgen. Nun... daraufhin ging es recht heftig zu. Nicht nur auf dem Bürgermeisteramt - das ganze Städtchen Daraa probte den Aufstand.

Die Kunde drang ziemlich schnell zum Präsidenten, der umgehend reagierte: Die Kinder kamen, wenn auch etwas lädiert (und wie gemunkelt wird, soll wohl auch eines gefehlt haben) umgehend aus dem Gefängnis frei. Der Bürgermeister, wie auch der ebenfalls in die Affäre verwickelte Gouverneur, wurden ihres Amtes enthoben und zur Verantwortung gezogen. Und - geübt im Umgang mit all den Ethnien in seinem Land - schickte der Präsident seine Entschuldigung an die Väter, Onkel und Scheichs, einhergehend mit einer Einladung zum Gespräch im Präsidentenpalast. Ganz im Sinne der Beduinentraditionen hieß es in der präsidentialen Nachricht: "Nur ihr und ich - keiner dazwischen!"

Kaum war die Nachricht überbracht, trafen Reisebusse aus Damaskus ein, und nicht nur die Väter, Onkel und Scheichs nahmen Platz, auch die Schulleitung, die Lehrer und der Vorstand des Jugendfreizeitheims. Der Präsident entschuldigte sich: Es hätte niemals vorkommen dürfen. Und er hörte dem zu, was ihm die Beduinen berichteten, und man diskutierte, was für die jungen Leute getan und was verbessert werden konnte. Es wurde auch erörtert, wie es überhaupt zu den Vorfällen kommen konnte - Graffiti und mutwillige Zerstörung an Gemeinschaftseigentum werden in der Region bei der jungen Generation nicht nur kaum praktiziert, sondern sind eher ziemlich unbekannt.

Zwei- bis dreimal am Tag wurde von ver mummt von den Dächern auf alles, was sich bewegt, gefeuert - Männer, Frauen, Kinder, Katzen, Hunde, Vieh - egal.

Die Spur führte zu einer Lehrerin, die den Jugendlichen ausführlich geschildert hatte, wie es im Westen zugeht und sie zu ihrem Tun ermutigt hatte. Von ihr hatten sie erfahren, daß dies "Revolution" sei. Ein im gegebenen Kontext eher skurril anmutendes Detail, dem man zu jenem Zeitpunkt nicht übermäßig Aufmerksamkeit schenkte - das kam erst später, als ein anderer Zusammenhang da war.

Irgendwann dann ging es im Gespräch um Wiedergutmachung. "Was wollt ihr?", fragte Assad. Das Entrichten von Blutgeld oder ähnlichen Wiedergutmachungen ist in Beduinenkreisen auch heute nichts Ungewöhnliches, sondern eine nützliche und heutzutage zunehmend praktizierte Technik, die Blutrache und ähnliche Dinge vermeiden hilft.

Da war Verschiedenes, das sie sich zum Teil lange schon für ihr Städtchen, für ihre Gemeinschaft, für die Familie gewünscht hatten. Der Präsident sagte: Ja. Und: Ja. Und dann kam ein merkwürdiger Wunsch, der zentrale Wunsch: Man habe aufgrund der Vorfälle derzeit das Vertrauen in die Obrigkeit verloren, man brauche Zeit und Abstand, um dieses wiedergewinnen zu können.

Aus diesem Grund wolle man für einen näher zu bestimmenden Zeitrahmen keine Staatspräsenz, insbesondere keine Polizei mehr in Daraa. Der Präsident war verblüfft: Keine Polizei? Was sei denn bei kleinkriminellen Vorfällen wie Diebstahl, Einbruch, Betrug? - "Wir schützen uns selbst", lautete die Antwort. Und die Regelung des zeitweise nicht unerheblichen Verkehrsaufkommens an zentralen Brennpunkten der City? - "Wir regeln das selbst". Assad zögerte: Für wie lange solle die Regelung denn gelten? Ein paar Wochen nur ... Nun gut. Er gewährte auch dies.

Die Väter, Onkel und Scheichs, auch die Schulleitung, die Lehrer und der Vorstand des Ju-

gendfreizeitheimen nahmen ihre Plätze in den Bussen wieder ein und fuhren heim. Dort gab es viel zu berichten von der Reise nach Damaskus, und zunächst ließ sich alles erstaunlich gut an: Man organisierte sich selbst und es funktionierte, sogar der Straßenverkehr soll, nachdem die Beduinen die Regelung übernommen hatten, reibungslos funktioniert haben.

Ankunft der Terroristen

Es waren keine zwei Wochen ins Land gegangen, da tauchten Fremde auf in Daraa. Erst einige, dann viele, und immer mehr. Zunächst aus Jordanien und dem Libanon, dann aus Saudi-Arabien und Ägypten. Erst einfach nur Fremde, die sich unter die Bevölkerung mischten:

"Ihr seid doch wohl nicht zufrieden, nach all dem, was hier passiert ist! Ihr habt euch mit wenig abspesen lassen! Schön blöd - reingefallen! Habt euch von der Regierung einwickeln lassen, typisch Beduinen - einfache Gemüter. Wann werdet ihr lernen, euch zu wehren? Laßt euch das doch nicht gefallen. Ihr wart doch mal Krieger - die Herren der Wüste! Und jetzt? Jetzt kuschelt ihr!"

Daraa ist ein Grenzstädtchen ganz im Süden. Israel ist nicht weit, es sind nur 50 Kilometer Luftlinie nach Tiberias und 75 nach Nazareth. Nach dem sogar nur 25 Kilometer entfernten Idlib auf der jordanischen Seite ist es lediglich ein Katzensprung, ein schmaler Streifen Wüste, durch den die Grenzlinie verläuft. Wer will sie kontrollieren?

Bald kamen Hunderte und Aberhunderte, darunter ein Trupp jordanischer Krimineller und Outlaws. Die syrische Regierung beschwerte sich, Jordanien entschuldigte sich, aber die Leute blieben. Man hatte ihnen Sold gegeben und sie mit Waffen ausgestattet. Auch einige Militärs aus Nachbarländern. Zwei Generäle recht unterschiedlicher Herkunft und ohne Visum wurden festgenommen. Aus Ägypten kamen Spezialistentrupps, ebenfalls besoldet. Dieselben, die bereits erfolgreich die ersten Anstöße des "Frühlings" in Ägypten losgetreten hatten, ehe im zweiten Schritt dann die Studenten und die Jugend mobilisiert wurden.

Und dann, kurz vor Ostern 2011, ging es los: sinnlose Gewalt, Übergriffe, Schüsse, Bomben. Zwei- bis dreimal am Tag wurde von verummten Trupps von den Dächern auf alles, was sich bewegt, gefeuert - Männer, Frauen, Kinder, Katzen, Hunde, Vieh - egal. Dann kamen die Panzer. Jürgen Todenhöfer beschreibt in einem seiner Augenzeugenberichte, wie er selbst bei seinen Recherchen in einen solchen Kugelhagel aus dem Hinterhalt geriet. Er schildert auch, wie ihn die Menschen auf der Straße anhielten und ihm Vorwürfe machten, weil auf Druck des Westens die Panzer abgezogen wurden und seither mehrmals täglich wieder das Kreuzfeuer hemmungslos von den Dächern prasselt.

Scheichs und Agitatoren

Schon bald breiteten sich die Unruhen in die umliegenden Beduinengebiete aus. Selbst in den Tiefen der Wüste schwanden die Chancen auf Frieden und Glück. Dörfer, die bisher gut zusammengelebt hatten, gerieten in Feindschaft. Ein Beispiel: In einem sunnitischen Dorf gab es Gerede über Waffen in großen Mengen, die in ein alawitisches Dorf in der Nachbarschaft geliefert worden seien. Die betagten Scheichs aus beiden Ortschaften, die ein Leben lang freundschaftliche Beziehungen zwischen ihren Stämmen gepflegt hatten, trafen sich. "Was soll das? Wir hören schlechte Nachricht, daß ihr euch bewaffnet!", sagt der eine. "Ja", sagt der andere, "denn wir wissen, daß es bei euch ebenso ist."

Und auch durch diese entlegenen Gegenden zogen die Trupps der Agitatoren. "Geht nach Homs, geht kämpfen, laßt eure Brüder nicht alleine, gemeinsam werdet ihr siegen!" Immer wieder ziehen sie durch die Dörfer, und immer wieder finden sich junge Leute, die zum einen gern ein bißchen Geld für die Familie annehmen und zudem glauben wollen, was man ihnen erzählt: daß es ehrenvoll sei, für eine gute Sache zu kämpfen, daß es gut sei, den alten Kampfgeist ihrer Vorfahren aufleben zu lassen, daß sie gute Chancen hätten, ins Fernsehen zu kommen - nicht nur in Al Jazeera, sondern sogar ins europäische Fernsehen -, daß sie zum Ruhm ihres Stammes an der neuen Regierung beteiligt sein würden und vor allem, daß die arabi-

schen Landsleute endlich, endlich die Leistung der Beduinen anerkennen würden. ...

Was nützt es schon, dagegen zu halten und zu erklären, daß im Westen zwar täglich über Syrien berichtet wird, doch keiner ahnt, was es mit den Beduinen auf sich hat, mit den Agitatoren, mit der im Westen verherrlichten Splittergruppe der Exil-Opposition, die nicht mal einen Plan hat, wie es nach dem Sturz weiter gehen soll. Braucht sie auch nicht - da hilft der Westen dann sicher gerne aus.

Ebenso nutzlos ist es, hierzulande zu hinterfragen, warum die Medien in China und der Sowjetunion so unterschiedlich zu unseren berichten, daß man kaum glauben mag, daß vom selben Land die Rede ist. Wir sind felsenfest davon überzeugt, daß wir die Guten sind und am besten wissen, was gut für jedermann ist. Wir, der Westen, helfen gerne - sei es zum eigenen Vorteil, sei es aus uninformatem Gutmenschentum. Man nenne nur ein einziges Land in der Region, wo die Folgeschäden dieser "Hilfe" reparabel wären.

_ Dorothea Schäfer bereist das syrische Kernland, so auch Homs, Hama, Daraa und die Umgebung seit vielen Jahren. Berichte ihrer dortigen Freunde haben den obigen Artikel möglich gemacht. - Erstveröffentlichung in COMPACT 9/2012.<<

Die schweizerische Online-Zeitung "Zeit-Fragen" Nr. 25 berichtet am 20. Juni 2011: >>**Jean**

Monnet als Sondergesandter des amerikanischen Präsidenten Roosevelt

Im ersten Teil unserer Darstellung zu Jean Monnet (Zeit-Fragen Nr. 38 vom 27.9.2010 unter dem Titel "Moloch EU und Strippenzieher Jean Monnet") haben wir gezeigt, wie Monnet, einer der sogenannten "Gründerväter Europas", sich als internationaler Kognakhändler und Bankier in den Jahren vor, während und nach dem Ersten Weltkrieg im angloamerikanischen Finanz- und Politikmilieu vernetzte. Im folgenden Teil werden wir Monnets diverse Aktivitäten bis 1945 beschreiben.

Durch diese Aktivitäten zieht sich wie ein roter Faden das Bemühen, die Souveränität der europäischen Nationalstaaten anzutasten und aufzubrechen, mit dem Ziel der Herstellung eines großräumigen Marktes, sprich Absatzmarktes im Interesse der US-amerikanischen Wirtschaft. In diesem Zusammenhang muß man auch seine Aktivitäten im Kontext der französischen Politik sehen.

Im folgenden wird viel von Frankreich die Rede sein, dem ganz eindeutig - und das wird im dritten Teil unserer Untersuchung u.a. Thema sein - eine ganz bestimmte Rolle bei der Gründung der "Vereinigten Staaten Europas von Amerikas Gnaden" zugeordnet war.

Eine wohl sehr treffende Beschreibung Monnets und der Art, wie er sich bewegte, gibt die Journalistin und erste Alterspräsidentin des Europäischen Parlaments Louise Weiss (1893-1983), die Monnet recht gut kannte, in ihren Mémoires d'une Européenne: "Geniales Leuchten in den dunkelbraunen Augen des kleinen Jean Monnet, wenn er geheimnisvoll, lebendig und charmant seine Einflußnetze knüpfte, die dem Völkerbund von Anfang an eine beträchtliche Macht sicherten.

Seine Verhandlungen während des Kriegs hatten ihm alle Türen geöffnet und auch die Tresore der Finanzbastionen der City, der Wall Street, ja sogar der chinesischen Häfen. Die Eigentümer der Zeitungen kannten ihn, aber er schlich und glitt wie eine Natter zwischen den Federn ihrer Redakteure einher. Öffentlichen Verhandlungen, die ihn gefangengenommen hätten, zog er die freien Suggestionen seiner speziellen Vorstellungen vor. Er hatte so seine Art. Er war ein Eingeweihter. Diese Art faszinierte bald die ganze Welt."

Internationale Hochfinanz

Sehr früh also war Monnet ein einflußreicher Mann geworden, der eine erstaunlich breite Klaviatur besaß, insbesondere für die damalige Zeit. Er ging bei den wichtigsten politischen Führern der Londoner und New Yorker Finanzelite und den hohen Beamten des amerikanischen Außenministeriums ein und aus. 1923 hatte er den Völkerbund verlassen.

Seit er 1926 Vizepräsident der neu eröffneten Europa-Abteilung der sehr mächtigen amerika-

nischen Investment Bank Blair & Co. geworden war, nahm er auch an Finanzoperationen von sehr hohem Niveau teil. Er organisierte die Vergabe von amerikanischen Krediten zur Stabilisierung des Franc im Jahr 1926, der des Zloty, der polnischen Währung, und im Jahr 1928 der des Leu, der rumänischen Währung.

Kurz darauf übte er seine Tätigkeit als Finanzberater in China an der Seite von Chiang Kai-shek aus, organisierte Anleihen für die chinesische Regierung und gründete auf Vermittlung von John Foster Dulles, dem späteren US-Außenminister, die Bank Monnet, Murnane & Co., um den Geldflu nach China zu sichern. Diese Bank wird später auch einträgliche Geschäfte mit Hitler-Deutschland abschließen. Monnet fungierte als außerordentlich geschickter und erfolgreicher Verbindungsmann zwischen den Interessen der US-amerikanischen Finanz-, Geschäfte- und Politikwelt einerseits und den entsprechenden Kreisen der restlichen Welt, insbesondere Europas.

Geschäfte und Souveränitäten

So war es nicht überraschend, daß der damalige französische Premierminister Daladier (1884-1970) ihn 1938, als England noch seine Appeasement-Politik betrieb, beauftragte, in größter Diskretion für die französische Armee Flugzeuge in Amerika zu besorgen, um die desolate Situation der französischen Luftwaffe zu verbessern. Bei der Ausfuhung dieses Auftrages lernte er durch Vermittlung von US-Botschafter W. Bullitt den amerikanischen Präsidenten (1933-1945) Roosevelt kennen.

Die Schwierigkeiten bei diesem Projekt bestanden darin, daß Frankreich einerseits Probleme bei der Bezahlung hatte, der amerikanische Finanzminister (1934-1945) Henry Morgenthau aber die Finanzierung gesichert sehen wollte. Außerdem mußten Wege gefunden werden, das Neutralitätsgesetz zu umgehen oder außer Kraft zu setzen. Nachdem dieses im November 1939 gelockert worden war, kamen der britische Regierungsberater in Industrieangelegenheiten und Kabinettschef Chamberlains, Horace Wilson, der schon eine Schlüsselrolle in Chamberlains Appeasement-Politik gespielt hatte, und Monnet überein, die französischen und britischen Waffenkaufe zu vereinen.

Monnet, der sich schon während des Ersten Weltkriegs in London mit Waffenkaufen beschäftigt hatte, fand nun die gleichen Bedingungen vor, wie er sie schon damals gekannt hatte und übernahm auch die gleichen Funktionen. Er hatte sehr schnell verstanden, daß die Amerikaner seit dem Ersten Weltkrieg eine größere Rolle in der Welt spielten und sich darauf eingestellt.

Fusionierung der Souveränitäten

Die Idee einer engen britisch-französischen Union kam aus dem Chatham House, das von 1925 bis 1956 von dem Geschichtsphilosophen Arnold Toynbee geleitet wurde. Seit 1938 hatte man in Verbindung mit dem "Zentrum für außenpolitische Studien in Paris die Idee einer Annäherung der beiden Staaten in vielen kleinen Zirkeln unter Ausschluß der Öffentlichkeit diskutiert. Aber als Toynbee 1940 nach Paris fuhr, bekam das Projekt Publizität und Aktualität. Es wurde sozusagen lanciert: Bei seiner Rückkehr ließ Toynbee in London ein Memorandum verfassen, den ... Gründungsakt einer dauerhaften Vereinigung Frankreichs und Englands.

Dieser Plan diente auf der einen Seite dazu, Frankreich durch militärische, wirtschaftliche und politische Kooperation mit England gegen einen Angriff Hitler-Deutschlands zu stützen. Auf der anderen Seite war damit die Absicht verbunden, eine Fusion der Souveränitäten beider Länder herbeizuführen. Monnet schlug in Zusammenarbeit mit seinem Freund Vansittart dieses Projekt einer totalen Fusion der Souveränitäten vor. Die Idee war nicht ganz neu. Monnets Freund Bullitt hatte schon 1936 von "these dingy little states" in Europa gesprochen, die es eigentlich nicht wert seien als Staaten bezeichnet zu werden.

Das Projekt war jetzt also lanciert. In England redeten insbesondere die Minister davon. In Frankreich führten es eher Intellektuelle und Pressekreise in die Diskussion ein. Bei seiner

Realisierung spielte Jean Monnet eine Schlüsselrolle. 1939 begab er sich nach London und sandte parallel an den englischen Premierminister Churchill (1940 bis 1945 und 1951 bis 1955) und an den französischen Ministerpräsidenten Reynaud (Mai 1940 bis Juni 1940) eine Note, in der er seiner Befürchtung Ausdruck verlieh, daß Hitler England und Frankreich auseinanderdividieren könnte. Deswegen mußten die Verbindungen unauflöslich gemacht werden:

Die Kräfte der beiden Staaten mußten wie eine einzige Kraft eingesetzt werden. Um seiner Argumentation noch weiteres Gewicht zu geben, fügte er - ein für ihn typisches Vorgehen - hinzu: Die fast unbegrenzte Produktionskraft der Amerikaner würde sich ihnen nur dann zur Verfügung stellen, wenn sie selbst eindeutig die Bereitschaft bekundeten, gemeinsam zu kämpfen. Ansonsten könne man die Hilfe der Amerikaner vergessen. Damit wurde Monnet im September 1939 ein "alliiertes Funktionär" der britischen und französischen Regierung, der über den nationalen Interessen stand.

Auf der falschen Seite?

Als Frankreich dann in der "drole de guerre", dem "seltsamen Krieg", vom 10.5. bis 22.6.1940 Hitler-Deutschland unterlag, stellte sich für die französischen Eliten die Frage der Kapitulation und des Waffenstillstands oder des Weiterkämpfens von den französischen Kolonien aus. Durch eine gezielte Propaganda wurden die Namen von General Weygand und Marschall Pétain, beide Sympathisanten Hitler-Deutschlands und fanatische Antikommunisten, als Retter Frankreichs verbreitet.

Der aus dem Ersten Weltkrieg in gewissen Kreisen mit großem Ansehen verbundene Name des Marschall Pétain, dem sogenannten "Sieger von Verdun", verleitete viele Politiker dazu, ihm in den Waffenstillstand zu folgen. Pétain unterschrieb diesen als letzter Ministerpräsident der Dritten Republik, um danach Staatschef des neu geschaffenen Etat Français zu werden, der mit Hilfe eines Ermächtigungsgesetzes ... die Republik abschaffte und ein mit Hitler kollaborierendes autoritäres Regime, das nach dem Regierungssitz benannte Vichy-Régime installierte.

Charles de Gaulle, der in jungen Jahren als Berufssoldat auch ein Bewunderer Pétains gewesen war, vollzog diesen Schritt nicht mit. Er verurteilte den Waffenstillstand mit Nazi-Deutschland und begab sich mit einigen Mitstreitern nach London. Von dort aus forderte er mit der Erlaubnis Churchills am 18. Juni in seinem berühmten Appel du 18 Juin über die BBC das französische Volk auf, den Waffenstillstand nicht zu akzeptieren und den Kampf an der Seite Englands und Amerikas weiterzuführen.

Nur einige wenige waren bei ihm, mit denen er dann eine Widerstandsorganisation, das Comité National Français (CNF) aufbaute. Hier in London begegneten sich Jean Monnet und de Gaulle.

Wie ist es nun zu erklären, daß Monnet, der offiziell ein erklärter Gegner Vichy-Frankreichs war, de Gaulle keineswegs unterstützte, als dieser 1940 in London begann, den Widerstand gegen die deutsche Besatzung Frankreichs zu organisieren?

Monnet fuhr in die USA, um dort im Auftrag Churchills Waffen für England zu kaufen. Er blieb dort und wurde in den harten Kern des Beziehungsnetzes im engsten Kreis um Präsident Roosevelt integriert (Dean Acheson, Staatssekretär im Außenministerium; Felix Frankfurter, Richter am obersten amerikanischen Gerichtshof; Francis Biddle, Justizminister; Phil Graham, Medienzar).

Während dieser Zeit verkehrte er auch in Exilkreisen, die gegen de Gaulle bei der amerikanischen Regierung intrigierten. Monnets diverse Argumente, de Gaulle sei ein Diktator, faschistisch, psychotisch, sei Hitler ähnlich, habe keine Legitimation, die Franzosen zu vertreten usw. wurden beliebig benutzt, um ihn zu desavouieren und als Kopf einer Nachkriegsregierung unmöglich zu machen.

De Gaulles Position paßte ihnen nicht, weil er mit all ihm zur Verfügung stehender Kraft die Souveränität Frankreichs wiederherstellen wollte. Über die Landung der US-amerikanischen Flotte in Algerien wurde de Gaulle in London weder informiert, geschweige denn darin einbezogen.

Die amerikanische Regierung glaubte, in General Giraud einen passenden Mann gefunden zu haben, den sie für ihre Zwecke benutzen konnte. Er wurde im Dezember 1942 zum Hochkommissar für Französisch Nord- und Westafrika gemacht. Es mußte ihm nur noch schnell ein demokratisches Mäntelchen umgehängt werden, damit er für die Weltöffentlichkeit präsentabel wurde. Diese Aufgabe übernahm Monnet in seiner Funktion als Sondergesandter des amerikanischen Präsidenten Roosevelt. Einen französischen Auftrag hatte er nicht.

Die Tatsache, daß Giraud in Algerien die rassistischen bzw. faschistischen, an Hitler-Deutschland angelehnten Vichy-Gesetze gegen Juden und Résistance-Kämpfer anwandte, wurde in diesem Zusammenhang von den Machthabern als quantité négligeable angesehen. Eine Tatsache, die um so schwerer wiegt, als ohne die aktive Unterstützung von etwa 400 Widerstands-Kämpfern die Landung der alliierten Streitkräfte im November 1942 wesentlich schwieriger gewesen wäre, da die Vichy-Verwaltung erheblichen Widerstand leistete.

Diese Tatsachen zeigen deutlich, daß de Gaulle nicht der "Mann Amerikas" war und die Vorwürfe ihm gegenüber als Propagandalügen angesehen werden müssen.

Aktiv im Dienste Roosevelts

In Algier befolgte Monnet als direkter Sondergesandter Roosevelts dessen Aufträge. Dabei halfen ihm große Summen amerikanischer Gelder, ermöglicht durch den Lend-Lease-Act. Insgesamt erhielt Frankreich auf diesem Wege während des Krieges 4 Milliarden Dollar. Monnet organisierte damit u.a. die Versorgung der "Forces françaises libres". Dabei arbeitete er eng mit dem jungen Finanzberater Christian Valensi zusammen, der wie Monnet über ein bedeutendes Beziehungsnetz auf beiden Seiten des Atlantiks verfügte und auch nach Kriegsende maßgeblich beteiligt war an der Beschaffung amerikanischer Kredite zusätzlich zu Geldern aus dem Marshall-Plan.

Gleichzeitig boykottierte Monnet das nationale Befreiungskomitee in London unter Führung de Gaulles, der von der Gesamtheit der französischen Résistance anerkannt und mit deren Leitung beauftragt worden war. Als jedoch immer deutlicher wurde, daß es an de Gaulle kein Vorbeikommen gab, bezog man ihn mit ein, in der Hoffnung, ihn in einem großen Komitee "ertränken" zu können, d.h. kaltzustellen.

Hier in Algier wurden die konkreten Pläne für den Wiederaufbau Frankreichs und Europas nach dem Krieg entworfen und die zukünftigen "Regierungsmannschaften" aufgestellt. Monnet wirkte dabei entscheidend mit. Er selbst war im provisorischen Kabinett oder "großen Komitee" als Minister für Waffenbeschaffung, Versorgung und Wiederaufbau vorgesehen. Er brachte seine in den USA entwickelten Vorstellungen vom wirtschaftlichen Aufbau Frankreichs und Europas ein und traf bei all den Männern, mit denen er seit den Zeiten im Völkerbund Kontakte geknüpft hatte, auf offene Ohren.

Gleichzeitig versuchten Eisenhower und Roosevelt über General Giraud direkt Einfluß auf die Politik des Komitees zu nehmen, indem sie die Einstellung der amerikanischen Waffenlieferungen in Aussicht stellten für den Fall, daß Giraud seine Stellung in dem Komitee, die durchaus umstritten war bei den Franzosen, nicht behalten würde.

Monnet hatte in seinen "amerikanischen Jahren" auf Grund seiner engen Beziehungen zur dortigen Machtelite deren Vorstellungen vom Nachkriegseuropa aufgenommen. So war er eng mit dem späteren Außenminister John Foster Dulles befreundet, der 1941 in einem Artikel vorschlug, Europa nach dem Krieg zentralistisch zu reorganisieren, und behauptete, es sei verrückt, den einzelnen europäischen Staaten wieder die volle Souveränität zuzugestehen.

Das amerikanische Magazin "Fortune" und der Journalist John Davenport, zu denen Monnet

sehr enge Beziehungen unterhielt, war das Sprachrohr der Hochfinanz und der amerikanischen Kartelle.

1943 wurde dort die Gründung einer europäischen Transportgemeinschaft vorgeschlagen, die über den Staaten stehen sollte, sowie eine europäische Währungsunion, die von einer europäischen Bank dirigiert werden sollte. Europa sollte sich eng an Amerika und England anlehnen. Monnet nahm die amerikanische Botschaft auf: Schnell handeln, um Westeuropa zu einen und einen großen Markt schaffen mit oder ohne gemeinsame Behörde, schließlich Frankreich dazu anstiften, eine europäische Föderation zu schaffen, um Deutschland einzubinden.

1943 entwirft er eine Denkschrift für das CFLN, in der er die Gründung einer Wirtschaftsgemeinschaft vorschlägt, die von einer französischen Initiative ausgehen soll, "um eine demokratische Ordnung in Europa zu schaffen. **Europa kann zu einem Staat werden, der Frieden und Glück bringt", indem er sich über die nationalen Souveränitäten erhebt.**

Die Rolle Frankreichs ist damit festgelegt: Speerspitze der europäischen Einigung mit Monnet als treibender Kraft ohne jede parlamentarische Legitimation.

Diese in den USA entwickelten Vorstellungen und Pläne für das Nachkriegs-Europa geben eine erste Antwort auf die Frage, warum die USA de Gaulle ausbooten wollten. Seine Psychiatisierung und Abstempelung als Faschist waren Mittel zu dem Zweck, den Kopf der Bewegung, die für die Souveränität Frankreichs eintrat, auszuschalten. Wenn man de Gaulle selbst liest und die Untersuchungen zu den Hintergründen der amerikanischen Außenpolitik des 20. Jahrhunderts, wie wir sie in unserem ersten Artikel angedeutet haben, einbezieht, so kommt man der Wahrheit ein weiteres Stück näher.

De Gaulle und Roosevelt - Pläne für die Welt nach dem Krieg

De Gaulle beschreibt in seinen Memoiren seine Unterhaltung mit Roosevelt im Juli 1944 in Washington. Im Laufe dieser Unterhaltung legte Roosevelt seine Strategieüberlegungen für die "Welt" nach dem Zweiten Weltkrieg dar. Roosevelts Vision erschien de Gaulle mehr als beunruhigend für Europa und insbesondere Frankreich. De Gaulle führt wörtlich aus: "(Roosevelt) gedenkt nun ein internationales System zu schaffen, das auf ständige Intervention hinausläuft. Er denkt an ein Viererdirektorium: Amerika, Sowjetrußland, China und Großbritannien sollen die Weltprobleme regeln.

Ein Parlament der Vereinten Nationen soll der Macht dieser "vier Großen" einen demokratischen Anstrich geben. Aber wenn man (das heißt die USA) die Welt nicht auf Gnade und Ungnade den drei anderen ausliefern will, muß solch eine Organisation, meint Roosevelt, die Anlage amerikanischer Stützpunkte in allen Teilen der Erde und zum Teil auch auf französischem Gebiet einschließen.

Roosevelt glaubt, auf diese Weise die Sowjets in eine Gemeinschaft hineinbringen zu können, die ihre Ambitionen in Schach halten wird und in der Amerika seine Klientel um sich scharen kann. Von den "vier Großen" ist, wie er weis, das China Chiang Kai-schek von seiner Hilfe abhängig, während die Engländer, sofern sie nicht ihre Dominien verlieren wollen, sich seiner Politik beugen müssen. In bezug auf die mittleren und kleineren Länder wird er in der Lage sein, auf sie dank amerikanischer Hilfeleistungen einzuwirken.

Schließlich werden das Selbstbestimmungsrecht der Völker, die amerikanische Auslandshilfe, das Vorhandensein amerikanischer Stützpunkte in Afrika, Asien und Australien dem Entstehen neuer souveräner Staaten förderlich, die die Zahl derer vermehren werden, die den Vereinigten Staaten verpflichtet sind. In solcher Perspektive können die eigentlichen Probleme Europas ... nur von nebensächlicher Bedeutung sein".

De Gaulle erkannte in dieser Konzeption einen ausgesprochenen "Willen zur Macht" und den Willen, Europa zu dominieren. Er wies darauf hin, daß dieser Plan den Westen in Gefahr bringen würde. "Werde man nicht, wenn man Westeuropa als zweitrangig behandle, gerade der Sache schaden, der man zu dienen glaubt: der Sache der Zivilisation?" ...

"Der Westen ist es, sage ich zu Präsident Roosevelt, den man wieder aufbauen muß. Wenn das geschehen ist, wird ihn sich die übrige Welt wohl oder übel zum Vorbild nehmen. Wenn es nicht geschieht, wird es der Barbarei gelingen, alles hinwegzufegen. Westeuropa ist trotz seiner Zerrissenheit für den Westen von wesentlicher Bedeutung. Nichts kann den Wert, die Kraft, die Ausstrahlung der alten Völker ersetzen."

Roosevelt sprach dann von seiner großen Enttäuschung über das französische Volk, das sich einfach so von den Nazis hatte überrennen lassen. De Gaulle, der sehr höflich war, entgegnete ihm nichts. Aber er dachte: Wenn Amerika Frankreich sowohl nach dem Ersten Weltkrieg geholfen hätte, wie auch zu Beginn des Zweiten, oder wenn man ihn, General de Gaulle, unterstützt hätte anstelle des Vichy-Regimes, dann wäre es vielleicht anders gekommen.

Es wird damit deutlich, daß de Gaulle die angebliche Enttäuschung Roosevelts als unehrlich empfand. Er verließ Roosevelt mit der Überzeugung, daß in den Beziehungen der Staaten untereinander die Logik und das Gefühl nicht schwer wögen im Vergleich zu den Realitäten der Macht. Allein was man sich nehme und was man zu halten wisse habe Bedeutung. Frankreich könne nur auf sich selber zählen, wenn es wieder seinen Platz unter den Nationen erlangen wolle.<<

Der deutsche Bundestag beschloß am 30. Juni 2011 den Atomausstieg und die sogenannte Energiewende.

Die Wochenzeitung "DIE ZEIT" berichtete am 30. Juni 2011: >>**Historischer Beschluß: Atomausstieg bis 2022 perfekt**

Als erste große Industrienation steigt Deutschland nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima bis 2022 endgültig aus der Atomenergie aus.

Der Bundestag stimmte am Donnerstag in Berlin mit einer parteiübergreifenden Mehrheit von 513 Ja-Stimmen bei 79 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen für diesen historischen Wendepunkt in der Energiepolitik. SPD und Grüne unterstützten den Kurs der Regierungskoalition aus Union und FDP. Als Konsequenz aus der Fukushima-Katastrophe werden acht Atomkraftwerke sofort stillgelegt und die restlichen neun Meiler schrittweise abgeschaltet. Ein 30 Jahre währendes Kampftema wird damit im breiten Konsens befriedet.

SPD und Grüne kritisierten aber scharf, daß die Regierung den Ausstieg als eigenen Erfolg verkaufe, obwohl sie sich weitgehend am früheren rot-grünen Ausstiegsbeschluß orientiere. Insgesamt wurde ein über 700 Seiten starkes Gesetzespaket vom Bundestag angenommen. Mit den Maßnahmen sollen auch Stromnetze schneller ausgebaut, Gebäude besser gedämmt und der Ökostromanteil bis 2020 von heute 19 auf mindestens 35 Prozent erhöht werden. Die Opposition stimmte mehreren Energiemaßnahmen nicht zu, weil sie ihnen nicht weit genug gehen.

Gegen den Ausstieg stimmten sieben Abgeordnete von Union und FDP. Die Linke lehnte geschlossen das Gesetz ab, weil das Atom-Ende nicht schnell genug komme. Mit dem Entscheid, dessen Auszählungsergebnis erst nach Ende der Energiedebatte vor fast leeren Rängen im Parlament verkündet wurde, wird die erst im vorigen Herbst von Union und FDP beschlossene Laufzeitverlängerung um bis zu 14 Jahre widerrufen.

Rot-Grün fühlt sich als moralischer Sieger, weil die Regierung auf den alten Ausstiegsbeschluß von 2001 zurückkehre. "Dieser Ausstieg ist unser Ausstieg", sagte SPD-Chef Sigmar Gabriel. Kanzlerin Angela Merkel (CDU) und ihre Koalition stiegen nur aus purem Machterhalt aus der Atomkraft aus, SPD und Grüne aus "schierer Überzeugung". Gabriel forderte Neuwahlen, weil die Bundesregierung nun der FDP zuliebe auch noch die Steuern senken wolle. "Hören Sie einfach auf. Das wäre der beste Neustart für unser Land", rief Gabriel Merkel zu.

Bis September soll die Bundesnetzagentur entscheiden, ob eines der acht stillgelegten AKW für den Fall von Stromengpässen bis 2013 in Bereitschaft bleibt. Die Reihenfolge der Ab-

schaltung bei den neun verbleibenden Atommeilern schaut so aus: 2015 Grafenrheinfeld, 2017 Gundremmingen B, 2019 Philippsburg II, 2021 Grohnde, Brokdorf und Gundremmingen C sowie 2022 Isar II, Neckarwestheim II und Emsland.

Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU) sprach von einer Art Revolution: "Das ist ein sehr guter Tag für Deutschland." Nach rund 30-jähriger kontroverser, teils unversöhnlicher Debatte beschließt das Parlament einen energiepolitischen Konsens. Kein Industrieland sei beim Ausbau des Ökostroms so ehrgeizig. Im Ausland werde gesagt: "Wenn es ein Land schaffen kann, dann sind es die Deutschen."

Scharfen Widerspruch ertete Röttgen für die Aussage, daß die schwarz-gelbe Koalition die erneuerbaren Energien nach vorne bringe. Gabriel betonte, SPD und Grüne hätten vor mehr als zehn Jahren das Erneuerbare-Energien-Gesetz beschlossen, das Merkel damals abgelehnt habe und was die Koalition nun als Erfolgsmodell feiere.

Fraktionschefin Renate Künast sagte, das "Ja" der Grünen zur Energiewende sei ein "Ja, aber". So sei etwa das Ziel, den Anteil der erneuerbaren Energien auf 35 Prozent zu steigern, nicht ausreichend. Außerdem werde man sich für mehr Sicherheit bei den neun restlichen Meilern und für eine bundesweite Endlagersuche einsetzen.

Die Linke forderte, den Ausstieg im Grundgesetz festzuschreiben, scheiterte aber mit einem entsprechenden Antrag. Nur so wäre die Abkehr von der Kernenergie unumkehrbar, sagte Fraktionschef Gregor Gysi. "So bleibt es ein Atomausstieg mit Rückfahrkarte."

Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler wies die Kritik der Opposition zurück. Die Entscheidungen von Schwarz-Gelb gingen deutlich über den Ausstiegsbeschluß von Rot-Grün hinaus, sagte der FDP-Chef. Die Wirtschaft werde nicht übermäßig belastet. Für deutsche Firmen böten sich im In- und Ausland sogar neue Chancen.

Der Bundesrat soll das Atomgesetz am 8. Juli noch billigen, er kann es aber nicht stoppen. Ärger gibt es um die Windkraftförderung an Land. Baden-Württembergs Bundesratsminister Peter Friedrich (SPD) sieht die von Union und FDP durchgesetzten Änderungen als unvereinbar an mit dem Ziel, im Südwesten viele neue Windräder aufzustellen. Daher sprach er sich in der "Stuttgarter Zeitung" für die Anrufung des Vermittlungsausschusses aus, um hier eine neue Lösung zu finden.<<

Die Tageszeitung "Berliner Morgenpost" berichtete am 30. Juni 2011: >>**Bundestag beschließt Atomausstieg bis 2022**

Atomkraft ade: Das Parlament macht den Weg für eine Energiewende frei und beschließt mit breiter Mehrheit den endgültigen Atomausstieg bis zum Jahr 2022 - als erste führende Industrienation.

Der Bundestag hat knapp vier Monate nach der Katastrophe von Fukushima den Atomausstieg beschlossen. Die schwarz-gelbe Koalition legte mit Stimmen von SPD und Grünen und damit großer Mehrheit fest, daß der letzte deutsche Meiler spätestens 2022 abgeschaltet werden soll. Die sieben ältesten Atommeiler und das AKW Krümmel bleiben vom Netz. Damit kehrt Deutschland nach der vor einem halben Jahr beschlossenen Laufzeitverlängerung im Kern zum rot-grünen Ausstiegsbeschluß von vor zehn Jahren zurück.

Ein historischer Beschluß im Bundestag: Deutschland steigt damit als erste führende Industrienation endgültig aus der Atomenergie aus. Es gab 513 Ja- und 79 Nein-Stimmen sowie 8 Enthaltungen. Acht Atomkraftwerke werden sofort stillgelegt, die übrigen neun AKW stufenweise bis 2022.

Union, FDP, SPD und Grüne stimmten für eine entsprechende Änderung des Atomgesetzes. Die Linke forderte einen früheren Ausstieg. Mit dem Beschluß wird die erst im Herbst beschlossene Laufzeitverlängerung um bis zu 14 Jahre zurückgenommen und für jedes der verbleibenden neun Atomkraftwerke ein festes Abschaltdatum eingeführt.

SPD und Grüne werteten die Entscheidung als ihren Erfolg, weil Kanzlerin Angela Merkel

(CDU) und ihre Regierung weitgehend zum rot-grünen Ausstiegsbeschluß von 2001 zurückgekehrt ist. Nach der Atomkatastrophe im japanischen Fukushima hatte sich Merkel zu einer Kehrtwende in der deutschen Atompolitik entschlossen.

Bis September soll die Bundesnetzagentur entscheiden, ob eines der acht stillgelegten AKW für den Fall von Stromengpässen bis 2013 in Bereitschaft bleibt. Die Reihenfolge der Abschaltung bei den neun verbleibenden Atommeilern ist folgende: 2015 Grafenrheinfeld, 2017 Gundremmingen B, 2019 Philippsburg II, 2021 Grohnde, Brokdorf und Gundremmingen C sowie 2022 Isar II, Neckarwestheim II und Emsland.

Auch die übrigen sieben Gesetze zur Energiewende wie etwa das Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) zur Förderung des Ökostroms und die Beschleunigung des Netzausbaus billigte das Parlament. Das Gesetzespaket muß am 8. Juli noch den Bundesrat passieren. Die Regelungen sind bis auf die Steuerentlastung bei der Gebäudesanierung aber nicht zustimmungspflichtig.<<

Voraussichtliche Folgen des Kernenergieausstiegs und der sog. "Energiewende"

Ausstieg aus der Kernenergie bis zum Jahr 2022

Bundeskanzlerin Merkel und die deutsche Bundesregierung (CDU/CSU und FDP) verlängerten im September 2010 die Laufzeit der deutschen Kernkraftwerke um durchschnittlich 12 Jahre. Die Regellaufzeit der Kernkraftwerke wurde damals von 32 Jahre auf 40 bis 46 Jahre erhöht.

Nach einer Umweltkatastrophe (Erd- bzw. Seebeben) in Japan, bei der am 11. März 2011 weite Küstenregionen zerstört wurden, wovon auch die Kernkraftwerke in Fukushima schwer betroffen wurden, beschlossen Bundeskanzlerin Merkel und die deutsche Bundesregierung (CDU/CSU und SPD) völlig überraschend - aus nationalen Sicherheits- und Selbsterhaltungsgründen - bis 2022 vollständig aus der Kernenergie auszusteigen.

Diese staatliche Maßnahme (sog. "Energiewende") geschah damals wahrscheinlich aus wahltaktischen Gründen, denn Deutschland zählt nachweislich nicht zu den besonders gefährdeten Erdbebengebieten. Nach dieser Umweltkatastrophe (Erd- bzw. Seebeben) in Japan beschloß weltweit nur die deutsche Bundesregierung den Ausstieg aus der Kernenergie-technik. Sogar Japan entschied später, weiterhin auf die Nutzung der Kernenergie zu setzen, um eine sichere Energieversorgung zu gewährleisten.

Vermeidung der staatlichen Haftung für Entsorgungs- und Stilllegungsverpflichtungen

Alle deutschen Kernkraftwerke wurden ursprünglich von staatlichen Energieversorgungsunternehmen und damit im Auftrag der Regierungen der Bundesrepublik Deutschland errichtet und betrieben.

Diese Kernkraftwerke wurden aufgrund von EU-Vorgaben seit Mitte der 1980er Jahre durch die deutsche Bundesregierung privatisiert. Im Verlauf dieser "eleganten Privatisierung" erzielte der deutsche Staat nicht nur hohe Verkaufspreise für die Kernkraftwerke, sondern gleichzeitig gelang es auch, die enormen Entsorgungs- und Stilllegungsverpflichtungen an die privatisierten Energieversorgungsunternehmen zu "übertragen" bzw. sich aus der "staatlichen Verantwortung" zu stehlen.

Drastischer Personalabbau und Unterlassung von Neubauten sowie Instandhaltung und Wartung

Aufgrund des staatlich angeordneten Kernenergieausstiegs (vorzeitige Stilllegung bzw. entschädigungslose Zwangsenteignung der in den 1980er Jahren privatisierten deutschen Kernkraftwerke) wurden die privaten Betreiber von Kernkraftwerken wesentlich früher als erwartet mit den riesigen Entsorgungs- und Stilllegungsverpflichtungen sowie den wirtschaftlichen Folgen der "Energiewende" bzw. der staatlichen Planwirtschaft konfrontiert (Zwangsabschaltung von konventionellen Kraftwerken bei hoher Stromerzeugung von Windkraftwerken etc.). Die Energieversorgungsunternehmen reagierten sofort mit hektischen Sparprogrammen (in

erster Linie mit einem drastischen Personalabbau), um Mindereinnahmen auszugleichen. Im Rahmen der vielfältigen Rationalisierungs- und Kostensenkungsmaßnahmen wurden zahllose hochqualifizierte Mitarbeiter der Energieversorgungsunternehmen in den Vorruhestand geschickt oder durch betriebsbedingte Kündigungen entlassen. Diese regelrechte Arbeitsplatzvernichtung beeinträchtigte naturgemäß die Qualität und Funktionstüchtigkeit der deutschen Energieversorgungsanlagen. Aufgrund fehlender Einnahmen wurden geplante Neubauten nicht realisiert und regelmäßige Instandhaltungsarbeiten sowie Nachrüstungen von Kraftwerken und Netzen entfielen.

Reparaturen und dringende Wartungsarbeiten läßt man z.B. nur noch durch Fremdfirmen erledigen. Neben den Qualitätsminderungen waren negative Folgen für den allgemeinen Arbeitsmarkt nicht zu vermeiden. Der gesamte Bereich der Zulieferer wurde ebenfalls nachhaltig belastet.

Keine Verminderung von Atomstrom

Der deutsche Ausstieg aus der Kernenergie bietet unseren europäischen Nachbarn (vor allem Frankreich) endlich die Gelegenheit, ihren überschüssigen Atomstrom nach Deutschland zu liefern. Da Deutschland von einem Netz von Kernkraftwerken umgeben ist, erhöht der einseitige deutsche Atomausstieg nicht die Sicherheit vor atomaren Unfällen, denn die west- und osteuropäischen Kernkraftwerke sind keinesfalls sicherer als die deutschen Kernkraftwerke, die weltweit zu den sichersten Anlagen zählten.

Versorgungssicherheit geht verloren

Wenn man im Jahre 2022 die letzten deutschen Kernkraftwerke (die seit Jahrzehnten weltweit zu den sichersten und wirtschaftlichsten Kernkraftwerken zählen) ersatzlos abschalten muß, wird es in Deutschland große Unterkapazitäten und eine gefährliche Abhängigkeit von Stromimporten geben.

Da der Ersatz alter und störanfälliger Betriebselemente aufgrund von finanziellen Problemen der Energieversorgungsunternehmen unterbleibt, wird durch Überalterung der Erzeugungs- und Verteilungsanlagen sowie wegen fehlender Vorhaltung von ausreichenden Reserven die bisherige vorbildliche deutsche Energieversorgungssicherheit zunächst schleichend sinken und schließlich verloren gehen. Vor allem fehlende Reservekraftwerke werden vielerorts zu dramatischen Versorgungsengpässen führen.

Störungsfälle (regionale bzw. nationale Netzzusammenbrüche), die Stromschwankungen, Naturkatastrophen oder andere Ereignisse auslösen, sind infolge der katastrophalen Folgen der staatlich angeordneten Planwirtschaft ("Energiewende") nicht mehr kurzfristig zu beheben, denn die systematisch ruinierten Energieversorgungsunternehmen verfügen nicht mehr über genügend eigene Energiespezialisten. Die Anbieter des Billigstroms besitzen im allgemeinen kein teures Fachpersonal, so daß es zu tage- oder wochenlangen Stromausfällen kommen wird.

Grundbedürfnis nach sicherer Energieversorgung

Die Energiewirtschaft zählt gegenwärtig und zukünftig zur Basistechnologie der industriellen Zivilisation. Im Gegensatz zur angeblich enorm wichtigen Telekommunikation (Handy, Internet etc.) handelt es sich bei der Energieversorgung um kein überflüssiges Luxusbedürfnis. Eine zuverlässige Energieversorgung ist für die Gewährleistung des wirtschaftlichen und sozialen Lebens unersetzlich. Um in unserer heutigen "technischen Welt" überhaupt zivilisiert leben bzw. überleben zu können, benötigen die Menschen nicht nur ausreichende Nahrung, Wohnung und Kleidung, sondern sie sind in erster Linie auf eine sichere Energieversorgung angewiesen.

Fehlende Versorgungssicherheit zerstört den Industriestandort Deutschland und die gesamte volkswirtschaftliche Infrastruktur des Landes

Die Kernenergie bietet zur Zeit die einzige realisierbare Alternative, um den künftigen Ener-

giebedarf unseres hochindustriellen Landes mittel- und langfristig zu befriedigen. Der durch die deutsche Bundesregierung (CDU/CSU und SPD) willkürlich angeordnete Ausstieg aus der Kernenergie (Abschaltung aller 19 deutschen Kernkraftwerke - die wohlgerne derzeit sichersten aller 473 in Betrieb befindlichen Kernkraftwerke - bis zum Jahr 2022) wird Deutschland zu einem Stromimportland degradieren und alle stromintensiven Industriebetriebe werden sehr schnell wegen fehlender Versorgungssicherheit ins Ausland abwandern.

Die Deutschen sollten sich deshalb rechtzeitig von der gegenwärtigen sicheren und zuverlässigen Stromversorgung verabschieden und sich auf ein etwas "anderes Leben" vorbereiten. Sie müssen sich infolge der unverantwortlichen staatlichen "Energiewende" (entschädigungslose Enteignung der privaten Energieerzeuger und staatliche Planwirtschaft) darauf einstellen, zukünftig mit wesentlich weniger Energie, reduzierter Mobilität und geringerer Lebensqualität auszukommen.

Da Deutschland außer der aufwendig zu fördernden Stein- und Braunkohle keine weiteren fossilen Energiequellen besitzt sowie nicht über die erforderlichen leistungsfähigen Energiespeicher verfügt, wird sich dank der ideologischen Energiewende der Industriestandort Deutschland zwangsläufig in ein Agrar- bzw. Entwicklungsland zurückentwickeln (verspätete Verwirklichung des Morgenthau-Plans).

Die staatlich angeordnete "Energiewende" (nach dem Vorbild der sozialistischen Planwirtschaft) wird die ehemals effektive, hochmoderne, umweltbewußte deutsche Energiewirtschaft letzten Endes in den wirtschaftlichen Ruin treiben. In Deutschland werden voraussichtlich spätestens ab 2022 nicht nur unentwegt die Lichter ausgehen, sondern auch die Zahl der sogenannten "Freunde" wird schon bald sehr übersichtlich sein, wenn der bisherige "Zahlmeister der EU" selbst wirtschaftliche und finanzielle Hilfe benötigt!

Prof. Sigurd Schulien (deutscher Physiker, Hochschullehrer i.R.) berichtete später über die Energieerzeugung in der Bundesrepublik Deutschland (x866/...): >>Welche Energietechnik ist den Deutschen erlaubt?

Die Lösung der Energiefrage in Deutschland ist eines der wichtigsten technischen und politischen Probleme, das in naher Zukunft angegangen werden muß mit dem Willen zu echten und dauerhaften Lösungen. Die Frage ist sehr komplex und historisch belastet. Da imperiale Ansprüche mit der Energiefrage verknüpft sind, ist die Diskussion heikel und voller Fallgruben und ideologischer Vernebelungen.

Nichts hat die Geschichte der letzten hundert Jahre so geprägt wie der Kampf um die Kontrolle der Ölreserven der Welt in erklärten und unerklärten Kriegen. Dem Erdöl wird von F. William Engdahl die wichtigste Rolle im Kampf um die Weltherrschaft zugeschrieben, aber auch von anderen klugen Beobachtern.

Zu Anfang des 20. Jahrhunderts zeigte sich, daß die zukünftige technische und wirtschaftliche Entwicklung sehr eng mit dem Erdöl verknüpft sein wird. Automobile und Flugzeuge benötigen zu ihrem Betrieb Benzin, das aus Erdöl destilliert wird.

Nach dem ersten Weltkrieg mußte Deutschland seine Rechte an dem mesopotamischen Erdöl (Bagdadbahn) an die Siegermächte abtreten. Es hatte damit keine nennenswerten Energievorräte mehr - abgesehen von der Steinkohle im Ruhrgebiet -, nachdem die oberschlesischen Gruben an Polen, die saarländischen an Frankreich abgetreten waren. Da das unseren westlichen Freunden nicht genügte, erfolgte 1923 die Ruhrbesetzung, die leider nicht den gewünschten Erfolg brachte (Abtrennung des Ruhrgebiets von Deutschland).

Deutschland hatte zu jener Zeit allerdings noch beträchtliche geistigtechnische und moralische Ressourcen. Seine Wissenschaftler und Techniker entwickelten in kurzer Zeit ein effektives Verfahren, um aus dem heimischen Energierohstoff Kohle durch Hydrierung (Anlagerung von Wasserstoff an Kohlenstoff) Benzin zu produzieren. Die Führung des Staates erkannte die Bedeutung der Erfindung und förderte mit beträchtlichen Mitteln den Bau von Hydrieranla-

gen. Das künstliche Benzin war natürlich teurer als das aus dem billigen Erdöl der Kolonien gewonnene - aber die Erpressungsmöglichkeiten waren reduziert.

Das Energieproblem war technisch gelöst, aber nicht politisch - was dann zu kriegerischen Auseinandersetzungen führte (2. Weltkrieg). Nach dem erfolgreich durchgeführten Kreuzzug gegen die Terroristen in Mitteleuropa konnten sich die siegreichen Amerikaner ab 1945 an den Umbau der deutschen Wirtschaft machen, wie es die Kriegsziele vorsahen. So wurden die Kohleverflüssigungsanlagen geschlossen (die in der östlichen Zone erst nach 1989) sowie der Bergbau allmählich gedrosselt und der Erdölverbrauch gefördert - die Ölvorräte waren ja in guten Händen.

Etwas voreilig hatte man in den sechziger Jahren die Nutzung der Kernenergie freigegeben, weil man glaubte, die Hand auf allen Uranlagerstätten und ein Monopol auf die Urananreicherung zu haben. Das war zu kurz gedacht, denn es stellte sich heraus, daß im Schnellen Brüter oder im Hochtemperaturreaktor - der in Deutschland bis zur Serienreife entwickelt worden war - neben der Energie auch der benötigte Brennstoff erzeugt werden kann. Mittels der fortgeschrittenen Kernenergie-technik hätten sich also einige wichtige Staaten vom Einfluß der guten Menschen aus New York unabhängig machen können.

Da dies dem Sinn der Geschichte widersprochen hätte (Rathenau) und genau das Gegenteil der jahrzehntelangen zähen Bemühungen der Wall-Street-Mächtigen war, wurde die Gefährlichkeit der Kernenergie entdeckt. Die befreundeten Medien und Geheimdienste sorgten dafür, daß diese Gefahr nicht verborgen blieb.

Die Kampagne war sehr erfolgreich. Sie wird bis heute von einer bunten Schar unterschiedlichster Hilfstruppen weitergeführt. Denn das technisch-wissenschaftliche Know-how der Kerntechnik und Kohletechnik ist in Deutschland immer noch nicht erloschen - trotz intensiver Bemühungen unserer guten Freunde aus dem Westen.

Die Kernenergieindustrie wehrte sich mit dem Argument, daß bei der Nutzung der Kernenergie keine Umweltverschmutzung auftritt wie bei der Verbrennung fossiler Brennstoffe, also kein Schwefeldioxid, keine Stickoxide, kein Kohlendioxid (das kein Schadstoff und Klimakiller ist wie die Leute von der Wall-Street behaupten) usw. Die Retourkutsche der Erdölbosse waren die radioaktiven Abfälle aus den Kernreaktoren. Seitdem vernebelt der ideologische Streit um fossile bzw. nukleare Energieträger mit unreflektierten Schlagworten die Gehirne eines Großteils der Menschheit.

Der Ausgang des Disputs Erdöl gegen Kernenergie war in Deutschland bei Würdigung der bestehenden Machtverhältnisse unzweifelhaft. Als Ersatz für die Kernenergie durfte man sich in Deutschland mit regenerativen Energien beschäftigen, also mit Windenergie, Sonnenenergie, Erdwärme, Wellenenergie sowie Energieeinsparung als neuartiger Energieform etc.

Die Pfiffikusse von jenseits des Atlantiks hatten sich dabei vermutlich folgendes gedacht: das von den Medien gelenkte Publikum ist erfreut darüber, daß etwas auf dem Gebiet der "natürlichen und sauberen Energie" geschieht.

Außerdem kann man mit den regenerativen Energien allein keine großen Netze betreiben oder ganz Deutschland mit Energie versorgen. Denn Solarenergie und Windenergie werden mit zu geringer Intensität und zu großen Schwankungen diskontinuierlich angeboten. Die Verbraucher möchten allerdings eine konstante gleichmäßige Energielieferung. Um diese Forderung zu erfüllen, braucht man einen leistungsfähigen Energiespeicher für die regenerativen Energien.

Das einzige Speichermedium, das für die Solar- oder Windenergie in größerem Umfang in Frage kommt, ist der Wasserstoff, da er leicht durch Wasserzersetzung erzeugt werden kann, gut transportabel und speicherbar und sein Verbrennungsprodukt mit Sauerstoff reines Wasser ist: eine ideale Lösung sowohl für kleine Inselnetze als auch für große Einheiten auf der Basis regenerativer Energien. Ohne Speicherung sind die regenerativen Energien nutzlose Spielerei

und können die bestehenden Energiesysteme nicht ersetzen.

Als Verfahren für die Speicherung des gasförmigen Wasserstoffs hat man zunächst die Speicherung in Drucktanks erwogen. Solche Tanks sind allerdings zu groß, um sie in normalen Personenautos einzusetzen, abgesehen von anderen Schwierigkeiten der Sicherheit und Infrastruktur. Für die mobile Anwendung könnte man aber den Wasserstoff in Form von Methanol speichern, das durch eine chemische Reaktion von Wasserstoff und Kohlendioxid hergestellt wird. Methanol ist ein geeigneter flüssiger Energieträger, für den z.B. die vorhandene Verteilungsinfrastruktur (z.B. Tankstellennetz) ohne große Änderungen benutzt werden kann.

Mit der Wasserstofftechnik bzw. der daraus abgeleiteten Methanoltechnik könnten die regenerativen Energien ihren endgültigen Durchbruch erzielen. Daß dies den Weltpolitikern bzw. Globalstrategen nicht in den Kram paßt, ergibt sich aus dem vorher gesagten. So tauchte bald das Argument auf, die Wasserstofftechnik komme erst in hundert Jahren. Woher man das weiß, ist nicht bekannt. Die Hilfstrupps in Bonn und Berlin haben diese Aussage fleißig kolportiert. Daß damit die regenerativen Energien auch erst in hundert Jahren kommen, haben sie nicht laut gesagt.

Ein weiteres Argument gegen die Wasserstofftechnik kam von den Grünen: diese Technik helfe nur der Großindustrie und sei damit nicht förderungswürdig. Basta! Ab Mitte der 1990er Jahre - als der Einfluß der 68er in allen Parteien bestimmend geworden war - wurde die staatliche Förderung der BRD-Wasserstoff-Projekte zurückgefahren bzw. eingestellt. Dafür wurde der Absatz von Windenergieanlagen und Fotovoltaiksystemen in steigendem Maße subventioniert. Diese Windräder liefern allerdings bei Windstille oder Schwachwind keinen Strom, ebensowenig wie die Solarzellen nachts oder bei wolkenverhangenem Himmel.

Die grünen Energiepolitiker waren sich schnell einig, daß dieses Problem leicht mit Batterien zu lösen sei. Allerdings gibt es auf der Welt nicht so viel Blei (für die Elektroden der Batterien), um die Energieversorgung Deutschlands für einige Wochen durch Batterien sicherzustellen.

Die von den Grünen aller Parteien vorgeschlagene Stromversorgung Deutschlands durch Windräder ist also durch folgende Eigentümlichkeit gekennzeichnet: Bei Windstille wird der Strom für Küche, Fernseher usw. durch konventionelle Kraftwerke geliefert. Deutschland muß also fast die doppelte Kraftwerkleistung installieren statt der real benötigten.

Noch kurioser wird es bei Starkwind. Wegen des EEG (Erneuerbare Energien Gesetz) müssen bei starkem Wind (also bei hoher Stromproduktion) die konventionellen Kraftwerke, die billigen Strom liefern, abgeschaltet werden, damit die Netzspannung nicht zu hoch wird durch den im Übermaß in das Netz gepumpten Strom.

Daher die hohen und derzeit steigenden Strompreise und das Politiker-Gerede, wir hätten zu viele Kraftwerke. Natürlich haben wir in der BRD mehr Kraftwerk-Kapazität als erforderlich, weil konventionelle Kraftwerke vorgehalten werden müssen für den Fall der Windstille oder Wolken am Himmel. Man könnte mit dem überschüssigen Strom Wasserstoff erzeugen durch Wasserzersetzung, aber das ist verboten.

Denn ein noch größeres Hindernis für die Wasserstofftechnik als die Unwissenheit und Beratungsresistenz der Politiker ist die Gesetzeslage dieser unserer BRD. In dieser US-Kolonie gelten nämlich immer noch viele Kontrollratgesetze, die nach 1945 von den Besatzungsbehörden erlassen wurden. Diese Gesetze stehen gemäß Grundgesetz - Artikel 139 (Befreiungsgesetz) über jedem deutschen Recht und können von deutschen Parlamenten nicht aufgehoben werden.

Gemäß Kontrollratgesetz Nr. 23 vom 10.4.1946 ist die Kohleverflüssigung in Deutschland verboten (s. www.de.wikipedia.de/Kontrollratgesetze) und damit die Wasserstofftechnik, die ja ein Teil der Kohleverflüssigungstechnik ist. Ebenso ist gemäß Kontrollratgesetz Nr. 25 B die Herstellung von Methanol nach dem Hochdruckverfahren nur mit Genehmigung unserer

Freunde aus der westlichen Wertegemeinschaft möglich.

Welche Energiepolitik ist also für die BRD erlaubt?

Kernenergie ist verboten, Energie aus deutscher Kohle unerwünscht (muß verboten werden), Energie aus Erdöl und Erdgas nur zulässig, wenn Öl und Gas aus den Ländern der westlichen Wertegemeinschaft stammen und die CO₂-Abgabe an die Börse entrichtet wird, Wasserstoff-Energietechnik ist nicht erlaubt wegen Kontrollratgesetz Nr. 23 und da keine CO₂-Abgabe für den Emissionshandel möglich ist.

Deutsche Energiepolitik im Sinne unserer Freunde aus der Londoner City und der Wall-Street bedeutet: Deutschland zahlt, auch für die Geldsäcke in Paris. Energieautarkie darf es für Deutschland nicht geben, Deutschland muß erpreßbar bleiben. Damit ist die Frage aus der Überschrift beantwortet:

Keine dem deutschen Wohl dienende Energietechnik ist erlaubt. Als Energietechnik für die BRD bleiben also nur die erneuerbaren Energien ohne Speicherung. Damit ist die deutsche Frage im Sinne unserer Freunde aus dem Westen gelöst.

Näheres zu diesem Thema findet man im Internet unter www.adew.eu.

Wenn jetzt noch Zweifel daran bestehen, daß Deutschland immer noch von seinen Freunden aus der westlichen Wertegemeinschaft vernichtet werden soll, dann sollte man sich die Hollywood-Filme der letzten Jahre ansehen, die mit unserem Land zu tun haben.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 16. Oktober 2011: >>"**Lebenslüge der Bundesrepublik**"

von *Egon Bahr* (1922-2015, von 1972-1976 SPD-Bundesminister)

Von einem "Unterwerfungsbrief" sprach Willy Brandt und lehnte eine Unterzeichnung zunächst empört ab: *"Schließlich sei er zum Bundeskanzler gewählt und seinem Amtseid verpflichtet. Die Botschafter (der Alliierten) könnten ihn wohl kaum absetzen! Da mußte er sich belehren lassen, daß schon Adenauer diese Briefe unterschrieben hatte und danach Erhard und danach Kiesinger."*

So schilderte es Egon Bahr 2009 in der "Zeit" und machte damit erstmals die Existenz der sogenannten "Kanzlerakte" öffentlich. Nun nimmt er hier zum zweiten Mal dazu in einer Zeitung Stellung.

In der *Zeit* habe ich geschildert, wie dem frisch gewählten Bundeskanzler Willy Brandt bei Amtsantritt "drei Briefe" an die Botschafter der Westmächte zur Unterschrift vorgelegt wurden. Damit sollte er zustimmend bestätigen, was die Militärgouverneure in ihrem Genehmigungsschreiben zum Grundgesetz vom 12. Mai 1949 an verbindlichen Vorbehalten gemacht hatten. Als Inhaber der unkündbaren Siegerrechte für Deutschland als Ganzes und Berlin hatten sie diejenigen Artikel des Grundgesetzes suspendiert, also außer Kraft gesetzt, die sie als Einschränkung ihrer Hoheit verstanden.

Willy Brandt war empört. Zum einen darüber, daß man dem früheren Regierenden Bürgermeister damit unterstellte, er wüßte nicht, was die Vorbehaltsrechte der drei Mächte für Berlin (West) seit der Gründung der Bundesrepublik bedeutet haben. Zum anderen hat er sich immer auf seine demokratische Wahl bezogen und dieses Mandat über dem der weisungsgebundenen Stadtkommandanten empfunden. Vor allem hat es ihn empört, weil er als Bundeskanzler zuerst seinem Amtseid verpflichtet ist.

Die Siegermächte besiegelten die Deutsche Teilung

Die Beamten haben ihn darauf hingewiesen, daß Adenauer diesen Brief vor der Genehmigung des Grundgesetzes durch die drei Militärgouverneure unterschrieben hatte, was dann Erhard und Kiesinger wiederholt hatten. - Dann könne er das auch machen, entschied Brandt. Helmut Schmidt konnte sich nicht erinnern, einen entsprechenden Brief vorgelegt bekommen zu haben. Kohl habe ich nicht gefragt.

... In der Charta der Vereinten Nationen existieren noch immer die Feindstaatenartikel, nach

denen die Sieger im Falle eines Falles ihre Rechte über Deutschland aktivieren können.

Lebenslüge der alten Bundesrepublik

Die BRD und die DDR mußten einen Brief, den ich mit DDR-Staatssekretär Michael Kohl abgestimmt habe, an unsere jeweiligen Großen oder Freunde schreiben, daß auch durch Beitritt der beiden Staaten die Siegerrechte nicht erlöschen. Aber das spielt keine Rolle mehr, weil die Vier versichert haben, sie würden sich darauf nicht mehr berufen und die Charta seit ihrem Bestehen nicht verändert wurde und die Büchse der Pandora geöffnet würde, falls man auch nur in einem Punkte damit beginnen würde.

Daß über die geschilderten Realitäten geschwiegen wurde, hat einen einfachen Grund. Es war eine der Lebenslügen der alten Bundesrepublik, 1955 mit dem Beitritt zur Nato zu behaupten, wir wären souverän geworden. Im obersten Ziel der Einheit der Nation waren wir es nie. Die Bundesregierung und die drei Westmächte hatten 1955 dasselbe Interesse: Über die fortdauernde Einschränkung der deutschen Selbstbestimmung nicht zu sprechen. ...<<

Der deutsch-türkische Journalist Denize Yücel (1973 als Sohn türkischer Migranten in Flörsheim am Main geboren, leuchtendes Beispiel für "gelungene Integration") schrieb am 4. November 2011 in dem großen Nachrichtenportal der Berliner Tageszeitung "taz": >> **Kolumne**

Geburtenschwund

Super, Deutschland schafft sich ab!

In der Mitte Europas entsteht bald ein Raum ohne Volk. Schade ist das aber nicht. Denn mit den Deutschen gehen nur Dinge verloren, die keiner vermissen wird.

Endlich! Super! Wunderbar! Was im vergangenen Jahr noch als Gerücht die Runde machte, ist nun wissenschaftlich (so mit Zahlen und Daten) und amtlich (so mit Stempel und Siegel) erwiesen: Deutschland schafft sich ab!

Nur 16,5 Prozent der 81 Millionen Deutschen, so hat das Statistische Bundesamt ermittelt, sind unter 18 Jahre alt, nirgends in Europa ist der Anteil der Minderjährigen derart niedrig. Auf je 1.000 Einwohner kommen nur noch 8,3 Geburten - auch das der geringste Wert in Europa.

Besonders erfreulich: Die Einwanderer, die jahrelang die Geburtenziffern künstlich hochgehalten haben, verweigern sich nicht länger der Integration und leisten ihren (freilich noch steigerungsfähigen) Beitrag zum Deutschensterben.

Volkssportarten Jammern und Ausländerklatschen

Noch erfreulicher: Die Osis schaffen sich als Erste ab. Während im Westen die Zahl der Minderjährigen in den vergangenen zehn Jahren um 10 Prozent gesunken ist, ging sie im Osten um 29 Prozent zurück. Die Sandys, Mandys und Jacquelines pfeifen auf das neue deutsche Mutterkreuz ("Elterngeld") und tragen nach Kräften dazu bei, daß den ostdeutschen Volkssportarten Jammern, Opfersein und Ausländerklatschen in absehbarer Zeit der Nachwuchs ausgehen wird.

Woran Sir Arthur Harris, Henry Morgenthau und Ilja Ehrenburg gescheitert sind, wovon George Grosz, Marlene Dietrich und Hans Krankl geträumt haben, übernehmen die Deutschen nun also selbst, weshalb man sich auch darauf verlassen kann, daß es wirklich passiert. Denn halbe Sachen waren nie deutsche Sachen ("totaler Krieg", "Vollkornbrot"); wegen ihrer Gründlichkeit werden die Deutschen in aller Welt ein wenig bewundert und noch mehr gefürchtet.

Nun ist schon so manches Volk ohne das gewalttätige Zutun anderer von der Bühne der Geschichte abgetreten: Die Etrusker wurden zu Bürgern Roms, die Hethiter gingen im anatolischen Völkergemisch auf, die Skythen verschwanden irgendwo in den Weiten der Steppe.

Eine Nation, die mit ewiger schlechter Laune auffällt

Der baldige Abgang der Deutschen aber ist Völkersterben von seiner schönsten Seite. Eine Nation, deren größter Beitrag zur Zivilisationsgeschichte der Menschheit darin besteht, dem

absolut Bösen Namen und Gesicht verliehen und, wie Wolfgang Pohrt einmal schrieb, den Krieg zum Sachwalter und Vollstrecker der Menschlichkeit gemacht zu haben; eine Nation, die seit jeher mit grenzenlosem Selbstmitleid, penetranter Besserwisserei und ewiger schlechter Laune auffällt; eine Nation, die Dutzende Ausdrücke für das Wort "meckern" kennt, für alles Erotische sich aber anderer Leute Wörter borgen muß, weil die eigene Sprache nur verklemmtes, grobes oder klinisches Vokabular zu bieten hat, diese freudlose Nation also kann gerne dahinscheiden.

Apropos Sprache: Die Liste jener deutschen Wörter, die sich nicht oder nur mit erheblichem Bedeutungsverlust in andere Sprachen übersetzen lassen, illustriert, was der Welt mit dem Ableben der Deutschen verlustig ginge: Blitzkrieg, Ding an sich, Feierabend, Gemütlichkeit, Gummibärchen, Hausmeister, Heimweh, Kindergarten, Kitsch, Kulturkampf, Lebensabschnittsgefährte, Nachhaltigkeit, Nestbeschmutzer, Ordnungsamt, Querdenker, Realpolitik, Schlager, Spaßvogel, Tiefsinn, Torschlußpanik, Vergangenheitsbewältigung, Volksgemeinschaft, Weltanschauung, Wirtschaftswunder, Zwieback.

Welcher Mensch von Vernunft, Stil und Humor wäre betrübt, wenn diese Wörter und mit ihnen die ihnen zugrunde liegenden Geisteshaltungen verschwinden? Eben.

Mehr Zärtlichkeit für den Schäferhund als für die Sprache

Der Erhalt der deutschen Sprache übrigens ist kein Argument dafür, die deutsche Population am Leben zu erhalten. Denn der Deutsche und das Deutsche haben miteinander etwa so viel zu schaffen wie Astronomie und Astrologie. Oder besser noch: wie Lamm und Metzger. "Für seinen Schäferhund und seine Wohnzimmerschrankwand empfindet der Deutsche mehr Zärtlichkeit als für seine Sprache", bemerkte Thomas Blum einmal. Im Interesse der deutschen Sprache können die Deutschen gar nicht schnell genug die Biege machen.

Nun, da das Ende Deutschlands ausgemachte Sache ist, stellt sich die Frage, was mit dem Raum ohne Volk anzufangen ist, der bald in der Mitte Europas entstehen wird: Zwischen Polen und Frankreich aufteilen? Parzellieren und auf eBay versteigern? Palästinensern, Tuvaluern, Kabylen und anderen Bedürftigen schenken? Zu einem Naherholungsgebiet verwildern lassen? Oder lieber in einen Rübenacker verwandeln?

Egal. Etwas Besseres als Deutschland findet sich allemal.<<

Das Onlinemagazin "Telepolis" berichtete am 14. November 2011 über die Konferenzen der Bilderberger (x335/9): >>... Ein weiterer besorgniserregender Punkt ist die Teilnahme von Politikern, bevor sie in hohe Ämter gewählt werden. 1991 wurde Bill Clinton von seinem Freund Vernon E. Jordan jr. bei Bilderberg eingeführt. 1992 wurde er Präsident der USA. 1993 nahm Tony Blair an der Bilderberg-Konferenz teil. 1994 wurde er Spitzenkandidat von New Labour. Manche sagen, die Bilderberger würden Präsidenten und Regierungschefs "machen", andere meinen, die Leute aus dem Bilderberg-Kreis hätten eben die Kontakte und das richtige Gespür für die "kommenden" Leute. Nicht zuletzt gibt es eine erstaunliche Kontinuität darin, daß alle NATO-Generalsekretäre der letzten 30 Jahre regelmäßige Bilderberg-Teilnehmer waren.<<

Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) schrieb am 18. November 2011 in der "New York Times" über die europäische Einigung (x347/338): >>Wir können eine politische Union nur durch eine Krise erreichen. ... Was wir mit der Fiskalunion bezwecken, ist ein kurzfristiger Schritt für die Währung. Längerfristig benötigen wir die politische Union. ...<<

Die deutsche Zeitschrift "Magazin 2000plus" berichtete am 8. Januar 2012 (x936/...): >>**Die Staats-Simulation "BRD"**

Ein Artikel von *Ingrid Schlotterbeck*

Am 8. Mai 1945 wurden die Kampfhandlungen des 2. Weltkriegs eingestellt, nach dem am 7. Mai Generaloberst Alfred Jodl, als Delegationsleiter der Regierung Dönitz in Reims (Frankreich) die Kapitulationsurkunde unterzeichnete. Am 9. Mai unterzeichnete Generalfeldmar-

schall Keitel für die Wehrmacht die bedingungslose Kapitulation in Berlin-Karlshorst.

"Vereinigtes Wirtschaftsgebiet Deutschland"

Der völkerrechtliche Begriff "Debellatio", gemeint ist damit die Niederwerfung des Gegners, trifft hier nicht zu. Die Sieger hätten vom Zustand der "Debellatio" Gebrauch machen müssen. Es gab nur zwei Möglichkeiten, die Annexion, also die Einverleibung der eroberten Gebiete, oder die Subjugation, die Verknechtung des Volkes. Beides haben die Sieger nicht getan, sondern in Potsdam ausdrücklich erklärt, daß weder das Deutsche Volk versklavt werden soll, noch Gebiete im Zuge einer Annexion weggenommen werden. (3-Mächte-Konferenz 17.7. bis 2.8.1945, Potsdam).

Die Siegermächte teilten das Deutsche Reich in Besatzungszonen auf.

Die Westmächte teilten Nord-, West- und Süddeutschland unter sich auf, die Russen besetzten Mitteldeutschland und Ostdeutschland wurde von Rußland unter polnische und russische Verwaltung gestellt. Der Staat Deutsches Reich wurde mit Art. 1 §1 des Supreme Headquarters Allied Expeditionary Force (SHAEF)- Gesetz Nr. 52 am 12.9.1944 bereits, mit allen Reichsländern, Gauen, Kommunen etc., mit Wissen und Billigung Englands und der Sowjetunion beschlagnahmt.

Der immer noch fehlende Friedensvertrag wird mit den Siegermächten und dem Deutschen Reich zu schließen sein. Daß das Deutsche Reich fortbesteht hat das Bundesverfassungsgericht (so heißt es nun mal), obwohl die Verfassung fehlt und nur ein Grundgesetz von den alliierten Siegermächten der BRD "übergestülpt" wurde, eindeutig festgestellt (BverfGE2, 26 und 2BvF1/1973) siehe dazu auch die Rede Carlo Schmid (in Magazin EXTRA 10).

Seitdem verfügt weder das Deutsche Reich, noch das von den Siegermächten geschaffene Besatzungskonstrukt BRD, noch das vereinigte Wirtschaftsgebiet, nach dem Beitritt der DDR zur BRD, über volle uneingeschränkte Souveränität. Auch wenn durch die Politiker der BRD anlässlich des Zwei-plus- Vier-Vertrages 17.7.1990 in Paris (Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland 12.9.1990) Grenzverläufe bestätigt wurden, können das keine Gebietsabtretungen sein, da die BRD nicht Rechtsnachfolger des Deutschen Reichs ist.

Bei diesen Verhandlungen wurde der Artikel 23 (Geltungsbereich des Grundgesetzes) und die Präambel auf Veranlassung von James Baker (USA) und Eduard Schewardnadse (Sowjetunion) **gestrichen.** Damit wurde völkerrechtlich betrachtet das gesamte Grundgesetz der BRD aufgehoben.

Gleichzeitig wurde die Verfassung der DDR aufgehoben. Mit der Streichung der Präambel und des Art. 23 GG sind de jure jegliche Rechtsgrundlagen der Organe und Behörden der BRD erloschen, haben somit keine Rechtsgültigkeit mehr. Der territoriale Geltungsbereich des Grundgesetzes ist spätestens mit der Streichung des Art. 23, am 23.9.1990 im Bundesgesetzblatt veröffentlicht, erloschen.

Seit Ende 1990 gibt es das "Vereinigte Wirtschaftsgebiet Deutschland". **Gemäß Artikel 133 Grundgesetz gibt es keine "BRD", lediglich ein vereinigttes Wirtschaftsgebiet! Somit ist die "BRD" eine Staats-Simulation.**

Alle Politiker Schauspieler.

Ein Staat oder ein staatsähnliches Gebilde wird nur vorgetäuscht, nur vorgespielt. Diese Situation verschweigt man den Bewohnern des Wirtschaftsgebietes "BRD", hält diese dumm (nun gut, die lassen sich ja auch für dumm verkaufen) und ist u.a. bei den Euro-Verhandlungen absolut erpreßbar. Was der aufmerksame Betrachter jeden Tag aufs Neue kopfschüttelnd zur Kenntnis nimmt.

Die "BRD" wird völkerrechtlich (und nach den SHAEF-Militärgesetzen) durch eine Nicht-Regierungsorganisation (NGO) geleitet.

Bei der UNO werden die NGO-Staaten unter folgendem Link geführt:

<http://esango.un.org/civilsociety/showProfileDetail.do?method=showProfile-Details&profileCode=43653>.

Mit Debellatio bzw. Debellation (lateinisch: "vollständige Besiegung, Kriegsbeendigung"; bellum "Krieg") bezeichnet man das durch vollständige Zerstörung und militärische Niederbringung eines feindlichen Staates herbeigeführte Ende eines Krieges. Nach traditionellem ("klassischem") Völkerrecht konnte, aber brauchte damit nicht einherzugehen die Annexion, das heißt die Beseitigung der Staatsgewalt des debellierten Staates und die Inanspruchnahme des Staatsgebiets durch den Sieger.

Die Einführung des Kriegsverbots im modernen Völkerrecht und demzufolge auch des Annexionsverbots beschränkt die Bedeutung der Debellation. Das deutlichste Beispiel einer Debellation ist die Unterwerfung Karthagos durch die Römer. Nach langen verlustreichen Schlachten wurde die Stadt völlig zerstört. (Quelle Wikipedia) ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 21. April 2012 (x887/...):
>>"**Holt unser Gold heim!**"

Initiative fordert: Deutsche Goldreserve zurück nach Deutschland

Eine Initiative aus Wirtschaftswissenschaftlern, Politikern, Kaufleuten, Verlegern und Publizisten hat sich zusammengetan, um die Rückführung der deutschen Goldreserven nach Deutschland zu erreichen. Die Reserven befinden sich Schätzungen zufolge zu 66 Prozent in New York, zu 21 Prozent in Paris, zu acht Prozent in London und nur zu fünf Prozent am Sitz der Bundesbank in Frankfurt. Die Bundesbank verwaltet das Gold des deutschen Volkes treuhänderisch.

Es handelt sich offiziellen Angaben zufolge um 3.400 Tonnen, die derzeit einen Marktwert von rund 140 Milliarden Euro haben. Das Gold ist im Wesentlichen der Ertrag deutscher Exportüberschüsse zu Zeiten der Goldstandard-Währungen des Bretton-Woods-Systems in den 50er und 60er Jahren.

Die Initiative "Holt unser Gold heim" geht aus vom Europäischen Steuerzahlerbund (TAE) und der Deutschen Edelmetall-Gesellschaft. Erstunterzeichner sind TAE-Chef Rolf von Hohenau, der Autor Bruno Bandulet, FDP-Finanzexperte Frank Schäffler, der bekannte Finanzjournalist ("ntv-Telebörse") Frank Meyer, der Chefvolkswirt der Bremer Landesbank Folker Hellmeyer und Ex-BDI-Präsident Hans-Olaf Henkel.

Sie fordern, daß zunächst unabhängig überprüft wird, ob das deutsche Gold überhaupt noch vollständig ist, woran immer wieder Zweifel aufkommen. Dann sollten die Barren "zeitnah" nach Deutschland überführt werden. Gold gilt als "Geld für den Ausnahmezustand", weshalb Experten wenig Sinn darin sehen, die Barren im Ausland zu lagern. Fragen nach dem Sinn der Fernlagerung werden kaum beantwortet.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 29. Mai 2012 über den deutschen Grünen-Politiker Joseph Fischer (von 1998-2005 Außenminister): >>**Joschka Fischer: Deutsche sollen zahlen**

Joschka Fischer hat die Deutschen aufgefordert, für die Schulden der anderen Euro-Staaten aufzukommen. In einem Aufsatz für den amerikanischen Thinktank projectsyndicate.com schrieb der frühere Außenminister, Deutschlands "Macht und Wohlstand" sollten zur Rettung der EU eingesetzt werden.

Laut Fischer hätten die Deutschen sich im 20. Jahrhundert zweimal selbst vernichtet. "Es wäre sowohl tragisch als auch ironisch, wenn das wiedervereinigte Deutschland, obwohl friedlich und mit den besten Absichten, die europäische Ordnung ein drittes Mal ruinieren würde", so der grüne Spitzenpolitiker.

Als Konsequenz solle Deutschland seine Mittel einsetzen, um die Schuldner der Euro-Zone freizukaufen. Die Bundesrepublik müsse einer Fiskalunion zustimmen. Unbegrenzt solle die

Europäische Zentralbank künftig die Staatsanleihen der Schuldnerstaaten ankaufen. Zudem sollten Schulden durch die Ausgabe von Eurobonds "europäisiert" werden. Schließlich sollten neue Wachstumspakete aufgelegt werden, um den Wiederaufbau zu unterstützen. Andernfalls drohe der Zerfall des Euro und der totale Niedergang des Kontinents. ...

Projectsyndicate ist eine private Denkschule, die Artikel von Publizisten durch ein Netz von Zeitungen verbreitet. Sie wird indirekt von dem amerikanischen Multimilliardär George Soros unterstützt.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 30 Juni 2012 über die "Atlantik-Brücke": >>**Im Dienst der Vereinigten Staaten**

Im altherwürdigen Magnus-Haus in Berlin gegenüber der Museumsinsel befindet sich seit 1999 die Zentrale der Atlantik-Brücke. Im selben Haus hat auch Altbundespräsident Richard von Weizsäcker sein Büro. Nebenan patrouillieren Polizisten, dort wohnt Kanzlerin Angela Merkel. Die räumliche Nähe ist zufällig, aber auch symbolisch und zugleich praktisch. Denn Weizsäcker wie Merkel sind Mitglieder dieses transatlantischen Clubs.

Die Atlantik-Brücke bezeichnet sich als überparteilich, gemeinnützig und privat. Bescheiden verlautet sie, ihr Ziel sei es, "eine Brücke zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten zu schlagen". Im Mittelpunkt ihrer Aktivitäten steht das Bemühen um ein besseres gegenseitiges Verständnis. Große Worte hat die Atlantik-Brücke nicht nötig.

Eingeweihte wissen, daß es sich um einen der exklusivsten und einflußreichsten Vereine in Deutschland handelt. Die Atlantik-Brücke zählt rund 500 Mitglieder aus Politik, Wirtschaft, Militär und Medien. Zutritt erhält man nicht durch Bewerbung, sondern durch Empfehlung. Die Atlantik-Brücke gibt sich im Unterschied zu den Bilderbergern (JF 25/12) transparent, doch ihre Wirkung erzielt auch sie vor allem durch diskretes und informelles Handeln.

Bündelung proamerikanischer Kräfte

Gegründet wurde sie 1952 in Hamburg. Die Idee, die proamerikanischen Kräfte in der Atlantik-Brücke zu bündeln, zu koordinieren und mit den amerikanischen Eliten zu vernetzen, stammte vom Bankier Eric M. Warburg. Unterstützung fand er beim amerikanischen Hochkommissar John McCloy. Zu den Gründungsmitgliedern zählten die Zeit-Journalistin Marion Gräfin Dönhoff und Helmut Schmidt. Gleichzeitig wurde als amerikanische Komplementär-Organisation der American Council on Germany ins Leben gerufen. Dessen bekanntestes Mitglied ist Ex-Außenminister Henry Kissinger.

Die Atlantik-Brücke betätigt sich als Forum, Netzwerk und Denkfabrik. Sie organisiert Tagungen, Austauschprogramme, Vorträge und Hintergrundgespräche. Bundespräsident Joachim Gauck gehört dazu, auf der Liste stehen Führungskräfte aus Banken und Konzernen, Spitzenpolitiker der maßgeblichen Parteien und bekannte Medienvertretern: der Fabrikant Arend Oetker, der Unternehmensberater Roland Berger, der Springer-Vorstandsvorsitzende Mathias Döpfner, ZDF-Moderator Theo Koll, Zeit-Herausgeber Josef Joffe und der Zeit-Journalist Matthias Naß, der auch bei den Bilderbergern mitmischte.

Zahlreiche Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses im Bundestag treffen sich hier, so der Vorsitzende Ruprecht Polenz und Philipp Mißfelder (beide CDU). Polenz tritt vehement für eine türkische Mitgliedschaft in der Europäischen Union ein, was den Wünschen der Vereinigten Staaten entspricht. Vor diesem Hintergrund ist es interessant, daß er sich im September 2011 im Magnus-Haus mit türkischen und amerikanischen Politikern zu einem "Arbeitsfrühstück" traf.

Özdemirs Stipendium

Neben natürlichen Personen sind auch Institutionen und Unternehmen vertreten, etwa der Daimler-Konzern, die Deutsche Bank, Goldman Sachs, und der American Jewish Congress. Die Atlantik-Brücke ist eng verbunden mit der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (die als eine Kopie des amerikanischen Originals gegründet wurde), mit der Initiative Neue

soziale Marktwirtschaft oder mit der Stiftung Wissenschaft und Politik.

Besondere Bedeutung haben die "Young Leaders-Programme", die Nachwuchskräfte in die transatlantischen Netzwerke einbinden. Zu den "Young Leaders" zählen Altpräsident Christian Wulff, Ex-Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg, Bild-Chefredakteur Kai Diekmann und Grünen-Chef Cem Özdemir.

Natürlich ist nicht jedes Mitglied der Atlantik-Brücke ein proamerikanischer Lobbyist. Der Vorsitzende Friedrich Merz etwa widerspricht vehement der amerikanischen Forderung nach Ausgabensteigerungen im Bundeshaushalt. Aber je mehr ein Politiker seine Karriere dem transatlantischen Netzwerk verdankt, um so mehr hängt sein soziales Prestige davon ab und ist er diesem verpflichtet. Özdemir verzichtete 2002 auf sein Bundestagsmandat, nachdem er wegen einer Bonusmeilen-Affäre in die Schlagzeilen geraten war.

Er nutzte die Auszeit für ein Stipendiat in den Vereinigten Staaten, und machte sich mit dem amerikanischen Politikbetrieb vertraut. Unter anderem hatte er Kontakt zum "Project for the New American Century", einer neokonservativen Denkfabrik, die für die weltweite Dominanz der Vereinigten Staaten wirkt. Nach seiner Rückkehr zog er ins Europaparlament ein, wo er Mitglied des Außenpolitischen Ausschusses wurde. Heute befürwortet Özdemir lautstark eine europäische Banken- und Schuldenunion, die auch von der Regierung in Washington angemahnt wird. Für den EU-Beitritt der Türkei ist er ohnehin.

Die offizielle Gewaltenteilung wird degradiert

Solche informellen Verbindungen und Entscheidungsstränge degradieren die offizielle Gewaltenteilung und die parteipolitischen Auseinandersetzungen über Außenpolitik weitgehend zur Theaterkulisse. Auch der CDU-Politiker Eckart von Klæden und sein Bruder Dietrich gehören der Atlantik-Brücke an. Bis 2009 war Eckart außenpolitischer Sprecher seiner Partei, heute ist er Staatsminister im Kanzleramt. FDP-Mitglied Dietrich von Klæden ist beim Springer-Konzern für die Kontakte zu Regierung und Parlament zuständig.

Wer politische Entscheidungen und Entwicklungen, Debattenverläufe und Pressekampagnen verstehen will, muß derartige Strukturen stets mitdenken.<<

Der deutsche Hochschullehrer i.R. Dr. Hans Penner forderte bereits am 21. August 2012 den Rücktritt der Bundeskanzlerin Merkel (x932/...): >>**Merkel betreibt Auflösung Deutschlands**

Im Widerspruch zu ihrem Amtseid betreibt Frau Dr. Angela Merkel eine Energie- und Europapolitik, die Deutschland großen Schaden zufügt und zu Deindustrialisierung, Arbeitslosigkeit und Verarmung führen wird. Aus diesen Gründen ist der Rücktritt von Frau Dr. Angela Merkel von ihrem Amt als Bundeskanzlerin zu fordern.

1. Auflösung der Bundesrepublik Deutschland

Frau Merkel betreibt die Auflösung der Bundesrepublik Deutschland als souveränen Rechtsstaat. Deutschland soll in einen europäischen Bundesstaat integriert werden, der aller Voraussicht nach eine sozialistische Fiskal-Diktatur sein wird. Diese Bestrebungen widersprechen Artikel 20 des Grundgesetzes. Das Grundgesetz erlaubt den Bürgern Widerstand gegen diese Politik.

2. Vernachlässigung der Bankenaufsicht

Durch Vernachlässigung der Bankenaufsicht unter der Regierung von Frau Merkel hat sich in Deutschland der Schwerpunkt der Bankentätigkeit auf das Investmentbanking verlagert. Als Ergebnis betreiben Banken riskante Geschäfte, deren Verluste der Steuerzahler tragen muß.

3. ESM-Vertrag

Auf Betreiben von Frau Merkel soll in Luxemburg eine unzutreffend als "Europäischer Stabilitätsmechanismus" (ESM) bezeichnete internationale Finanzbehörde geschaffen werden. Laut ESM-Vertrag soll diese ESM-Bank volle Immunität genießen. Beaufsichtigungen oder Kontrollen der ESM-Bank sind untersagt. Die Mitarbeiter der ESM-Bank sind zum Stillschweigen

verpflichtet.

4. Schulden-Union

Unter Mißachtung der europäischen Gesetze betreibt Frau Merkel die Umgestaltung der EU in eine Schuldenunion. Die ESM-Bank dient ausschließlich dem Zweck, die Gläubiger maroder Banken zufriedenzustellen.

5. Preisgabe der Haushaltssouveränität

Die Finanzierung der ESM-Bank bedeutet die Preisgabe der Haushaltssouveränität des Bundestages. Der Bundestag kann zwar das deutsche Mitglied des Gouverneursrates der ESM-Bank beeinflussen, nicht aber die Entscheidungen des Gouverneursrates.

6. Anstieg der Staatsverschuldung

Unter der Regierung von Frau Merkel stieg die Staatsverschuldung von 1,5 auf 2,1 Billionen Euro. Auf Betreiben von Frau Merkel verpflichtet sich Deutschland, der ESM-Bank einen Betrag von 190 Milliarden Euro zur Verfügung zu stellen. Da Deutschland dieses Geld nicht hat, kann dieser Betrag nur durch eine höhere Neuverschuldung aufgebracht werden. Darüber hinaus kann der Gouverneursrat das Grundkapital des ESM und damit den Beitrag Deutschlands jederzeit nach Belieben erhöhen.

7. Torpedierung der Sozialen Marktwirtschaft

Frau Merkel torpediert die Soziale Marktwirtschaft durch zwangswirtschaftliche Verordnung unwirtschaftlicher Stromerzeugungsmethoden.

8. Vernichtung der Kerntechnik

Ohne rationale Begründung vernichtet Frau Merkel die hochentwickelte, sichere deutsche Kerntechnik und zwingt zum Import von unverzichtbarem Nuklearstrom. Die Eigentümer der Kernkraftwerke werden gesetzwidrig zwangsenteignet. Die Gesamtkosten müssen vom Steuerzahler getragen werden. Deutschland verliert seine Kompetenz auf dem Gebiet der Kernenergie.

9. Propagierung der Klimakatastrophen-Hypothese

Wider besseres Wissen behauptet Frau Merkel als promovierte Physikerin, Kohlendioxid sei ein Schadstoff, obwohl dessen Klimasensitivität unter 1° C liegt. Kohlendioxid-Emissionen haben keinen schädlichen Einfluß auf das Klima, fördern aber das Pflanzenwachstum.

10. Umbau der Stromversorgung in Deutschland

Frau Merkel fordert einen extrem kostspieligen unnötigen Umbau der Stromversorgung in Deutschland, der nach gegenwärtigen Schätzungen einen Anstieg der Stromkosten auf das dreifache bewirken wird. Süddeutschland soll aus dem Wattenmeer mit Strom versorgt werden, was Stromleitungen erfordert von der Länge München - Moskau.

11. Gefährdung der Sicherheit der Stromversorgung

Frau Merkel fördert einen exzessiven Ausbau der sogenannten "erneuerbaren" Energieformen Photovoltaik, Windkraft und Biogas. Dadurch gefährdet sie in zunehmendem Maße die Netzstabilität und macht großräumige und langdauernde Stromausfälle immer wahrscheinlicher. Solche Stromausfälle werden nicht nur große Sach- und Vermögensschäden anrichten, sondern möglicherweise auch Tote und Verletzte fordern.

12. Belastung der Umwelt

Die von Frau Merkel geforderten und geförderten "erneuerbaren" Energieformen Photovoltaik, Windkraft und Biogas belasten die Umwelt in Deutschland, ohne irgendeinen Einfluß auf das Weltklima auszuüben.

13. Zerstörung der Familie

Unter der Regierung von Frau Merkel wird die Familienstruktur unseres Volkes zerstört. Jede Woche werden einige tausend sozial unerwünschte ungeborene Deutsche vor ihrer Geburt getötet.

14. Islamisierung Deutschlands

Unter der Regierung von Frau Merkel werden an Universitäten islamische Lehrstühle eingerichtet, um die verfassungswidrige totalitäre Ideologie des Islam auszubreiten.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 8. September 2012 (x887/...): >>Verrät uns auch Karlsruhe?

Staatsstreich: Parlament hat Deutsche bereits schutzlos dem ESM ausgeliefert

Tritt der Euro-Rettungsfonds ESM in Kraft, dann verliert der Bundestag de facto sein Budgetrecht und wird somit machtlos, denn eine ESM-Obergrenze ist nicht existent.

Gebannt blicken nicht nur die Deutschen am kommenden Mittwoch gen Karlsruhe. Dort entscheidet an jenem Tag das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) über die Eilanträge gegen den "Europäischen Stabilitätsmechanismus" (ESM).

Trotz mehr als einjähriger Diskussion dürfte Millionen von Bürgern noch immer nicht klar sein, was dort auf dem Spiel steht. Das ist vor allem der geschickten Vorgehensweise der Bundesregierung und der rot-grünen Opposition zu verdanken, die es geschafft haben, die Deutschen über den brisanten Kern des "Rettungsschirms" ESM hinwegzutäuschen.

Die deutsche Haftung für zu "rettende" Euro-Länder sei streng begrenzt, heißt es. Und: Die Demokratie, vor allem das Mitbestimmungsrecht der Deutschen über ihr Geld, bleibe bestehen.

Beides ist falsch. Laut Vertrag kann das ESM-Führungsgremium beliebig Geld bei den Euro-Ländern einfach abrufen. Die "Obergrenze" von 700 Milliarden Euro, von denen schon so mehr als 192 Milliarden auf Deutschland entfallen, kann durch Tricks im Vertrag jederzeit angehoben werden. Und Deutschland kann sich gegen die Forderungen nicht mehr wehren.

Damit fällt auch das zweite Versprechen: Das wichtigste Recht des Parlaments, seine Herrschaft über den Steuersäckel, wird ihm de facto genommen. So machtlos, wie es der Bundestag dann sein wird, war (mit Ausnahme von NS-Zeit und DDR) kein deutsches Parlament seit der Gründung des Deutschen Reiches 1871.

Von Berlin aus werden die Deutschen mit Spiegelfechtereien bei Laune gehalten und abgelenkt: Sie sei strikt dagegen, daß der ESM eine "Banklizenz" erhalte, mit der er sich grenzenlos Geld bei der Europäische Zentralbank (EZB) holen könne, tönt die Kanzlerin. Eine derartige Erweiterung des ESM-Mandats sei mit ihr nicht zu machen.

Doch Merkel weiß: Bereits im vorliegenden Vertrag ist die "Banklizenz" längst vorhanden, nur etwas verklausuliert formuliert. Und diesem Vertrag haben Union, FDP, SPD und Grüne im Juni im Bundestag zugestimmt. Die wenigen Gegenstimmen, angeführt von Klaus-Peter Willsch (CDU), Frank Schäffler (FDP) und Peter Gauweiler (CSU), waren einsame Rufer in der Wüste.

Bislang hat sich das BVerfG keinem der Euro-Abenteuer in den Weg gestellt, auch wenn ihre verfassungspolitischen Konsequenzen bereits bedenklich waren. Diesmal müßten die Richter endgültig "Stopp" rufen. Lassen sie auch diese Chance verstreichen und winken den ESM-Vertrag mit ein paar blutleeren Ermahnungen durch, stehen die Deutschen einem neuartigen Staatsstreich gegenüber, gegen den sie kein Organ der Republik mehr schützt. Eine niederschmetternde Erfahrung, auf die das Volk dann selbst eine Antwort finden muß.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 17. November 2012 (x887/...): >>Mit der Energiewende in den Atom-Gau

Über die instabilen, veralteten Stromnetze droht Deutschland eine Gefahr, die kaum wahrgenommen wird

Die im März 2011 eingeläutete "Energiewende" sollte in Deutschland ein Horror-Szenario wie in Fukushima ausschließen. Tatsächlich hat sich aber seit dem überstürzten Atomausstieg die Wahrscheinlichkeit einer Katastrophe sogar erhöht.

Bahn-Chef Rüdiger Grube war es, der vor wenigen Wochen noch mal in Erinnerung brachte,

auf welchem dünnem Eis sich Deutschland mit seiner Energiewende bewegt: 30 Prozent der Züge könnten in Nordrhein-Westfalen an kalten Tagen im kommenden Winter ausfallen, so Grube vor wenigen Wochen. Der Hintergrund der Warnung: Zum Jahreswechsel läuft die Betriebsgenehmigung des Kohlekraftwerks Datteln aus.

Allen Erfolgsmeldungen vom Ausbau der erneuerbaren Energien zum Trotz, der Ausfall eines einzigen Kraftwerks könnte Folgen haben, die über stehengebliebene Züge weit hinausgehen. Das gesamte deutsche Stromsystem hat sich zu einem hochfragilen System entwickelt, das bereits mehrfach vor dem völligen Absturz gestanden hat.

Die Grundkonzeption der heutigen Netze stammt teilweise noch aus den 1950er Jahren, das Stromnetz war nie auf die dezentrale Einspeisung großer Energiemengen abgestellt. Tatsächlich werden die Mengen an unregelmäßig anfallendem Wind- und Solarstrom, die das Netz bewältigen muß, aber immer größer.

Die Folge: Das Energienetz kommt immer öfter an seine Belastungsgrenzen. Damit steigt die Wahrscheinlichkeit eines sogenannten Blackouts, des Totalzusammenbruchs des Stromnetzes. Auf die Frage, wie lange es dauern würde, das deutsche Stromnetz wieder in Gang zu bringen, gibt es keine deutschen Prognosen.

Der schweizerische Netzbetreiber Swissgrid rechnet mit drei Tagen, die er benötigen würde, um sein Netz wieder aufzubauen, der österreichische Betreiber Austrian Power Grid geht von sieben Tagen aus. Beide Länder hätten allerdings gegenüber Deutschland einen entscheidenden Vorteil: ihre Wasserkraftwerke. Diese lassen sich ohne Rückgriff auf das Stromnetz aus eigener Kraft wieder anfahren.

Hinter den deutschen Möglichkeiten, sich aus einem landesweiten Stromausfall wieder herauszuarbeiten, steht ein großes Fragezeichen. Die Voraussetzungen scheinen nicht sonderlich günstig. Neben Gaskraftwerken würde vor allem Deutschlands größtes Pumpspeicherwerk im thüringischen Goldisthal zum Ankerpunkt eines Neustartes werden. Gebietsinseln mit wiederhergestellter Stromversorgung würden Schritt für Schritt miteinander verbunden werden. Ein Balanceakt: Stromangebot und -nachfrage müßten ständig aufeinander abgestimmt werden, jederzeit würde ein neuer Netzzusammenbruch drohen.

Eine Studie im Auftrag des Deutschen Bundestages aus dem Jahr 2010 ging von 14 Tagen ohne umfassende Stromversorgung aus. Untersucht wurden die Konsequenzen eines länger andauernden und flächendeckenden Stromausfalls in Deutschland.

Das Fazit des Berichts: "... ein Kollaps der gesamten Gesellschaft wäre kaum zu verhindern." Sofort ausfallen würden Tankstellen, Fahrstühle, Wasserwerke, Ampeln, Geldautomaten, Supermarktkassen und die meisten Telefonnetze.

Nach drei Tagen würde die ärztliche Versorgung zusammenbrechen und würden Versorgungsengpässe bei der Lebensmittelversorgung entstehen. In den Krankenhäusern wären dann die Dieselreserven für die Notstromaggregate aufgebraucht, bei den Lastwagen wären die Tanks leergefahren. Was in Deutschland überhaupt an Vorsorgemaßnahmen getroffen wurde, ist auf die Überbrückung von Stromausfällen von Stunden, bestenfalls einigen Tagen ausgelegt.

Drei Monate vor der Fukushima-Katastrophe im Dezember 2010 fertiggestellt, wird in der Bundestagsstudie das "heißeste Eisen" im Zusammenhang mit einem lang andauernden Stromausfall allerdings nicht einmal erwähnt: die Kühlung der deutschen Atomkraftwerke. Mit einem Netzzusammenbruch würden auch die Kernkraftwerke wie alle übrigen Kraftwerke vom Netz gehen, sie müßten runtergefahren werden.

Damit ist es allerdings nicht getan. Selbst nach dem Abschalten müssen die Brennstäbe soweit heruntergekühlt werden, daß eine Kernschmelze verhindert wird - und zwar jahrelang. Erst nach zehn Jahren ist die Nachzerfallswärme der Brennstäbe soweit gesunken, daß sie überhaupt transportfähig sind. Um die Kühlwasserpumpen für die Brennstäbe und die Leittechnik

der Kraftwerke am Laufen zu halten, ist nach einem Zusammenbruch des Stromnetzes der Rückgriff auf Notstromaggregate nötig. Im Fall der AKWs sind diese so leistungsfähig, daß sie problemlos in der Lage sind, den Strombedarf von Kleinstädten abzudecken. Der Dieselverbrauch ist entsprechend.

Sobald die in den Kraftwerken vorhandenen Dieselvorräte für die Notstromaggregate aufgebraucht wären, müßte Nachschub herangeschafft werden - unter den Bedingungen eines "Kollaps der gesamten Gesellschaft", der sich nach der Prognose der Bundestagsstudie alsbald landesweit einstellen würde.

Welches Szenario droht, wenn auch nur in einem der 17 aktiven oder stillgelegten deutschen Kernkraftwerke der Versuch mißlingt, die Kühlung der Brennstäbe zu sichern, läßt sich am japanischen Fukushima absehen. Die Wahrscheinlichkeit einer solchen Katastrophe hat sich ausgerechnet mit dem überstürzten Ausstieg aus der Atomenergie und dem ungebremsen Ausbau der erneuerbaren Energien ohne Vorhandensein wichtiger Voraussetzungen wie leistungsfähiger Leitungsnetze oder Speichermöglichkeiten für die Solar- und Windenergie um einiges erhöht.<<

Der Norddeutsche Rundfunk (NDR) berichtete am 7. Januar 2013 (x1.084/...): >>Die "Sesamstraße": Ein Pionier des Kinderfernsehens

von *Hans-Ulrich Wagner*

Die beliebten Puppen der Sesamstraße begeistern Kinder seit Jahrzehnten.

Happy Birthday, "Sesamstraße" - eine Erfolgsgeschichte des deutschen Fernsehens feiert 2013 runden Geburtstag. Mit berechtigtem Stolz: 1973 spielten Puppen, Kinder und Erwachsene das erste Mal in der "Sesamstraße", bewältigten kleine Alltagssituationen, lernten mit- und voneinander und hatten eine ganze Menge Spaß.

Vor allem die fantasievollen Puppen hielten seither Einzug in die deutschen Kinderzimmer: Ernie und Bert, Samson und Tiffy, das Krümelmonster und viele andere wurden liebgewonnen und zu treuen Begleitern der eigenen Fernsehkindheit - und das mittlerweile über zwei Generationen hinweg, wenn die Vorschulkinder der ersten Jahre - inzwischen erwachsen - mit ihren eigenen Kindern die "Sesamstraße" verfolgen. Doch wie kam der Klassiker des Vorschulkinderprogramms ins Programm?

Neue soziale Lernziele

Der Start der "Sesamstraße" Anfang der 70er-Jahre fällt in eine Phase gesellschaftlicher Umbrüche. Es war eine "hoch spannende Zeit", urteilt Angelika Paetow, die damals als Praktikantin zum NDR und gleich in die "Arbeitsgruppe Sesamstraße" kam. Paetow, die knapp drei Jahrzehnte später, von 2002 bis 2010, die Redaktion der "Sesamstraße" leiten sollte, war von Anfang an fasziniert von den neuen pädagogischen Ideen, die man in der "Sesamstraße" umsetzen konnte.

Vor allem soziale Lernziele standen an oberster Stelle, berichtete auch der Evangelische Presседienst (epd); und die Kommunikationswissenschaftlerin Ingrid Paus-Hasebrink konstatierte: "Soziales Lernen stand im Mittelpunkt". Vieles erprobten die deutschen "Sesamstraßen-Macher" damals zum ersten Mal, lange bevor pädagogische Überzeugungen in allgemein akzeptierte Lernkonzepte Eingang fanden.

Selbstbewußtsein und Kreativität fördern

Die bundesdeutschen Folgen der "Sesamstraße" basierten auf dem US-amerikanischen Format, das 1968 vom Children's Television Workshop (CTW) in den Vereinigten Staaten entwickelt worden war. Gleichzeitig eröffneten die mit dem CTW geschlossenen Verträge die Möglichkeit, eigene Beiträge für die einzelnen Folgen zu produzieren - Animations- und Spielfilme, später auch Begegnungen zwischen deutschen Stars und den Puppen im Studio, vor Ort-Aufnahmen mit dem Ü-Wagen. Hier, so Paetow, konnten die Deutschen ihre eigenen pädagogischen Akzente setzen: ohne erhobenen Zeigefinger lernen und speziell soziales Ver-

halten, Selbstbewußtsein und Kreativität üben.

Gleiche Chancen für alle

Die neuen erzieherischen Ziele waren Ausdruck der gesellschaftlichen Umbrüche. Man diskutierte in der Bundesrepublik intensiv über Chancengleichheit und Chancengerechtigkeit. Kinder, die aufgrund von Elternhaus und sozialem Umfeld benachteiligt waren, sollten entsprechend gefördert werden. "Unser Glaube war, daß das Fernsehen dazu einen Beitrag leisten kann", resümiert Karl-Heinz Grossmann, der zu dieser Zeit die Hauptabteilung Kursus- und Bildungsprogramme beim NDR leitete. Grossmann war es denn auch entscheidend zu verdanken, daß das amerikanische Vorbild in die Bundesrepublik und speziell zum NDR geholt werden konnte.

Die von dem amerikanischen Puppenspieler Jim Henson liebevoll entworfenen Puppen waren nach ihrem Programmstart 1969 in den USA sehr schnell auch in Europa bekannt geworden. Ihre Dialoge und Szenen, die in einer Durchschnittsstraße, der "Sesame Street" spielten, orientierten sich am kindlichen Alltag. Bereits im Herbst 1970 sorgten Ernie & Co. beim "Prix Jeunesse" in München für Furore.

Ein eigenes Programm für Kinder

Die westdeutschen Sendeanstalten wurden aufmerksam. Vor allem das ZDF, das sich damals im Kinderprogramm bereits mit US-Importen wie "Flipper" profiliert hatte, signalisierte großes Interesse. Aber auch bei der ARD war man bereits seit einiger Zeit auf der Suche nach neuen Kinderprogrammen. 1968 war auf einer Tagung in Tutzing die Forderung nach einem eigenen ARD-Kleinkinderprogramm erhoben worden. Neun Redaktionen in neun Landesrundfunkanstalten sollten dieses als Teil des "ARD-Nachmittags- und Familienprogramms" entwickeln.

Die Bemühungen mündeten in der "Arbeitsgemeinschaft Vorschulerziehung der ARD", die im März 1971 gegründet wurde. Experten auf den Gebieten der Entwicklungspsychologie und der Pädagogik sowie Lehrer und Erzieher sollten den Programmverantwortlichen helfen.

Erklärtes Ziel war es, wie F. Jasmin Böttger in einer Forschungsarbeit zum "Dritten Fernsehprogramm der Nordkette NDR/SFB/RB 1960-1982" aufzeigte, sich von der bis dahin herrschenden Bewahrpädagogik abzuwenden. Kleinkinder sollten ernst genommen werden, es galt zu erkennen, daß auch sie Probleme zu bewältigen und Konflikte auszutragen haben. Die Zeiten von Märchenstunden, Vorleserinnen und Spiel-Gouvernanten waren vorüber.

Die "Pappnasen aus USA"

Als Vertreter des NDR gehörten dieser "Arbeitsgemeinschaft Vorschulerziehung" neben Karl-Heinz Grossmann mehrere Kinderfunk-Redakteure an, darunter Jürgen Weitzel, der später Leiter der "Arbeitsgruppe Sesamstraße" wurde. Die Diskussion um die "Pappnasen aus USA", über die das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" im April 1970 das erste Mal berichtet hatte, führte zu einem regelrechten Wettlauf zwischen dem ZDF und der ARD. Grossmann unterrichtete NDR Intendant Gerhard Schröder und bekam von ihm und der Konferenz der dritten Fernsehprogramme der ARD den Auftrag, in New York mit den CTW-Vetretern zu verhandeln.

Zusammen mit der Redakteurin Ursula Klamroth brachte man als einen ersten Erfolg ein Filmpaket aus New York mit. 35 Folgen von je einer Stunde Länge konnten in Deutschland geprüft werden. Das geschah nicht nur intern mit den Fachleuten, sondern auch öffentlich.

Der NDR sendete im Dritten Fernsehprogramm, der "Nordkette", in der Osterwoche vom 5. bis 9. April 1971 fünf Folgen der "Sesame Street", in der amerikanischen Originalfassung, nicht synchronisiert, jedoch kommentiert. Am Ende jeder Folge dieser Testserie baten die Kommentatorinnen Ursula Klamroth und Ann Ladiges darum, dem Sender Meinungen und Ansichten mitzuteilen und abschließend zur Frage nach einer Übernahme eines größeren Filmpakets aus den USA Stellung zu nehmen.

Die amerikanischen Folgen lösten in Deutschland eine "sehr grundsätzliche Debatte" aus, erinnert sich Grossmann. Auch der wissenschaftliche Beirat, der die Programmverantwortlichen beriet, diskutierte die Probefolgen intensiv. Bald war klar, daß man das amerikanische Format grundsätzlich übernehmen wollte. Aber auch, daß man es technisch bearbeiten mußte, etwa von einer Stunde auf eine halbe Stunde reduzieren. Bestimmte Elemente, die zu sehr auf die amerikanische Situation zugeschnitten waren, sollten weggelassen und statt dessen durch in Deutschland neu produzierte Teile ergänzt werden.

Nicht alle machen mit

Von nun an ging alles sehr schnell. Die ARD-Arbeitsgruppe hatte sich für den Ankauf und die Ausstrahlung entschieden - mit Ausnahme des Bayerischen Rundfunks. Daraufhin wurde ein Ankauf für das ARD-Gemeinschaftsprogramm abgelehnt. Eine Tatsache, die der "Spiegel" in seiner Ausgabe am 3. Mai 1971 als "vergebene Chance" brandmarkte. Der NDR übernahm jedoch noch einmal die Initiative. Sein Verwaltungsrat stimmte dem Erwerb der Fernsehrechte durch die norddeutsche Rundfunkanstalt zu. Vor allem auch, weil inzwischen das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft zugesichert hatte, den Ankauf entscheidend mitzufinanzieren.

Grossmann verhandelte erfolgreich in New York. Er schaffte es, das Vertrauen der CTW-Verantwortlichen zu gewinnen und sie für die Weiterentwicklung des pädagogisch wertvollen Formats durch die Deutschen einzunehmen. Das ZDF zog bei diesem Wettlauf den Kürzeren. Im Dezember 1971 war das Vertragspaket zwischen CTW und dem NDR unter Dach und Fach. Für stolze 700.000 Dollar, damals zirka 2,4 Millionen DM, konnten die Rechte für ein großes Filmpaket für die dritten Fernsehprogramme der ARD erworben werden. Der NDR wurde die für die neu zu entwickelnde deutsche Fassung zuständige Landesrundfunkanstalt.

"... wer nicht fragt, bleibt dumm"

Die "Sesamstraße" wurde sorgfältig beworben und intensiv diskutiert. "Neue Serie" titelten am 8. Januar 1973 die Programmzeitschriften, und die "Hör zu" verkündete: "Lernen macht Spaß - heißt das Motto dieser heiteren Vorschule". Doch nur über die Sender von NDR, Radio Bremen, SFB, WDR und HR konnte damals die Vorschulsendung um 9.30 Uhr im ersten Fernsehprogramm empfangen werden. Die dritten Programme dieser Landesrundfunkanstalten sendeten die "Sesamstraße" darüber hinaus um 18.00 Uhr in ihren jeweiligen dritten Programmen.

Die Kinder, die im Süden der Bundesrepublik, im Sendegebiet des Bayerischen, Süddeutschen und Saarländischen Rundfunks wohnten, blieben vorerst außen vor. Sie wuchsen mit dem "feuerroten Spielmobil" auf, einer avancierten Antwort des BR auf den US-amerikanischen Import.

Sesamstraße

Die Kinder im Norden aber wurden täglich ermutigt, neugierig zu sein und zu fragen. Ganz so wie es im "Sesamstraße-Lied" von Volker Ludwig (Text) und Ingfried Hoffmann (Musik) heißt: "Der, die, das / Wer, wie, was / wieso weshalb warum / wer nicht fragt bleibt dumm!". Und der Hamburger Kinderchor Vineta unter Leitung von Dietrich Czirniok sang damals auch: "Tausend tolle Sachen, / die gibt es überall zu sehen / manchmal muß man fragen, / um sie zu verstehen!"

Auch wenn sich das Konzept der "Sesamstraße" ständig weiter entwickelte und viele Veränderungen erfuhr, gehören das charakteristische Intro und die munteren "Sesamstraße-Puppen" zur Medienbiographie vieler Zuschauerinnen und Zuschauer im Norden.<<

Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 3/4 berichtete im März/April 2013 (x853/...): >>>Die Neue Weltordnung - politisch korrekt oder Verschwörungstheorie?

Inge M. Thürkauf

Für die meisten Zeitgenossen ist es ein nebulöser Begriff, mit dem die wenigsten etwas anzu-

fangen wissen - Neue Weltordnung. Zwar wittern besonders die Medien dahinter irgendeine paranoide Verschwörungstheorie, obwohl führende Politiker immer öfter in ihren Reden Formulierungen wie "die eine Weltregierung" oder "global governance" einflechten lassen - nicht selten in Zusammenhang mit der Agenda zur Dezimierung der Macht souveräner Staaten.

Die neue Weltordnung als politisches Programm

Die Neue Weltordnung ist, das kann mit Sicherheit gesagt werden, keine Verschwörungstheorie, sie ist das politisch korrekte Zukunftsprogramm der zurzeit mächtigsten Organisation der Welt: der UN. Daß man verdächtigt wird, sich gegen Frieden und Menschenrechte zu stellen, wenn "Migration", die "Auflösung der Nationalstaaten" oder "religiöser Synkretismus" kritisiert oder nur hinterfragt wird, zeigt deutlich genug, daß sich dahinter mehr verbirgt, als lediglich eine Verschwörungstheorie.

"Die Gesellschaft soll verändert werden", schreibt der britische Historiker Anthony Sutton, die Welt soll verändert werden, "um eine Neue Weltordnung hervorzubringen. Dies wird eine geplante Ordnung sein, mit einer strikten Einschränkung der individuellen Freiheit, ohne verfassungsmäßigen Schutz (constitutional protection), ohne nationale Grenzen oder kulturelle Unterschiede."

Die folgenden Zitate beleuchten den internationalen Konsens zur Vorbereitung einer Neuen Weltregierung:

- Präsident George H. W. Bush, ... US Präsident 1989-1993, hat am 11. September 1990, also auf den Tag genau 11 Jahre vor dem magischen Datum von 9/11, vor dem amerikanischen Kongreß erklärt: "Wir haben vor uns die Möglichkeit, für uns selbst und für die zukünftige Generation eine Neue Weltordnung zu schaffen ... Eine Ordnung, in der eine glaubwürdige UNO ihre friedenserhaltende Rolle anwenden kann, um das Versprechen und die Vision der UN-Gründer zu erfüllen."

Und bei seiner jährlichen "State of the Union" Ansprache im Februar 1991 entfaltete er offen seine Vision: "Es ist eine grosartige Idee: eine neue Weltordnung, in der verschiedene Nationen in gemeinsamer Sache zusammengezogen werden, um die universellen Bestrebungen der Menschheit, Frieden und Sicherheit, Freiheit und Gesetzesordnung zu verwirklichen. Nur die Vereinigten Staaten haben beides: das moralische Stehvermögen und die Mittel, sie zu unterstützen."

Während er dies verkündete, war der zweite Golfkrieg in vollem Gange. Der Gedanke an eine neue Weltordnung ist für amerikanische Präsidenten ein alter Traum. Auch Woodrow Wilson (1856-1924) strebte eine globale Ordnung unter der Führung Amerikas an, um den Frieden in der Welt zu sichern. Der Erste Weltkrieg hat diesen Plan verhindert. Ebenso brachten die Bemühungen Franklin D. Roosevelts (1882-1945), den globalen Frieden mit Hilfe Amerikas zu errichten, durch den Ausbruch des Zweiten Weltkriegs nicht das gewünschte Resultat.

- In einem Leitartikel der "Financial Times" vom 8.12.2008 berichtet Gideon Rachman von der Agenda für eine diktatorische Weltregierung. Der Bericht räumt ein, daß der Begriff "global governance" ein Euphemismus sei für eine antidemokratische Weltregierung. Der Autor schreibt, daß global governance viel früher eingeführt werden könnte, als die meisten erwarten, und daß Barack Obama bereits seinen Wunsch nach Erreichen dieses Ziels ausgedrückt habe.

- Am 2. April 2009 trafen sich in London die Finanzminister und Zentralbankchefs aus 20 Ländern einschließlich der sieben großen Industrienationen zum G20-Gipfel. Der Internationale Währungsfonds und die Weltbank waren ebenfalls Teilnehmer dieses Treffens. In einer programmatischen Rede bekräftigte Premierminister Gordon Brown die Entstehung einer Neuen Weltordnung. Vor 200 Jahren, so Brown, hat eine neue Welt die alte abgelöst. 1990 war das Ende einer durch den Kalten Krieg bestimmten alten Welt.

Man sprach damals von einer politischen neuen Ordnung. Was nicht vorausgesehen werden

konnte, war die Schnelligkeit der Globalisierung. Heute nun beginnen wir zu verstehen, so Brown weiter, daß die Weltordnung, die durch die Globalisierung vorangebracht wird, nicht durch die militärische Stärke des Kalten Krieges, sondern durch ihren ökonomischen Einfluß entsteht. Die Länder, die erfolgreich sein werden, sind jene, die Flexibilität, Freie Marktwirtschaft, Freier Handel, Innovation und Förderung der Bildung miteinander vereinigen können. Brown abschließend: Eine neue Welt ist im Kommen. Es ist eine Neue Welt Ordnung mit bedeutend unterschiedlichen und radikal neuen Herausforderungen für die Zukunft.

Einig waren sich die G20-Gipfelteilnehmer in drei Punkten:

1. neue Finanzmarktregeln.

2. die Bereitstellung gigantischer finanzieller Mittel für die zentralen Finanzinstitute auf globaler Ebene.

3. die Vereinbarung, sogenannte Steueroasen auf eine schwarze Liste zu setzen.

- Auch Strobe Talbott, Vize-Außenminister der USA von 1993-2000, spricht Klartext: "Im nächsten Jahrhundert (21. Jahrhundert) werden Nationen, wie wir sie kennen, obsolet sein; alle Staaten werden eine einzige globale Autorität anerkennen. Nationale Souveränität war letztendlich keine so gute Idee."

- Ebenso David Rockefeller: Er sah die Welt 1994 "am Rande einer globalen Umwälzung. Alles was nötig ist, wäre eine Krise großen Ausmaßes, und die Nationen werden die neue Weltordnung bejahen."

In einer Ansprache vor der Trilateral Commission 1991 dankte er "der Washington Post, der New York Times, dem Time Magazine und anderen Publikationen, deren Direktoren an unseren Treffen teilgenommen und beinahe 40 Jahre ihre Versprechen zur Geheimhaltung nicht gebrochen haben. Es wäre für uns unmöglich gewesen, unseren Plan für die Welt zu entwickeln, wenn er Gegenstand der breiten Öffentlichkeit gewesen wäre. Aber jetzt ist die Welt aufgeklärt und vorbereitet genug, um einer Weltregierung entgegenzugehen."

- Jacques Attali, Berater des ehemaligen französischen Präsidenten Sarkozy (von 2007-2012), sah eine Chance für eine Weltregierung in der im Jahre 2009 erwarteten Schweinegrippe Pandemie. "Die Geschichte lehre, daß die Menschheit sich nur unter Todesangst bedeutsam weiterentwickle: Dann mobilisiere sie Abwehrmechanismen, manchmal unerträgliche (Sündenböcke und totalitäre Systeme); manchmal sinnlose (Ablenkung); manchmal effiziente (therapeutische Maßnahmen, die letztendlich alle die alten Moralvorstellungen über Bord werfen)."

- Ähnlich äußerte sich Henry Kissinger:

"Heute würden die Amerikaner empört reagieren, wenn UNO-Truppen Los Angeles beträten, um die Ordnung wiederherzustellen; morgen waren sie dankbar! Besonders, wenn ihnen erklärt wird, daß es eine äußere Bedrohung gibt, ob real oder Propaganda, die unsere Existenz in Frage stelle. Alle würden dann die Weltführer anflehen, sie von diesem Übel zu erlösen. Jedermann fürchtet sich vor dem Unbekannten. Wenn ihnen dieses Drehbuch vor Augen gestellt wird, werden Individualrechte bereitwillig im Gegenzug für Garantien ihres Wohlergehens abgetreten, das ihnen von der Weltregierung bewilligt wird."

- Die Schweiz hat ebenfalls diesbezüglich einen Vorschlag unterbreitet: Anlässlich der UNO-Vollversammlung in New York am 14. September 2010 hielt Altbundesrat Joseph Deiss seine Antrittsrede als Präsident der UNO-Generalversammlung und stellte die Forderung nach einer "gouvernance mondiale", nach einer globalen Regierungsführung.

- Völlig unmißverständlich drückte sich die deutsche Bundeskanzlerin, Angela Merkel, auf dem Kirchentag in Dresden 2011 aus: "Wenn man eine wirkliche Weltordnung haben will, eine globale politische Ordnung, dann wird man nicht umhin können, Souveränität, Rechte, an andere abzugeben."

Und während der Konferenz "Falling Walls" am 9. November 2009 in Berlin, umschrieb sie die NWO elegant mit den Worten: "... eine der spannendsten Fragen, Mauern zu überwinden,

wird sein: Sind Nationalstaaten bereit und fähig dazu, Kompetenzen an multilaterale Organisationen abzugeben, *koste es, was es wolle?*"

Da diese Rede 2009 gehalten wurde, fragt man sich, welche Mauern sie hier angesprochen hat, die Berliner Mauer kann es wohl nicht gewesen sein, sie fiel ja 20 Jahre früher. Es können somit eigentlich nur Landergrenzen gemeint sein, die durchbrochen werden müssen, damit z.B. Menschen Grenzenlos einwandern können, und zwar - koste es, was es wolle.

Für die Bundeskanzlerin existiert bereits eine Welt des Friedens, wenn es keine Grenzen mehr gibt. Angela Merkel bekräftigt diesen Aspekt, wenn sie sagt: "Das wollen wir auch dort schaffen, wo ... Mauern die Möglichkeit verhindern, daß die Welt friedlich zusammenlebt." - "Es wird so sein, daß ein friedliches Zusammenleben nur mit einer globalen Ordnung ... möglich ist." - "Diese Welt wird keine friedliche ... Welt sein, wenn wir nicht zu mehr globaler Ordnung und mehr multilateraler Zusammenarbeit finden."

Soll das heißen, daß nur eine Welt ohne Grenzen, ohne Mauern, wie sie das nennt, eine Welt des Friedens sein wird? Was geschieht, wenn Nationalstaaten auf ihre Grenzen aber nicht verzichten wollen? Nehmen wir als Beispiel die Schweiz.

Sicher - so das berechtigte Argument - die Schweiz gehört nicht zur EU, zumindest nicht offiziell. Es ist jedoch auch an der Schweizer Bevölkerung nicht unbemerkt vorbeigegangen, daß den Forderungen aus Brüssel immer mehr Gehör geschenkt wird. Der Wirtschaft zu liebe, ist die Regierung fast gezwungen, die einen oder anderen Verträge zu unterschreiben. Denn die Globalisierung ist - wie Politiker sich auszudrücken pflegen - "alternativlos", und in diese "Alternativlosigkeit" möchte die EU das Alpenland doch gerne mit hineinnehmen.

Daß die "globale Ordnung", wie Frau Merkel sich ausdrückt, unter Umständen doch an "Mauern" stoßen könnte, zeigen die Äußerungen des Schweizer Verteidigungsministers Ueli Maurer in der Zeitung "Sonntag" vom 7. Oktober 2012. Die Schweizer Armee erwarte eine dramatische Eskalation der Lage in EU-Krisenstaaten mit Auswirkungen auf die Sicherheit der Schweiz, warnt er. Die Euro-Krise verschärfe das Gewaltpotential.

Die Sparmaßnahmen in den südlichen Eurokrisenländern würden dazu führen, daß die Armeen dieser Länder geschwächt werden. Da Bern ein Übergreifen auf das eigene Gebiet und große Flüchtlingsströme aus Südeuropa befürchtet, rüste die Armee ihre Streitkräfte auf, um die vier Landesteile an den Grenzen abzusichern.

Wie wir aber aus den Worten von Angela Merkel deutlich herausgehört haben, würde die Absicherung von Landesgrenzen die Verwirklichung der multilateralen Zusammenarbeit behindern, was den Frieden doch empfindlich gefährden könnte.

Die Errichtung eines Weltstaates hat nach den Vorgaben der Vereinten Nationen als einzige Herrschaftsform die Demokratie im Blickpunkt. Es steht allerdings nirgends geschrieben, daß die "Direkte Demokratie" der Schweiz als Vorbild genommen werden wird, bei dem das Volk nicht nur durch Wahlen, sondern auch durch häufige Volksabstimmungen direkten Einfluß auf die Politik nehmen kann. Um EU konform zu werden, bleibt der Alpenrepublik jedoch immer noch die Möglichkeit, zu der in vielen anderen Staaten der Welt üblichen "Parlamentarischen Demokratie" zu wechseln.

Multikultur und die Neue Weltordnung

Das Szenario für die Schweiz soll hier nicht weitergesponnen werden, wenden wir uns vielmehr der Frage zu, was für weitere Maßnahmen angesetzt werden müssen, um eine neue Weltordnung zu schaffen? Die Äußerungen von Bundesrat Ueli Maurer implizieren, daß die neue Weltordnung vielleicht auch etwas mit dem Begriff "Multikultur" zu tun haben könnte. Dazu ein aufschlußreicher Kommentar zum Multikulturalismus aus einer Netzseite in Bangladesch. Dort heißt es: "Multikulturalismus ist ein unnatürlicher und ungesunder Zustand, der nur Länder heimsuchen kann, die sich im nationalen Niedergang befinden ..."

Multikulturalismus "wird dazu benutzt, einen nationalen Konsens in der Wählerschaft zu ver-

hindern. Er untergräbt Werte, Kultur, Glaubensinhalte, ethnische Eigenheiten usw. und schafft dadurch einen ständigen Strom der Unzufriedenheit, auf dem sicherzustellen, daß die Regierten sich niemals als Schicksalsgemeinschaft begreifen und daß es niemals Solidarität zwischen ihnen geben kann."

Wenn Multikulturalismus also die etablierte Ordnung von Nationalstaaten untergräbt, so ist die Migrationswelle, die gegenwärtig Europa durchzieht, zweifellos eine wirksame Maßnahme zur Auflösung der einzelnen Nationalstaaten. Der Bevölkerung wird auf allen Kanälen erklärt, wie bereichernd die kulturelle Vielfalt für die Weiterentwicklung einer Nation sein kann. Was wir zunächst feststellen ist, daß im westlichen Europa immer deutlicher gravierende Veränderungen zu Tage treten.

Viele fühlen sich von den Regierungen getäuscht und überrollt. Das ungeschminkte Geständnis des luxemburgischen Premierministers und bis Anfang 2013 Vorsitzenden der Euro-Gruppe, Jean-Claude Juncker, gibt Einblick in die Vorgehensweise der Multikulturalisten: "Wir beschließen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, ob was passiert. Wenn es dann kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter - Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt."

Auf diese gewiefte Weise wurde der Euro eingeführt, und es ist anzunehmen, daß sich diese Methode auch bei anderen Agenden wie Gender Mainstreaming, der Schaffung des Bundesstaates Europa und der Neuen Welt Ordnung bewährt. Die Aussage Junckers zeigt unmißverständlich, daß die Multikulturalisten nicht an das glauben, was sie propagieren.

Es sei daran erinnert, daß es die im Oktober 2012 friedensnobelpreisgekrönte EU ist, welche die Landesgrenzen mit Hilfe der Schengener-Verträge aufgelöst und damit Wanderbewegungen in einem Maß ermöglicht hat, die einmalig sind in der europäischen Geschichte. Der schwedische Außenminister Carl Bildt sagte dazu: "Das Nobelkomitee begründete den Preis u.a. damit, daß die EU-Erweiterungspolitik mit dem Balkan und der Türkei ein Schlüssel ihres Friedensbeitrages ist."

Wir können heute schon mit Sicherheit annehmen, daß Migrationsbewegungen von diesen Ausmaßen zu einer Lockerung des fairen Austauschs unter den Nationalstaaten führen wird, was eine vermehrte Gleichgültigkeit an nationalen Interessen zur Folge haben kann. Verschiebungen von Bevölkerungsgruppen sind ein erfolgreiches Konzept der Diktatoren, da desorientierte, von Familie und Religion entfremdete Menschen leichter zu kontrollieren und zu manipulieren sind.

Im Hinblick auf die demographische Situation in den europäischen Ländern, kann davon ausgegangen werden, daß in einigen Jahren die Völker nicht mehr von den Autochthonen, also den Eingeborenen der einzelnen Länder regiert werden, denn von Migranten ist kaum zu erwarten, daß sie in ihren Wahlländern ihre Identität aufgeben.

Bei der Völkerwanderung des 21. Jahrhunderts geht es also um eine Enteignung der kulturellen Identität von Europäern. Sie sollen zu Fremden werden im "eigenen Haus". Jene, die sich sorgen um die Identität ihres Vaterlandes und ihrer Heimat (zwei Begriffe die a priori schon als politisch nicht korrekt eingestuft werden) und dies laut äußern, werden ausgegrenzt und fallen unter das Verdikt "Rassismus", Islamophobie oder prinzipiell "Xenophobie".

Die gegenwärtigen Wanderbewegungen werden jedoch allgemein von den Regierungen als positiv betrachtet und das globale Zeitalter bereichernd für die lokale Kultur gesehen. Die Gründe sind nicht zuletzt die ausgedehnten Wirtschaftsverbindungen zwischen dem Westen und der islamischen Welt, insbesondere zwischen Europa und dem Nahen Osten.

Ebenso haben sich die wirtschaftlichen Bande zwischen den USA und Saudi-Arabien in den letzten Jahren intensiviert. Sozialismus und Kapitalismus sind bekannterweise die jeweils andere Seite derselben Medaille. Von beiden Seiten wird auf eine Weltregierung hingearbeitet.

Nicht wenige EU-Befürworter sind optimistisch in der Meinung, "daß wir - wenn es uns gelingt, eine Regierung auf der paneuropäischen Ebene zu schaffen - auch eine Regierung auf globaler Ebene zustande bringen können."

Politisch korrekt in die Neue Weltordnung

Wenn Ideologen zur Macht gelangen, nutzen sie diese Macht, um ihre Ideologie zu etablieren. In den letzten Jahren mußten wir feststellen, daß die Meinungsfreiheit immer stärker eingeschränkt wurde. Es wird immer schwieriger, über bestimmte Themen zu sprechen und zu schreiben.

Traditionelle Meinungen in Bezug auf die Geschlechter, die im Widerspruch zur vorgegebenen Auffassung von Homosexualität oder zur Multikultur stehen, laufen Gefahr, sich an der neuzeitlichen Staatsideologie zu vergehen. Nach den Ideologien von Marxismus-Leninismus und Nationalsozialismus ist nun eine neue Ideologie im Begriff, die Welt zu beherrschen: die *Political correctness*.

Die Medien jedoch, denen sonst kaum etwas entgeht, schweigen mit wenigen Ausnahmen als sei eine Nachrichtensperre über sie verhängt worden. Und sehr wahrscheinlich ist dies auch so. An Stelle der staatlichen Pressezensur ist die Zensur durch die Presse getreten. In seinem Werk "Untergang des Abendlandes" bemerkt Oswald Spengler:

"Der Leser weiß nichts von dem, was man mit ihm vorhat, und soll es auch nicht, und er soll auch nicht wissen, welche Rolle er damit spielt. Eine furchtbarere Satire auf die Gedankenfreiheit gibt es nicht. Einst durfte man nicht wagen, frei zu denken; jetzt darf man es, aber man kann es nicht mehr. Man will nur noch denken was man wollen soll, und eben das empfindet man als seine Freiheit."

Über 80 Jahre später hat sich an der Beobachtung Spenglers nichts geändert, nur spricht man im Jahre 2011 in aller Öffentlichkeit darüber: "Was aber nutzt uns die ganze schöne Pressevielfalt, wenn letzten Endes alle von Flensburg bis Garmisch über dasselbe schreiben und auch dieselben Themen auslassen?" fragte der Münchner Verleger Dirk Ippen (Münchner Merkur, tz) am 18. Mai im Kaisersaal des Frankfurter Römer in seiner Festrede bei der Verleihung des Wächterpreises der Tagespresse.

Die Klage eines Verlegers: "Wer gegen den Zeitgeist anschwimmt, findet kein Gehör" und: "Zum Nonkonformismus gehört Mut", enthüllt mehr als alle Analysen und Statistiken, daß "Die Zerstörung der Freiheit im Namen der Freiheit" auch im politischmedialen Rahmen Fakt geworden ist.

Ein mysteriöses Monument

Im Bundesstaat Georgia (USA) sind in zwölf Sprachen auf großen Platten aus Granit die "10 Gebote der Neuen Welt Ordnung (NWO)" gemeißelt. Da die "Steine von Georgia" eine große Ähnlichkeit mit der Megalithstruktur in Stonehenge/England haben, werden sie als das "amerikanische Stonehenge" bezeichnet.

Diese zehn Gebote der NWO (auf Englisch, Spanisch, Swahili, Hindi, Hebräisch, Arabisch, Chinesisch und Russisch, sowie in den altertümlichen Sprachen Babylonisch, Altgriechisch, Sanskrit und Ägyptische Hieroglyphen eingraviert) lauten:

1. Halte die Menschheit unter 500.000.000 (in Worten: Fünfhundert Millionen) in ewigem Gleichgewicht mit der Natur.
2. Führe die Vermehrung weise - verbessere die Gesundheit und Verschiedenheit.
3. Vereine die Menschheit mit einer lebendigen neuen Sprache.
4. Beherrsche Leidenschaft - Glaube - Tradition - und alles andere mit gemäßiger Vernunft.
5. Schütze Menschen und Nationen mit fairem Recht und gerechten Gerichten.
6. Laß alle Nationen sich selber regieren, löse externe Querelen in einem Weltgericht.
7. Vermeide kleinliche Gesetze und nutzlose Beamte.
8. Gleiche persönliche Rechte mit sozialen Aufgaben aus.

9. Belohne Wahrheit - Schönheit - Liebe - suche Harmonie mit dem Unendlichen.

10. Sei kein Krebsgeschwür für die Erde - laß Platz für die Natur - laß Platz für die Natur.

Diese 10 Gebote der neuen Religion in der NWO, eine Mischung von Esoterik und freundlicher Aufforderung zur Begrenzung der Weltbevölkerung, wurden 1978 errichtet. Sie sind in einer allgemeingültigen Weise gehalten, daß jedermann sich mit ihr identifizieren kann - unabhängig von seinem eigenen Glauben oder seiner Weltanschauung.

New Age und die Neue Weltreligion

Als spirituelle Vorstufe zur Neuen Welt Ordnung kann die Bewegung von New Age genannt werden. Die führende Gestalt des Wassermann-Zeitalters, Marilyn Ferguson, stellte die Veränderungen, die sich weltweit im Denken der Menschen vollziehen, wie folgt vor: "... weltweite Völkergemeinschaft, Partnerschaft, Miteinander, Ganzheitlichkeit - das sind nicht einfache Ideen, deren Zeit gekommen ist. - Die Vorstellungen, die jetzt aufkommen, tragen die Kraft in sich, die weltweite Kultur zu gestalten."

In dieser weltweiten Kultur nimmt die UNO eine zentrale Stelle ein. Der Generalsekretär der UNO von 1982-1991 Perez de Cuellar sagte in seiner Rede zum 40. Jahrestag der Erklärung der Menschenrechte: "Es ist unsere Absicht (d.h. die der UNO) eine universale Menschenrechtskultur zu schaffen, die dazu beitragen kann, die bereits in Erscheinung tretende Weltgesellschaft zusammenzuschweißen."

Diese Weltgesellschaft soll aus den Vereinten Nationen erwachsen, die sich von den United Nations (Mehrzahl) zu einer United Nation (Einzahl) wandeln sollen. Fundament dieses Schritt für Schritt formenden Weltstaates sollen die Menschenrechte sein, dann werden wir alle - im Vollsinn des Wortes - Weltbürger, die sich diesem Staat verbunden fühlen sollen.

1990 sprach de Cuellar in Moskau vor ca. 1.000 Delegierten aus 83 Staaten von einem neuen globalen Patriotismus, der erweckt werden müsse. Nach Ausdrucksweise der New Ager machte das Schlagwort vom "globalen Dorf" die Runde, bei dem auch die religiöse Dimension wesentlicher Teil der sich entfaltenden Kultur des globalen Bewußtseins sei.

Zur Neuen Weltordnung gehört also auch die Eine Welt Religion, eine allen Religionen zugrunde gelegte spirituelle Wirklichkeit, die der Entwicklungsstufe der Menschheit angemessen ist, das heißt: eine synkretistische Einheitsreligion. Robert Muller, stellvertretender General-Sekretär für 40 Jahre, man nannte ihn den Philosophen der United Nation, betrachtete die Vereinten Nationen als den "corpus christi mysticum", d.h. als den mystischen Leib Christi.

Er schrieb also die zentrale Aussage des Evangeliums den Vereinten Nationen zu. Für den weiblichen Guru der New-Age-Bewegung, Marilyn Ferguson, ist das Wassermannzeitalter eine Organisation, die Dogmen ablehnt und darauf hin arbeitet, daß eine Bewußtseinsveränderung in Geist und Herzen stattfindet."

"Wenn dieser Prozeß abgeschlossen sein wird, werden wir es mit einer neuen Menschheit zu tun haben, die als neu bezeichnet werden kann, weil sie anders ausgerichtet sein wird."

Die Charta der UN und die universale Erklärung der Menschenrechte sowie die UNO selbst mit ihren weitverzweigten Unterorganisationen sind aufs engste mit der Schaffung dieses Welteinheitsreiches, heute offiziell Neue Welt Ordnung genannt, verbunden.

Europa hat Christus verlassen, neue Götter haben seinen Platz eingenommen. Zwar ragen noch die Türme christlicher Kirchen in den Himmel, doch wer richtet sich noch nach diesen Wegweisern. Um den Frieden nicht zu stören, wird der Wahrheit Gewalt angetan. Es hat den Anschein, daß die europäischen "Eliten" in ihrer Mehrheit keine Zukunft für Europa mehr vorgesehen haben.<<

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 10. April 2013 (x892/...): >>Deutsche sind die ärmsten Europäer

Lange wurden diese Daten der Europäischen Zentralbank von der EU-Kommission zurück-

gehalten, vermutlich weil sie politisch unkorrekt sind und die Deutschen die Frage aufwerfen könnten, warum sie eigentlich den Südeuropäern helfen sollen, die viel reicher sind. Nach diesen Daten sind die Deutschen die ärmsten Europäer.

Der Pleitestaat Zypern ist bei den privaten Vermögen hingegen auf dem zweiten Platz, direkt hinter den reichsten Luxemburgern und noch vor Malta. Zugrunde gelegt wird dafür das sogenannte Median. Dies bedeutet, daß der Betrag so berechnet ist, daß eine Hälfte aller vorkommenden Werte höher, die andere Hälfte niedriger liegt. Diese Zahlen sind aussagekräftiger als Durchschnittsvermögen.

Beim Durchschnittsvermögen wird das gesamte Vermögen eines Volkes durch die Anzahl der Einwohner geteilt. Auch hier ist übrigens Deutschland eher im unteren Drittel. Beim Bruttojahreseinkommen auf der Grundlage des Medianwertes liegt Deutschland fast gleichauf mit Zypern.

Beim Nettovermögen der Haushalte liegt in der EU liegt Deutschland auf dem letzten Platz und zwar so gar mit deutlichem Abstand vor dem zweitletzten, nämlich der Slowakei. Das Durchschnittsmedianvermögen in den EU-Staaten beträgt 109.000 Euro, in Deutschland liegt dieser Wert bei 51.000, bei der Slowakei bei 61.000 Euro und in Zypern bei 267.000 Euro.

Auch in anderen Bereichen, die untersucht wurden, wie dem Wohneigentum, liegt Deutschland weit hinter anderen Staaten. So gibt es in keinem anderen EU-Land weniger Hausbesitzer als in Deutschland.

Trotz dieser Zahlen trägt Deutschland den bei weitem größten Anteil an der "Eurorettung". Pleitestaaten wie Griechenland und Zypern die aufgefordert werden, entscheidende Reformen einzuleiten und sich zunächst so weit möglich dadurch selbst zu helfen, protestieren auf das heftigste, wärmen die alten Nazivorwürfe wieder auf (Griechenland prüft derzeit die Forderung von Reparationszahlungen von Deutschland für Schäden des 2. Weltkrieges) und fordern von den anderen EU-Staaten, besonders von Deutschland, daß diese Milliarden in die südeuropäischen Länder pumpen.

So führt der Euro nicht zum Frieden in Europa, sondern gerade das Gegenteil passiert: durch die Eurokrise ist die Feindschaft zwischen den Staaten Europas wieder fast so groß, wie nach dem 2. Weltkrieg. Die südeuropäischen Staaten hätten angesichts der Vermögenswerte, die in diesen Ländern vorhanden sind, durchaus die Möglichkeit, sich aus eigenen Kräften zu helfen und dies wäre nichts anderes als gerecht, denn für deren prekäre Situation sind sie selbst verantwortlich.<<

Die deutsche Vierteljahreszeitschrift "Lunapark21" berichtete am 20. Juni 2013 im Heft 22 (x1.154): >>**Die Bundesregierung diktiert in der EU, ist aber auch Statthalter von US-Interessen**

Werner Rügemer

Der Euro und die EU sind gleichermaßen gescheitert, jedenfalls wenn wir die Kriterien Volkswohlfahrt, Demokratie und Frieden anlegen. Allerdings liegen die Ursachen des Scheiterns keineswegs alleine in der EU selbst. Sowohl die fundamentalistischen Verteidiger des Euro wie auch die Befürworter des Austritts aus dem Euro verdrängen oder verkennen die Rolle der USA.

So nennen Heiner Flassbeck und Costas Lapavitsas in ihrem Vorschlag zum Austritt der besonders betroffenen Krisenstaaten wie Griechenland, daß mehrere mit dem Euro zusammenhängende Praktiken geändert werden müssen wie z.B. das Lohndumping. Das ist sicherlich notwendig. Allerdings meinen sie, daß nach dem Ende des Bretton-Woods-Systems "das Ende der US-Dominanz" eingeleitet worden sei. So daß also die Europäer ihre Währungsangelegenheiten, also jetzt den Euro, alleine regeln könnten.

Das ist jedoch nicht der Fall. Bretton Woods war nach dem 2. Weltkrieg das internationale Währungssystem mit der Leitwährung US-Dollar. Zum System gehörte aber u.a. auch der In-

ternationale Währungsfonds IWF. Und er war und ist bis heute die Finanzinstitution der UNO. Hier haben die USA das alleinige Vetorecht. Auch nach dem Ende der Leitwährung Dollar besteht der IWF bekanntlich weiter und regiert als Mitglied der "Troika" in der EU ganz selbstverständlich mit.

Und die USA haben nach Bretton Woods ihre globale Finanzherrschaft mit neuen Instrumenten ausgebaut. Der Euro wurde anfangs als Alternativwährung zum Dollar ausgegeben, und die EU präsentierte sich als eigenständiger Konkurrent der USA. Aber die europäischen Akteure haben sich scheinbar unmerklich in das US-beherrschte "westliche" System integriert, um global mitmischen zu können, gegenwärtig z.B. mit und gegen China und Rußland.

Da spielt nicht zuletzt die Militärmacht USA eine Rolle. Nicht zufällig haben die Bundesregierungen, auch nach der Aufhebung des Besatzungsstatuts 1990, dem US-Militär erlaubt, verfassungs- und menschenrechtswidrig Einsätze von deutschem Boden aus zu organisieren, gegenwärtig die Ermordung von "Terrorverdächtigen" in Afrika durch Africom in Stuttgart und Ramstein. Auch Bundeskanzlerin Angela Merkel bricht die Verfassung (Todesstrafe ist abgeschafft, Rechtsstaat). Warum sollen dann nicht auch andere US-Akteure in der EU unter der Hand ihren Interessen nachgehen können?

Bekanntlich hätte Griechenland aufgrund seiner hohen Staatsschulden, die die "Maastricht-Kriterien" verletzen, nicht in die Eurozone eintreten können.

Es war niemand anders als die US-Investmentbank Goldman Sachs, die 1999/2000 mit Hilfe von Londoner Briefkastenfirmen und Finanzmanipulationen die griechische Staatsschuld kosmetisch passend gemacht hat. Die US-Ratingagenturen haben Griechenland hochgeratet, Griechenland wurde in den Euro aufgenommen. Danach hat Goldman Sachs mehrere Tranchen griechischer Staatsanleihen an Investoren weiterverkauft und die Verschuldung Griechenlands hochgetrieben.

Bekanntlich waren es dieselben Ratingagenturen, die dann Griechenland herabgestuft haben, höhere Zinszahlungen bewirkt und das Land innerhalb kurzer Zeit in eine noch höhere Verschuldung getrieben haben. Nach dem "IWF-Rettungs-Muster" - erst große Kredite vergeben, dann das Land enteignen und den internationalen Investoren zum Fraß vorlegen - wird seitdem Griechenland traktiert. Genauso wird mit den europäischen "Südstaaten" verfahren, im Prinzip aber auch mit den anderen EU-Staaten einschließlich der Bundesrepublik Deutschland, wenn auch (noch) mit geringerer Austerity-Intensität.

Griechenland, Irland, Italien usw. hätten mit Beginn ihrer durch die Kreditgeber und die Ratingagenturen festgestellten Bonitätsverschlechterung gerettet werden können: Wenn die EZB sofort Staatsanleihen dieser Länder aufgekauft hätte. Sie hätte also nur das machen müssen, was die Zentralbank der USA, Federal Reserve Bank, für den Staat USA auch macht: "Geld drucken" (ähnlich tun es die britische und japanische Zentralbank).

Weil die EZB das aber aufgrund ihres Statuts nicht tat, wurde und wird die Krise verlängert und verschärft, und zwar unter wesentlicher Mitwirkung des IWF und angelsächsischer Euro- und Staatsanleihespekulanten. Die Folgen: Der Staat wird enteignet (Privatisierungen), ebenso werden die erarbeiteten und vereinbarten Einkommen, Besitzstände und Vermögen von Lohnabhängigen, Rentnern, Arbeitslosen, aber auch von kleineren Unternehmen, Häuslebauern und - Zypem als Beginn - von Kontoinhabern enteignet.

Die EZB ist zugunsten der angloamerikanischen Großspekulanten kastriert. Das gilt unabhängig davon, ob sie wie gegenwärtig direkt von dem Goldman Sachs-Banker Mario Draghi geleitet wird oder von einem anderen. Jeder leitende EZB-Banker arbeitet nach dem Vorbild der US-Investmentbanken und des IWF.

Deshalb wird die Bundesregierung zur "Lösung" der "Eurokrise" seit Beginn routinemäßig vor allem von Goldman Sachs beraten, weit vor Deutscher Bank, Commerzbank, UBS und Bar-

clays. Und es war die Bundesregierung, die den IWF als Manager der "Eurokrise" in die Troika hereinholte.

Die traditionelle europäische und auch die deutsche Linke haben sich in das Klischee verbißsen, daß das BRD-Kapital das restliche Europa beherrsche. Okay, auf der politisch-medialen Oberfläche sieht das zunächst so aus: die deutsche Kanzlerin als Zuchtmeisterin der EU. Doch die BRD ist in der EU zugleich der Hauptstatthalter für übergeordnete US-Interessen. Das wird auch deutlich, wenn man bedenkt, daß auch die nachrangigen Regierungsberater Deutsche Bank, UBS und Barclays mehrheitlich im Eigentum angloamerikanischer Investoren sind.

So sind auch nicht nur "deutsche" Unternehmen die Antreiber und Profiteure der Europapolitik. So verlagert etwa Siemens eine Produktionsstätte nach Portugal, weil die abgesenkten Arbeitseinkommen in Portugal jetzt noch niedriger sind als die niedrigen Löhne in Ostdeutschland. Aber auch der niederländische Pharmakonzern Unilever verlagert Produktionen und Vertrieb aus Frankreich, Spanien und Deutschland, und zwar nach Griechenland. Der US-Computerhersteller Hewlett Packard baut ein neues Service-Center für Osteuropa und den Nahen Osten - ebenfalls in Griechenland.

Weil es so "normal" geworden ist, denken auch Linke gar nicht darüber nach, mit wie vielen Instrumenten US-amerikanischer Dominanz die europäische Finanz- und Wirtschaftswelt seit Jahrzehnten reguliert wird, ob gesetzlich abgesichert oder nicht.

Die "Big Three" der US-Ratingagenturen, von der EU ohne Änderung in ihre Regelwerke übernommen, wurden schon genannt. Die "Big Four" der US-Wirtschaftsprüfer Price Waterhouse Coopers, Ernst & Young, KPMG und Deloitte testieren im staatlichen Auftrag auch die Unternehmens- und Bankbilanzen aller europäischen Konzerne. Sie sind deren "Steuergestalter" und zugleich die Lobbyisten bei den europäischen Regierungen und in Brüssel.

Die US-Wirtschaftskanzleien mit den Branchenführern Freshfields, White & Case und Clifford Chance schreiben die Bankenrettungsgesetze europäischer Staaten und die Statuten der Euro-Rettungsschirme. US-Investmentbanken haben die Finger drin bei Privatisierungen. US-Unternehmensberater wie McKinsey und Boston Consulting Group sind führend bei Unternehmensfusionen und betrieblichen Umstrukturierungen.

Schließlich: Praktische Hebel für Lohndumping, europaweiten Abbau des Sozialstaats und für die Entdemokratisierung haben auch die US-Investoren und shadow bankers wie Blackrock in der Hand. Sie sind heute die wichtigen Miteigentümer aller deutschen und europäischen Konzerne und Banken. Und gleichzeitig beherrschen sie mit ihren spezifischen, intransparenten Praktiken die Hintergrundspekulationen zum Euro, zu den europäischen Staats- und Unternehmensanleihen.

Daraus wird erkennbar, in welches Finanz- und Herrschaftssystem der Euro eingebettet ist und welche Akteure deshalb ausgeschaltet werden müssen, wenn Europa demokratisch neu begründet werden soll.

Werner Rügemer ist Publizist, Lehrbeauftragter an der Universität Köln, Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat von Attac und von Business Crime Control.<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtete am 5. Juli 2013 (x1.000/...):

>>Wie human ist die Freimaurerspitze?

Albert Pike, einer der obersten Freimaurer-Logenführer, schrieb an Giuseppe Mazzini, einen Anführer der Illuminati, am 15. August 1871, folgenden Plan, um an die Alleinweltherrschaft zu gelangen. Es gibt viele Quellen, die dieses Schreiben bestätigen. Er beinhaltete unter anderem die Planung eines ersten Weltkrieges, um die Macht des Zaren von Rußland, der die orthodoxe Kirche behütete, zu stürzen und um einen atheistisch kommunistischen Staat zu gründen. (Anmerkung der Redaktion: Genauso ist es passiert. Nach dem ersten Weltkrieg 1917 kam die bolschewistische Revolution und der Kommunismus und der

Atheismus kamen an die Macht).

"Dann soll ein zweiter Weltkrieg kommen und der soll zwischen England und Deutschland entstehen. Der Grund, warum er geplant werden muß, ist, um den Kommunismus als Gegensatz zu der Jüdisch-Christlichen-Kultur darzustellen. Wir brauchen diesen Gegensatz, um einen zionistischen Staat in Israel zu gründen." (Anmerkung der Redaktion: Genau das ist nach dem zweiten Weltkrieg passiert)!

"Und dann einen dritten Weltkrieg (!) Der soll im mittleren Osten entstehen und es soll ein Krieg zwischen dem Judentum und dem Islam sein, der sich in der ganzen Welt verbreitet. Dieser Krieg zwischen Moslems und dem Judentum soll endgültig dieses Armageddon (= endzeitliche Entscheidungsschlacht) herbeiführen."

Albert Pike erklärt in einem weiteren Brief wie das werden soll: "Wir wollen die Nihilisten (bedingungslose Verneiner aller Normen, Werte, Ziele, Gesellschaftsordnungen) erstmal gründen, also dieses kommunistisch-atheistische System und dann wollen wir einen Kataklysmus (erdgeschichtliche Katastrophe) herbeiführen; einen Krieg und ein Leid wie es vorher noch nicht gab.

Im Endeffekt wollen wir den Menschen zeigen, was absoluter Atheismus eigentlich erreichen kann. Ein blutiges Blutbad soll es geben. Am Ende soll der Atheismus und das Christentum gleichzeitig besiegt werden und die reine Doktrin (Gültigkeit) Luzifers mit der Vernichtung des Christentums und des Atheismus soll gleichzeitig herbeigeführt werden." (Anmerkung der Redaktion: Also das alles schrieb Albert Pike bereits 1871!)<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 13. Juli 2013 (x887/...):

>>**Land minderen Rechts**

NSA-Skandal wirft alte Frage neu auf: Wie souverän ist Deutschland?

Kanzlerin und Opposition spielen die Empörten. Doch glauben kann ihnen die Entrüstung niemand, der die Hintergründe kennt.

Die Enthüllungen des Edward Snowden haben den Blick auf einen lange verdrängten dunklen Punkt der deutschen Wirklichkeit gelenkt: die noch immer eingeschränkte Souveränität unseres Landes gegenüber ehemaligen Besatzungsmächten.

Wie beiläufig tritt zutage, daß die Deutschen nicht nur massiv ausspioniert werden, sondern daß zudem deutsche Geheimdienste nach einer Vereinbarung von 1968 verpflichtet sind, Rohdaten an die Westalliierten weiterzugeben. BND, Verfassungsschutz und Militärischer Abschirmdienst (MAD) erscheinen so als Handlanger fremder Mächte. Die Vereinbarungen waren bis 2012 geheim. Angeblich nehmen Westalliierten ihr Recht seit 1990 nicht mehr in Anspruch - so wird behauptet, doch was darf man nach den jüngsten Enthüllungen noch glauben?

Im Zusammenhang mit der Vereinbarung berichtet die "Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung" von mehreren gemeinsamen Absichtserklärungen von BND und US-Geheimdiensten, die weiterhin als streng geheim eingestuft würden. Solche sinistren (unheilvollen) Andeutungen rufen die sagenumwobene "Kanzlerakte" in Erinnerung:

Eine Verpflichtungserklärung, welche alle deutschen Regierungschefs nach Amtsantritt zu unterzeichnen hätten. Allein Willy Brandt soll sich, erbost und entsetzt vom Inhalt, zunächst geweigert haben, die Akte zu unterzeichnen. Erst, als ihm eindringlich bedeutet wurde, daß alle seine Vorgänger unterschrieben hätten und dies auch für ihn unumgebar sei, habe er sich gefügt. Brandt nannte die Akte einen "Unterwerfungsbrief", wie Egon Bahr 2009 in der "Zeit" enthüllte hat.

Bis zur Offenlegung durch Bahr wurden alle Mutmaßungen über die "Kanzlerakte" ins Reich der Verschwörungstheorien verbannt. Seitdem hat sich ein Spalt geöffnet auf eine Realität, vor deren Hintergrund die spontane Entrüstung der Kanzlerin wie der Opposition über die NSA nur noch scheinheilig klingt. "Freunde abhören geht gar nicht", empört sich Merkel we-

nig glaubwürdig, der innenpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Dieter Wiefelspütz, tönt: "Keine Bundesregierung kann akzeptieren, daß wir ein Land minderen Rechts sein sollen." Und warum haben SPD-Regierungen das dann getan?

Für den Status "mindere Rechte" spricht, daß deutscherseits offenbar kaum Gegenspionage betrieben wird. Überdies bauen die USA nach Absprache mit deutschen Behörden in Wiesbaden für mehr als 100 Millionen eine neue Spionagezentrale.

Solche Nachrichten richten schweren Vertrauensschaden an. Die Deutschen könnten den Eindruck gewinnen, daß ihre Politiker Deutschlands Interessen an andere Länder verraten und ihr eigenes Volk hinter das Licht führen. Um dem zu begegnen, muß Merkel mehr liefern als durchschaubare Wahlkampfversprechen.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 13. Juli 2013 (x887/...):
>>**Gedenken an tote "DEF"**

Internationales Erinnern in Rheinberg an die Opfer der Rheinwiesenerlager

Am Friedhof von Rheinberg, Kreis Wesel, Regierungsbezirk Düsseldorf hat vor einem Gedenkstein für die im dortigen US-Kriegsgefangenenlager umgekommenen deutschen Soldaten eine würdige Gedenkfeier stattgefunden. Es war ein bewegender Moment, als der Trompeter die Melodie "Amazing Grace" spielte, dann der Männerchor Eintracht Alpsray unter der Leitung von Wolfgang Pitas mit dem Lied "Über den Sternen" einsetzte.

Merrit Drucker, Major a.D. der US-Armee, war aus den Vereinigten Staaten gekommen. Er hatte zu dieser Gedenkfeier eingeladen, um sich für die Kriegsverbrechen an deutschen Soldaten stellvertretend zu entschuldigen.

Sein Anliegen ist es, den wenigen überlebenden Veteranen und deren Angehörigen sein persönliches Bedauern auszudrücken über die grausame Behandlung, die sie und Tausende von Kriegsgefangenen in den Rheinwiesenerlagern erdulden mußten. Zudem möchte er, daß Washington anerkennt, welche Schuld die US-Regierung seinerzeit auf sich geladen hat, indem sie die unmenschlichen Bedingungen zuließ, beziehungsweise schuf, unter denen sie die deutschen Kriegsgefangenen dahinvegetieren ließ.

Man hatte ihnen die nach der Genfer Konvention zustehenden Rechte der Kriegsgefangenen aberkannt und führte sie statt dessen als "Disarmed Enemy Forces" (DEF, Entwaffnete feindliche Streitkräfte). So glaubte man, das Recht zu haben, sie jeder nur erdenklichen Qual und Demütigung auszusetzen wie Tortur, Hunger, Durst, Spießrutenlaufen und monatelanges Verweilen unter freiem Himmel bei strömendem Regen oder in Gluthitze.

Der kanadische Historiker James Bacque spricht in seinem Buch "Der geplante Tod" ("Other Losses") von mindestens 800.000 bis möglicherweise über eine Million verstorbenen Kriegsgefangener in den zahlreichen alliierten Lagern.

Vielen Teilnehmern traten während Major Druckers Ansprache Tränen in die Augen, manchen im Andenken an ihre Kameraden, manchen "weil alles wieder hochkommt", wie einer der Veteranen es formuliert. Oberstleutnant a.D. Alfred Zips übersetzte die Rede ins Deutsche. Er war es auch, der sich um die Organisation der Veranstaltung gekümmert und die Gedenkfeier geplant hatte.

Duncan Wade war aus England gekommen, weil ihn das Schicksal des Großvaters seiner deutschen Ehefrau tief aufgewühlt hatte. Es war ihm ein Anliegen, von dessen Trauma durch die Gefangenschaft im Lager Rheinberg zu berichten. Er verhehlte nicht seinen Stolz darüber, daß sich die Situation im Lager nach der Übergabe an die Briten erheblich besserte.

Die letzte Rede hielt General a.D. Schultze-Rhonhof, in der er darauf hinwies, daß "deutsche Offizielle aus Politik, Kirchen und Bundeswehr sich scheuen, seine (Major Druckers) Entschuldigung öffentlich entgegenzunehmen" und seiner Verwunderung darüber Ausdruck gab, "daß in Deutschland ein Mantel des Schweigens um die Geschichte der Rheinwiesenerlager gelegt" werde. Er erklärte dies mit der Umerziehung (Gehirnwäsche) der Deutschen und der ih-

nen auferlegten Verpflichtung, die Sieger-Geschichtsschreibung als alleinverbindliche anzuerkennen und keine anderen Erkenntnisse zuzulassen.

Dazwischen erklang immer wieder die versöhnliche Musik des Trompeters und des Männerchors, die bei den Zuhörern eine schwer beschreibbare, teils schmerzliche, teils tröstliche Stimmung hervorrief.

Zuletzt begleitete das Lied "Ich hatt' einen Kameraden" die Kranzniederlegung durch General Schultze-Rhonhof, Oberstleutnant Zips, Major Drucker und Wade.

Die Schleife trug die Aufschrift "Unseren Kameraden".<<

Die schweizerische Online-Zeitung "Zeit-Fragen" Nr. 26 berichtete am 21. August 2013:

>>**Souveränität, Recht und Demokratie versus Machtpolitik**

von *Prof. Dr. jur.* und *Dr. phil.* Alfred de Zayas

Die Souveränität ist in der Charta der Vereinten Nationen verankert. Wir haben seit 1945 eine neue Weltordnung. Und die Uno-Charta ist die Weltverfassung - allerdings nicht die Verfassung einer Weltregierung. Das will keiner. Aber es ist eine Verfassung, die alle Staaten vertraglich akzeptiert haben. Eine Verfassung, die die Souveränität aller Staaten garantiert, nämlich in Artikel 1 und Artikel 2. Artikel 2 ist besonders wichtig, nicht nur, weil hier die Gleichheit aller Staaten unterstrichen wird, sondern auch, weil nicht nur die Gewaltanwendung, sondern auch die Androhung von Gewalt ganz deutlich verboten wird.

Das heißt nicht, daß die Staaten sich daran halten, aber juristisch gesehen, völkerrechtlich gesehen sind die Normen klar. Souveränität bedeutet auch Selbstbestimmung der Völker. Selbstbestimmung der Völker ist, was man in juristischer Sprache "ius cogens" nennt bzw. bindendes Völkerrecht. Die afrikanischen Staaten haben dank dieses Prinzips der Selbstbestimmung in den späten 50er und Anfang der 60er Jahre ihre Unabhängigkeit gewonnen. Indien hatte sich schon im Jahr 1947 von Großbritannien freigemacht.

Es gibt auch sehr viele Völker, die keine Selbstbestimmung haben. Eines der Themen, die ich in meinem neuen Bericht für die Vereinten Nationen behandle, sind die Autochthonen, das heißt Menschen, die seit Generationen und Generationen in einem Gebiet leben, z.B. die Ur-Amerikaner, fälschlicherweise "Indianer" genannt, die Aborigines aus Australien, die Tamilen in Sri Lanka, die Ibos in Biafra, die Kurden in der Türkei, Syrien, Irak und Iran, Kashmiri in Indien, die Molukken in Indonesien, die deutschen Südtiroler in Italien usw.

Ob wir über die Autochthonen in Alaska sprechen oder in Hawaii oder in West-Papua - sie alle haben ein Recht auf Selbstbestimmung. Das bedeutet nicht immer Unabhängigkeit. Selbstbestimmung kann auch im Rahmen einer Autonomie-Regelung erreicht werden, solange das der Wille des Volkes ist. Das muß natürlich festgestellt werden.

Völkerrechtlich gesehen sind die Normen klar. Artikel 1 des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte sowie Artikel 1 des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte garantieren dieses Recht.

Was verstehen wir unter Recht? Wenn wir Recht sagen, sprechen wir von Rechtsstaatlichkeit. Wir sprechen von Rechtssicherheit. Wir sprechen von checks and balances, wie wir in Amerika sagen. Das heißt, daß es eine exekutive, eine legislative und eine juristische Staatsgewalt gibt. Es sind getrennte Gewalten, die sich gegenseitig ausbalancieren.

Allerdings muß angemerkt werden, daß die höchste Gewalt in allen Rechtsstaaten die Richter sind. Also nicht die Exekutive, nicht die Legislative, sondern die Richter, die über das Handeln von Präsidenten und über das Handeln von Parlamenten bestimmen können. Das ist ein Merkmal eines Rechtsstaates (Im Fall der direkten Demokratie der Schweiz liegt die höchste Gewalt beim Volk - die Redaktion).

Allerdings ist die Rechtsstaatlichkeit in den meisten modernen Staaten sehr angeschlagen. Und aus meiner Erfahrung als Uno-Beamter und als Experte verschiedener Gremien kann ich Ihnen sagen, daß die sogenannten unabhängigen Richter häufig nicht unabhängig sind. Hier-

aus ergibt sich eine Unterminierung der Rechtsstaatlichkeit. Allerdings ist es besser, wenn man etwas hat, was noch korrigierbar ist, als wenn man eine Situation ohne Normen hat, ohne Gesetze, ohne Richter. So haben wir eine Struktur, die korrigierbar ist, aber auch nur, wenn eine Bürgerschaft da ist, die das verlangt; wenn die Bürger wach sind und wenn sie nicht eingeschüchtert werden.

Die Einschüchterung durch die sogenannte politische Korrektheit ist eine der größten Gefahren für die Rechtsstaatlichkeit; sie ist eine der größten Gefahren für die Demokratie. Denn viele Menschen denken etwas Bestimmtes, sagen aber etwas anderes. Viele Menschen wagen es nicht, sich zu äußern. Sie schweigen lieber, als sich öffentlich zu äußern, weil sie vor den Konsequenzen Angst haben, wenn sie offen sprechen.

Ich zum Beispiel habe als Professor für Völkerrecht, als Uno-Beamter, gelitten wegen meiner Publikationen. Meine Publikationen haben mir in meiner Karriere nicht geholfen. Ganz im Gegenteil. Ich habe mindestens drei Beförderungen in den Vereinten Nationen verpaßt wegen meines Buches über die Vertreibung der Deutschen am Ende und nach dem Zweiten Weltkrieg, "Die Nemesis von Potsdam" (Herbig, 14. Auflage 2005).

Ausdrücklich wegen dieses Buches, weil ich die Argumente kenne, die in den ausschlaggebenden Gremien diskutiert wurden. Und dieses politisch unerwünschte Buch ist mir vorgeworfen worden. Natürlich will man niemanden haben, der heiße Eisen anpackt. Lieber jemand, der keine Wellen macht, als jemand, der offen spricht.

Rechtsstaatlichkeit ist nicht nur Rechtspositivismus. Es geht nicht nur um das, was im Gesetz steht, sondern auch um das, was über dem Gesetz steht. Es gibt das berühmte Buch von Montesquieu, "De l'esprit des lois" (Über den Geist des Gesetzes). Der Geist des Gesetzes ist der Ursprung des Rechts. Und das ist wichtiger als das, was aufs Papier kommt. Denn auf dem Papier gibt es manchmal sehr ungerechte Gesetze.

Man muß immer bedenken, daß das Gesetz da ist, um Gerechtigkeit zu schaffen, und nicht, um Ungerechtigkeiten festzulegen und zu zementieren. Das ist eine Diskussion, die die Rechtsphilosophen führen, und es gibt im Grunde genommen keine Lösung, und es bleibt eine gewisse Spannung zwischen dem Begriff Recht und dem Begriff Gerechtigkeit. Ich selbst bin römisch-katholisch und ein Anhänger der Philosophie des Naturrechts und dafür, daß wir mehr Raum für das Naturrecht schaffen.

Mein Problem als Professor für Völkerrecht ist: Ich muß meinen Schülern bzw. meinen Studenten erklären, wie es dazu kommt, daß das Völkerrecht so oft nach Belieben eingesetzt wird. Hier wird es anerkannt, dort aber nicht. Gesetzt den Fall, daß das Volk vom Kosovo die Unabhängigkeit haben sollte: Wenn der Begriff Selbstbestimmung allgemeine Gültigkeit besitzt, warum nicht auch in Biafra?

Sie werden sich erinnern: 1967/70 der Völkermord in Biafra. Und Nigeria hat die sehr legitime Bestrebung des Volkes von Biafra, sich von Nigeria zu trennen, mit grausamer Gewalt unterdrückt. Dasselbe gilt für Sri Lanka, sie kennen alle die Problematik um die Tamilen. Sie haben keine Selbstbestimmung und keine Unabhängigkeit bekommen. Sie sind massakriert worden, und die Welt hat zugeschaut.

Ich bin Amerikaner, und ich würde gerne denken, wir sind "die Guten". Ich würde so gerne daran glauben. Als ich Schüler war in Chicago, mußte ich jeden Morgen sagen: "I pledge allegiance to the flag of the United States of America, and to the republic for which it stands, one nation under God, indivisible, with liberty and justice for all." (Ich schwöre Treue auf die Fahne der Vereinigten Staaten von Amerika und die Republik, für die sie steht, eine Nation unter Gott, unteilbar, mit Freiheit und Gerechtigkeit für jeden.) Jeden Morgen, wenn die Flagge gehißt wurde, mußte ich das sagen, und natürlich haben gleichzeitig die Trompeten geblasen. Man will an etwas glauben, man hat es nötig, an sich selbst zu glauben.

Es ist gut und wichtig, Werte zu haben, aber es ist für mich eine große Enttäuschung zu mer-

ken, daß sich auch meine Regierung nicht an das Völkerrecht hält. Man braucht nur an Guantánamo, an Abu Graib, an die NSA-Enthüllungen zu denken. Dann fragt man sich: Wo stehen wir? Was bleibt überhaupt von der Ethik?

Und ehrlich gesagt, es bleibt nicht viel übrig. Nun, ich sagte Völkerrecht nach Belieben, ich nenne es auch "Völkerrecht à la carte". Das wird heute so angewandt und morgen ganz anders. Und was ist mit dem Ideal der Demokratie?

Die einzige Demokratie, die ich kenne, ist die schweizerische. Sie ist nicht perfekt. Aber sie ist die einzige, in der eine gewisse Korrelation zwischen dem Willen des Volkes und der eigentlichen Politik besteht. Bei uns in Amerika gibt es einen totalen "disconnect" zwischen Senatoren, Kongreßabgeordneten und dem Volk.

Eine Demokratie ist mehr als der Pro-Forma-Wahlgang, bei dem Sie für Kandidat A oder für Kandidat B stimmen. Ich muß auch eine Möglichkeit haben, die Entscheidungen dieses Kandidaten zu beeinflussen. Ich will nicht, daß es nur Kandidaten gibt, die dem militärisch-industriellen Komplex verpflichtet sind.

Dann habe ich wirklich keine echte Wahl. Man wird vor ein *Fait accompli* gestellt. Wenn Sie "Through the Looking-Glass" von Lewis Carroll kennen, werden Sie an die sehr ähnlichen Gestalten Tweedledee und Tweedledum denken, und das ist mehr oder weniger, was wir in vielen Demokratien haben, eine Wahl zwischen Tweedledee und Tweedledum. Ist das eine Demokratie?

Ich habe voriges Jahr im November nicht gewählt. Natürlich ist Obama immerhin besser als Romney, aber weil ich so enttäuscht bin von diesem Mann und weil ich meine, daß es gar keine echte Wahl war, habe ich gesagt: "Wozu abstimmen?" Denn so oder so regiert der militärisch-industrielle Komplex oder die Ölindustrie oder Exxon und so weiter. Aber das Volk hat absolut keinen Einfluß.

Ob ich einen republikanischen Kongreßmann oder Senator oder einen demokratischen Kongreßmann oder Kongreßfrau habe: Die sind alle für den militärisch-industriellen Komplex, für die Anwendung von Gewalt, für Big Brother. Eine echte Wahl besteht nicht. Es ist nur eine Scheinwahl, und alle Leute gehen und stimmen ab.

Aber ich finde, das ist eher eine Sportveranstaltung. Man geht zur Olympiade, und man sieht sich die beiden Mannschaften an, die sich gegenseitig bekämpfen, und man kann sich überlegen, ob ich für diese Mannschaft sein will oder für die andere. Aber beeinflussen kann ich nichts. Ich kann mich nur virtuell erfreuen, daß meine Partei gewonnen hat.

Aber ist es überhaupt meine Partei? Nein, es ist die Partei des militärisch-industriellen Komplexes. Und wie sieht es in Deutschland aus? Was für eine Wahl haben Sie zwischen Angela Merkel und Peer Steinbrück? Und in Frankreich zwischen Sarkozy und Hollande? Ich bitte Sie! Also, schon wieder Pest und Cholera.

Was wirklich wichtig ist, was entscheidend ist in der Demokratie, und das sage ich in allen meinen Berichten, sind die Instrumente der direkten Demokratie, nämlich die Initiative, das Referendum und die Möglichkeit der Amtsenthebung, in den USA sagen wir *impeachment*. Wenn ein Parlamentarier oder ein Präsident sich total gegen seine Versprechen verhält oder gegen ein bestimmtes Programm, für das er gewählt wurde, um es durchzuführen, und wenn er dieses Programm nicht durchführt, sondern eine ganz andere Agenda und ganz andere Interessen hat, dann sollte das Volk die Möglichkeit haben, diese Person des Amtes zu entheben. Das ist das Wesentliche einer echten Demokratie.

Ansonsten haben sie nur eine Scheindemokratie oder, wie ich es in meinem Bericht schreibe, eine Lobby-Demokratie. Lobby-Demokratie, das heißt, die Parlamentarier sind einer bestimmten Lobby gegenüber verpflichtet, und sie werden sagen und tun, was diese Lobby ihnen befiehlt, denn diese Lobby hat für die Kampagne bezahlt. Wenn Sie bedenken, daß eine Präsidentschaftswahl Milliarden kostet. Ich überschätze es nicht: Milliarden! Das ist wirklich eine

Sportveranstaltung, und wir sind die Zuschauer. Wir schauen uns das an, was da los ist, aber wir können es nicht beeinflussen. Und unser amerikanischer Wahlkampf 2012 kostete 3,5 Milliarden Dollar!

Ich verlange von einer parlamentarischen Demokratie, daß die Auswahl der Kandidaten vom Volke kommt und nicht von einer Parteimaschine, und daß jeder Kandidat, der tatsächlich gewählt wird, auch wirklich mein Repräsentant ist, daß er mich vertritt. Das ist die Idee der Demokratie, daß ich eine Vertretung habe. Aber heute wird jemand gewählt, und dann tut er, was er will. Und man sagt: "Oh ja, in vier Jahren können wir ihn in die Wüste schicken!" Aber dann kommen zwei genauso große Übel. Also, es gibt keine Lösung: Das System der sogenannten repräsentativen Demokratie funktioniert nicht.

Wir haben eine repräsentative Demokratie nur für Routine-Sachen. Aber wenn es darum geht, wichtige Entscheidungen zu treffen, zum Beispiel, wie das Geld für den Haushalt des Landes ausgegeben wird, dann haben wir keinen Einfluß. 50 %, 60 % des Haushalts werden ausgegeben für den Krieg, um mehr Drohnen zu bauen oder U-Boote oder Flugzeuge oder Cruise Missiles und Gott weiß was. Da geht das Geld hinein. Und hinzu kommt das Geld, das nicht direkt im Haushalt des Pentagon ist, es befindet sich im Haushalt des State Department zum Beispiel.

Auch dieser ganze Überwachungsapparat, die Ausgaben für die National Security Agency, wo werden sie gebucht? Wenn Sie das ganze Geld zusammenzählen, das für die sogenannte nationale Sicherheit ausgegeben wird, dann ist es kein Wunder, daß nichts übrig bleibt für Gesundheit oder für Schule und Ausbildung. Dafür ist kein Geld mehr da. Allerdings gibt es Menschen, die Milliardäre geworden sind, weil es in der Waffenindustrie nach wie vor sehr viel Geld zu verdienen gibt.

Wenn wir die Souveränität, das Recht und die Demokratie der Macht gegenüberstellen, dann stellen wir zudem fest, daß die Macht im Grunde genommen nicht mehr beim Staat ist. Die Macht liegt bei der Ökonomie, sie hat die Macht. Die National Security Agency (NSA) hat die Macht, die Geheimdienste, die haben die Macht. Außerdem natürlich die Finanzinstitutionen. Manche behaupten, daß Goldman Sachs die Welt regiert.

Da ist niemand verantwortlich, sie können diese Leute nicht zur Rechenschaft ziehen. Sie sind auch nicht demokratisch gewählt worden. Sie üben eine enorme Macht über Sie und mich aus, und ich kann nichts tun. Das ist leider eine Situation, die nur durch eine sehr aufgeweckte bürgerliche Gesellschaft bekämpft werden kann.

Wir müssen diese Instanzen wie die großen Finanzgiganten an der Wall Street, wie die Weltbank und die Währungsfonds unter gewisse Kontrollen bringen, etwa unter der Generalversammlung der Vereinten Nationen, und sie sollten auch vor dem Menschenrechtsrat Bericht abgeben. Es kann nicht sein, daß uns eine Gruppe von Finanzmagnaten regiert. Wir haben sie nicht gewählt. Sie üben eine Macht aus, die ihnen nicht zusteht. Die Märkte haben sie nicht entdeckt, die Märkte haben sie nicht erschaffen, die Märkte hat die Gesellschaft erschaffen. Sie sind ein Produkt von Hunderten von Jahren der bürgerlichen Gesellschaft, die das aufgebaut hat.

Diese Leute sind nur die Ausbeuter, die Parasiten, die sich gut organisiert haben und das an sich gerissen haben und das jetzt sozusagen nur für ihr eigenes Wohlergehen, aber nicht für das Wohlergehen der Bevölkerung tun.

Ein anderes Problem, das einhergeht mit dem Konzept der Macht, ist, wie diese Ikonen der Macht uns manipulieren. Wir werden manipuliert durch Angst. Das ist ein sagenhaftes Geschäft mit der Angst. Und Sie wissen, wie unfrei unsere Medien sind. Unsere Medien veröffentlichen, was sie wollen. Was ihnen nicht paßt, wird nicht veröffentlicht.

Ich weiß nicht, wie viele von Ihnen wissen, daß die Uno-Hochkommissarin für Menschenrechte am 12. Juli eine sehr deutliche Pressemitteilung herausgegeben hat, in der sie unter an-

derem gesagt hat, daß Edward Snowden das Recht auf Asyl hat, daß die Staaten aufgefordert sind, dieses Recht zu gewähren, dieses Recht zu respektieren, dieses Recht in die Tat umzusetzen, daß sie gesagt hat, daß er nicht verfolgt werden darf; denn ein Mensch, ein Whistleblower, der die Verletzungen von Menschenrechten aufdeckt, darf deshalb nicht bestraft werden - ganz im Gegenteil, dieser Mann ist kein Vaterlandsverräter, ganz im Gegenteil, er hat der Demokratie einen großen, großen Dienst erwiesen.

Das, was unsere Regierung gemacht hat und was die Arbeit der NSA bedeutet, ist eine klare Verletzung der amerikanischen Verfassung, es ist verfassungswidrig, was wir machen.

Was die bürgerliche Gesellschaft tun kann, ist demonstrieren, protestieren, verlangen, daß Elemente der direkten Demokratie bei uns eingeführt werden, daß in jenen Staaten, die die direkte Demokratie nicht kennen, die Parlamentarier die notwendigen Gesetze annehmen, so daß auch eine wichtige Gesetzgebung durch ein Referendum entschieden wird, und nicht, daß ein paar Parlamentarier das alleine tun. Glauben Sie, daß die französische Bevölkerung in einem Referendum die gleichgeschlechtliche Ehe akzeptiert hätte?

Ich glaube es nicht. Die Idee der Adoption durch gleichgeschlechtliche Eltern - das wäre mit Sicherheit sogar mit 80 % abgelehnt worden, wenn das vor das Volk gekommen wäre. Aber weil die Befürworter wissen, daß es abgelehnt wird, wird es durch die Parlamentarier gegen den Willen des Volkes durchgesetzt - und das nennt man dann Demokratie. Das ist wirklich ein klassisches Beispiel einer Korruption von Demokratie. Natürlich kritisiert man das. Aber es passiert nichts.

Ich bin nicht der erste, der diese Problematik anpackt. Dies haben Noam Chomsky, John Pilger, Jeffrey Sachs, Arundhati Roy, David Cromwell, Marc Curtis und viele andere vor mir getan. Sie haben auch die korrekte Diagnose gegeben. Sie haben die korrekte Medizin verschrieben. Aber diejenigen, die die Macht haben, wollen keine Medizin und keine Änderung des Status quo, denn sie verdienen zu viel Geld.

Die Welt ist, wie sie ist, und es liegt an uns, die Welt zu verbessern. Stecken Sie also den Kopf nicht in den Sand. Bestehen Sie auf Ihrer Ethik, auf Ihren Werten. Ziehen Sie die Politiker und die Finanzleute - sei es in Deutschland, sei es in Frankreich, sei es in der Schweiz - zur Rechenschaft, wenn sie etwas Undemokratisches und wenn sie etwas Ungerechtes tun.

Was sind die größten Verbrechen? Sie können sich viele Verbrechen ausdenken. Aber ich möchte nur eines nennen: das Verbrechen des Schweigens. Warum sind wir in der Situation, in der wir sind? Weil die Menschen schweigen, weil die Menschen sich anpassen, weil die Menschen sich bücken, weil es einen Druck der politischen Korrektheit, einen Druck des Zeitgeistes gibt. Dann drücken sich die Menschen, sie wollen irgendwie nicht deutlich sprechen. Nun, ich kann Ihnen sagen, man kann es wagen, und man muß es wagen.

Ich schließe gerne mit einem Gedanken von Lucius Annaeus Seneca:

Nicht weil es schwer ist, wagen wir es nicht, sondern weil wir es nicht wagen, ist es schwer.

...

"Ich muß den Schweizer Bürgern sagen: Sie müssen für den Erhalt der Schweizer direkten Demokratie kämpfen. Das ist nicht nur für Sie, das ist auch ein Modell für die Welt."

Alfred de Zayas

Charta der Vereinten Nationen (Auszug)

Die Vereinten Nationen setzen sich folgende Ziele:

1. den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren und zu diesem Zweck wirksame Kollektivmaßnahmen zu treffen, um Bedrohungen des Friedens zu verhüten und zu beseitigen, Angriffshandlungen und andere Friedensbrüche zu unterdrücken und internationale Streitigkeiten oder Situationen, die zu einem Friedensbruch führen könnten, durch friedliche Mittel nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit und des Völkerrechts zu bereinigen oder beizulegen;

2. freundschaftliche, auf der Achtung vor dem Grundsatz der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker beruhende Beziehungen zwischen den Nationen zu entwickeln und andere geeignete Maßnahmen zur Festigung des Weltfriedens zu treffen;
3. eine internationale Zusammenarbeit herbeizuführen, um internationale Probleme wirtschaftlicher, sozialer, kultureller und humanitärer Art zu lösen und die Achtung vor den Menschenrechten und Grundfreiheiten für alle ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder der Religion zu fördern und zu festigen;
4. ein Mittelpunkt zu sein, in dem die Bemühungen der Nationen zur Verwirklichung dieser gemeinsamen Ziele aufeinander abgestimmt werden.

Die Organisation und ihre Mitglieder handeln im Verfolg der in Artikel 1 dargelegten Ziele nach folgenden Grundsätzen:

1. Die Organisation beruht auf dem Grundsatz der souveränen Gleichheit aller ihrer Mitglieder.
2. Alle Mitglieder erfüllen, um ihnen allen die aus der Mitgliedschaft erwachsenden Rechte und Vorteile zu sichern, nach Treu und Glauben die Verpflichtungen, die sie mit dieser Charta übernehmen.
3. Alle Mitglieder legen ihre internationalen Streitigkeiten durch friedliche Mittel so bei, daß der Weltfriede, die internationale Sicherheit und die Gerechtigkeit nicht gefährdet werden.
4. Alle Mitglieder unterlassen in ihren internationalen Beziehungen jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt.
5. Alle Mitglieder leisten den Vereinten Nationen jeglichen Beistand bei jeder Maßnahme, welche die Organisation im Einklang mit dieser Charta ergreift; sie leisten einem Staat, gegen den die Organisation Vorbeugungs- oder Zwangsmaßnahmen ergreift, keinen Beistand.
6. Die Organisation trägt dafür Sorge, daß Staaten, die nicht Mitglieder der Vereinten Nationen sind, insoweit nach diesen Grundsätzen handeln, als dies zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit erforderlich ist.
7. Aus dieser Charta kann eine Befugnis der Vereinten Nationen zum Eingreifen in Angelegenheiten, die ihrem Wesen nach zur inneren Zuständigkeit eines Staates gehören, oder eine Verpflichtung der Mitglieder, solche Angelegenheiten einer Regelung auf Grund dieser Charta zu unterwerfen, nicht abgeleitet werden; die Anwendung von Zwangsmaßnahmen nach Kapitel VII wird durch diesen Grundsatz nicht berührt.

Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte:

Artikel 1

1. Alle Völker haben das Recht auf Selbstbestimmung. Kraft dieses Rechts entscheiden sie frei über ihren politischen Status und gestalten in Freiheit ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung.
2. Alle Völker können für ihre eigenen Zwecke frei über ihre natürlichen Reichtümer und Mittel verfügen, unbeschadet aller Verpflichtungen, die aus der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit auf der Grundlage des gegenseitigen Wohles sowie aus dem Völkerrecht erwachsen. In keinem Fall darf ein Volk seiner eigenen Existenzmittel beraubt werden.
3. Die Vertragsstaaten, einschließlich der Staaten, die für die Verwaltung von Gebieten ohne Selbstregierung und von Treuhandgebieten verantwortlich sind, haben entsprechend den Bestimmungen der Charta der Vereinten Nationen die Verwirklichung des Rechts auf Selbstbestimmung zu fördern und dieses Recht zu achten.

Wortgleich mit Artikel 1 des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte.<<

Die Online-Zeitung "Newstopaktuell.wordpress.com" berichtete am 6. September 2013 (x1.162): >>Die schlimmsten Schwerverbrecher der Welt

Haben Sie sich schon einmal gefragt, wer die schlimmsten Schwerverbrecher dieser Welt sind?

Vielleicht fallen Ihnen da die Religionsverbrecher ein, welche den Religionsblödsinn nur darum erfunden haben, um die Schuld für ihre eigenen Verbrechen auf etwas nicht Greifbares abwälzen zu können (im Namen Gottes).

Vielleicht halten Sie auch die Politikdarsteller für die schlimmsten Schwerverbrecher dieser Welt, obwohl das nur die Wegbereiter der schlimmsten Schwerverbrecher dieser Welt sind.

Womöglich fällt Ihnen auch Adolf Hitler ein, wenn Sie an schlimmste Schwerverbrecher dieser Welt denken.

Mit all diesen Leuten liegen Sie daneben.

Alle gerade Aufgezählten sind bestenfalls die Mitesser am Gesäß des Bösen. Die wirklich schlimmsten Schwerverbrecher dieser Welt sind ganz andere.

Es sind 8 Familien, welche das hoch kriminelle verzinste Geld erfunden und weltweit verbreitet haben.

80 Prozent der New Yorker Federal Reserve Bank, der bei Weitem einflußreichsten der zwölf regionalen Federal-Reserve-Banken, gehört nur acht Familien, von denen vier in den USA lebten.

Dabei handelte es sich um Goldman Sachs, Rockefeller, Lehman und Kuhn Loeb aus New York, die Rothschilds aus Paris und London, die Warburgs aus Hamburg, die Lazards aus Paris und Israel, sowie Moses Seif aus Rom.

Der Wirtschaftsprüfer Thomas D. Schauf bestätigt McAllister Behauptungen und fügt hinzu: zehn Banken kontrollierten alle zwölf Federal-Reserve-Regionalbanken.

Er nannte N. M. Rothschild aus London, die Bank Rothschild aus Berlin, das Hamburger Bankhaus Warburg, das Amsterdamer Bankhaus Warburg, die Bankhäuser Lehman Brothers aus New York und Paris, die Bank Kuhn Loeb aus New York, das Bankhaus Israel Moses Seif aus Italien, die Bank Goldman Sachs aus New York und die Bank JP Morgan Chase ebenfalls aus New York.

Schauf nennt William Rockefeller, Jacob Schiff und James Stillman als Einzelpersonen, die erhebliche Anteile an der Federal Reserve besitzen. Die Schiffs sind Anteilseigner bei Kuhn Loeb und die Stillmans, die um die Wende zum 20. Jahrhundert in die Familie Rockefeller einheirateten, bei der Citigroup.

Die Kontrolle, die diese Bankenfamilien über die Weltwirtschaft ausüben, ist nahezu unbeschreiblich und wird absichtlich geheim gehalten.

Die mit ihnen verbundenen Medien stehen schnell bereit, jede Information, die dieses private Bankenkartell enthüllt, als "Verschwörungstheorie" zu brandmarken. Dennoch ist es eine Tatsache.

Die Vermögensgesellschaft Bankers Trust wurde 1903 von diesen acht Familien gegründet.

Benjamin Strong von Bankers Trust war der erste Gouverneur der New Yorker Federal Reserve.

Mit der Errichtung der Federal Reserve 1913 fusionierte die Macht der Acht Familien praktisch mit der militärischen und diplomatischen Macht der amerikanischen Regierung.

Gerieten säumige Zahler aus Übersee mit ihren Kreditraten in Rückstand, konnten die Oligarchen nun auf Marineinfanteristen vertrauen, die für die Bezahlung der Schulden sorgten.

Die BIZ (Bank für Internationalen Zahlungsausgleich) ist die mächtigste Bank der Welt, eine weltweite Zentralbank der Acht Familien, welche die privaten Zentralbanken praktisch aller westlichen Länder und der Entwicklungsländer kontrollieren.

Der erste Präsident der BIZ war der Rockefeller-Bankier Gates McGarran, der für die Chase Manhattan und die Federal Reserve tätig war.

McGarran war der Großvater des früheren CIA-Direktors Richard Helms.

Die Rockefellers wie auch die Morgans unterhielten enge Verbindungen nach London.

David Icke schreibt in seinem Buch "Children of the Matrix", die Rockefellers und Morgans seien lediglich "Handlanger" der europäischen Rothschilds.

Die BIZ gehört der Federal Reserve, der Bank von England, der Bank von Italien, der Bank von Kanada, der Schweizer Nationalbank, der Niederländischen Bank, der Deutschen Bundesbank und der Bank von Frankreich.

Der Historiker Carroll Quigley schrieb in seinem ausführlichen Werk "Katastrophe und Hoffnung" eine Geschichte der Welt in unserer Zeit.

Die BIZ ist Teil eines Plans, ein weltweites System der Finanzkontrolle durch Privatpersonen aufzubauen, mit dessen Hilfe man in der Lage wäre, das politische System eines jeden Landes und die Wirtschaft der Welt als Ganze zu beherrschen und auf feudalistische Weise durch die weltweiten Zentralbanken zu kontrollieren, die auf der Grundlage geheimer Absprachen konzentriert vorgehen.

Die amerikanische Regierung stand der BIZ historisch mißtrauisch gegenüber und setzte sich auf der Bretton-Woods-Konferenz nach dem Zweiten Weltkrieg erfolglos für deren Abschaffung ein.

Statt dessen wurde die Macht der Acht Familien mit dem Aufbau des IWF und der Weltbank in Bretton Woods noch gestärkt.

Erst im September 1994 übernahm die amerikanische Federal Reserve Anteile der BIZ.

Die BIZ hält mindestens zehn Prozent der Geldreserven von mindestens 80 Zentralbanken des IWF und anderer multilateraler Institutionen.

Sie dient als Finanzbevollmächtigte bei internationalen Vereinbarungen, sammelt Informationen über die Weltwirtschaft und dient als Kreditgeber der letzten Instanz.

Die BIZ setzt sich für einen monopolistischen kapitalistischen Faschismus ein.

In den 1990er-Jahren vergab die BIZ einen Überbrückungskredit an Ungarn, um die Privatisierung der Volkswirtschaft des Landes sicherzustellen.

Die Bank diente den acht Familien als Kanal für die finanzielle Unterstützung Adolf Hitlers, die von J. Henry Schroeder von der Bank Warburg und dem Bankhaus Mendelsohn aus Amsterdam führend vorangetrieben worden war.

Viele Kritiker sind sich sicher, daß die BIZ im Zentrum der weltweiten Geldwäsche von Drogengeldern steht.

Es ist keineswegs ein Zufall, daß die BIZ ihren Sitz in der Schweiz hat, ein bevorzugtes Versteck für die Gelder der weltweiten Aristokratie und auch Sitz der Schweizerischen Großloge Alpina, die mit der italienischen P-2 zusammenhängt, und der Nazi-Internationale.

Zu anderen Institutionen, die von den acht Familien kontrolliert werden, gehören das Weltwirtschafts-Forum, die International Monetary Conference und die Welthandelsorganisation WTO.

Bretton Woods war für die Acht Familien ein wahrer Segen. Der IWF und die Weltbank stehen im Zentrum dieser "neuen Weltordnung".

Rockefeller kontrolliert Unternehmen, wie Exxon Mobile, Chevron Texaco, BP Amoco, Marathon Oil, Freeport McMoran, Quaker Oats, ASARCO, United, Delta, Northwest, ITT, International Harvester, Xerox, Boeing, Westinghouse, Hewlett-Packard, Honeywell, International Paper, Pfizer, Motorola, Monsanto, Union Carbide und General Foods.

Die Rockefeller-Stiftung unterhält enge finanzielle Verbindungen zur Ford- und Carnegie-Stiftung.

Zu weiteren philanthropischen Einrichtungen der Familie zählen der Rockefeller Brothers Fund, das Rockefeller Institute for Medical Research, das General Education Board, die Rockefeller-Universität und die Universität von Chicago.

Gerade letztere ist für die Vielzahl stark rechtsgerichteter Absolventen der Wirtschaftswissenschaften bekannt, die wie etwa Milton Friedman als Apologeten des internationalen Kapitals bekannt sind.

Der Familie gehören das Gebäude 30 Rockefeller Plaza, auf dem jedes Jahr traditionell der nationale Weihnachtsbaum errichtet wird, und das Rockefeller Center.

David Rockefeller spielte eine wichtige Rolle beim Bau der beiden Türme des World Trade Center. Der Hauptwohnsitz der Familie ist ein massiger Komplex im Norden New Yorks, der als Pocantico Hills bekannt ist.

Ihr gehören auch ein Zweifamilienhaus mit 32 Zimmern in der 5th Avenue in Manhattan, ein herrschaftlicher Wohnsitz in Washington D.C., die Monte-Sacro-Ranch in Venezuela, Kaffee-Plantagen in Ecuador, verschiedene Farmen in Brasilien, ein Anwesen in Seal Harbor im US-Bundesstaat Maine und Feriendomizile in der Karibik, Hawaii und Puerto Rico.

Die Dulles-Familien und die Rockefeller-Familie sind Cousins. Allen Dulles gründete die CIA, unterstützte die Nazis, vertuschte die Hintergründe der Ermordung Kennedys durch seine Beteiligung am Warren-Ausschuß und traf Absprachen mit der Moslem-Bruderschaft, um gehirngewaschene Attentäter zu erzeugen.

Bis zu seinem Tod leitete John D. Rockefeller jun. den Population Council. Sein Sohn, Jay Rockefeller, ist ein Senator von Westvirginia.

Sein Bruder Whinthorp war Vizegouverneur von Arkansas und ist auch weiterhin der einflußreichste Mann in diesem Bundesstaat.

Über dem ganzen Rockefeller-Schwerverbrechergesindel steht der Gründer der Trilateralen Kommission (TC) und Vorstandchef von Chase Manhattan, David Rockefeller, der die faschistischen Ziele der Familie weltweit vorantreibt.

Würde man alle genannten Schwervermitteln, inklusive deren Nachwuchs inhaftieren und das hoch kriminelle verzinste Geldsystem weltweit abschaffen und verbieten, dann wären die Menschen dieser Welt das größte Problem dieser Welt los.<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtete am 5. November 2013 (x1.000/...): >>"Wichtigste Personen des Jahrhunderts" unterstützen Bevölkerungsreduktion

Der Journalist Oliver Janich zeigt in seinem Buch "Das Kapitalismus-Komplott" auf, daß ab 1910 Gelder der Rockefeller-, Carnegie-, Harriman- und Kellogg-Familien in Organisationen der Eugenik-Bewegung (Eugenik: Bevölkerungsreduktion und -selektion) flossen. Diese ist unter anderem von der Annahme geleitet, "daß diejenigen an der Spitze der sozialen Leiter ihre rassische Überlegenheit bewiesen hätten, während die am unteren Ende biologisch nicht die Voraussetzungen aufwiesen, Erfolg zu haben".

Auch heute noch, so Janich, unterstützen die Rockefellers und andere einflußreiche Personen wie z.B. die Milliardäre Bill Gates und Warren Buffet Organisationen dieser Bewegung, die sich heute meist als wohltätig ausgeben. Ein Beispiel dafür ist z.B. Planned Parenthood (deutscher Zweig: pro familia), eine Organisation, die für Abtreibung, Verhütung und Sterilisation eintritt und von Margaret Sanger gegründet wurde. Sanger wird als Heldin der Frauenbewegung gefeiert und von dem Magazin Life sogar als eine der "wichtigsten Personen des Jahrhunderts" hervorgehoben.

In Wahrheit, so legt Janich überzeugend anhand von Auszügen aus ihren Werken dar, war Sanger eine Eugenikerin, die z.B. für Zwangssterilisation eintrat. In einem ihrer Bücher bezeichnete sie bestimmte Bevölkerungsgruppen als "menschliches Unkraut" und Idioten, die es nicht verdienten, Kinder zu haben. Jeder, der "arm" sei, und Menschen mit "nicht normalen"

Kindern sollten ihrer Meinung nach sterilisiert werden.

Hier verbirgt sich unter dem Deckmantel von Wohltätigkeit und Fortschritt ein grausamer Angriff auf unsere ungeborenen Kinder - finanziert und gefördert von "wichtigsten Personen" unserer Zeit.<<

Egon Bahr, von 1972-1976 SPD-Bundesminister, erklärte am 7. November 2013 während eines WDR-Monitor-Interviews (x357/9): >>Es wäre langsam an der Zeit, daß einmal grundsätzlich geklärt wird: Welche Relikte aus der Besatzungszeit gelten immer noch? Die deutsche Souveränität ist ja 1955 erklärt worden, aber sie war gleich null, ... und das, was dann 1990 draufgesetzt worden ist, hat das auch noch nicht grundsätzlich verändert."<<

Herbert Ludwig berichtete am 22. November 2013 in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die Europäische Union (x903/...): >>Hintergründe der "europäischen Integrationsbewegung"

Am Beginn der sogenannten europäischen Integrationsbewegung stehen zwei besonders einflußreiche Gestalten: Der Österreicher Richard Graf Coudenhove-Kalergi (1894-1972) und der Franzose Jean Monnet (1888-1979).

I.

Coudenhove-Kalergi trat schon 1922 mit seiner Pan-Europa-Idee hervor, die er 1924 in einem Buch publizierte. Darin propagierte er die "Vereinigten Staaten von Europa", einen zentralen Bundesstaat, der von einem neuen geistigen Adel geführt werden sollte. Im selben Jahr gründete er die Paneuropa-Union, um dieses Ziel organisatorisch zu verfolgen.

Das traf offenbar in Amerika auf ähnliche Gedanken. So wurde er nach eigenen Angaben schon 1924 auf Anregung von Louis Rothschild von den Finanzmagnaten Max Warburg "mit 60.000 Goldmark zur Ankurbelung der Bewegung während der drei ersten Jahre" unterstützt. Durch dessen Vermittlung traf er sich in Amerika mit den Finanziers Paul Warburg und Bernhard Baruch. ("Ein Leben für Europa", Seite 124-125)

In seinem 1925 erschienenen Buch "Praktischer Idealismus" bezeichnete Kalergi die Demokratie als "ein klägliches Zwischenspiel" zwischen zwei aristokratischen Epochen, der des Blutadels und des neuen, von jüdischem Geist geprägten Geistesadels. Die moderne Demokratie durchschaute er als praktisches Instrument der Plutokratie:

"Heute ist Demokratie Fassade der Plutokratie: weil die Völker nackte Plutokratie nicht dulden würden, wird ihnen die nominelle Macht überlassen, während die faktische Macht in den Händen der Plutokraten ruht. In republikanischen wie in monarchischen Demokratien sind die Staatsmänner Marionetten, die Kapitalisten Drahtzieher: sie diktieren die Richtlinien der Politik, sie beherrschen durch Ankauf der öffentlichen Meinung die Wähler, durch geschäftliche und gesellschaftliche Beziehungen die Minister. ... Die Plutokratie von heute ist mächtiger als die Aristokratie von gestern: denn niemand steht über ihr als der Staat, der ihr Werkzeug und Helfershelfer ist." (S.39)

Ihm schwebte vor, den "plutokratischen Demokratismus" durch die Aristokratie eines neuen Geistesadels zu ersetzen, in der die verschiedenen Völker in einer "eurasisch-negroiden Zukunftsrasse" aufgehen sollen (S. 22, 23).

Im April 1948 lud Kalergi in New York zu einem Kongreß ein, auf dem das American Committee for a United Europe (ACUE) gegründet wurde. Geschäftsführer wurden die berüchtigten US-Geheimdienst-Bosse: William "Wild Bill" Donovan und Allan Dulles. Die Finanzierung übernahmen die Ford Foundation, die Rockefeller-Stiftung und weitere regierungsnahe Unternehmensgruppen.

Das Committee unterstützte die Europäischen Bewegung, die im Juli 1947 von Winston Churchill und Duncan Sandys initiiert wurde und vom 7. bis 11. Mai 1948 den Haager Europa-Kongreß in Den Haag veranstaltete, an dem unter dem Vorsitz Churchills über 700 Delegierte aus ganz Europa und Beobachter aus den USA und Kanada teilnahmen.

Damit gelang die entscheidende Weichenstellung für die Gründung der Europäischen Bewegung. Man arbeitete an einem Entwurf für eine Verfassung der Vereinigten Staaten von Europa und gründete 1948 durch den Vertrag von London den Europarat, eine internationale europäische Organisation von heute 47 Staaten, in der wiederum Kalergi einen großen Einfluß ausübte.

Das American Committee for a United Europe (ACUE) war bis in die 1960er-Jahre ein wichtiger Geldgeber der Europäischen Bewegung (50 %), der Union Europäischer Föderalisten (UEF) und besonders deren European Youth Campaign (100 %). Damit konnte Einfluß auf die Führer der "Europäischen Bewegung" Robert Schuman, Paul-Henri Spaak und Józef Rętinger genommen werden (s. alle Nachweise bei Wikipedia)

Das ist der Humus der hauptsächlichsten internationalen Organisationen, welche die heute bis zur EU entwickelte europäische Integrations-Organisation in Gang gebracht haben, weiter begleiten, fördern, unterstützen und vorantreiben. Ein kleines Beispiel: 2012 wurde überraschend der Friedensnobelpreis an die EU verliehen, offenbar wegen des "friedensstiftenden" Euros, der in immer mehr EU-Staaten die Menschen verzweifelt auf die Straßen und die Völker auseinander treibt.

Ein englischer Kritiker meinte, warum sie nicht auch noch wegen der großartigen "Euro-Rettungspolitik" den Wirtschaftsnobelpreis erhalten habe. Wie kam es zu dieser Preisverleihung? Der Vorsitzende des Nobelpreiskomitees, der Norweger Th. Jagland, ist gleichzeitig Generalsekretär des "Europarates", also der großen europäischen, von amerikanischen Geheimdiensten mitfinanzierten EU-Förderorganisation, die so eng mit ihr verbunden ist, daß sie dieselbe Flagge und Hymne verwendet. Die EU hat sich also, dank CIA, den Friedensnobelpreis quasi selbst verliehen.

Winston Churchill hatte schon 1946 in einer Rede an der Universität Zürich vor Studenten "eine Art Vereinigte Staaten von Europa" gefordert, d.h. er las ein Manuskript vor, das Kalergi für ihn geschrieben hatte (s. Wikipedia). Am 14.5.1947 verriet Churchill in einer Rede in London noch tiefere angloamerikanische Ziele mit Europa:

Wir geben uns natürlich nicht der Täuschung hin, daß die Vereinigten Staaten von Europa die letzte und vollständige Lösung aller Probleme der internationalen Beziehungen darstelle. Die Schaffung einer autoritativen, allmächtigen Weltordnung ist das Endziel, das wir anzustreben haben.

Wenn nicht eine wirksame Welt-Superregierung errichtet und rasch handlungsfähig werden kann, bleiben die Aussichten auf Frieden und menschlichen Fortschritt düster und zweifelhaft. Doch wollen wir uns in Bezug auf das Hauptziel keiner Illusion hingeben: Ohne ein Vereinigtes Europa keine sichere Aussicht auf eine Weltregierung. Die Vereinigung Europas ist der unverzichtbare erste Schritt zur Verwirklichung dieses Zieles. (Speeches of Winston Churchill, New York 1974)

Hier klingt auf, was sonst mehr verklausuliert unter dem Namen "Neue Weltordnung" als "Eine Welt" angestrebt wird und überall da bemerkbar ist, wo die Völker "durch ein immer engmaschigeres Netz multilateraler Vertragssysteme und Organisationen aneinander gebunden und auf das je spezifische Regelwerk festgelegt" werden. (Manfred Kleine-Hartlage: "Neue Weltordnung - Zukunftsplan oder Verschwörungstheorie?", S. 13) Solche Organisationen sind die UNO, der IWF und die Weltbank, Nato, Internationaler Strafgerichtshof usw. und eben die EU, um die bisher hauptsächlichsten zu nennen.

II.

Die zweite der einflußreichsten Gestalten, Jean Monnet, stand ähnlich wie Kalergi zeit seines Lebens unter dem Einfluß führender britischer und amerikanischer Kreise. Er war "ein Erfinder und Lenker von Institutionen einer übernationalen Zusammenarbeit" und "ein Zentrum (insbesondere) angelsächsischer Einflußnahme auf dem Kontinent". (Andreas Bracher: Euro-

pa im Amerikanischen Weltsystem, Basel 2001, S. 81).

Während des ersten Weltkrieges koordinierte er nach Wikipedia maßgeblich "die kriegswirtschaftliche Güternachfrage und -logistik der westlichen Alliierten." 1919 findet man Monnet in der französischen Delegation in Versailles.

Von 1919 bis 1923 ist er stellvertretender Generalsekretär beim Völkerbund in Genf, der - in Versailles gegründeten - Vorläuferorganisation der heutigen UNO. In den 20er und 30er Jahren ist er in führenden Stellungen in amerikanischen Banken tätig, gründet auch selbst in New York eine Investmentbank, die, wie andere amerikanische Banken auch, Geschäftsbeziehungen mit Hitler-Deutschland unterhielt.

1938 wechselt er wieder in die gleiche Rolle wie im ersten Weltkrieg: Er beschäftigt sich mit den alliierten Vorbereitungen für den drohenden Krieg. Nach der deutschen Eroberung Frankreichs 1940 "wird er von Churchill nach Washington geschickt, um Rüstungseinkäufe zu tätigen. Dort wird er praktisch in die Regierung übernommen und eine der entscheidenden Figuren bei dem Unternehmen, die Maschine in Gang zu bringen, die den Krieg gewinnen sollte", wie Monnet selbst in seinen Memoiren schreibt (Bracher S. 83).

Nach dem Krieg gehen auch von Monnet entscheidende Initiativen zur europäischen Einigung aus. Von ihm stammt der Plan zur Schaffung einer übernationalen Behörde, die die Stahlindustrien Westeuropas, also auch Deutschlands verwalten und kontrollieren sollte. Der Plan wurde 1950 als Schumann-Plan bekannt, stammte aber von Monnet.

Das neue Gebilde, die "Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl", war der entscheidende Keim der heutigen Europäischen Union. Er war von vornherein als voller Staat angelegt: mit einer Exekutivbehörde, einem Parlament und einem Gerichtshof. Von 1953 bis 1955 war Monnet der erste Präsident.

1955 gründet er, teilweise vom CIA finanziert, das "Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa". Es "blieb der Öffentlichkeit zwar weitgehend verborgen, war aber bis zu seiner Auflösung 1975 das wohl wichtigste Zentrum, von dem aus jenes Unternehmen vorangetrieben wurde, dem sich Monnet verschrieben hatte: der europäische Einheitsstaat." (Bracher, S. 84) So wird Monnet von 1950 bis weit in die sechziger Jahre hinein das "eigentliche intellektuelle und politische Zentrum der europäischen Einigungsbemühungen", wofür er mit dem Titel "Vater eines vereinten Europa" bedacht wurde (S. 80).

Zwei Bewunderer von Monnet, Merry und Serge Bromberger, legten in ihrem Buch: "Jean Monnet und die Vereinigten Staaten von Europa" seinen Plan dar:

"Allmählich sollten die supranationalen Behörden, die vom Europäischen Ministerrat in Brüssel und dem Europaparlament in Straßburg überwacht werden, die gesamte Politik des Kontinents bestimmen. Der Tag würde kommen, da die Regierungen gezwungen wären, zuzugeben, daß ein integriertes Europa eine vollendete Tatsache ist, ohne daß sie bei der Festlegung seiner Grundlagen auch nur das Geringste zu sagen hätten. Alles, was ihnen noch bliebe, wäre, ihre sämtlichen autonomen Institutionen zu einer einzigen Bundesverwaltung zu verschmelzen und dann die Vereinigten Staaten von Europa zu verkünden."

Laut Focus 34/ 2010 sagte Monnet:

"Europas Länder sollten in einen Superstaat überführt werden, ohne daß die Bevölkerung versteht, was geschieht. Dies muß schrittweise geschehen, jeweils unter einem wirtschaftlichen Vorwand."

Dieses Ziel haben seine Genossen und Nachfolger nie aus dem Auge verloren - bis heute.

Aus den *Erinnerungen* von Hans-Dietrich Genscher geht hervor, daß die Fortführung der europäischen Integration zu einem Bundesstaat zu den Bedingungen der USA für eine Zustimmung zur deutschen Wiedervereinigung 1989 gehörte.

In genau der Linie Monnets liegt auch, wie Jean-Claude Juncker laut Spiegel 52/1999 seinen EU-Kollegen die richtige demokratische Vorgehensweise erklärte:

"Wir beschließen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, ob was passiert. Wenn es dann kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter - Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt."

Das Ziel europäischer Bundesstaat war der europäischen Integrationsbewegung also von Anfang an immanent. Darauf weist auch das Bundesverfassungsgericht in einem historischen Abriß seines "Lissabon-Urteils" vom 30. Juni 2009 deutlich hin:

"Bestrebungen richteten sich auf die Gründung Vereinigter Staaten von Europa und die Bildung einer europäischen Nation. Man wollte mit einer Verfassung den europäischen Bundesstaat begründen. ... Der Idee der Verfassung für die Vereinigten Staaten von Europa standen von vornherein kräftige nationalstaatliche Orientierungen gegenüber... Mit der Ablehnung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft und dem Scheitern der Europäischen Politischen Gemeinschaft wurde deutlich, daß sich der europäische Bundesstaat nicht direkt verwirklichen ließ. ..."

Über eine möglichst weitgehende wirtschaftliche Verflechtung über einen gemeinsamen Markt sollte die praktische Notwendigkeit politischer Vergemeinschaftung herbeigeführt werden, und es sollten Handels- und Wirtschaftsbedingungen entstehen, die eine politische, auch außen- und sicherheitspolitische Einheit dann als allein folgerichtig erscheinen lassen würden...."

Zu diesen Wirtschaftsbedingungen gehört auch die Einführung des Euro und die Euro-Krise, die, wie in einem Artikel dieses Blogs dargelegt wird, offensichtlich planmäßig herbeigeführt worden ist.

Weitere Belege bringt ein Video der "Bürgerrechtsbewegung Solidarität" vom 4. Juni 2012 mit dem Titel "Die EU ist nicht Europa, sondern seine Zerstörung". Darin wird Jaques Attali, vormals Berater des französischen Präsidenten Mitterand, zitiert, der "bei den Verhandlungen 1990 dabei (war), als Bundeskanzler Kohl die Aufgabe der D-Mark als Preis für die Wiedervereinigung aufgezwungen wurde.

Laut Attali soll damals Mitterand mit einer Wiederbelebung der 'Tripple Entente' (Militärbündnis von 1907 zwischen Großbritannien, Frankreich und Rußlands gegen Deutschland) gedroht haben. Im Januar letzten Jahres (also 2011) ließ Attali die Katze aus dem Sack. In einer Rede über die Eurokrise sagte er, die Krise sei nicht nur vorhersehbar gewesen, man habe sie sogar bewußt geplant, um eine starke europäische Haushaltsföderation zu schaffen.

"Alle diejenigen, die wie ich das Privileg hatten, bei der Abfassung der ersten Version des Maastricht-Vertrages die Feder zu führen, taten alles, um sicherzustellen, daß ein Austritt unmöglich wäre. Wir haben einen Artikel, der (einem Mitgliedstaat) den Austritt erlaubt, absichtlich 'vergessen'. Das war nicht sehr demokratisch. Doch es war eine große Garantie dafür, die Dinge schwieriger zu machen, damit wir gezwungen waren, weiter voranzuschreiten".

Weiter wird in dem Video Guiliano Amato zitiert, ehemaliger Vizepräsident des "Europäischen Konvents" für eine europäische Verfassung, der in einem Interview mit "La Stampa" am 12. Juli 2000 erklärte:

"Deshalb ziehe ich es vor, langsam vorzugehen und die Souveränität Stück für Stück zu zerbrechen und dabei plötzliche Übergänge von den nationalen zu den Befugnissen des Bundes zu vermeiden. ... Ohne Souveränitäten (der Einzelstaaten) werden wir keinen Totalitarismus haben. Demokratie braucht keinen Souverän."

Er übergeht, daß uns dafür - ohne einen demokratischen Souverän - der viel größere bürokratische Totalitarismus der EU aufgezwungen wird, die mit imperialistischen Weltmacht-Ambitionen den früheren Nationalismus der Einzelstaaten auf einer größeren Ebene als Europa-Nationalismus nur fortsetzt.

Unverblümt in dieser Richtung sind die Worte des Briten Robert Cooper, vormaliger Berater

Tony Blairs und jetziger Top-Berater von Lady Catherine Ashton, der "Hohen Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitsfragen", die er in seinem Buch "The Breaking of Nations" (2003) geschrieben hat:

"Beim Umgang mit der altmodischen Sorte von Staaten außerhalb der postmodernen Grenzen müssen sich die Europäer auf die rauheren Methoden früherer Zeiten zurückbesinnen: Gewalt, ... Angriffe, Täuschung, was immer auch für diejenigen notwendig ist, die noch in der Welt des 19. Jahrhunderts gefangen sind, wo jeder Staat für sich existierte. Im Dschungel muß man sich an die Gesetze des Dschungels halten."

Mit diesem Artikel könnte auch der letzte Zweifler erkennen ... "Neue Weltordnung" ist keine Verschwörungstheorie, sondern wenn man so will eine globale Reform (Neuordnung). Die wohl wie auch schon immer in der Geschichte, von einigen wenigen erdacht und für alle anderen gültig.

EU-Vision

Was haben sie vom Menschen-Ich verstanden?

Sie schwimmen mit Konsum Europas Fluren,

Erstickten seiner Völker Hochkulturen

Und schlagen ihren Geist in feste Banden.

Es ist das Ich, das die Entwicklung treibt,

Aus dem Kultur- und Geistesblüten sprossen.

Sie haben es in Normen eingeschlossen,

In denen es sich innerlich zerreibt.

So phrasenhaft ward "Freiheit" nie verwendet.

Die äußere Leibes-Sicherheit verdeckt,

Wie Vormundschaft die Selbstbestimmung schändet;

Unendliche Verordnungsflut bedeckt

Europaweit des Menschen eig'ne Wege.

Er irrt in eines Monsterstaats Gehege.

(hl)<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 21. Dezember 2013: >>>100 Jahre Notenbank

Mit der Finanzkrise kippte das Image der Fed

Seit der nebulösen Gründung der Fed vor 100 Jahren ranken sich um die US-Notenbank wilde Verschwörungstheorien. Kritiker halten sie für einen Handlanger der Wall Street. Und sie tut nur wenig dagegen.

Die Geschichte der mächtigsten Notenbank der Welt beginnt mit einer Geheimmission. In einer Novembernacht im Jahr 1910 treffen sich acht Männer auf einem verlassenen Bahnsteig der Kleinstadt Hoboken, wenige Kilometer von Manhattan entfernt. Einer von ihnen, Senator Nelson Aldrich, hat die Gruppe auf große Vorsicht eingeschworen: Redet mit niemandem auf dem Weg, schüttelt die Reporter ab, und sagt euren Familien, ihr fahrt auf Entenjagd!

Unbemerkt von der Öffentlichkeit gelangen die Männer an den Bahnsteig und besteigen den privaten Eisenbahnwagen von Aldrich. In der Dunkelheit der Nacht tritt der Zug seine Reise an, 1.300 Kilometer nach Süden bis in die Küstenstadt Brunswick im US-Bundesstaat Georgia. Von dort setzen die Männer mit einem Schiff nach Jekyll Island über.

Auf der kleinen Insel liegt der exklusive Jekyll Island Club, in dem sich sonst die reichsten Menschen der Welt zum Jagen, Golfen und Reiten treffen. Die nächsten zehn Tage aber gehört die Insel ganz den acht Männern, die sich nur mit ihren Vornamen ansprechen werden. Die Bediensteten sollen keinen Hinweis bekommen, wer dort von morgens bis abends im Salon tagt.

Gemeinsam entwerfen sie die Blaupause einer bundesweiten Notenbank für die USA. Es soll zwar noch drei Jahre dauern, aber dann wird der Plan dank Aldrichs emsigem Strippenziehen

mit geringen Änderungen vom Kongreß verabschiedet. Am 23. Dezember 1913 setzt US-Präsidenten Woodrow Wilson den Federal Reserve Act offiziell in Kraft.

Notenbank ist nicht an Transparenz gelegen

Gegner der Federal Reserve (Fed) reiben sich bis heute an der nebulösen Gründung und der intransparenten Struktur der Zentralbank auf. Wie kann eine der wichtigsten Institutionen der Neuzeit auf einem Geheimplan fußen statt auf einem demokratischen Prozeß? Und sind nicht die Gründerväter Beweis genug, daß die Fed niemals dem Volk der USA, sondern nur der Wall Street dienen sollte?

Heute sind diese Fragen wieder aktueller denn je. Die Fed hat in den vergangenen 100 Jahren wenig dafür getan, ihr Image zu verbessern. Gerade in der Finanzkrise bewies die Notenbank erneut, daß ihr keineswegs an Transparenz gelegen ist. Stoisch weigerte sich der amtierende Fed-Chef Ben Bernanke, Details zu den Rettungspaketen für die Finanzbranche zu veröffentlichen. Und auch Bernankes expansive Geldpolitik hilft der Wall Street mehr als den Steuerzahlern.

Die Steuerzahler hatten die Männer 1910 vermutlich auch nicht im Blick, als sie zu ihrer nächtlichen Zugfahrt aufbrachen. Erst viele Jahre nach dem Geheimgeschehen sollte die Öffentlichkeit über die Details der Konferenz auf Jekyll Island unterrichtet werden. Heute weiß man, wer zusammen mit Senator Aldrich die Operation Entenjagd durchzog:

Es waren Arthur Shelton, Aldrichs persönlicher Sekretär, A. Piatt Andrew, Staatssekretär im Finanzministerium, Frank A. Vanderlip, Chef der National City Bank of New York - heute bekannt als Citibank -, Benjamin Strong und Henry P. Davidson, beides enge Vertraute des Bankmoguls J. P. Morgan, Charles D. Norton, Chef der ebenfalls von J. P. Morgan dominierten First National Bank, sowie Paul M. Warburg vom einflußreichen deutschen Bankhaus M. M. Warburg & Co., der durch Heirat gleichzeitig mit dem New Yorker Investmenthaus Kuhn, Loeb & Co. verbandelt war.

Senator Aldrich fungierte als Vorsitzender der Kongreß-Kommission zur Reform des amerikanischen Währungssystems. Gleichzeitig war auch er eng mit der Hochfinanz verbunden. Seine Tochter hatte er mit John D. Rockefeller Jr. verheiratet, dem einzigen Sohn des seinerzeit reichsten Mannes der Welt.

Gemeinsam repräsentierten die acht Männer auf Jekyll Island ein Viertel des weltweiten Reichtums. Der Vorwurf liegt also nah, daß sie nicht unbedingt das Allgemeinwohl im Auge hatten.

"Ich habe mein Land betrogen"

Die Abgeordneten des Kongresses hatten es aber durchaus im Sinn, als sie Aldrich 1908 als Kommissionspräsident für ein stabileres Währungssystem einsetzten. Ein Jahr zuvor hatte ein Börsencrash eine schwere Rezession ausgelöst. Viele Bankhäuser brachen zusammen, weil die USA nicht über eine Zentralbank verfügte, die die Institute hätte retten könnten.

Statt dessen beauftragten die einzelnen Bundesstaaten unzählige private Banken damit, Geld zu drucken und in Umlauf zu bringen. In anderen Ländern wie dem Deutschen Reich oder Großbritannien gab es bereits nationale Notenbanken, die als "Lender of Last Resort" in Extremsituationen mit Krediten einspringen konnten.

Weil im Kongreß keine Einigung zustande kam, brach Aldrich 1910 mit seinen sechs Komplizen zu der Geheimoperation auf. Um das Gesetz später im Parlament durchsetzen zu können, mußte Aldrich die Macht seiner reichen Verbündeten ausspielen. Der amtierende, republikanische Präsident William Howard Taft galt als Gegner des Aldrich-Plans. Mit tatkräftiger Unterstützung der Hochfinanz gewann schließlich der farblose Demokrat Woodrow Wilson die Präsidentschaftswahl im Jahr 1913.

Einen Tag vor Heiligabend, als die meisten Abgeordneten längst in den Weihnachtsferien weilten, unterschrieb Wilson den Federal Reserve Act. Überlieferungen zufolge hat er diese

Entscheidung Zeit seines Lebens bereut. Auf dem Sterbebett soll er gesagt haben: "Ich habe mein Land betrogen." Das Schicksal der Nation liege fortan "in den Händen einiger weniger Männer". Damals konnte Wilson nicht wissen, daß die Fed in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zur führenden Zentralbank des Globus aufsteigen sollte. Zwei Drittel aller Dollar-Scheine befinden sich heute im Ausland.

Gerade wegen ihrer dominanten Stellung erhitzt die ungewöhnliche Struktur der Fed bis heute die Gemüter der Verschwörungstheoretiker. Anders als die Europäische Zentralbank, die Bundesbank oder die Bank of England ist die Fed keine staatliche Institution.

Das Federal Reserve System besteht aus zwölf regionalen Zentralbanken, die privatwirtschaftlich geführt werden. Besitzer dieser Zentralbanken sind rund 3.000 private Mitgliedsbanken. Sie entscheiden auch, wer sechs der neun Sitze in den jeweiligen Führungsgremien der regionalen Fed-Banken besetzt. Der Einfluß der Finanzbranche auf die US-Zentralbank ist damit weltweit einzigartig.

Fed in der Zwitterrolle

Dabei übt der Staat allerdings ebenfalls Kontrolle auf die Fed aus. Der Fed-Chef und die anderen sechs Mitglieder des Board of Governors der Fed werden durch den US-Präsidenten ernannt und vom Kongreß bestätigt. Aufgabe des Boards ist es, die regionalen Fed-Banken zu überwachen.

Gleichzeitig haben die Board-Mitglieder auch die Mehrheit im zwölfköpfigen Offenmarktausschuß der Fed, der die geldpolitischen Leitlinien, die Geldmenge und den Leitzins festsetzt. Neben den sieben Board-Mitgliedern sitzen fünf Regionalbankchefs im Offenmarktausschuß. Vier von ihnen rotieren im Wechsel. Der Chef der Federal Bank of New York, der die Interessen der Wall Street vertritt, ist dagegen ein ständiges Mitglied.

Im Vergleich zur EZB hat die Fed also eine Zwitterrolle. Sie handelt im Auftrag nicht nur der Steuerzahler, sondern auch der Finanzbranche. Noch komplexer wird ihre Funktion, da sie - anders als die EZB - nicht nur dem Ziel der Preisstabilität verpflichtet ist. Die US-Zentralbank soll auch das Wachstum der Wirtschaft ankurbeln und für maximale Beschäftigung sorgen. Pikanterweise soll sie außerdem die Banken regulieren - und damit ihre Eigentümer überwachen.

Die Fed ist Diener vieler Herren, gleichzeitig ist sie längst nicht so unabhängig wie die EZB. Ihre Eigenständigkeit wird nur durch ein einfaches Gesetz garantiert, das der Kongreß jederzeit ändern könnte. Die Unabhängigkeit der EZB ist dagegen im EU-Vertrag festgeschrieben. Er kann nur mit der Zustimmung aller 27 Mitgliedstaaten und deren Parlamente geändert werden. Ihre Gewinne schüttet die EZB vollständig an die Mitgliedstaaten aus. Die Fed überweist dagegen zwar das Gros der Profite an das Finanzministerium, ein Teil geht allerdings auch an die Banken.

Weil die Fed keine Bundesbehörde ist, muß sie wesentlich weniger transparent über ihre Geschäfte berichten. Zwar hat sie mit dem Government Accountability Office (GAO) einen staatlichen Aufseher, dem aber enge Grenzen gesetzt sind.

Greenspan für Finanzkrise verantwortlich gemacht

In den vergangenen Jahren ist das Mißtrauen gegenüber der weitgehend unkontrollierten Macht der US-Zentralbank gewachsen. Gerade in den 19 Jahren unter dem Fed-Chef Alan Greenspan habe sich die Notenbank gefährlich oft vor den Karren der Wall Street spannen lassen, monieren Experten. Greenspan führte von 1987 bis 2006 die Geschäfte der Federal Reserve. Viele Ökonomen und Politiker machen den 87-Jährigen heute für die Finanzkrise verantwortlich.

Auch die offizielle Untersuchungskommission der US-Regierung gibt Greenspan und den unter ihm umgesetzten Deregulierungen die Hauptschuld für die Krise. In seiner Amtszeit habe die Fed "unter dem Druck der Finanzindustrie jegliche Schutzmechanismen entfernt, die

hätten helfen können, die Katastrophe zu verhindern", schrieb die Kommission in ihrem Abschlußbericht 2010. Auch Greenspans stoische Niedrigzinspolitik wird von vielen letztlich als Dienst für die Wall Street gesehen. Die Investmentbanker wollten nicht, daß die Party an den Aktienmärkten aufhört. Der niedrige Leitzins könnte gleichzeitig einer der Gründe gewesen sein, warum es zu der Blase am Immobilienmarkt kommen konnte.

Greenspan bestreitet die Vorwürfe. Seiner Meinung nach hatte der Aufschwung von Ländern wie China oder Rußland nach dem Ende des Kalten Krieges zu einem sprunghaften Anstieg der Sparaufkommen geführt. Dies habe die langfristigen Zinsen in die Höhe schießen lassen. "Durch den Boom in den Schwellenländern haben sich die langfristigen Zinsen von den kurzfristigen abgekoppelt", sagte Greenspan Anfang November der "Welt am Sonntag". Als die Fed 2004 angefangen habe, den Leitzins anzuheben, seien die langfristigen Zinsen trotzdem weiter gesunken. "Wir konnten nichts tun."

Für seinen Mangel an Selbstkritik hat Greenspan viel Häme einstecken müssen. Der US-Wirtschaftsnobelpreisträger Paul Krugman bezeichnete ihn kürzlich als "schlechtesten Ex-Notenbankchef der Welt". Greenspan-Freunde halten dagegen, die Weltwirtschaft habe der Fed viel zu verdanken. Schließlich erlebten die USA in den vergangenen 100 Jahren nur drei große Wirtschaftskrisen. In den 100 Jahren davor waren es dagegen zwölf, stellten die US-Ökonomen Carmen Reinhart und Kenneth Rogoff in Untersuchungen zur Finanzkrise fest. ...

Fed war einst auf einem Imagehoch

Der Verdruß über die Fed wird immer in jenen Zeiten laut, in denen die Wirtschaft nicht brummt. Während der Greenspan-Ära war die Fed auf einem absoluten Imagehoch. Ihr haftete eine Art Unfehlbarkeitsnimbus an, der Präsident wurde als omnipotenter und beinahe allwissender "Maestro der Märkte" verehrt. Die frisch gegründete EZB und ihr erster Präsident Wim Duisenberg galten dagegen als viel zu rückwärtsgewandt und langsam.

Mit der Finanzkrise kippte das Image der Fed. Bei einer Gallup-Umfrage im Juli 2009 fanden nur 30 Prozent der US-Bürger, daß die Zentralbank ihre Aufgaben gut erfülle. Von neun bewerteten US-Behörden landete sie damit auf dem letzten Platz - selbst das Finanzamt IRS war mit 40 Prozent Zustimmung beliebter. Vier Jahre später sind die Ergebnisse kaum besser. Im Mai 2013 konnte die Fed mit 33 Prozent Zustimmung unwesentlich zulegen, immerhin hat sie es wieder knapp vor das Finanzamt auf den vorletzten Platz geschafft.

Auch während der Amtsjahre von Greenspans Nachfolger Bernanke gab sich die Fed reformresistent. Nachdem das Investmenthaus Lehman Brothers im September 2008 Pleite ging, stattete Bernanke die übrigen Banken bereitwillig mit Billionen von Dollar aus. Die US-Nachrichtenagentur Bloomberg forderte Bernanke im Jahr 2008 auf, die genaue Summe zu veröffentlichen.

Doch der Notenbanker hielt Transparenz auch dieses Mal für überbewertet. Die Fed sei keine Bundesbehörde und daher nicht zur Auskunft verpflichtet. Würde er veröffentlichen, welche Banken nur wegen der Fed-Kredite noch ihre Rechnungen begleichen könnten, "stigmatisiere" das die Institute. Die Folgen der Geheimniskrämerei waren abenteuerlich. Im November 2008 berichtete die Bank of America beispielsweise ihren Aktionären, sie habe eine der stärksten Bilanzen der Welt. Sie vergaß zu erwähnen, daß sie bei der Fed mit 86 Milliarden Dollar in der Kreide stand.

Diese Information gelangte nur ans Licht, weil Bloomberg Klage einreichte. Heute weiß man, wie viel Geld die Fed von 2007 bis 2010 in den internationalen Bankensektor pumpte: sagenhafte 16,1 Billionen Dollar. Zum Vergleich: Im Jahr 2012 betrug das Bruttoinlandsprodukt der USA rund 15,7 Billionen Dollar.

Im US-Kongreß gibt es nur wenige Politiker, die sich über diesen Fakt öffentlich echaufferten. Einer davon ist der Republikaner Ron Paul, der bis Anfang 2013 für Kentucky im Repräsentantenhaus saß. 2012 verabschiedete das Repräsentantenhaus unter seiner Führung einen

Gesetzesentwurf, nach dem die Fed durch den Kongreß strenger überwacht werden sollte. Das Gesetz schaffte es jedoch nie durch den Senat.

Kurswechsel ist nicht in Sicht

Die Vermutung liegt nahe, daß die wenigsten Politiker in den USA den Mut besitzen, sich mit den Interessen der Wall Street anzulegen. Schließlich kommt von dort ein Großteil der Spendengelder für ihre Wahlkampfkassen. Außerdem lenkt die Fed auch ein wenig von der Dysfunktionalität der politischen Klasse in Washington ab. Weil sich Demokraten und Republikaner seit Jahren im Kongreß gegenseitig blockieren, blieben dringend nötige Reformen auf der Strecke.

Daß die US-Wirtschaft trotzdem wieder wächst, ist auch der expansiven Geldpolitik zu verdanken. Seit 2008 liegt der Leitzins beim historischen Niedrigstand von null bis 0,25 Prozent. Darüber hinaus pumpt die Fed seit fünf Jahren durch ihre Anleihenkaufprogramme Geld in den Markt - insgesamt hat sie seit Dezember 2008 mehr als vier Billionen Dollar Staatsanleihen und Hypothekenscheine aufgekauft.

Experten kritisieren, diese Maßnahmen stünden in keinem Verhältnis zu dem Nutzen für die Volkswirtschaft. Einer Berechnung des Investors Pimco zufolge haben die über vier Billionen Dollar den USA nur einen Wachstumsschub von mickrigen 0,25 Prozent gebracht.

Für großes Aufsehen unter Fed-Kritikern sorgte ein vor zwei Wochen veröffentlichter Gastbeitrag im "Wall Street Journal". Der Autor Andrew Huszar leitete 2009 und 2010 bei der Fed das Anleihenrückkaufprogramm. Der Artikel beginnt mit den Worten: "Ich kann nur sagen: Es tut mir leid, Amerika." Offiziell betone die Fed zwar stets, mit den Anleihenkäufen sollten die Kreditkosten für Haushalte und Unternehmen gesenkt und die Wirtschaft angekurbelt werden. Doch das sei eine Lüge: "Trotz der Rhetorik der Fed hat mein Programm überhaupt nicht geholfen, Amerikanern Zugang zu Krediten zu geben."

Statt dessen habe nur die Wall Street profitiert. Die Banken konnten dank höherer Anleihepreise ihre Bilanzen aufbessern und strichen fette Kommissionen für die Kaufprogramme von der Fed ein. "Das Programm ist das größte Rettungsprogramm für die Wall Street der Geschichte, verschleiert durch die Hintertür", schreibt Huszar. Und in der Fed seien die Funktionäre heutzutage nur noch an der Reaktion der Wall Street interessiert, nicht aber an den Folgen für die Steuerzahler.

Ein Kurswechsel ist nicht in Sicht. Im Januar tritt die langjährige Fed-Vizechefin Janet Yellen die Nachfolge von Bernanke an. Von ihr werden keine großen Überraschungen erwartet. Vermutlich wird sie noch lange an Bernankes expansiver Geldpolitik und den niedrigen Zinsen festhalten. Die Wall Street will es so.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Jahre 2013 im COMPACT-Spezial Nr. 3 (x349/27-29): >>**Schöne neue Welt**

_ von Jürgen Elsässer

Die Achtundsechziger haben den übersteigerten Individualismus zum Leitbild der Gesellschaft gemacht. Die Familie, aber auch andere Formen des sozialen Miteinanders bleiben auf der Strecke. Der Mensch wurde dadurch nicht freier, sondern einsamer.

Im Fernsehen, im Kino, in den Zeitungen wird seit einigen Jahren im fröhlichen Gleichklang dieselbe Melodie intoniert: Individualismus ist die höchste Tugend, und jede Form von Kollektivität steht unter Faschismusverdacht.

Familie gilt als die Brutstätte von Neurosen, Psychosen und autoritären Charakteren; Religion und Kirche sind Synonyme für Mittelalter und Fundamentalismus; Vereine haben meist einen Stammtisch und sind auch sonst mega-out; Gewerkschaften wollen alle in Tarifverträge zwingen.

Der wirklich freie Mensch, so die Botschaft, ist hip, wechselt ständig sein Aktiendepot, seinen Lebensabschnittspartner und seine sexuelle Orientierung.

High sein, frei sein

Diese Einstellung entwickelte sich erst in der Folge von 1968, mit der Entstehung einer Neuen Linken. Von dem, was man vorher als links bezeichnet hatte, egal ob Sozialdemokraten oder Kommunisten, grenzten sich die revoluzzenden Bürgersöhnchen ab, bei ihnen jagte eine vorrückte Mode die nächste: In den siebziger Jahren wollten die Maoisten die Sowjetunion und die Feministinnen die Männer bekämpfen.

In den achtziger Jahren kamen die Grünen von der Öko-Diät auf die Öko-Diäten, und in besetzten Häusern nisteten sich Frascati-Spießer ein, dagegen machten pädophile Indianerkommunen sowie die Punks samt ihrer Straßenköter mobil. In den neunziger Jahren gab's statt der Invasion von der Vega die Invasion der Veganer, aus irgendeinem Paralleluniversum flogen die Transsexuellen ein, die Poplinken legten mit abgedrehten Disko-Diskursen los. Die einen fragten "Wie oft hast du Gender pro Woche?", die anderen hielten Heterosex ("Penetration") per se für Vergewaltigung. Im neulinken Feuchtbiothop gediehen alle Perversionen.

Während die "alte" Linke das Los der "Arbeiterklasse" verbessern wollte (ein guter Vorsatz, dessen praktische Ergebnisse hier nicht weiter bewertet werden sollen), kaprizierten sich die Achtundsechziger auf alle möglichen Randgruppen. Sie propagierten nicht die ökonomische, sondern die kulturelle Revolution - zur Freude der Konsumindustrie, die sich neue Absatzmärkte erschloß.

"Hier eine Kurzübersicht von Dingen, die in den letzten fünfzig Jahren als subversiv galten: Rauchen, lange Haare bei Männern, kurze Haare bei Frauen, Bärte, Miniröcke, Bikinis, Heroin, Jazz, Rock, Punk, Minderheiten-Kult.

Die Vordenker der Neuen Linken kommen mehrheitlich aus der Schule der neuen französischen Philosophen: Guy Debord, Felix Guattari, Jean-Francois, Gilles Deleuze, Jacques Derrida und vor allem Michel Foucault.

Über die Prinzipien - besser: die Prinzipienlosigkeit - seines "vagabundierenden Denkens" schreibt Letzterer schwurbelig: "Gib dem Vorzug, was positiv ist und multipel, der Differenz vor der Uniformität, den Strömen vor den Einheiten, den mobilen Anordnungen vor den Systemen! Glaube daran, daß das Produktive nicht seßhaft ist, sondern nomadisch!"

Das Loblied auf die Differenz führte die Achtundsechziger konsequent zu einer Ablehnung der "uniformierten" Bevölkerungsmehrheit.

Statt dessen sollte die Gesellschaft mit einem Patchwork der Minderheiten - so ein früher Bestseller von Lyotard - umgestaltet werden. "Was sich abzeichnet ist eine (noch zu definierende) Gruppe von heterogenen Räumen, ein großes patchwork aus lauter minoritären Singularitäten ... Diese Bewegung der Zersplitterung betrifft nicht nur die Nationen, sondern auch die Gesellschaften; wichtige neue Gruppierungen treten auf, die in den offiziellen Registern bisher nicht geführt wurden: Frauen, Homosexuelle, Geschiedene, Prostituierte, Enteignete, Gastarbeiter. ...

"Lyotards Aufreihung zeigt, daß die Ablehnung der Mehrheitsgesellschaft ("Zentrum") und die Feindschaft gegenüber der Nation dieselbe Wurzel haben: die Orientierung auf Minderheiten sowie die positive Hervorhebung der Differenz und des "Nomadischen".

Die sexuelle Revolution war keine Befreiung, sie war die Hölle.

Reggae, Rap, Tätowierungen, Achselhaare, Graffiti, Surfen, Motorroller, Piercing, schmale Schlipse, keinen BH tragen, Homosexualität, Marihuana, zerrissene Klamotten, Haargel, Irokesenschnitt, Afrolook, Verhütungsmittel, Postmodernismus, karierte Hosen, Biogemüse, Schnürstiefel, gemischt-rassiger Sex. Heute kann man das alles (vielleicht mit Ausnahme von Achselhaaren und Biogemüse) in einem typischen Britney-Spears-Video finden," karikieren die kanadischen Soziologen Joseph Heath und Andrew Potter den Kostümwechsel der Radikalinskis in ihrem Buch Konsumrebell. Der Mythos der Gegenkultur (Berlin, 2005).

Nicht vergessen sollte man außerdem den Siegeszug von Marihuana und LSD als den psyche-

delischen Katalysatoren der angeblichen Befreiung.

Süffisant kommentieren Heath und Potter: "Nur wer schon völlig zugehörnt ist, kann ernsthaft der Meinung sein, Marihuana befreie das Bewußtsein. Sonst müßte er wissen, daß Kiffer die größten Langweiler sind."

Die Libido-Hölle

Im Zentrum des Freiheitsbegriffs der Achtundsechziger steht die Befreiung der Libido. Der Lustgewinn war kurz, der Katzenjammer lang. "Die sexuelle Revolution hat ... letztlich alle traditionellen gesellschaftlichen Normen zerstört, von denen die Geschlechterverhältnisse beherrscht wurden; sie hat sie aber nicht durch neue ersetzt. Sie hinterließ ein Vakuum.

Unsere eigene Generation, die Ende der siebziger Jahre erwachsen wurde, war deshalb gezwungen, ihren eigenen Weg durch die vertrackten Probleme der Adoleszenz zu finden. Das war keine Befreiung, es war die Hölle," schreiben Heath und Potter. Wie entfesselter Individualismus jede Form von kollektiver Geborgenheit vernichtet und die Gesellschaft in Elementarteilchen auflöst, berichtet auch der französische Bestsellerautor Michel Houellebecq in seinem gleichnamigen Roman.

"Viele Jahre später sollte Bruno feststellen, daß die Welt der Kleinbürger, die Welt der Angestellten und mittleren Beamten toleranter, liebenswürdiger und aufgeschlossener ist als die Welt der Aussteiger, der am Rande der Gesellschaft lebenden jungen Leute, die damals durch die Hippies verkörpert wurden. "Ich kann mich als ehrbarer Angestellter verkleiden und von ihnen akzeptiert werden", sagte Bruno gern. "Dafür brauche ich nur einen Anzug, eine Krawatte und ein Oberhemd zu kaufen - das ganze für 800 Francs im Schlußverkauf bei C&A. ... Dagegen würde es mir nichts nützen, mich als Aussteiger zu verkleiden: dafür bin ich weder jung, noch schön, noch cool genug"."

Parolen wie "Wir wollen alles, und zwar sofort" oder "Es ist verboten zu verbieten" klangen 1968 anarchistisch. Die Jugend wollte sich nicht mehr vorschreiben lassen, wie lang die Haare zu sein haben, wann der richtige Zeitpunkt für das Erste Mal gekommen ist und welche Schallplatten man hören darf. Der von Eltern und Großeltern gepredigte Verzicht war out - für Kirche, Kapital und Vaterland wollten die Teenager auf gar nichts mehr verzichten, und dafür hatten sie durchaus auch gute Argumente.

Doch wie immer machte auch in diesem Fall die Dosis den Unterschied zwischen Medizin und Gift. Die immer weitergehende Entfesselung der Triebe zerfraß auch jene Formen von Mitmenschlichkeit und Nächstenliebe, die die Grundlage jeder solidarischen Gesellschaft bilden. Houellebecq fragt: "Warum hat sich das sozialdemokratische schwedische Modell nie gegenüber dem liberalen Modell durchsetzen können?"

Seine Antwort: "Die Lösung der Utopisten - von Platon über Fourier bis hin zu Huxley - besteht darin, die sinnliche Begierde und das Leiden, das damit verbunden ist, zu stillen, indem sie deren unmittelbare Befriedigung organisieren.

Die eros- und werbungsorientierte Gesellschaft, in der wir leben, ist dagegen bestrebt, die sinnliche Begierde in unerhörtem Ausmaß zu fördern ... Für das reibungslose Funktionieren der Gesellschaft, für das Weiterbestehen des Wettbewerbs, ist es erforderlich, daß die sinnliche Begierde zunimmt, sich ausbreitet und das Leben der Menschen verzehrt."

Wer bin ich? Und wenn ja, wie viele?

Am Ende steht nicht nur die Atomisierung der Gesellschaft. Vielmehr streben die Postmodernen auch noch eine Zentrifugierung des Individuums selbst an. Michel Foucault, einer der Vordenker dieses Prozesses, schreibt: "Verlange von der Politik nicht die Wiederherstellung der "Rechte" des Individuums, so wie die Philosophie sie definiert hat! Das Individuum ist das Produkt der Macht. Viel nötiger ist es, zu "ent-individualisieren", und zwar mittels Multiplikation und Verschiebung, mittels diverser Kombinationen.

Die Gruppe darf kein organisches Band sein, das hierarchisierte Individuen vereinigt, sondern

soll ein dauernder Generator der Ent-Individualisierung sein." Hier wird keineswegs die Vereinzelung der Menschen zu Konsummonaden ("Individualisierung") kritisiert und dagegen zu kollektiver Gegenwehr in Gruppen aufgerufen. Vielmehr soll die Gruppe als Generator Druck ausüben, damit auch noch das Individuum selbst zerspalten wird und sich - je nach Marktlage - beständig selbst "dekonstruiert", gestern als Familienvater, heute also Sado-Maso-Swinger, morgen als verheirateter Schwuler.

Mit der Vorherrschaft der Egomane und der Zerstörung aller Liebes- und Verwandtschaftsbeziehungen näherten sich, so Houellebecq, die westlichen Gesellschaften der Schönen neuen Welt, die Aldous Huxley in seinem gleichnamigen Roman beschreibt.

"Immer genauere Kontrolle des Zeugungsvorgangs, die eines Tages zur völligen Trennung von Zeugung und Sex und zur künstlichen Fortpflanzung der Menschheit im Labor ... führen wird. Es verschwinden die familiären Beziehungen, die Begriffe Vaterschaft und Abstammung. Und Dank der pharmazeutischen Fortschritte wird es keine Unterschiede zwischen den verschiedenen Lebensaltern mehr geben.

In der Welt, die Huxley beschreibt, übt ein sechzigjähriger Mann die gleichen Tätigkeiten aus wie ein Zwanzigjähriger, hat die gleiche äußere Erscheinung und die gleichen sinnlichen Begierden wie er. Und wenn es dann nicht mehr möglich ist, gegen den Alterungsprozeß zu kämpfen, stirbt man freiwillig durch selbstbestimmte Euthanasie; sehr diskret, sehr schnell, völlig undramatisch." Houellebecq erinnert daran, daß zwei der Ikonen der späten Achtundsechziger, nämlich Gilles Deleuze und Guy Debord, "ohne triftigen Grund Selbstmord begangen haben, ganz einfach, weil sie die Aussicht ihres körperlichen Verfalls nicht ertragen haben".

Ist das die Welt, in der wir leben wollen?

_ Jürgen Elsässer, Chefredakteur von COMPACT-Magazin, hat über dieses Thema ausführlich in seinem Buch "Angriff der Heuschrecken. Zerstörung der Nationen und globaler Krieg" (Köln, 2008, vergriffen) geschrieben.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 21. März 2014: >>**Eine geheime Elite wollte Krieg**

Zwei britische Historiker richten den Fokus auf einen einflußreichen Zirkel in Großbritannien, der lange vor Beginn des Ersten Weltkriegs die militärische Niederwerfung Deutschlands anstrebte

Hans Fenske

Die weithin für richtig gehaltene Ansicht, das Deutsche Reich trage den überwiegenden Teil der Verantwortung für den Kriegsausbruch 1914, wird zunehmend in Frage gestellt. In seinem Buch "Die Schlafwandler" sagte Christopher Clark vor kurzem zwar abschließend, daß keine europäische Großmacht damals den Krieg unbedingt wollte, seine Darstellung zeigt aber doch, daß vor allem Rußland die Signale entschlossen auf Krieg stellte und daß der deutsche Anteil an der Auslösung der Katastrophe sehr gering war.

Aufstieg Deutschlands sahen sie mit großem Unbehagen

Noch klarer machen die beiden englischen Autoren Gerry Docherty und Jim MacGregor gegen einen großen Teil der bisherigen Geschichtsschreibung zum Ersten Weltkrieg Front. Gleich zu Beginn ihrer auf einer breiten Quellen- und Literaturbasis beruhenden Studie sagen sie, daß zwar die entsetzliche Verschwendung von Menschenleben zwischen 1914 und 1918 sehr richtig dargestellt werde, daß aber die Wahrheit darüber, wie all das begann und wie es unnötigerweise und bewußt über 1915 hinaus verlängert wurde, hundert Jahre verdeckt blieb und die Tatsache verheimlicht wurde, "daß Großbritannien, nicht Deutschland, für den Krieg verantwortlich war".

Zum Erweis dessen holen sie weit aus und führen den Leser vom Beginn der britischen Expansion in Südafrika im späten 19. Jahrhundert bis zum August 1914. Der Julikrise jenes Jah-

res ist ein knappes Drittel ihrer Studie gewidmet. Sie verweisen darauf, daß 1891 auf Betreiben des imperialistischen Vordenkers Cecil Rhodes eine geheime Vereinigung einflußreicher Persönlichkeiten in Großbritannien und den Vereinigten Staaten entstand, die einen engen Zusammenschluß der beiden Mächte und damit die angelsächsische Dominanz in der Welt anstrebte.

Die Mitglieder dieses Netzwerkes - von den Autoren "die geheime Elite" genannt - hatten entscheidenden Einfluß auf die britische Außenpolitik, zumal seit dem Amtsantritt von Edward Grey, einem führenden Mitglied des Kreises, als Außenminister Ende 1905.

Auch in Paris und Sankt Petersburg wirkten sie tatkräftig für ihre Zielsetzung. Den raschen wirtschaftlichen Aufstieg des Deutschen Reiches sahen sie mit großem Unbehagen. Sie wollten Deutschland möglichst schwächen, auch durch Anwendung von Gewalt. Dazu brauchten sie einen kontinentalen Partner und fanden ihn 1904 in Frankreich. 1907 kam Rußland hinzu. Schon in der ersten Marokkokrise 1905/1906 dachten die führenden Persönlichkeiten des Netzwerkes an Krieg gegen das Deutsche Reich, während Deutschland zur Verständigung bereit war und dafür die Unterstützung des amerikanischen Präsidenten fand.

Es kam zu einer engen Zusammenarbeit zwischen dem britischen und dem französischen Generalstab, in die auch Belgien einbezogen wurde. Sie dauerte auch nach der Überwindung der Krise an. Während der zweiten Marokkokrise 1911 wollte die "geheime Elite" wiederum den Krieg. Der Leiter der Operationsabteilung im britischen Kriegsministerium reiste nach Paris und erarbeitete dort mit einem französischen General einen Feldzugsplan, dem zufolge ein britisches Expeditionskorps in Stärke von 150.000 Mann in Frankreich eingesetzt werden sollte. Darüber wurde am 23. August im Committee of Imperial Defence gesprochen.

Doppelspiel vor dem Unterhaus im Juli 1914

Als im November Informationen über diese Sitzung durchsickerten, gab es eine erregte Debatte im britischen Kabinett. Sie endete mit dem Beschluß, daß es keine Absprache des Generalstabs mit fremden Generalstäben geben dürfe. Daran hielt sich das Kriegsministerium in der Folge aber nicht, nur agierten die Männer des Netzwerkes fortan noch mehr im Verborgenen. Die beiden Autoren liefern viele Belege dafür, daß die "geheime Elite" auf einen Krieg mit Deutschland hinarbeitete.

Die irische Frage bot eine Möglichkeit, die britische Öffentlichkeit für den Krieg zu gewinnen. Mit in Deutschland gekauften und heimlich nach Irland gebrachten Waffen rüstete die "geheime Elite" dort Katholiken und Protestanten gegeneinander auf. Bei Bedarf konnte man sagen, das sei das Werk der Deutschen gewesen.

In der Julikrise 1914 war Grey von Anfang an zur Teilnahme Großbritanniens am großen Krieg entschlossen, konnte das aber selbstverständlich nicht offen sagen. Er tat so, als suche er Lösungsmöglichkeiten. Dem deutschen Botschafter sagte er wahrheitswidrig, Großbritannien sei keinerlei Verpflichtungen für den Fall eines europäischen Krieges eingegangen, in Sankt Petersburg dagegen ließ er sein völliges Einverständnis mit dem russischen Vorgehen aussprechen und mahnte nicht zur Zurückhaltung. Seinen Kabinettskollegen und den Abgeordneten des Unterhauses verschwieg er seine wahren Absichten.

Am 3. August erklärte er im Unterhaus, er und das Foreign Office hätten alles zur Erhaltung des Friedens getan, und unterstrich die Bedeutung der belgischen Neutralität. Sehr viel ausführlicher äußerte er sich sodann zur irischen Frage. Eine Aussprache über seine Rede ließ er abwürgen, zu einer Abstimmung kam es nicht - er wußte, daß zahlreiche Abgeordnete anders dachten als er. Docherty und MacGregor nennen sein Verhalten in der Krise doppelzünftig und undemokratisch. Reichskanzler Bethmann Hollweg bescheinigen sie, der einzige europäische Spitzenpolitiker gewesen zu sein, der den Krieg zu verhindern versuchte.

Den Einfluß der "geheimen Elite" auf die Politik Rußlands und Frankreichs veranschlagen die beiden Autoren zu hoch. Die von Sankt Petersburg getriebene Balkanpolitik, die den Krieg

auslöste, war ein ganz eigenständiges russisches Konzept, und für die Frontstellung vieler französischer Spitzenpolitiker gegenüber Deutschland bedurfte es ebensowenig einer Ermunterung aus London. Der Wert der sehr aufschlußreichen Studie von Docherty und MacGregor liegt in dem Nachweis, daß der Anteil Großbritanniens am Ausbruch des Ersten Weltkriegs sehr viel größer war, als gemeinhin angenommen wird. Es wäre zu begrüßen, wenn sich ein Verlag fände, der das Werk in deutscher Sprache vorlegte.

Prof. Dr. Hans Fenske lehrte Neuere und Neueste Geschichte an der Albert-Ludwigs-Universität in Freiburg im Breisgau. Im Herbst 2013 erschien im Münchner Olzog Verlag sein Buch "Der Anfang vom Ende des alten Europa. Die alliierte Verweigerung von Friedensgesprächen 1914-1919".

Gerry Docherty, Jim MacGregor: Hidden History. The Secret Origins of the First World War. Mainstream Publishing Company, Edinburgh 2013 ... <<

Das Europäische Institut für Klima & Energie (EIKE) berichtete am 26. Mai 2014 über den IPCC-Weltklimarat - <https://www.eike-klima-energie.eu/2014/05/26/wer-oder-was-ist-eigentlich-der-welt-klimarat-ipcc-und-was-tut-er/> -: >>**Wer oder was ist eigentlich der "WELTKLIMARAT" (IPCC) und was tut er?**

von C. O. Weiss

Der Weltklimarat (IPCC) wird der Öffentlichkeit als ein Gremium von Wissenschaftlern dargestellt, welches, streng sachlich, die wissenschaftlichen Ergebnisse der Klimaforschung sichtet und diese in unregelmäßigen Abständen in umfangreichen Berichten zusammenfassend darstellt. ...

Der Öffentlichkeit unter den Teppich gekehrt wird stets, daß der IPCC keineswegs ein Gremium von Wissenschaftlern ist. Tatsächlich gehören ihm 195 Vertreter der Regierungen aller Länder an und üben Einfluß aus.

... Dabei kämpfen natürlich die Politikvertreter darum, genehme Sachverhalte zu betonen. Selbst wenn sie durch den wissenschaftlichen Teil nicht gedeckt sind. So wird z.B. im diesjährigen Bericht festgestellt, mit 95 %-iger Wahrscheinlichkeit sei die Erderwärmung der letzten 100 Jahre menschengemacht.

Diese Feststellung beruht nicht auf Ergebnissen des Hauptteils sondern auf einer "Befragung". Wer befragt wurde, wurde nicht mitgeteilt, und unbequeme Ergebnisse möglichst zu verschweigen. So geschehen beim diesjährigen Bericht AR5:

Bei der Formulierung des "summary" kämpfte beispielsweise die deutsche Regierungsvertreterin, die Wissenschaftsministerin, darum, den Stillstand der Erderwärmung der letzten 15 Jahre (trotz starken Anstiegs der CO₂ Konzentration in der Atmosphäre) zu verschweigen. Mit der Begründung, sonst würde die sogenannte "Energiewende" in Deutschland gefährdet.

Eine breite Zustimmung der Regierungsvertreter zu Katastrophenszenarien, vor allem der kleineren Länder mit wenig Industrie, wird erreicht durch Gelder aus dem "Hilfsfond für Anpassung an den Klimawandel".

Je dramatischer die negativen Aussichten beschrieben werden, desto höher die Zahlungen des Hilfsfonds an die entsprechenden Länder. Kurz gesagt wirken daher die Hilfsfondgelder als Bestechung der Regierungsvertreter. ...

Für den jetzigen IPCC Bericht AR5 wählten die IPCC Wissenschaftler aus 28.000 Publikationen etwa 11.000 zur Auswertung aus. Es versteht sich, daß diejenigen Arbeiten, welche, veröffentlicht, klar und unwidersprochen belegen, daß CO₂ das Erdklima höchstens in vernachlässigbarem Maße beeinflusst, oder daß die Modelle, die eine Erderwärmung durch CO₂ beweisen sollen, bei allen Tests durchfielen, keine Erwähnung finden. (Beispiele solcher Arbeiten sind unten zitiert).

Das ist auch konsequent, denn anders als der Öffentlichkeit dargestellt, hat der IPCC keineswegs die Aufgabe zu prüfen ob CO₂ einen Einfluß auf das Erdklima hat, sondern "das Drohen

einer menschengemachten Klimakatastrophe nachzuweisen". Eine klare politische Vorgabe, jenseits jeder Wissenschaftlichkeit, mit welcher der IPCC praktisch eine Propagandaorganisation ist. ...

Wie kommt es nun, daß eine derartige merkwürdig konstruierte Institution existiert, und zu wessen Interesse wurde sie geschaffen?

Dazu der Bericht eines Mannes (Hartmut Bachmann), der zur Zeit der Gründung des Weltklimarates anwesend war.

Wir befinden uns im Jahre 1986. Die USA werden regiert von Ronald Reagan. Ein bekannter und wichtiger Abgeordneter im Repräsentantenhaus ist Al Gore (AG). Er vertritt den Bundesstaat Tennessee. AG verfügte über außerordentliche Beziehungen zu Wirtschaft und Finanzen. Sonst wäre er auch nicht Senator der USA geworden. Seine Zukunft (zum Geldmachen) sah er in aktiver Beteiligung am modernen Umweltschutz.

Am 11. August 1986 schickte Rudolf Augstein (RA) sein international bekanntes Magazin DER SPIEGEL auf die Weltreise. Titelbild und Bericht über den Untergang des Kölner Doms im Nordseewasser beinhalteten den Schocker über die anstehende "Klimakatastrophe". Am 11. September 1986 telefonierte ich mit RA. Das Gespräch beinhaltete: Ich: "Was hast Du Dir denn dabei gedacht?" Augstein: "Aufwecken, munter machen." Ich: "Und Angst machen". Augstein: "Ohne Angst der Massen, keine Bewegung der Massen."

Gores Bestrebungen gingen dahin, ein politisches Instrument zu schaffen, um mehr staatlich unterfütterten Einfluß zur Bekämpfung der fiktiven Klimakatastrophe zu erlangen. Ein solches Arrangement sollte über seine Beziehungen ein Instrument werden, das ihm Einkommen entsprechender Größenordnung für lange Zeit gewährt. Dazu mußte das Thema Umwelt-Klimanationalisiert werden. ...

Als Ergebnis des Hearings wird von der Regierung angeordnet, die derzeitigen und künftigen Forschungsergebnisse zum Klima bei UNEP zu konzentrieren.

UNEP ist der Umweltarm der UNO und wurde damals von den Rockefeller und ihrem Intimus Maurice Strong, der wiederum bestens befreundet mit Al Gore war und meines Wissens noch heute Vorstand der Rockefeller Stiftung ist (welche Umweltorganisationen wie Greenpeace oder Club of Rome in breitem Maße finanziert), geleitet. Es wird beschlossen, eine seitwärts der UNEP agierende neue Organisation, das spätere IPCC, zu schaffen. Die Organisation erhält, von Al Gore und Maurice Strong erarbeitet, zwei politische Aufgaben:

Festzustellen, daß die Erde einer Klimakatastrophe entgegenggeht und, daß die Klimakatastrophe Mensch-gemacht ist. ...

Da der letzte (1997) fertige und unterzeichnete Weltklimabericht vom IPCC eine Reihe von Hinweisen darauf enthielt, daß Passagen, die ausdrücklich einen vom Menschen verursachten Klimawandel verneint hätten, wurden diese Kapitel von Ben Santer entfernt. Der somit im Sinne der Klimahierarchie des IPCC und der Länder gefälschte Weltklimabericht, ging damit als letzter Zustandsbericht des IPCC den Delegationen der Industrienationen, anlässlich der Weltklimakonferenz in Kyoto im Dezember 1997, zu.

Da dieser Bericht gefälscht und somit keine Unterschriften hatte, ordnete Alcamo aus Kassel per e-mail an seine Abgeordneten in Kyoto das Folgende an: "The media is going to say "1.000 scientists signed" or "150 signed". No one is going to check if it is 600 with PhDs versus 2000 without. They will mention the prominent ones, but that is a different story. Conclusion - Forget the screening, forget asking them about their last publication (most will ignore you.) Get those names!"

So wurden die Unterschriften von 100en von Menschen erbeten und verwendet, die gerade erreichbar waren. Tellerwäscher aus den Nachbarlokalen, Schuhputzer von nebenan etc. Publiziert wurde dies natürlich nicht; genau wie das Desaster mit den Entdeckungen der Fälschungen für den Hockeystick, die Dokumentierung des Inhaltes von über 1.000 e-mails des

CRU, voll von Klimadatenfälschungen.

Überall, wo man bei der Kombination von Klima und CO2 hinfäßt, Lüge und Betrug. Und alles wird vertuscht. Unter den Tisch. In Gemeinsamkeit beider Institutionen, Medien und Wissenschaft. Wie sagte Popper vor langer Zeit?: Sei ein Experte in Deinem Fach. Dann werden die anderen Dich schützen. Du mußt sie dann natürlich auch schützen.

Übrigens: Al Gore wurde der erste Karbon-Milliardär. Von jedem CO2-Zertifikat bekam und bekommt er über den Emissionsrechtehandel seine Provision. Bei jeder Bewegung, egal ob vor oder zurück, muß auf Umwegen mit dem Nobelpreisträger abgerechnet werden. Clever, nicht wahr? Klima - CO2?

Um was geht es? Nur um gigantische Geschäfte. Was meinen Sie, wann und von wem es arrangiert und speditiert wurde, daß Griechenland in die EU kam und den EURO nutzen durfte? Wenn Sie erfolgreich schnüffeln, kommen Sie zu den gleichen Figuren, die das IPCC, die UNEP, die Öl- und Baumwoll- und Kupferpreise etc. kontrollieren. ...

Weswegen 40.000 oder mehr häßliche Windmühlen? Schleswig-Holstein, Land der Horizonte. Weswegen eine wirtschaftlich total abwegige (und in gigantischem Maße Energie vergeudende) Solarnutzung? Geld, Geld, Geld.

Sir Nikolas Stern, früherer Chefvolkswirt bei der Weltbank und Mitaufbereiter von Geschäften ums Klima + CO2, deswegen auch von der Britischen Königin geadelt, forderte 2006 noch 5 Billionen € Subventionen (des Bürgers) zur Reparatur des Klimas.

Connie Hedegaard, Klimakommissarin der EU, erhöhte vor wenigen Monaten auf 11 Billionen. Man sieht: Das Geschäft funktioniert. Am besten in Deutschland, denn: Kein Volk der Welt teilt die künstlich inszenierte CO2-Angst so, wie der Michel.

Wenn die Bearbeitung der Bevölkerung zur Akzeptanz eines Diktums komplett in der Hand des Staates liegt, muß in jedem Gehirn die Alarmglocke klingeln.

Erstens deswegen, weil ein Staat, dessen hierarchische Strukturen das Gemeinwesen dermaßen verschuldeten, wie geschehen, zum Überleben dieser Strukturen in praxi jeden Euro benötigt, der sich auftreiben läßt.

Zweitens, weil in einer solchen Situation - zum Geldkassieren - gelogen wird, daß sich die Balken biegen. Das Instrument, das generell allen verschuldeten sogenannten entwickelten Staaten, via UNO - UNEP - IPCC - Abkommen von Kyoto - überreicht wurde, nennt sich "Bekämpfung von AGW = Menschgemachte Klimaerwärmung.

(Bericht von H. Bachmann - Details in: "Die Lüge der Klimakatastrophe - und wie der Staat uns damit ausbeutet") ...<<

Die deutsche Vierteljahreszeitschrift "Lunapark21" berichtete am 20. September 2014 im Heft 27 (x1.155): >>**Die zunehmende Unfähigkeit des Imperialismus, von ihm angezettelte Kriege zu gewinnen**

Thomas Kuczynski

Nach dem im Kalten Krieg errungenen "vorläufigen Endsieg" des Kapitalismus (Georg Fülberth) schien die Welt wieder in Ordnung, weil der staatlich etablierte Sozialismus in Osteuropa wie ein Kartenhaus in sich zusammengefallen war. Solche "Einzelfälle" wie China, Kuba und Nordkorea konnten diesen Gesamteindruck kaum trüben, denn die Wiederherstellung des Kapitalismus in Osteuropa bescherte den ausländischen Investoren und einigen ihrer inländischen "Kollegen" märchenhafte Profite.

Die von der NATO und insbesondere den USA angeheizten Kriege der 1990er Jahre im zerfallenden Jugoslawien und im Nahen Osten sollten einerseits der politischen Komplettierung und Stabilisierung der alt-neuen Ordnung in Europa dienen, andererseits der ökonomischen Sicherstellung der Erdölversorgung des Westens durch den Nahen Osten.

Auch das erste Aufkommen sogenannter failed states (gescheiterter Staaten), beginnend nach dem Sturz von Siad Barre 1991 in Somalia und gefolgt von einigen weiteren schwarzafrikani-

schen Staaten, schien kein Anlaß zu größerer Beunruhigung zu sein, sondern lediglich eine Folge der neuen Ordnung, in der der Osten keine Möglichkeit und der Westen daher keine Notwendigkeit mehr sah, die dort bislang Regierenden weiter zu stützen - ein weiterer "Kollateralschaden" des zu Ende gegangenen Kalten Krieges.

Mit "Nine Eleven" aber wurden die Herrscher dieser Welt aus ihren schönsten Blütenträumen gerissen, und zwar wurden sie nicht nur in kürzest möglicher Frist, von einem Augenblick zum andern, auf den harten Boden der Realität zurückgeschleudert, sondern längerfristig auch und vor allem mit Problemen konfrontiert, von denen sie geglaubt hatten, daß sie sie mit dem schmerzhaften Prozeß der Entkolonialisierung und dem gewonnenen Kalten Krieg schon längst hinter sich gelassen hätten.

Die selbstgewisse Arroganz, mit der US-amerikanische Militärs auf Hinweise hinsichtlich der von Briten (im 19. Jh.) und Sowjets (im 20. Jh.) in Afghanistan gemachten schlechten Erfahrungen reagierten, war die von "Siegern der Geschichte", die den Hals nicht voll genug bekommen können, und von denen der Volksmund sagt: Hochmut kommt vor dem Fall. Auch konnten Bush & Co. die in New York zusammengefallenen Twin Towers als Symbol für einen Aggressionsakt gegenüber der nationalen Souveränität der USA hinstellen, den Bündnisfall ausrufen und so ihre Verbündeten weltweit an die Kandare nehmen.

Zehn Jahre später, im Oktober 2011, meinte Harald Kujat, der frühere Bundeswehr-Generalinspekteur, Afghanistan sei nicht stabilisiert, und nach dem für Ende 2014 geplanten Abzug der ausländischen Truppen würden die Taliban "binnen weniger Monate" wieder an die Macht kommen. Auch Militärs sind zuweilen lernfähig, leider zumeist erst nach ihrer Pensionierung...

Die Beispiele Irak, Libyen und Syrien

Der von Bush & Co. ausgerufene "Krieg gegen den (islamistischen) Terrorismus" fand seine Fortsetzung zunächst im Krieg gegen den Irak, der von den USA und Großbritannien mit der verlogenen Begründung geführt wurde, daß Bagdad über einsatzbereite Massenvernichtungswaffen verfügt. Einige NATO-Mitgliedsstaaten, insbesondere Frankreich und Deutschland, verweigerten allerdings ihre aktive Mitwirkung an diesem Unternehmen und entsandten keine Soldaten. Der Aggressionskrieg bewirkte zwar die Absetzung und Ermordung des bis dahin im Irak herrschenden Saddam Hussein, aber mitnichten eine wirkliche Befriedung des Landes mit Hilfe von den Aggressoren genehmen Vasallen.

Nachdem dann auch noch von hochrangigen Vertretern der Bush-Administration zugegeben werden mußte, daß die angebliche Existenz von Massenvernichtungswaffen von ihnen selbst zur Rechtfertigung ihrer Aggression erfunden worden war, zogen sich die Aggressoren aus dem geschundenen Land zurück, das sich allmählich in einen failed state in dem Sinne verwandelte, das es nicht mehr regierbar ist.

Vor Ausbruch des vom Westen geschürten Bürgerkriegs in Syrien jedoch bestand der Irak als "Staatsgebilde" unter der damaligen Regierung Maliki zwar aus drei faktisch autonom regierten Gebieten (der Sunniten, der Schiiten und der Kurden) sowie der stets umkämpft gebliebenen Hauptstadt Bagdad, aber die Gebiete selbst schienen in sich relativ stabil.

In Libyen, das sich unter der Herrschaft von Gaddafi zum (gemessen am Human Development Index der UNO) höchstentwickelten Staat auf dem afrikanischen Kontinent entwickelt hatte, hat der von einigen NATO-Staaten, insbesondere von den USA und Frankreich, durch Militäreinsätze geschürte Bürgerkrieg zu einem weitgehenden Zusammenbruch des Staats- und Rechtssystems geführt, also einen weiteren failed state hervorgebracht, in dem sich marodierende Banden rivalisierender Warlords bekämpfen.

Dann kam Syrien an die Reihe. Auch das Regime des syrischen Präsidenten Baschar al-Assad, seit 2000 Nachfolger seines Vaters Hafiz, sollte auf dem Wege eines Bürgerkriegs beseitigt werden, was bis heute allerdings nicht gelungen ist; statt dessen hat sich ein Teil der von den

USA militärisch unterstützten "Befreiungsbewegung" zur Bewegung IS (Islamischer Staat) verselbständigt, ist in den Irak einmarschiert und bedroht Teile des Libanons. Damit jedoch hat sich die Situation für alle Beteiligten dramatisch verschlechtert, denn die angestrebte territoriale Expansion könnte die gesamte Region vollständig destabilisieren:

Zunächst unter dem Namen ISIL auftretend (Islamischer Staat im Irak und in der Levante) - auch ISIS (Islamischer Staat im Irak und Groß-Syrien) genannt -, nun, geradezu größenswahnhaft, als IS agierend, der im Extremfall von Westafrika (Nigeria) bis Südostasien (Indonesien und Philippinen) reichen würde.

Die Situation erinnert somit fatal an die von den USA und insbesondere der CIA forcierte Entstehung von al-Qaida unter der Führung von Bin Laden und deren anschließende Verselbständigung gegenüber ihren Schöpfern. Kein Wunder, daß die einst lautstarke mediale Unterstützung der gegen Assad gerichteten "Befreiungsbewegung" inzwischen ziemlich kleinlaut geworden ist, und die USA die Truppen der IS nun aus der Luft angreifen.

In den drei Fällen Irak, Libyen und Syrien handelte es sich nicht um organisch entstandene Nationalstaaten, sondern um künstliche Staatsgebilde, die mit der Schwächung und dem schließlichen Untergang des Osmanischen Reiches kreierte worden waren (Libyen war zudem kurzzeitig italienische Kolonie).

Überdies herrschten in allen drei Ländern später "alteingesessene", noch zu Zeiten des Kalten Krieges auf dem Wege politischer Revolutionen an die Macht gelangte Diktatoren, die zwar nicht unbedingt für eine prosovjetsche, aber doch für eine mehr oder minder antiamerikanische Politik standen, während solche reaktionären und mindestens ebenso diktatorisch regierten, aber stets antisowjetisch und proamerikanisch agierenden Länder wie Saudi-Arabien und Marokko von USA und NATO nie als Zielscheibe militärischer Invasion ins Visier genommen wurden (so viel zum Demokratieverständnis dieser "Demokraten").

Aus dieser außenpolitischen Konstellation erklärt sich, daß es den Aggressoren nie gelang, für ihr militärisches Eingreifen im Nahen Osten ein UNO-Mandat zu erringen, stets scheiterten sie im Sicherheitsrat am Veto von Rußland und China.

Die antirussische Komponente war stets ein inhärenter Bestandteil der NATO-Strategie seit 1990 und kam schon in den den Zerfall Jugoslawiens begleitenden Kriegen voll zum Tragen, insbesondere in dem Angriffskrieg gegen Serbien und der Unterstützung der kosovarischen Unabhängigkeitsbewegung, ebenso in der Aufnahme aller früher zum Warschauer Pakt gehörigen Länder (außerhalb der UdSSR) sowie der baltischen Staaten in die NATO.

Die russischen Präsidenten Jelzin und Putin waren Realpolitiker genug zu wissen, daß sie der Russophobie in diesen Ländern, deren Wurzeln teilweise bis ins 18. Jahrhundert zurückreichten, und deren "Drang zum Westen" nichts entgegensetzen konnten, denn beides war vor allem das Resultat früher betriebener "Nationalitätenpolitik" und als solches hinzunehmen.

Neue Zuspitzung im "Grenzland"

Ganz anders liegen die Dinge bei der Ukraine (zu deutsch: Grenzland oder Mark), ein Gebiet, um das über Jahrhunderte hinweg Polen, Slowaken, Ungarn und Russen stritten, das bis 1917 zumeist unter dem Namen Kleinrußland firmierte (zur Unterscheidung von Großrußland sowie Weißrußland, dem heutigen Belarus) und damals zwischen Österreich-Ungarn und dem Zarenreich aufgeteilt war, das in der Tat erst zu Sowjetzeiten seine heute gängige politische Bezeichnung sowie seine heutige territoriale Ausdehnung erhielt.

Statt nun diesem Grenzland eine Scharnierfunktion zwischen der EU und Rußland zuzubilligen, meinten die dafür zuständigen Politiker in den USA und der EU, ihre Einkreisungspolitik gegenüber Rußland forcieren zu müssen, indem sie die gegen den rechtmäßig gewählten Präsidenten Janukowitsch agierenden Kräfte auf dem Maidan unterstützten und die innenpolitische Lage in der Ukraine destabilisierten.

Im erst daraufhin ausgebrochenen Bürgerkrieg weiß sich der neue Präsident Poroschenko keinen anderen Rat, als den Westen um Waffenlieferungen gegen eine angebliche russische Invasion zu bitten, was eine unerhörte Zuspitzung der politischen Lage in Europa zur Folge hätte. Die treibende Kraft hinter dieser Entwicklung ist zum wiederholten Male die US-Regierung, die Rußland als zwar zweitrangige, aber ihren Weltherrschaftsplänen ungemein hinderliche "Supermacht" betrachtet.

Die militärische Einbindung fast ganz Europas in die von den USA dominierte NATO reicht ihr allerdings nicht. Hinzutreten soll die ökonomische, die über das TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership) erreicht werden soll.

Das TTIP ist von Hillary Clinton nicht zu Unrecht als "ökonomische NATO" bezeichnet worden und soll dem Großkapital - vor allem dem US-amerikanischen - endlich ermöglichen, in Europa gegebenenfalls sämtliche staatliche Souveränitäten auf ökonomischem Gebiet zu beseitigen und vollkommen selbstherrlich zu agieren.

Die USA, von Europa und Rußland durch zwei Weltmeere getrennt, fühlen sich da sehr sicher. Daß ihre Hauptstadt Washington 1814 im Britisch-amerikanischen Krieg in Flammen aufging, dies Ereignis liegt für sie offenbar schon zu weit zurück. Deshalb sollten EU-Politiker schon aus Selbstschutz ein Stoppschild setzen und daran erinnern, daß militärische Angriffe auf Rußland zumeist in der Hauptstadt des Angreifers endeten - nicht nur 1814 wurden die französischen Invasoren von russischen Soldaten bis nach Paris zurückgeschlagen, sondern auch 1945 die deutschen bis nach Berlin.

Gar nicht zu reden von den grauenvollen Folgen eines Atomkriegs oder auch der Bombardierung von Atomkraftwerken in einem mit konventionellen Waffen geführten Krieg. In beiden Fällen würden, um den bedeutenden linksliberalen (und nie mit einem Nobelpreis gewürdigten) US-Ökonomen John Kenneth Galbraith (1908-2006) zu zitieren, die Überlebenden die Toten beneiden.

Angesichts dieser Situation kommt es mehr denn je darauf an, daß sich die bislang zerstrittenen Friedensbewegungen zu gemeinsamer Aktion zusammenfinden. Es geht in der Tat nicht mehr nur um failed states, sondern um die Gefahr einer failed world, also um das Überleben der Menschheit. ...<<

Die deutsche Vierteljahreszeitschrift "Lunapark21" berichtete am 20. September 2014 im Heft 27 (x1.156): >>**Berlin im Kielwasser von Washington**

"Handelsblatt" warnt vor Kriegsgefahr

In der Wochenendausgabe vom 8./9./ 10. August 2014 der führenden deutschen Wirtschafts-Tageszeitung Handelsblatt erschienen auf acht Seiten Beiträge, in denen vor der Gefahr gewarnt wurde, die Ukraine-Krise könne in einen großen Krieg münden. Unter anderem argumentierte so in einem Interview Egon Bahr, ehemals Weggenosse von Willy Brandt. Auf die Frage: "Kann man ausschließen, daß in Europa jemals wieder Krieg geführt wird?" antwortete Bahr: "Leider nicht zweifelsfrei".

Für den ehemaligen sozialdemokratischen Außenpolitiker ist die Kriegsgefahr dabei nicht allein Resultat der Ukraine-Krise, sondern Ergebnis des systematischen Vorrückens der Nato an die russischen Grenzen. Bahr: "In seiner Rede auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2007 hat Putin gewarnt, wenn die Ausweitung der Nato so weitergehe, werde das einen tiefen Vertrauensverlust zur Folge haben. Das war klar als Warnung analysierbar."

Vor allem aber gab es auf diesen Seiten einen vierseitigen Artikel des Handelsblatt-Chefredakteurs Gabor Steingart mit der Überschrift "Der Irrweg des Westens". Dieser Artikel steht auf der Website dieses Blattes auch in englischer und russischer (!) Sprache. Wenn das kein grelles Signal ist! Es unterstreicht nochmals: In deutschen Kapitalkreisen gibt es durchaus auch Kritik am Konfrontationskurs, wie er seitens der offiziellen Politik in Washington, Brüs-

sel und Berlin betrieben wird. Dieser Kritik liegt kein Pazifismus zugrunde. Die materielle Basis dieser Kritik lautet: Der US-Kurs widerspricht den deutschen Exportinteressen.

Allerdings wird auch "rein politisch" argumentiert. Steingart vergleicht die aktuelle Lage mit derjenigen vor dem I. Weltkrieg, als bürgerliche Prominente wie Max Weber und Thomas Mann den Kriegseintritt bejubelten. Der Handelsblatt-Chefredakteur prangert die heutige blinde Pro-Kriegs-Haltung der deutschen Medien an ("Das Meinungsspektrum wurde auf Schießschartengröße verengt").

Steingart über die US-Politik: "Alle Konflikte werden durch Washington hochgekocht. Aus dem Angriff der Terrorgruppe al-Quaida wird ein globaler Feldzug gegen den Islam. Unter fadenscheinigen Gründen bombardiert man den Irak, bevor die US-Luftwaffe in Richtung Afghanistan und Pakistan weiterfliegt.

Das Verhältnis zur islamischen Welt darf als zerrüttet gelten. Hätte der Westen die damalige US-Regierung, die ohne Beschluß der UNO und ohne Beweise für das Vorhandensein von Massenvernichtungswaffen im Irak einmarschierte, nach den gleichen Wertmaßstäben beurteilt wie heute Putin, wäre George W. Bush unverzüglich mit Einreiseverbot in die EU belegt worden.

Die Auslandsinvestments von Warren Buffet hätte man einfrieren, den Export von Fahrzeugen der Marken GM, Ford und Chrysler untersagen müssen. Die amerikanische Neigung zur ... Eskalation hat sich nicht bewährt. Die letzte erfolgreiche militärische Großaktion, die Amerika durchgeführt hat, war die Landung in der Normandie. Alles andere - Korea, Vietnam, Irak und Afghanistan - ging gründlich daneben."

Das mag sich wie "großbürgerlicher Antiamerikanismus" anhören. Dabei verweist Gabor Steingart durchaus auch auf die kriminelle Tradition der deutschen Kriegs-Außenpolitik: "Zweimal hat Deutschland in den vergangenen 100 Jahren gegen den östlichen Nachbarn Krieg geführt". Dabei habe sich in Deutschland eine Friedenshaltung oft erst nach fürchterlichen Niederlagen eingestellt: "Den Umweg über die Schlachtfelder sollten wir im 21. Jahrhundert vermeiden. Geschichte muß sich nicht wiederholen. Vielleicht läßt sie sich dieses Mal abkürzen."

Man darf gespannt sein, wie lange der Mann noch an der Spitze dieser Zeitung steht bzw. wann die maßgeblichen Anzeigenkunden dort Aufträge abziehen. Denn die Mehrheitsposition in den deutschen Kapitalkreisen ist spätestens seit dem Abschluß des malaysischen Passagierflugzeugs eine andere. Versteckt hinter der Formel "Es gilt das Primat der Politik" wird inzwischen überwiegend der Konfrontationskurs, wie er von Washington vorgegeben wird, unterstützt.<<

Die Online-Zeitung "Newstopaktuell.wordpress.com" berichtete am 14. Oktober 2014 (x1.163): >>**Die Rede die John F. Kennedy das Leben kostete**

Wer uns kennt, weiß sicher, daß wir Politikriminelle gern als das bezeichnen was sie sind: als Schwerverbrecher oder Schwerekriminelle. Nun kann man sich die Frage stellen: War das eigentlich immer so, daß alle Politiker Schwerverbrecher sind, bzw. waren???

Diese Frage können wir leider auf keinen Fall, mit Beweisen unterlegt, schlüssig beantworten. Es gab jedoch mal einen Politiker, der den Anschein erweckte, daß es auch mal einigermäßen ehrliche Politiker gab (zumindest einen).

Wir schreiben heute über keinen geringeren als John Fitzgerald Kennedy, der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika war.

John F. Kennedy war zumindest der letzte Politiker, der sich gegen Volksverrat zur Wehr setzte.

In einer Rede ließ er das im Grunde nur "durch die Blume" erkennen. Allein das kostete ihn bereits sein Leben - oder war es womöglich doch etwas mehr, was John F. das Leben kostete?

Hören Sie nun zunächst die von uns beschriebene Rede des John F. Kennedy aus dem Jahre 1963:

Kaum bekannt ist, daß er am 4. Juni 1963 Executive Order No. 11110 unterschrieben hat. Eine Verordnung, die es der US-Regierung ermöglichte, eigenes, silbergedecktes Geld - die United States Note - herauszugeben, anstatt Zinsen für Federal Reserve Notes zu bezahlen.

Hochkriminelles verzinste Geldsystem

Genau das war das endgültige Todesurteil für John Fitzgerald Kennedy.

Nach offiziellen Angaben wurde Kennedy am 22. November 1963 "durch die Kugel eines geistig verwirrten Einzeltäters getötet".

Daß dem nicht so war, sondern daß Kennedy gezielt per Auftragsmord beseitigt wurde, steht heute völlig außer jeder Frage.

Wer die Auftragsmörder waren, steht heute ebenso außer jedweder Fragestellung. Siehe: Die schlimmsten Schwerverbrecher der Welt

Unter diesen schlimmsten Schwerverbrechern, die die Menschen dieser Welt jemals gesehen haben, werden Sie die Auftragsmörder finden, die für den Mord an John F. Kennedy verantwortlich sind.

Kennedys Stellvertreter und Nachfolger, Lyndon B. Johnson, hat in seiner ersten Amtshandlung Executive Order No. 11110 ausgesetzt.

Das Staatsgeld wurde umgehend aus dem Verkehr gezogen, und seither hat sich kein US-Präsident mehr in die Machenschaften der hochkriminellen Fed (Federal Reserve) eingemischt.

Nicht nur in den USA gab es schon vergeblichen Widerstand gegen die internationale Plutokratie.

Auch manch ein souveräner Staat, der sich dem globalen Schuldgeldsystem nicht unterordnen, sondern lieber sein eigenes Finanz- und Wirtschaftssystem verwirklichen wollte, ist heute Geschichte - zerstört und mit einer Marionettenregierung versehen "mit Hilfe" der Verbrecherregierungen der USA, die als Handlanger der internationalen Hochfinanz das herrschende, hochkriminelle verzinste und zinseszinsverzinste Geldsystem, bereits vielen Staaten gewaltsam aufgezwungen haben.

Die jungen, dummen, dafür mißbrauchten Soldaten dürften nicht geahnt haben, welchen Mächten, also welchen Schwerverbrechern sie da tatsächlich dienen.

Wir haben da im Übrigen noch eine Bitte an unsere geschätzten Leserinnen und Leser:

Aus dem Radio, im Fernsehen, in Zeitungen, also aus und in den Lügenmedien hört und liest man so oft: "die Amerikaner ... die Russen ... die Türken ... die Griechen ... die Deutschen" ... und so weiter.

Gewöhnen Sie sich bitte nicht an, das in Ihren Sprachschatz zu übernehmen, was die Lügenmedien Ihnen zu suggerieren versuchen.

Es sind nicht "die Amerikaner ... die Russen ... die Türken ... die Griechen ... die Deutschen" ... und so weiter, die schlimmste und schwerste Verbrechen begehen. Es sind nicht ganze Bevölkerungen, die das tun.

Es sind immer nur einige wenige Schwerverbrecher aus bereits genannten und andern Ländern, welche Schwerverbrechen begehen. Differenzieren Sie das bitte in Ihrem Kopf, und auch, wenn Sie mit anderen Menschen darüber sprechen.

Verallgemeinerungen sind kein Zufall

Verallgemeinerungen, wie: "die Amerikaner ... die Russen ... die Türken ... die Griechen ... die Deutschen" ... und so weiter, werden mit purer Absicht so verbreitet, denn diese Verallgemeinerungen erzeugen Haß von ganzen Völkern dieser Welt, gegen ganze Völker dieser Welt, obwohl in all diesen Völkern dieser Welt die allermeisten Menschen nett und freundlich sind und noch nie jemanden etwas getan haben.

Merken Sie sich bitte für alle Zeiten: Es sind immer nur einige wenige Schwerekriminelle, die schlimmste und schwerste Verbrechen gegen Bevölkerungen begehen. Ganze Völker würden das niemals tun.

Wir bitten sie daher nochmals inständig, das klar zu differenzieren. Wir bitten Sie darum, daß sie niemals wieder "die Amerikaner ... die Russen ... die Türken ... die Griechen ... die Deutschen" ... und so weiter sagen oder schreiben, wenn es sich um schwerste Verbrechen gegen Bevölkerungen, gegen die Menschen dieser Welt, und gegen die Menschlichkeit dieser Welt handelt. Es sind immer nur einige wenige Schwerverbrecher. Ganze Völker hatten damit noch nie etwas zu tun.

Sollten Sie das künftig beherzigen, dann danken wir Ihnen dafür nicht nur zutiefst, sondern auch dafür, daß sie persönlich, geistig wieder einmal vehement gewachsen sind.

Nur die Lüge braucht die Stütze der Staatsgewalt. Die Wahrheit steht von allein aufrecht.

Was wirklich geschieht, erfährst du nur, wenn du beginnst, dich eigenständig zu bilden. Verstehen heißt, zu ändern was ist.<<

Die "New York Times" berichtete am 17. Oktober 2014 über das "US-Imperium" (x342/10):
>>... "So funktioniert die Welt nicht mehr", fuhr (der hochrangige Berater George W. Bushs) fort. "Wir sind jetzt ein Imperium, und wenn wir einschreiten, erschaffen wir unsere eigene Realität. Und während Sie diese Realität noch analysieren - so umsichtig wie Sie wollen - schreiten wir wieder ein, schaffen andere, neue Realitäten. Die können Sie auch analysieren, und so werden die Dinge laufen.

Wir sind die Akteure der Geschichte ... und Sie, Ihr alle, könnt einfach nur analysieren, was wir tun".<<

Das deutsche Institut "Wissensmanufaktur" berichtete am 18. Oktober 2014 über die Presse und die öffentliche Meinung der Welt (x1.031/...): >>**Die Presse als Instrument der Gehirnwäsche**

Die veröffentlichte Meinung ist ein Produkt wie jedes andere und wird auch ähnlich produziert. Die wichtigen Ereignisse, die den Lauf der Geschichte verändern, werden uns oft vorenthalten, verharmlost, verfälscht oder entstellt vermittelt. Der Frieden ist zu wichtig, um ihn der Politik zu überlassen. Wir alle müssen ihn gemeinsam bewahren.

Tag der Wahrheit

Der folgende Aufsatz fasst die wesentlichen Aussagen des Vortrags zusammen, den Wolfgang Berger am 3. Oktober 2014 beim "Tag der Wahrheit" auf dem Marktplatz in Mainz - am Dom - vor hunderten von Zuhörern gehalten hat.

von *Wolfgang Berger* und *Mathias Funk*

Das Karlsruher Zentrum für Kunst und Medientechnologie (ZKM) zeigte einmal in einer Ausstellung ("Making Things Public"), wie die öffentliche Meinung produziert wird: Ganz ähnlich wie andere Produkte auch. Viele Zahnräder drehten sich miteinander und offenbarten Zusammenhänge und Abhängigkeiten. Letztlich führten sie zu den in der Öffentlichkeit kaum sichtbaren Produzenten: Wenige Familien produzieren die öffentliche Meinung der Welt.

Kaum jemand kann sich ihr entziehen - am wenigsten die Politiker, die darauf angewiesen sind, sie zu berücksichtigen und sie deshalb nach allen Regeln der Kunst ermitteln und erforschen lassen. Die Meinungsforschung gibt deshalb in einer Demokratie die Richtung der Politik vor. Wer sich dieser Wegweisung widersetzt, wird schon von den Medien abgesetzt, denn er hätte keine Chance gewählt oder wiedergewählt zu werden.

Die Presse gestaltet die Meinung der Bevölkerung mit verschiedenen Instrumenten: Verschweigen, Verunglimpfen, Verfälschen und Verharmlosen. Zu jedem dieser Instrumente einige Beispiele:

Passagierflugzeuge als Anschlagziele

Seit 20 Jahren ist die Technik der Fernsteuerung von Flugzeugen ausgereift und einsatzbereit.

Das Flugzeug wird den Piloten praktisch entwendet; sie können seinen Kurs und seine Flugmanöver nicht mehr beeinflussen; wie ein Modellflugzeug wird es von ganz woanders gesteuert.

Im Zusammenhang mit dem Terroranschlag am 11. September 2001 ist die Möglichkeit einer Fernsteuerung der Passagierflugzeuge, die in das World Trade Centre geflogen sein sollen und es zum Einsturz gebracht haben sollen, nicht untersucht worden. Der Finanzjournalist Lars Schall hat eine Reihe wissenschaftlicher Untersuchungen ausgewertet, die zeigen, daß eine dreistellige Zahl von US-Amerikanern ihr Vermögen durch diesen Anschlag innerhalb weniger Tage ver Hundertfachen konnte. Der frühere Leiter der Deutschen Bundesbank Ernst Welteke hat gesagt, daß solche erfolgreichen Spekulationen ohne ein bestimmtes Wissen und ohne Vorinformationen weder geplant noch ausgeführt werden können.

Wenige Tage vor dem Terroranschlag ist bekannt geworden, daß im Pentagon - dem Verteidigungsministerium der USA - 2.300 Milliarden Dollar verschwunden sind. Einige Medien waren dabei, dieses Geheimnis aufzudecken und den möglicherweise größten Finanzskandal aller Zeiten an die Öffentlichkeit zu bringen. Verteidigungsminister Donald Henry Rumsfeld hat am Tag vor den Anschlägen öffentlich zugegeben, daß dieser Betrag "verschwunden" ist.

Nun ist bei dem Anschlag aber zufällig und ausgerechnet die Buchhaltung des Pentagon zerstört worden. Dort - dicht über dem Boden - soll ein Flugzeug hineingeflogen sein und sämtliche Unterlagen zerstört haben. Eine Aufklärung ist jetzt nicht mehr möglich. Abgesehen davon hatten die Medien danach anderes zu berichten.

In der offiziellen Version zum Terroranschlag 9/11 wird erklärt, warum mehrere Flugzeuge innerhalb weniger Stunden unbemerkt in den am besten bewachten Flugraum der Welt eindringen konnten: Es haben Manöver stattgefunden. Alle Bewacher seien abgelenkt gewesen und die Sicherheitssysteme abgestellt, um die Manöver nicht zu stören.

Im Jahre 1962 haben die Stabchefs der US-Streitkräfte die so genannte Operation Northwoods geplant und Präsident John F. Kennedy vorgeschlagen, den Plan auszuführen: Eine mit Amerikanern voll besetzte Linienmaschine sollte vom US-Militär abgeschossen werden. Gefälschte Beweise sollten darauf hinweisen, daß Kuba dieses Verbrechen mit Hilfe der Sowjetunion durchgeführt habe. Die Operation hatte das Ziel, bei der Bevölkerung Verständnis für einen vernichtenden atomaren Schlag gegen die Sowjetunion zu produzieren. Kennedy genehmigte die Operation nicht.

Im Jahre 2006 hat die US-Außenpolitik das Prinzip der "Nuclear Primacy" wieder belebt - der Fähigkeit einen atomaren Erstschat so auszuführen, daß der Gegner zu einer Gegenreaktion nicht mehr in der Lage ist. In der Zeitschrift "Foreign Affairs" - dem Sprachrohr der amerikanischen Außenpolitik - stand am 30. Mai 2014 ein Beitrag, der den Aufbau eines Raketenabwehrsystems auch in der Ukraine fordert, weil so die "Nuclear Primacy" gesichert werden könne.

Malaysias Justiz im Fokus

Im Jahre 2014 sind zwei Passiermaschinen von Typ Boeing der staatlichen Fluglinie Malaysias vom Kurs abgewichen. In beiden Fällen fanden alle Passagiere den Tod. Malaysia erleidet dadurch hohe Verluste, weil kaum noch Flüge mit dieser Gesellschaft gebucht werden. Wäre es eine private Gesellschaft, hätte sie Konkurs anmelden müssen. Warum gerade Malaysia? Malaysia ist der wirtschaftliche erfolgreichste islamische Staat mit dem höchsten Lebensstandard der breiten Bevölkerung.

Der oberste Gerichtshof Malaysias hat George W. Bush und Tony Blair als Kriegsverbrecher verurteilt. Die Regierung bereitet eine Anklage gegen beide beim internationalen Gericht für Menschenrechte in Den Haag vor. Die internationale Kommission zur Verfolgung von Menschenrechten (War Crimes Commission) hat ihren Sitz in Kuala Lumpur, der Hauptstadt Malaysias. Diese Kommission hat Israel der Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Gazastreifen

fen angeklagt.

An Bord von Flug MH 370 der Malaysia Airlines, die am 8. März 2014 von Kuala Lumpur nach Peking fliegen sollte und dort nie angekommen ist, saßen 20 Mitarbeiter der US-Firma Freescale Semiconductor Ltd. Sie alle waren chinesische Softwareentwickler. Vier von ihnen hatten ein Patent entwickelt: Eine 1,9 x 2,0 mm große Drohne - kleiner als eine Fliege, die ferngesteuert wird, aufgrund ihrer Winzigkeit fast überall unbemerkt eindringen und Spionage betreiben kann. Sie kann auch Geräte und Fahrzeuge fernsteuern und Seuchen verbreiten.

Drei Tage nach dem Verschwinden des Flugzeugs ist das Patent eingetragen worden. Patentinhaber sind zu je 20 % die vier Erfinder und die Firma Freescale Semiconductor Ltd. Die firmeninternen Verträge sehen vor, daß beim Tod eines dieser Inhaber seine Rechte an dem Patent zu gleichen Teilen auf die übrigen vier übergehen. Da alle vier Erfinder umgekommen sind, gehört das Patent jetzt der Firma allein.

Diese Firma ist eine Tochtergesellschaft der Blackstone Group L. P., einer New Yorker Investmentgesellschaft, die Beteiligungen von ca. 160 Milliarden Dollar verwaltet. Ihr größter Anteilseigner ist der britische Investmentbanker Baron Nathaniel Charles Jacob Rothschild. Die Gefahr, daß diese hochbegabten Chinesen vielleicht gegenüber ihrem Heimatland noch loyal sind und in Peking die Geheimnisse der Mikrodrohne verraten, ist gebannt. Vielleicht ist damit sogar Chinas Griff nach der Weltmachtrolle aufgeschoben.

Vom Verteidigungs- zum Angriffsbündnis

Manöver während eines Anschlags scheinen eine Konstante zu sein. Im Juli 2014 führt die NATO gemeinsam mit den ukrainischen Streitkräften ein Manöver mit dem schönen Namen "Sea Breeze" durch. Mit der "leichten Brise vom Meer" sollten NATO-Soldaten ukrainischen Kräften Kenntnisse in elektronischer Kriegsführung vermitteln.

Am 17. Juli 2014 haben bewaffnete ukrainische Kräfte den Kontrollturm des Flughafens Kiew gestürmt. Danach ist die Route des Flugs MH 17 der Malaysia Airlines, die das Land auf dem Weg von Amsterdam nach Kuala Lumpur überfliegen wollte, 200 km nach Norden - über das umkämpfte Gebiet in der Ostukraine - umgeleitet worden. Zugleich ist ein Ukrainischer Kampffjet vom Typ SU-25 mit 30 mm Kanonen an Bord im Steigflug aufgestiegen. In dem Augenblick, wo er die Boeing MH 17 erreicht, verschwindet diese vom Radar.

Ein Fluglotse hat das alles über Facebook mitgeteilt. Der Account ist inzwischen gelöscht und der Fluglotse vom Erdboden verschwunden. Ob er mit dieser Bekanntmachung sein Todesurteil gesprochen hat oder ob er untergetaucht ist, um weiter zu leben, wissen wir nicht. Rußland hat die Ukraine aufgefordert, die Flugbewegungen dieses Tages zu veröffentlichen. Die Ukraine kommt dieser Aufforderung nicht nach.

Die fliegende Radarüberwachung der Ukraine durch die NATO aus großer Höhe ist lückenlos. Zudem ist zeitgleich mit der MH 17 der US-Spionagesatellit MASINT über die Ukraine geflogen, der Raketenabschüsse registriert und Flugbahnen zurückverfolgen kann. Noch am Tag des Abschusses des Flugzeugs hat der Westen Rußland beschuldigt, hinter dem Abschluß zu stecken. Rußland hat unmittelbar danach sämtliche verfügbaren Satellitenaufnahmen veröffentlicht. Die USA und die NATO haben für ihre Schuldzuweisungen keinerlei Beweis vorgelegt.

Doch - zwei Beweise gab es:

Satellitenbilder, die eine Raketen-Abschußrampe der Separatisten in der Ostukraine zeigen. Nachdem die genaue Analyse der Aufnahmen Kiewer Militärgerät gezeigt hat, wurden die Aufnahmen als geheim eingestuft und unter Verschuß gehalten.

Ein vom ukrainischen Geheimdienst abgehörtes und mitgeschnittenes Gespräch von Separatisten mit einem russischen Oberst vom 17. Juli 2014. Darin rühmen sich die Separatisten, ein großes westliches Passagierflugzeug abgeschossen zu haben. Westliche IT-Freaks haben nun aber entdeckt, daß dieses Gespräch bereits einen Tag vor dem Flugzeugabsturz online gestellt

war.

Trotzdem erfüllt die Tragödie ihren Zweck: Die USA sind an einer Aggression gegen Rußland interessiert - auch militärisch - und haben die NATO für ihre Ziele instrumentalisiert. Sie haben Sanktionen beschlossen, denen sich die Europäer zunächst nicht anschließen wollten, weil die europäische Industrie wegen der engen Verflechtung mit Rußland darunter leidet. Nach dem Flugzeugabsturz, den unsere Presse mit "Es war Putins Rakete" und der Spiegel mit "Stoppt Putin jetzt" quittiert, trägt Europa die US-Sanktionen solidarisch mit.

Der Flugschreiber ist längst ausgewertet. Die Ergebnisse werden totgeschwiegen und vielleicht erst dann veröffentlicht, wenn sich nur noch Historiker dafür interessieren. Unserer Presse ist das keine Meldung wert. Malaysia beschuldigt die Ukraine des Flugzeugabsturzes und begründet es mit Fakten. Unserer Presse ist das keine Meldung wert.

Ein moralischer und politischer Greuel

Am 3. September 2014 erklärte US-Präsident Barak Obama, "russische Kampftruppen mit russischen Waffen in russischen Panzern" seien in der Ostukraine eingesetzt. Unsere Medien berichteten gar von einer Invasion russischer Truppen. Aber alle Bilder, die gezeigt worden sind, um diese Invasion zu belegen, waren falsch.

Der Westdeutsche Rundfunk hat am 29. August 2014 ein Bild veröffentlicht und die zentrale Botschaft mit der Überschrift "Rußland auf dem Vormarsch?" bekräftigt. Das Bild zeigte russische Kampfpanzer und der Text zum Bild erläuterte: "Russische Kampfpanzer fahren am 19.8. ... in die Ukraine." Eine brutale Fälschung. Das Bild stammt aus dem Jahre 2008 und zeigt den Rückzug russischer Kampfpanzer aus Georgien.

Nach vielen Protesten hat sich der Westdeutsche Rundfunk kurz entschuldigt, es sei ein Versehen gewesen, und das Bild ausgetauscht. Auf dem neuen Bild sieht man einen russischen Soldaten aus einem Panzer schauen und dieser sollte sich in der Ostukraine befinden. Aber es ist wieder Kriegspropaganda. Das Bild entstand im März 2014 auf der Krim. Es gab erneut Proteste, so daß das Bild nochmals ausgetauscht werden mußte, diesmal durch das Bild eines Fernsehsprechers im Studio.

Harald Kujat, ehemaliger NATO-General und als Generalinspekteur der Bundeswehr deren ranghöchster Soldat, hat im Detail erläutert, daß sämtliche Beweise, die der Westen gegen Rußland vorbringt - auch die von russischen Truppen auf ukrainischem Gebiet - gefälscht sind. Es gibt keinen Beweis für eine russische Militärpräsenz in der Ukraine. Unserer Presse ist auch das keine Meldung wert. Die NATO hat sich von einem Verteidigungsbündnis in ein Angriffsbündnis verwandelt.

Jetzt wird uns berichtet, daß der Sieben-Punkte-Plan, den Putin zur Lösung des Ukraine-Konfliktes vorgeschlagen hat, vom Westen abgelehnt worden ist. Warum? Weil er den Rückzug russischer Truppen aus der Ukraine nicht vorsieht. Wie aber sollen Truppen zurückgezogen werden, die gar nicht da sind? Dieser eine Satz dient der Programmierung unseres Unterbewußtseins, dem immer eingetrichtert wird: In der Ukraine sind russische Truppen.

Weiter wird berichtet, die USA haben Rußland aufgefordert, die Aggressionen zu beenden. Der tatsächliche Aggressor, der eine Regierung unterstützt, welche die eigene Bevölkerung bombardiert, massakriert und in eine humanitäre Katastrophe stürzt, beschuldigt das Land, das mit hunderten von LKW Hilfe schickt und eine Million Flüchtlinge aufgenommen hat, deren Häuser, Strom- und Wasserversorgung von ihrer eigenen, ukrainischen Regierung zerschossen worden sind, der Aggression. Was ist das für eine Heuchelei?

Die Schotten haben sich gegen die Unabhängigkeit von Großbritannien entschieden. Wie hätten sie wohl reagiert, wenn England Schottland wegen seines Unabhängigkeitsstrebens in Schutt und Asche gebombt hätte? Die westliche Unterstützung für die ukrainische Regierung hat eines bewirkt: Daß aus dem Land nie mehr eine Einheit werden kann.

Die globale Staatsstreichmaschine

Seit 1953 haben die USA "für Freiheit, Demokratie und Menschenrechte" insgesamt 40 Staatsstrieche inszeniert: Iran (1953), Guatemala (1954), Thailand (1957), Laos (1958-60), Kongo (1960), Türkei (1960, 1971 und 1980), Ecuador (1961 und 1963), Südvietnam (1963), Brasilien (1964), Dominikanische Republik (1963), Argentinien (1963), Honduras (1963 und 2009), Irak (1963 und 2003), Bolivien (1964, 1971 und 1980), Indonesien (1965), Ghana (1966), Griechenland (1967), Panama (1968 und 1989); Kambodscha (1970), Chile (1973), Bangladesh (1975), Pakistan (1977), Grenada (1983) Mauretanien (1984), Guinea (1984), Burkina Faso (1987), Paraguay (1989), Haiti (1991 und 2004), Rußland (1993), Uganda (1996), Libyen (2011), Ukraine (2014).

Ende 2013 haben 500.000 bis eine Million Menschen auf dem Maidan Nesaleschnosti in Kiew gegen die gewählte Regierung von Präsident Wiktor Janukowitsch demonstriert. Am 18. Februar 2014 wurden ca. 80 Demonstranten aus großer Entfernung durch gezielte, präzise Kopfschüsse hingerichtet. Die Schützen sollen Uniformen der Präsidentengarde getragen haben. Der Präsident mußte deshalb fliehen, er wäre sonst gelyncht worden. Augenzeugen berichten, daß die Schützen nicht die passenden Schuhe zu den Uniformen trugen.

Janukowitsch selbst kann kein Interesse an einem Umsturz gehabt haben. Es fällt aber auf, daß die neue ukrainische Regierung dieses Massaker nicht untersuchen läßt. Es wird einfach totgeschwiegen und vom Absturz von MH 17 quasi übertüncht. Der Westen läßt diese Vertuschung stillschweigend zu. Unsere Presse regt sich nicht darüber auf.

In Odessa sind über 30 russischsprachige Demonstranten von einem Mob gejagt worden und haben sich in ein Gewerkschaftsgebäude geflüchtet. 25 Minuten Videoaufnahmen zeigen, wie junge Mädchen lustig die Molotowcocktails abfüllen, die in das Gebäude geworfen werden. Die Demonstranten versuchten vergeblich, aus dem angezündeten Gebäude zu entkommen und verbrennen bei lebendigem Leibe. Auch dieses Verbrechen wird einfach totgeschwiegen. Der Westen läßt auch hier die Vertuschung stillschweigend zu und unsere Presse legt keinen Finger in die Wunde.

Neben der Einstimmung Europas auf die aggressive Gangart gegenüber Rußland hat der Abschluß der MH 17 offenbar noch einen weiteren Zweck erfüllt: Über diese grauenvollen Verbrechen wird nicht mehr geredet. Eine neue Tragödie beansprucht unsere Aufmerksamkeit. Offenbar war es als "False Flag Action" (eine Aktion, die anderen untergeschoben werden soll) geplant, ist aber schief gegangen. Die getürkten Beweise ließen sich doch nicht verwerten.

Bei der berühmten Brutkasten-Lüge in Kuwait war das noch anders: Tränenüberströmt berichtete eine Augenzeugin davon, wie irakische Soldaten nach dem Überfall auf Kuwait Babys aus den Brutkästen gerissen und auf den Fußboden geworfen haben. Viele haben diesen schrecklichen Bericht in den Abendnachrichten gesehen und natürlich gutgeheißen, den grauenvollen Diktator zu stürzen, der das befiehlt oder zuläßt.

Als später herauskam, daß die "Augenzeugin" die Tochter des Kuwaitischen Botschafters in Washington D. C. war, daß sie von einer PR-Agentur ein halbes Jahr lang auf diesen Auftritt vorbereitet und von einer Schauspielschule dafür trainiert worden ist, hat es kaum noch jemanden interessiert. Der Irak war bereits in die Steinzeit zurückgebombt. Es ist vorbei und nur noch für Historiker von Interesse.

Obama stellt Rußland auf eine Stufe mit dem IS und Ebola

2011 begann der Aufstand gegen den libyschen Diktator Muammar al-Gaddafi in Bengasi. Das ZDF zeigte uns Aufnahmen der demonstrierenden Massen, die mit Fahnen wedelten und mit wutverzerrten Gesichtern ihren Haß auf den Diktator herausschrien. Wer das sah, hatte Verständnis für die von der NATO erzwungene Flugverbotszone. Wer die üppigen sozialen Verhältnisse in Libyen kannte, hat sich gewundert. Aber wenige schauen hinter die Kulissen -

weder in Libyen noch beim ZDF.

Die geschwenkten Fahnen waren nämlich nicht von Libyen und auch nicht von dessen östlicher Provinz Bengasi, sondern von einem erbitterten Aufstand der schiitischen Bevölkerung von Bahrain gegen ihren Herrscher. Diese Aufständischen wurden von saudischen Leopard-Panzern mit brutalster Gewalt beschossen. Deutschland hatte die Panzer geliefert. Es gab sehr viele Todesopfer, worüber in der Presse kaum berichtet wurde. Die Fehlinformation ist vom ZDF nie korrigiert worden, was darauf hindeutet, daß die Zuschauer bewußt getäuscht werden sollten.

Vor drei Jahren begann mit den ersten Großdemonstrationen auch der Aufstand der Syrer gegen Machthaber Baschar al-Assad. Im letzten Jahr zeigte uns die ARD, wie Assad Demonstranten von Reitern mit zwei Meter langen Holzknüppeln zusammenschlagen ließ, bis sie ohnmächtig und heftig blutend am Boden lagen. Eine genaue Analyse offenbart, daß die Aufnahmen fünf Jahre alt sind und die Niederschlagung von Demonstrationen gegen die von der amerikanischen Besatzung eingesetzte Regierung im Irak zeigen.

Die Gehirnwäsche, die unsere mit steuergleichen Zwangsabgaben finanzierten öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten betreiben, deutet auch auf das Motiv: Es geht nicht um das Volk von Irak, Libyen oder Syrien. Es geht um die Destabilisierung des gesamten nahen Ostens. So soll dem durch den zweiten Irakkrieg nicht geplanten gewachsenen Einfluß des Iran begegnet werden.

Der sich so bezeichnende "Islamische Staat", dessen siegreicher Feldzug gerade Angst und Schrecken verbreitet, ist genauso ein Kind westlicher Geheimdienste, wie seinerzeit die islamischen Milizen der Taliban in Afghanistan. Ohne eine gewaltige finanzielle Unterstützung kann ein derart wirksamer und effizienter Feldzug nicht geführt werden, ist die Logistik der Versorgung und Wartung modernster Waffen, die das erfordert, nicht zu bewältigen.

Am 24. September erklärte Präsident Obama vor der UN-Vollversammlung in New York, daß Rußland neben dem Islamischen Staat (ISIS), sowie dem Ebola-Virus zu einer der drei größten Bedrohungen gehöre, denen sich die Welt ausgesetzt sähe.

Das ist eine Kriegerklärung von Barack Obama an Rußland - nicht besser als die "Achse des Bösen" von George W. Bush - und sie deutet darauf hin, daß mit Rußland ähnlich verfahren werden soll wie mit dem Irak und mit Libyen. England plant, 6.000 Panzer und gepanzerte Fahrzeuge nach Deutschland zu verlegen, weil auf der Insel kein Platz sein soll. Ist Deutschland als Ausgangspunkt eines Angriffs auf Rußland ausersehen? Der angelsächsische Finanzimperialismus braucht jetzt einen Krieg für sein Überleben. Deutschland und Rußland brauchen ihn nicht.

Anne Williamson, eine renommierte Journalistin, die u.a. für das Wall Street Journal geschrieben hat, hat in einer Befragung vor dem Repräsentantenhaus der Vereinigten Staaten ausgesagt: "Was die US-Politik nach dem Kalten Krieg geschmiedet hat, ist ein moralischer, politischer und finanzieller Greuel auf der Basis von Betrug, Diebstahl und Schwindel."

Vom mittellosen Mafiosi zum Milliardär

Deutschland hat Michail Sergejewitsch Gorbatschow seine Wiedervereinigung zu verdanken und sogar die Erlaubnis, auch das Gebiet der ehemaligen DDR in die NATO zu integrieren. Die NATO wollte sich im Gegenzug nicht über die Oder-Neiße-Linie hinaus ausdehnen.

Nachdem die Vereinigung vollzogen war, haben angelsächsische Stiftungen die Familien von Michail Chodorkowski und dem Alkoholiker Boris Jelzin finanziert, um neben Gorbatschow gleich die ganze Sowjetunion zu entsorgen. Westlichem Kapital sollte der Zugriff auf die weltweit größten Rohstoffvorkommen in Rußland eröffnet werden. Die entsprechenden finanziellen Transaktionen wurden über die New Yorker Riggs Bank abgewickelt, die für die meisten amerikanischen Präsidenten die Bankgeschäfte erledigt hat und dessen Direktor Jonathan Bush ist - eine Onkel von George W. Bush.

Die russischen Oligarchen, die im Zuge der Auflösung der Sowjetunion und der Privatisierung ihrer Bodenschätze und werthaltigen Industriekombinate plötzlich Milliardäre geworden sind, waren zuvor entweder kleine Bürokraten in einem großen Staatsapparat oder mittellose Mafiosi. Wladimir Putin hat dieses Spiel beendet, dem Finanzkrieg gegen russische Bodenschätze einen Riegel vorgeschoben und dadurch die angelsächsischen Kapitalmärkte gegen sich aufgebracht.

Viele der Oligarchen haben sich jetzt dem Zugriff Putins entzogen, sich mit ihren Milliarden nach London abgesetzt, welches deshalb auch Londongrad genannt wird. Ihren gestohlenen Reichtum legen sie auf westlichen Kapitalmärkten an. Der größte russische Ölkonzern war Yukos, den sich Michail Chodorkowski nach der Wende genommen hat.

Der Ständige Schiedshof in Den Haag hat am 28.07.2014 über die Klage der in der Steueroase Gibraltar ansässigen Holding Group Menatep Limited (GML) gegen die Russische Föderation entschieden: Rußland ist verurteilt worden, wegen der faktischen Enteignung von Yukos 50 Milliarden Dollar an Leonid Newslin zu zahlen.

Chodorkowski hatte ihm seine Geschäftsanteile übertragen, nachdem er sich im Zuge seiner Freilassung aus der Haft verpflichtet hatte, nicht gegen Rußland zu klagen. Newslin hat sich nach Israel abgesetzt. Das Urteil ist vollstreckbar und russisches Eigentum kann daraufhin jetzt überall auf der Welt gepfändet werden.

Voraussetzung für einen Blitzkrieg

Im Mai 2014 ist mit dem Gesetzentwurf S. 2277 der Russian Aggression Prevention Act of 2014 in den US-Senat eingebracht worden. Es geht um Milliardeninvestitionen zur Destabilisierung Rußlands nach dem erfolgreichen Vorbild der Ukraine. So soll es möglich sein, das Land in einem Blitzkrieg zu erobern und zu "befreien". Unsere Rundfunk- und Fernsehanstalten sowie unsere Zeitungen und Zeitschriften - offenbar fast alle Außenstellen der NATO-Pressestelle - klären uns darüber nicht auf.

Zbigniew Brzezinski - neben Henry Kissinger die einflußreichste "graue Eminenz" der USA - hat in seinem Buch "Die einzige Weltmacht - Amerikas Strategie der Vorherrschaft" dargelegt, daß die Ukraine geopolitischer Dreh- und Angelpunkt Eurasiens ist. Solange Rußland hier Einfluß hat, über die Krim den Zugang zum Schwarzen Meer behält und seine reichen Bodenschätze nicht privatisiert, bestehe die Gefahr, daß hier eine beutende eurasische Großmacht heranwachse.

Mit Arsenij Jazenjuk, dem ukrainischen Ministerpräsidenten, der sich an die Macht geputzt hat und durch einen Hitlergruß aufgefallen ist, wird das Land nun von einem "Einflußagenten" der NATO regiert. Nachdem Jelzin in Rußland nicht mehr zur Verfügung steht, ist nun wenigstens im Nachbarland das Spitzenpersonal linientreu.

Ein Schüler Brzezinskis, Guido Goldman, leitet jetzt den German Marshall Fund und ein Schüler Goldmans, Jochen Bittner, hat an der Rede mitgearbeitet, die der deutsche Bundespräsident Joachim Gauck im Januar 2014 auf der Münchener Sicherheitskonferenz gehalten hat. Eine stärkere Rolle Deutschlands in der Welt hat er angemahnt - auch militärisch. Darüber haben die Mainstream-Medien uns ausführlich informiert.

Auch Robert Kagan, der Ehemann von Victoria Nuland, arbeitet für den German Marshall Fund. Frau Nuland, Sicherheitsberaterin von Vizepräsident Dick Cheney, ist durch ihren Spruch "fuck the EU" berühmt geworden ist. Cheney hat Präsident George W. Bush während der 9/11-Anschläge im Präsidenten-Airbus auf einen Spazierflug geschickt und sich in den Kommando-Bunker unter dem Weißen Haus zurückgezogen. Was er da getrieben hat, ist nicht bekannt geworden. Noch nicht, denn wir leben in einer Zeit, in der es keine Geheimnisse mehr geben wird, in der nach und nach alles herauskommt.

Ebenfalls im Januar 2014 haben sämtliche Staats- und Regierungschefs Lateinamerikas sich in Kubas Hauptstadt Havanna zu einem Gipfel der CETAC getroffen - der Vereinigung latein-

amerikanischer und karibischer Staaten. Sie haben ihre Region zu einer atomwaffenfreien Friedenszone erklärt. Hierüber haben unsere Mainstream-Medien mit keiner Zeile berichtet.

Voraussetzung für Frieden

Im Juli 2014 ist offensichtlich der Versuch gescheitert, mit einem Flugzeugabschuß einen Kriegsgrund gegen Rußland zu schaffen. Den größten Frevel hat Rußland nämlich am 15. Juli im brasilianischen Fortaleza begangen. Vielleicht mußte der Abschuß deshalb schnell gehen und ist in der Hektik nicht sorgfältig vorbereitet worden:

In Brasilien war ein Treffen der BRICS-Gruppe - der Staats- und Regierungschefs von Brasilien, Rußland, Indien, China und Südafrika. Argentinien und die Islamische Republik Iran waren als Beobachter eingeladen. Die hohen Damen und Herren haben eine Strategie beschlossen, den Dollar von seinem Thron als Weltleitwährung zu stürzen. Dieser ermöglicht es nämlich, die ganze Welt in eine Schuldknechtschaft zu stürzen und damit die Dominanz der USA zu erhalten und ihr gewaltiges Leistungsbilanzdefizit zu finanzieren.

Zwei Mal haben Machthaber die Weltleitwährung Dollar bereits bedroht: Der erste war Saddam Hussein, der für das irakische Öl Euro statt Dollar haben wollte. Unmittelbar nach dieser Forderung ist in Washington D. C. die Entscheidung zum erneuten Krieg gegen den Irak gefallen, der zum Sturz Husseins geführt hat. Als Hussein in einem sieben Jahre langen Zermürbungskrieg das Nachbarland Iran geschwächt und die Kurden im Norden seines Landes vergiftet hat, war er noch der gute Diktator - Kunde des Westens von Waffen und Giftgas. Aber die Dominanz des Dollar in Frage stellen: Da mußte ein Exempel statuiert werden.

Der zweite war Muammar al-Gaddafi. Mit russischen Ingenieuren hat er den größten unterirdischen Süßwassersee der Erde im Südosten Libyens erschlossen, mit dessen Wasser er den ganzen Norden Afrikas für tausend Jahre in einen blühenden Garten Eden verwandeln wollte - und das ohne einen einzigen Dollar Kredit von den internationalen Banken, der Weltbank oder dem Internationalen Währungsfonds. Eine solche finanzielle Unabhängigkeit war gefährlich. Nach dem Sturz Gaddafis ist das weit fortgeschrittene Projekt eingestellt worden.

Nach der alten Logik müßten die USA mit ihren Verbündeten nun die BRICS-Staaten in die Steinzeit zurückbomben. So wäre die Dominanz der Dollars als Weltleitwährung erhalten - und damit die Weltherrschaft der Finanzzentren in der City of London und der Wallstreet. So einfach wie in Afghanistan, Irak, Libyen oder Syrien geht das aber nicht. BRICS umfaßt die Hälfte der Weltbevölkerung. Wir stehen an einem Wendepunkt.

Adam Smith, der große Klassiker der Nationalökonomie, hat im 18. Jahrhundert gesagt: "Es gibt zwei Wege zur Versklavung einer Nation; der eine ist durch das Schwert, der andere durch Verschuldung". Die Montags-Mahnwachen für den Frieden in vielen Städten sind ein wunderbares Zeichen: Kein Volk der Welt will Krieg. Wenn wir korrekt informiert werden, wird die Strategie, uns mit falschen Informationen kriegsgeneigt zu machen, nicht aufgehen.

Eine Finanzordnung, die keinen Krieg mehr braucht, um sich selbst zu erhalten (wie unser gegenwärtiges System) ist einfach. Auf www.business-reframing.de können Sie eine faszinierende vierstündige DVD bestellen, die umfassend erklärt, wie das funktioniert und wie ein Systemwechsel zu erreichen ist.

"Der Krieg ist eine zu ernste Sache, um ihn den Generälen zu überlassen", hat der französische Staatsmann Georges Clemenceau vor hundert Jahren gesagt. Es sieht fast so aus, als hätten viele Meinungsmacher heute die Lektionen aus der Vorgeschichte des Ersten Weltkriegs nicht gelernt. Wir sollten aber jetzt noch ergänzen: Das Finanzsystem ist eine zu ernste Sache, um es Banken und Hedgefonds zu überlassen.

Und der Frieden ist eine zu wichtige Sache, um ihn der Politik zu überlassen. Jeder von uns ist dafür verantwortlich. Demonstrieren Sie mit - ab nächsten Montag in Ihrer Stadt. Die Leipziger haben so den Eisernen Vorhang eingerissen. Wir alle gemeinsam werden so ein mörderisches und ausbeuterisches System zu Fall bringen. ...

Prof. Dr. Dr. Wolfgang Berger, Ökonom und Philosoph, hat in Deutschland, Ghana, Frankreich, Indien, Italien, Argentinien, den USA und dem Iran studiert, geforscht, gelehrt und als Industriemanager gearbeitet, am längsten bei der Schering AG, dort zuletzt als Personalchef. Er hat mehrere Bücher und zahlreiche Fachartikel veröffentlicht. Er leitet das Business Reframing Institut in Karlsruhe, mit dem er "Flow" in Unternehmen verankert (www.business-reframing.de) und ist wissenschaftlicher Beirat der Wissensmanufaktur. ...<<

Herbert Ludwig berichtete am 31. Oktober 2014 in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die 4. Gewalt der Medien (x946/...): >>**Der Journalismus als Herrschafts-Instrument**

Die Medien können heute dem Menschen die Möglichkeit umfassender Information und Horizontenerweiterung bieten. Dies setzt aber eine wache Haltung voraus, in der er nicht einfach naiv oder autoritätsgläubig übernimmt, "was schwarz auf weiß geschrieben steht" oder mit sonorer Stimme von "da oben" verkündet wird, sondern es selber durchdenkt und auf seine Stimmigkeit überprüft.

Eine solche Haltung ist indessen noch nicht weit verbreitet, wie man in den Redaktionen sehr wohl weiß. So sind die Medien außerordentlich wirksame Instrumente der Beeinflussung und Meinungsmache, da die von ihnen verwendeten Begriffe unmittelbar in das Bewußtsein der Menschen eindringen, dieses unbemerkt prägen und so Verhalten und Handeln großer Massen steuern können.

Daher haben die modernen Machtstaaten das größte Interesse daran, die Medien direkt oder indirekt in ihren Dienst zu stellen. In Diktaturen versteht sich die mediale staatliche Propaganda von selbst. Daß dies in "Demokratien" nicht anders ist, nur versteckter stattfindet, dafür müssen die meisten Menschen erst aufwachen.

Macht braucht Medien

Die Macht ist darauf angewiesen, daß sie durchgehend funktioniert, d.h. daß der Wille der Herrschenden, der sich in Gesetze und Verordnungen ergießt, befolgt und notfalls von den Staatsdienern mit den verschiedenen Mitteln des Zwanges durchgesetzt wird. Die Herrschaft funktioniert um so besser und reibungsloser, je bereitwilliger die Untertanen den Willen der Herrschenden ausführen und ihr Leben danach einrichten.

Diese Bereitwilligkeit kann in dem Maße erzeugt werden, als die Herrschenden Sinn und Notwendigkeit ihrer Vorhaben den Untertanen durch öffentliche Verlautbarungen und Erklärungen so nahe bringen, daß diese sie einsehen oder zumindest durch den Druck einer entstandenen "öffentlichen Meinung" für sich keine andere Möglichkeit sehen und sich daher fügen.

Diese "öffentliche Meinung" kann nur durch dienstbare Journalisten hergestellt werden, aus deren möglichst flächendeckenden Informationen, Kommentaren und Diskussionen die Suggestion einer "öffentlichen Mehrheitsmeinung" aufsteigt, die dem Willen der Herrschenden entspricht. Sie wird daher zu Recht "veröffentlichte Meinung" genannt.

In Diktaturen wurde und wird diese Arbeit der Medien am Bewußtsein der Menschen offen als Regierungs-Propaganda (lat. propagare - verbreiten) bezeichnet, die von einem entsprechenden Propaganda-Ministerium (nach Orwell: "Wahrheits-Ministerium") gesteuert wird.

In den modernen "demokratischen" Machtstaaten verbietet sich das, da es darum geht, den demokratischen Schein zu wahren. Hier erhalten die Medien offiziell den Rang einer unabhängigen Instanz, welche die drei klassischen Gewalten der Legislative, Exekutive und Judikative als vierte Gewalt zu kontrollieren habe.

Abgesehen davon, daß die Unabhängigkeit der drei klassischen Gewalten durch das Parteiensystem, das alle drei durchdringt, längst nicht mehr besteht, ist auch eine unabhängige Presse als vierte Gewalt eine täuschende Fassade. Denn, wie wir gesehen haben, bedürfen die "demokratischen" Machthaber für das Funktionieren ihrer naturrechtswidrigen Macht, d.h. zur

Überwältigung des Willens der Untertanen, ebenfalls der Medien, die sie sich daher auf alle mögliche versteckte Weise dienstbar machen, wozu natürlich auch gehört, sie mit Journalisten, die einer Regierungspartei angehören oder ihr nahe stehen, zu durchsetzen.

Daß auch in der "Demokratie" die Medien, besonders natürlich die parteiverseuchten staatlichen Fernsehanstalten, Propaganda-Agenturen der herrschenden Politik sind, ist gegenwärtig an der geradezu zum Krieg hetzenden "Ukraine-Berichterstattung" für jedermann offensichtlich geworden.

Und zum Glück rebellieren auch immer mehr Menschen dagegen. Elisabeth Noelle-Neumann, die Gründerin des Umfrageinstitutes Allensbach, machte schon früh darauf aufmerksam. Sie sagte einmal zu dem damaligen FAZ-Journalisten Udo Ulfkotte. "Was Sie heute in den Köpfen der Menschen finden, das ist oft gar nicht mehr die Realität, sondern eine von den Medien konstruierte, hergestellte Wirklichkeit."

Die weltweit angesehene Meinungsforscherin und Professorin für Kommunikationswissenschaften war eine der wenigen unabhängigen Köpfe in der öffentlichen Arena und erfreute sich in den Medien keiner Beliebtheit, *"weil sie etwas auszusprechen wagte, das in Deutschland als Tabu galt: die systematische Beeinflussung und Steuerung von Menschenmassen durch eine kleine Minderheit der Journalisten. Noelle-Neumann nannte es die "Schweigespirale", wenn Massenmedien wie das Fernsehen Minderheitenmeinungen öffentlich als Mehrheitsmeinungen darstellten und die Menschen nicht aufmuckten, sondern aus Angst vor sozialer Isolation einfach dazu schwiegen.*

Aus der Schweigespirale, als wissenschaftliche Theorie in der Kommunikationsforschung von Noelle-Neumann schon in den 1970er-Jahren formuliert, ist in den seither vergangenen Jahrzehnten ein noch weitaus mächtigerer und bösertigerer Dämon geworden, der uns Bürger heute rund um die Uhr fest im Griff hat. Er manipuliert uns. Und dieser Dämon lügt. Vor allem in Kriegen."

Es erhebt sich die Frage, wie und wo die verborgene Verzahnung von Macht und Medien in Deutschland konkret geschieht.

Wer hat die Macht in Deutschland?

Nun ist aber zum Verständnis des politischen Willens der Herrschenden die Erkenntnis wichtig, daß es nicht ihr originär eigener ist, daß sie nicht die wirklich Herrschenden sind.

Abgesehen von der Einbindung Deutschlands in den Beinahe-Bundesstaat EU, der bereits ca. 80 % der Gesetze des Bundestages vorgibt, sind nach der nüchternen Feststellung des US-Geostrategen Brzezinski Westeuropa und Mitteleuropa und damit auch die EU amerikanisches Protektorat, tributpflichtige Vasallenstaaten. Sie bilden den geostrategischen Brückenkopf des US-Imperiums für die Ausdehnung seiner indirekten und direkten Herrschaft nach Zentralasien.

Dieses Unterordnungsverhältnis wird notdürftig als "transatlantische Partnerschaft", als ein Bündnissystem von befreundeten Staaten kaschiert, das Brzezinski ironisch ein System der indirekten und scheinbar konsensbestimmten Hegemonie der Vereinigten Staaten nennt, in dem diese im Mittelpunkt eines ineinander greifenden Universums stehen, in dem die Macht durch dauerndes Verhandeln, im Dialog, durch Diffusion und dem Streben nach offiziellem Konsens ausgeübt wird, selbst wenn diese Macht letztlich von einer einzigen Quelle, nämlich Washington, ausgeht.

In einem Anfall von Aufrichtigkeit gestand Wolfgang Schäuble am 18.11.2011 auch ein: "Und wir in Deutschland sind seit dem 8. Mai 1945 zu keinem Zeitpunkt mehr voll souverän gewesen."

Zu diesem indirekten Herrschaftssystem gehört die Einbindung in das US-geführte europäische Söldnerheer der NATO, in dem die Vasallenstaaten die Herrschaft und Ausbreitung des US-Imperiums auch militärisch unterstützen müssen.

Ein wesentliches Element der indirekten US-Herrschaft über die Vasallenstaaten ist nach Brzezinski die Einflußnahme auf deren Eliten in Politik, Wirtschaft und Medien, d.h. ihre psychische und karrierefördernde Einbindung in die Interessen und Ziele der USA.

Diese Einflußnahme und Einbindung der Eliten geschieht in Deutschland in transatlantischen Organisationen wie *Atlantik-Brücke*, *Aspen-Institut*, *Deutsche Atlantische Gesellschaft*, *Atlantische Initiative*, *American Academy*, *American Jewish Committee*, *Deutsche Atlantische Gesellschaft*, *Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik*, *European Council on Foreign Relations* und anderen, die als private Vereine mit hehren Zielen der deutsch-amerikanischen Freundschaft und der Völkerverständigung auftreten.

Im nicht jedermann zugänglichen Inneren werden aber in enger Zusammenarbeit mit amerikanischen Elite-Zirkeln und dem CIA "young-leaders" (junge Führer) für Führungsaufgaben primär in Politik und Medien herangebildet. Dies öffnet ihnen den Zugang zu weiteren US-dominierten Zirkeln und Veranstaltungen. "Es ist wie eine Gehirnwäsche. Nur merken die deutschen Teilnehmer in der Regel nicht, daß sie einer proamerikanischen Gehirnwäsche unterzogen werden."

Verzahnung

Hier werden also die maßgebenden politischen Marionetten und journalistischen Propagandisten gemeinsam vorbereitet und indoktriniert, und sie unterstützen oder auch ermahnen sich gegenseitig für die amerikanischen Interessen. Neben führenden Politikern wie Angela Merkel, Thomas de Maiziere, Helmut Schmidt, Hans-Peter Friedrich, Cem Özdemir, Peter Altmeier, Karl-Theodor zu Guttenberg z.B. sind oder waren Alpha-Journalisten wie Kai Diekmann (Bild), Günther Nonnenmacher (FAZ), Josef Joffe (Zeit), Thomas Bellut (ZdF), Thomas Roth (ARD) mit transatlantischen Organisationen in Verbindung.

Unter diesen nimmt die Atlantik-Brücke eine besonders rührige Stellung ein. Sie wurde 1952 auf Anregung von John McCloy, früher Weltbankpräsident, Vorstandsvorsitzender von Rockefeller's Chase Manhattan Bank und Hoher Kommissars für die BRD, also führender Kopf der amerikanischen Besatzungsmacht, von dem Bankier Eric M. Warburg ins Leben gerufen. Marion Gräfin Dönhoff, Mitherausgeberin der Wochenzeitung *Die Zeit*, gehörte zu den Gründungsmitgliedern.

Der frühere CDU-Bundesschatzmeister Walter Leisler Kiep war von 1984 bis 2000 Vorsitzender. Heute hat Friedrich Merz (CDU) den Vorsitz, zugleich Mitglied der Trilateralen Kommission, einer von David Rockefeller gegründeten Lobbyorganisation der Finanzwirtschaft, der auch die stellvertretende Vorsitzende der Atlantik-Brücke, die Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages Edelgard Bulmahn (SPD) angehört.

Allein in den Jahren 2006 bis 2012 werden in den Jahresberichten der Atlantik-Brücke 88 Journalisten erwähnt, davon 26 aus dem Bereich der öffentlich-rechtlichen Medien, darunter Jörg Schönenborn (ARD), Ingo Zamberoni (ARD), Theo Koll (ZdF), Ingo van Kampen (ZdF), Claus Kleber (ZdF), Klaus-Peter Sieglösch (ZdF), Friedbert Meurer (Deutschlandradio). 3 Journalisten waren von der Bild Zeitung, 9 von der ZEIT, 3 von der FAZ, 2 vom Spiegel, 3 aus dem Springer Verlag, 4 vom Stern, 6 vom Tagesspiegel.

Die Atlantik-Brücke vergibt einen nach dem ehemaligen US-Botschafter in Deutschland Vernon A. Walters benannten Preis "an Persönlichkeiten, die sich in besonderem Maße um die deutsch-amerikanischen Beziehungen verdient gemacht haben", wie es offiziell heißt.

Verschwiegen wird, daß Walters Geheimdienstkoordinator der USA im Ausland und operativer Leiter der CIA war. "Er bezeichnete den Vietnamkrieg bis zuletzt trotz seiner Millionen Opfer als einen der nobelsten und selbstlosesten Kriege, den die Vereinigten Staaten je geführt haben. Und es war genau dieser CIA-Mann Walters, der in Europa die Grundzüge für das geheime Gladio-Netzwerk (der NATO) aufbauen ließ. ...

Er war an allen politischen Brennpunkten in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts mit sub-

versiven Aktionen maßgeblich beteiligt, so im Koreakrieg (1950-1953), beim Staatsstreich gegen den demokratisch gewählten Präsidenten Mossadegh im Iran (1953) ... und beim Militärputsch in Brasilien (1964)." Er war verantwortlich für die CIA-Operation zur Unterstützung des Militärputsches in Chile (1973) "und bei Aktivitäten zum Abwürgen der Nelkenrevolution in Portugal (1974).

Seine Spuren sind zu finden bei opferreichen Aktionen gegen demokratische Entwicklungen in Angola, Guatemala, Nicaragua und bei den jahrelangen Menschenrechtsverletzungen durch die Militärregimes in Südamerika (Operation 'Condor'), bei denen Hunderttausende Menschen ermordet, verschleppt oder gefoltert wurden. Und nach diesem CIA-Mann benennt die Atlantik-Brücke, welche das alles verschweigt, heute einen Preis. Und Menschen wie die Bundeskanzlerin Merkel oder Bild-Chef Diekmann sind dort Mitglied."

Methoden

Die Amerikaner verlassen sich bei der systematischen Beeinflussung der deutschen Eliten nicht allein auf ihre "Schulung" in den genannten Vereinen und Veranstaltungen. Sie wissen die Bereitschaft durch ein beliebtes Schmiermittel noch zusätzlich zu fördern.

"In Deutschland ansässige transatlantische Organisationen konnten 2014 US-Fördergelder dafür beantragen, wenn sie Deutsche so beeinflussen, daß die proamerikanische Interessen vertreten, etwa beim von den USA geforderten Freihandelsabkommen. ... Für jede gut vorbereitete Manipulation deutscher Meinungsführer bei uns gab es zwischen 5.000 und 20.000 Dollar von der US-Botschaft, je nach Wichtigkeit der beeinflussten Eliten."

Bewerbungs-Formulare konnten sich die US-nahen Clubs von der Webseite der US-Botschaft herunterladen, was offenbar in ausgiebigem Maße geschah, da sich die Botschaft dort ausdrücklich für die zahlreiche Teilnahme bedankte.

Eine wichtige Rolle spielt in diesem System der Einfluß der Geheimdienste auf die Medien, wobei die deutschen Geheimdienste wiederum genauso von den USA abhängig sind wie die anderen staatlichen Stellen.

"Die FAZ ermunterte mich ausdrücklich dazu, den Kontakt zu westlichen Geheimdiensten zu verstärken und freute sich, wenn ich die mitunter von dort zumindest in Stichworten vorformulierten Berichte mit meinem Namen versah", schildert Ulfkotte.

Ein Artikel wurde ihm einmal gar von zwei Mitarbeitern des BND in der FAZ-Redaktion in Frankfurt formuliert und "Absatz für Absatz weitgehend vorgegeben." Aufgabe dieser beiden war es, Berichte für renommierte deutsche Zeitungen zu schreiben. "Der BND machte das damals mit Wissen deutscher Medienhäuser, nach Angabe seiner Mitarbeiter bei vielen Zeitungen so."

"Man kann einen Journalisten billiger haben als eine gute Hure, für einige hundert Dollar im Monat. Mit diesen Worten zitierte der Redakteur Philip Graham von der Washington Post einen CIA-Agenten über die Bereitschaft und den Preis jener Journalisten, die gewillt waren, für die CIA Propaganda-Berichte in Artikeln zu verbreiten. Natürlich mit Rückendeckung der Arbeitgeber. ...

Und der BND war der verlängerte Arm der US-Geheimdienste, eine Art Tochterorganisation. Man hat mir beim BND zwar nie Geld angeboten. Aber das brauchte man bei mir und vielen deutschen Kollegen auch gar nicht. Wir fühlten uns so großartig, wenn wir Auftragschreiber eines Geheimdienstes waren oder irgendwie für ihn arbeiten durften."

Dabei kann keiner die "Informationen" des Geheimdienstes nachprüfen. Man druckt das einfach. "Ich habe daran zwar freiwillig mitgewirkt, aber mir wurde auch mitgeteilt, daß ich entlassen werden könne, wenn ich da nicht mitmache", so Ulfkotte aus seiner Erfahrung. Nachfragen bei befreundeten Anwälten bestätigten ihm, daß dies nach der gängigen Rechtsprechung ein Kündigungsgrund sei.

Aber auch das große Netz der Auslandskorrespondenten ist für den BND interessant. Es ist

"die perfekte Tarnung, um über unverdächtige 'Journalisten' heikle Recherchen erledigen zu lassen." Der BND hat neben 6.000 festangestellten Mitarbeitern auch noch rund 17.000 "informelle" Mitarbeiter, die ganz normale Berufe haben, zu denen offenbar wesentlich zahlreiche Journalisten gehören.

"Das ist weltweit so. Denn wie ich im Laufe der Jahrzehnte im Ausland zwangsläufig mitbekam, war bei amerikanischen oder britischen Zeitungen fast jeder Auslandsreporter zugleich auch für die nationalen Geheimdienste tätig. Man muß das einfach im Hinterkopf haben, wenn man glaubt, in Medien 'neutrale' Berichterstattung vor sich zu haben."

Netzwerke

Der Leipziger Medienwissenschaftler Uwe Krüger hat in einer empirischen Untersuchung festgestellt, daß im Zeitraum von 2002 bis 2009 von 219 leitenden Journalisten 64 im Zusammenhang mit 82 Organisationen bzw. Strukturen standen, in denen Kontaktpotential mit Repräsentanten von Staat und/oder Konzernen sowohl Deutschlands als auch anderer Länder bestand. Dabei handelte es sich nur um Verbindungen, "die mit der Ausübung ihrer journalistischen Tätigkeit nicht unmittelbar zu tun hatten." Diese 64 Journalisten arbeiteten bei 13 der insgesamt 14 Leitmedien."

Krüger untersuchte insbesondere die Netzwerke von vier besonders mit den Einrichtungen, Instituten, Stiftungen, Konferenzen und Tagungen der Eliten verbundenen US-nahen Alpha-Journalisten: Klaus-Dieter Frankenberger, bei der FAZ verantwortlicher Redakteur für Außenpolitik; Josef Joffe, Mitherausgeber der Zeit; Michael Stürmer, Chefkorrespondent der Welt, und Stefan Kornelius, Außenpolitik-Ressortleiter der SZ.

Drei von ihnen hatten schon vor 2002 eine starke Verbindung zu den USA: Frankenberger war 1985-86 Mitarbeiter eines Abgeordneten im US-Repräsentantenhaus und 1990 Marshall Fellow der Harvard-University. Kornelius war von 1996 bis 1999 USA-Korrespondent der SZ in Washington. Und Joffe studierte an der Universität in Washington, promovierte in Harvard und lehrte später jeweils auch als Dozent an beiden Orten.

Die Netzwerke der vier Top-Journalisten haben auffällige Gemeinsamkeiten: "In allen vier spielen nicht nur Organisationen eine Rolle, die sich mit Außen- und Sicherheitspolitik beschäftigen, sondern auch speziell mit der Festigung der transatlantischen Beziehungen, also der Partnerschaft zwischen der USA und Deutschland bzw. Europa, die zu einem großen Teil über ... die Nato vermittelt wird. Alle vier waren Teilnehmer der *Münchener Sicherheitskonferenz*, die historisch aus der Nato heraus erwachsen ist. Frankenberger und Joffe waren Mitglieder der (von David Rockefeller initiierten) *Trilateralen Kommission*.

Joffe und Stürmer waren in der *Atlantik-Brücke* involviert ... Joffe und Kornelius waren im *American Institute for Contemporary German Studies* involviert sowie im *American Council on Germany* ... Frankenberger war Beiratsmitglied der *Atlantischen Initiative*, ... Kornelius saß im Präsidium der *Deutschen Atlantischen Gesellschaft*, die Lobbyarbeit für die Nato macht. Joffe war Teilnehmer der geheimen *Bilderberg-Konferenz*, ... sowie Kurator der *American Academy* in Berlin und des *Aspen Institute Deutschland* und hat die US-Fachzeitschrift *The American Interest* mitbegründet.

Weitere gemeinsame außen- und sicherheitspolitische Organisationen waren die *Bundesakademie für Sicherheitspolitik* (Frankenberger, Kornelius), die *Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik* (Kornelius, Joffe, Stürmer) sowie deren Organ *Internationale Politik* (Kornelius, Frankenberger, Joffe).

Alle vier Journalisten zeigten aus diesem US- und Nato-geprägten Milieu heraus eine weitgehende Übereinstimmung in ihrem "journalistischen Output" auf. Sie argumentierten ganz im Sinne der Außen- und Sicherheitspolitik der amerikanischen und deutschen Regierung. Sie fordern einen geographisch bis zum Hindukusch und wirtschaftlich bis zu den Ursachen des Terrorismus erweiterten Sicherheitsbegriff, und "erwähnen einen Katalog von Bedrohungen,

wie er ähnlich oder gleichlautend in den offiziellen Dokumenten von Bundesregierung, EU, Nato und USA vorkommt."

Sie erklären, daß der Kalte Krieg zu Ende, das Zeitalter der klassischen Landesverteidigung oder das 'Westfälische System' der souveränen Staaten überholt und eine neue Zeit angebrochen sei. "Einig sind sich alle vier, daß Deutschland das Bündnis mit den USA (bzw. die transatlantischen Beziehungen bzw. die Nato) pflegen sollte, um den Bedrohungen angemessen begegnen zu können."

Angesichts der Ablehnung deutscher kriegerischer Einsätze durch die Mehrheit der Deutschen fordern sie "verstärkte Anstrengungen der Politik, den Bürgern die Notwendigkeit des Militäreinsatzes in Afghanistan zu vermitteln" und "offensiv für mehr militärisches Engagement zu werben." Alle vier verlangen, "daß Deutschland die Ansprüche der Nato erfüllen und somit seine Bündnistreue ... unter Beweis stellen sollte."

"Nicht vergessen werden sollten die historischen Leistungen, die die USA und die Nato seit Ende des Zweiten Weltkrieges für die Bundesrepublik erbracht haben. Alle vier Journalisten führen dies an und erwähnen teilweise Dankbarkeitsgefühle oder kritisieren die Undankbarkeit der Deutschen."

Uwe Krüger untersuchte auch die Berichterstattung über die Münchner Sicherheitskonferenz mit dem Ergebnis: Die Welt, FAZ und SZ, von denen jeweils ein hochrangiger Journalist auch regulärer Teilnehmer war, berichteten detailliert die Auffassungen der Eliten, ohne sie zu hinterfragen oder die Kritik der Friedensbewegung zu würdigen. Da die Berichterstattung nicht nur von den zuvor beleuchteten Journalisten geleistet wurde, weist dies "auf eine generelle Elitenorientierung dieser Redaktionen zumindest in diesem Themenfeld hin."

Man wußte ja von dieser Verschwörung. Hier wird ihre Theorie wissenschaftlich bestätigt. ...<<

Die "Badische Zeitung" berichtet am 22. November 2014: >>**Blindgänger: Tausende Fliegerbomben liegen noch unter der Erde**

Deutschland ist Bombenland. Fast 70 Jahre nach Kriegsende liegen noch abertausende Blindgänger im Boden. ...

Es ist ein drückender Sommertag vor fünf Jahren, als Baggerfahrer Georg Neumaier auf ein mit Dreck verschmiertes Etwas stößt. Kies hatte er hier im Freiburger Westen eigentlich erwartet, Erde natürlich, aber doch nicht das, was jetzt ein paar Meter vor ihm auf der Schaufel liegt. Es dauert ein paar Sekunden, bis er versteht, was er ausgebuddelt hat. Seine Augen werden groß, sein Blick weicht nicht von diesem Objekt, das so aussieht wie eine, na ja, eine Bombe? Er steigt von seinem Bagger, geht ein paar Schritte in Richtung Schaufel, inspiziert sie. Die Gewißheit kommt schnell. Das, was so aussieht wie eine Bombe, ist auch tatsächlich eine. Er klettert zurück auf den Bagger, schaltet den Motor aus, plötzlich ist alles still. Dann rennt er ins Büro, alarmiert die Polizei. Eine Bombe, Wahnsinn.

Später sagt man ihm, daß er einen 500-Kilogramm schweren Blindgänger aus dem Zweiten Weltkrieg aus dem Boden gefördert hat, einen Mords-Brummer. Daß das Ding scharf war. Daß er gewaltiges Glück hatte. Was alles hätte passieren können! Daran muß er heute noch häufig denken.

Im Januar dieses Jahres fehlte einem Baggerfahrer in Euskirchen dieses Glück. Er war gerade damit beschäftigt, Bauschutt zu zerkleinern, als der Greifarm seines Gefährts auf einen Blindgänger stieß - und diesen zur Explosion brachte. Deren Wucht tötete den Familienvater auf der Stelle und verletzte mehrere Menschen im Umkreis.

In Deutschland herrscht bizarre Sorglosigkeit, wenn es um Blindgänger aus dem Zweiten Weltkrieg geht. Die explosive Altlast liegt unter unseren Füßen, sie wird von Jahr zu Jahr gefährlicher, aber niemanden kümmert das. Dabei vergeht keine Woche, ohne daß irgendwo in der Bundesrepublik ein Blindgänger auftaucht. Meist ist es ein Zufallsfund. Und oft ist es pu-

res Glück, daß die Bombe nicht auch anrichtet, wofür sie dereinst gebaut worden ist: Häuser zerstören, Menschen töten.

Auch unter dicht besiedelten Großstädten schlummern solche Gefahren. Selbst gut besuchte Volksfeste wie der Dom in Hamburg und das Oktoberfest in München finden wahrscheinlich auf Bombenboden statt. Diesen beunruhigenden Verdacht legen Luftbilder aus dem Zweiten Weltkrieg nahe. Und bereits geborgene Blindgänger bestätigen es.

In Südbaden wurde während des Zweiten Weltkriegs besonders Freiburg stark bombardiert. Nächste Woche jährt sich der tödliche Angriff zum siebzigsten Mal. Die Stadt erinnert sich an die Toten, die Trauer, die Zerstörung. Und nebenbei wird ins Gedächtnis gerufen, welche Geschosse immer noch unter der Stadt liegen. Zuletzt fanden Bauarbeiter im Sommer 2012 einen Blindgänger auf dem Schulhof der Merianschule am nördlichen Ende der Altstadt. Ein Zufallsfund.

Präventiv nach den tödlichen Geschossen gesucht wird in Deutschland selten. Vor Blindgängern verschließt der Staat konsequent die Augen. Nach dem Motto: Was liegt, liegt. Solange es keinen begründeten Verdacht gibt, existiert auch keine Gefahr. Und damit für die Behörden kein Handlungsbedarf. Es ist ein Spiel auf Zeit.

Denn auch unentdeckt bleiben all die Minen, Bomben und Granaten unter deutschen Städten real. Das weiß niemand besser als der Kampfmittelexperte Wolfgang Spyra von der Technischen Universität Cottbus. Er hatte einen europaweit einzigartigen Lehrstuhl für Altlasten inne, bis dieser vor drei Jahren aufgelöst wurde. "Die Gefahr, die von Blindgängern ausgeht, wird allgemein unterschätzt", sagt er. Es sei außerordentliches Glück, daß bisher nur wenige Menschen verletzt oder getötet worden seien. Womöglich ist das der Hauptgrund, warum die Deutschen sich nicht darum scheren, was unter ihnen liegt.

Rund 1,4 Millionen Tonnen hochexplosives Material warfen Briten und Amerikaner im Zweiten Weltkrieg auf das Deutsche Reich ab. Dabei wurden etwa 160 Städte und 850 kleinere Orte aus der Luft angegriffen. Schwerpunkte waren Berlin, Hamburg, Köln und das Ruhrgebiet. Auf Baden-Württemberg fielen 90.000 bis 100.000 Tonnen Kampfmittel, die Hälfte davon auf die großen Industriezentren Mannheim und Stuttgart. Wie viele Bomben auf Südbaden abgeworfen wurden, weiß niemand genau. Aber es werden in ganz Baden-Württemberg noch Tausende Blindgänger im Erdreich vermutet.

Warum sie nicht explodiert sind? Je nach Angriffsziel setzten die Alliierten unterschiedliche Abwurfmunition ein. Auf deutsche Städte wurden hauptsächlich Sprengbomben abgeworfen. Wenn sie zündeten, deckte die Druckwelle die Dächer ganzer Häuserblocks ab. In die freigelegten Dachstühle warf man schließlich Brandbomben ab, und ein tödlicher Feuersturm breitete sich aus.

Besonders perfide war die Wirkung von Langzeitzündern

Der Zünder sollte die Detonation einer Bombe hinauszögern, von wenigen Minuten bis zu mehreren Tagen, wenn die Zivilbevölkerung wieder aus Kellern und Bunkern hervorgekommen war. Ziel war es, mit Explosionen ohne Vorwarnung die Moral der Menschen endgültig zu brechen. Am häufigsten wurden dafür chemische Zeitzünder eingesetzt.

Sie bestehen aus einer mit Aceton gefüllten Glasampulle und einem Zelluloidplättchen, das eine gespannte Feder zurückhält. Gedacht war das so: Zerbrach das Glas, begann ein chemischer Zersetzungsprozeß, das Aceton zerfraß das Plättchen langsam. Konnte es die Feder nicht mehr halten, schnellte sie mit einem Metallbolzen in Richtung Sprengstoff - die Bombe explodierte.

Blieb aber die Glasampulle intakt oder zersetzte sich das Zelluloidplättchen nicht, wurde aus der Bombe ein Blindgänger. Die Blindgängerquote der hochempfindlichen Langzeitzünder lag bei 15 Prozent. Was damals Glück war, ist heute ein Problem.

Hunderttausende scharfe Bomben aus britischer und amerikanischer Produktion vermuten

Experten noch im deutschen Untergrund. Jedes Jahr explodieren ein bis zwei Bomben mit Zeitzünder ohne Vorwarnung - zum Beispiel an einem Radweg in München (2011) und auf einer Wiese in Buseck bei Gießen (2013). Je länger die Bomben unter uns liegen, desto gefährlicher werden sie. Sprengstoff rostet nicht. Aber wo sind sie? Und warum birgt und entschärft man sie nicht endlich?

Sprengstoff rostet nicht - die Bomben können jederzeit explodieren

Eine systematische Suche scheitert an den horrenden Kosten, aber auch am Allgemeinen Kriegsfolgesgesetz, das eine paradoxe rechtliche Situation schafft. Demnach kommt der Bund einzig für die Beseitigung ehemals reichseigener Munition auf. Das bedeutet: Bei Bombenfunden ist die Nationalität des Sprengkörpers entscheidend.

Für - selten gefundene - deutsche Bomben zahlt der Bund, für amerikanische und britische nicht. Deshalb fühlt sich niemand verantwortlich, das ganze Land nach Blindgängern abzusuchen. So sind die Kampfmittelräumer lediglich zuständig für Bergung, Entschärfung und Entsorgung von zufällig gefundenen Blindgängern - nicht aber für eine systematische, vorbeugende Suche. Bombenexperte Wolfgang Spyra schimpft: "Diese Regelung ist grotesk."

Bomben sind Ländersache. Deshalb unterhalten die meisten Länder einen eigenen Kampfmittelräumdienst. Vor drei Jahren versuchte der Bundesrat, die Gesetzeslage zu ändern und den Bund stärker in die Verantwortung zu nehmen. Schwarz-Gelb lehnte den Antrag ab. Begründung: kein Geld. Für Einsätze von Polizei und Feuerwehr kommen in der Regel die Kommunen auf. Für den Rest haftet der Grundeigentümer - etwa für die Schäden durch eine kontrollierte Sprengung, wenn also keine Entschärfung möglich ist und sofern es sich nicht um eine deutsche Bombe handelt. Da ist eine gute Gebäudeversicherung ratsam.

In manchen Städten wie Hamburg sind die Bauherren verpflichtet, ihre Grundstücke vorsorglich nach Kampfmitteln abzusuchen, ehe sie nur einen Stein bewegen. Die Kosten hierfür sind hoch und können manche Bauvorhaben ganz gefährden. Deshalb meiden manche Investoren stark bombardierte Flächen und bauen lieber woanders an. "Das ist ein Witz. Der Bürger muß Verantwortung übernehmen, die der Staat nicht übernimmt", sagt Spyra.

Die meisten Deutschen wüßten von dieser bizarren Rechtslage nichts. Im Gegenteil: Wenn der Kampfmittelräumdienst anrückt und eine Bombe entschärft, seien sie äußerst dankbar. "Die Anwohner denken: Alles gut gegangen, der Staat kümmert sich um die Sicherheit seiner Bürger." Auf die Frage, wie lange es beim derzeitigen Tempo dauern werde, bis Deutschland bombenfrei sei, antwortet er: "Generationen ist wohl die richtige Formulierung."

In Baden-Württemberg ist das prophylaktische Absuchen von Kampfmitteln auf Grundstücken Privatsache. Es existiert kein Gesetz, vor dem ersten Spatenstich eine Neubau-Fläche nach möglichen Bomben abzusuchen. Lediglich die Berufsgenossenschaft der Bauwirtschaft schreibt vor, eine Kampfmittel-Expertise einzuholen. Sonst kann der Versicherungsschutz erlöschen.

Um nach Jahrzehnten noch festzustellen, wo in Deutschland Blindgänger liegen, bedarf es umfangreicher Recherchen. Stark bombardierte Städte leisten sich dafür sogenannte Abteilungen für Gefahrenerkundung, die mit Hilfe historischer Luftbilder Fliegerbomben aufzuspüren versuchen.

Die Idee dahinter: Je mehr Sprengkörper auf einen Ort niedergingen, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, Blindgänger zu finden. Experten sind in der Lage, auf diesen Luftbildern Einschlagkrater zu erkennen und dadurch besonders gefährdete Gegenden zu lokalisieren. Zudem ist eine bereits gefundene Bombe ein starkes Indiz dafür, daß noch weitere im Boden schlummern. Schließlich werden alle Verdachtspunkte in eine Karte eingetragen.

Auch Baden-Württemberg unterhält in Stuttgart eine Abteilung für Luftbildauswertung. Fünf Mitarbeiter suchen Aufnahmen der Alliierten nach Blindgängern ab, einer davon ist der Freiburger Thomas Mertens. Mertens weiß, welche Flugrouten die Alliierten wählten, um Frei-

burg zu treffen; und er weiß, daß es in einem anderthalb Kilometer breiten Streifen von Betzenhausen-Lehen bis zum Schloßberg (darunter viele Wohngebiete) besonders viele Bomben hagelte. Derzeit laufen die Vorbereitungen, um im Frühjahr vier Blindgänger unter der B 3 bei Gundelfingen zu bergen. Bis dahin läuft der Verkehr weiter. Angst müsse man nicht haben, sagen die Behörden.

"Es ist schon wichtig, daß niemand verrückt gemacht wird", sagt Wolfgang Müller von der Luftbilddatenbank Dr. Carls in Estenfeld bei Würzburg, die historische Luftaufnahmen aus britischen und amerikanischen Archiven besorgt und sie an deutsche Behörden weiterverkauft. Verdrängt werden dürfe das Problem allerdings nicht.

Etwa die Hälfte aller verfügbaren Aufnahmen seien mittlerweile geborgen, schätzt Müller, zwei Millionen weitere noch nicht. Die Länder seien recht unterschiedlich an der Gefahrenerkundung von oben interessiert. Als vorbildlich bezeichnet Müller Hamburg, das alles, was bekannt sei, aufgekauft habe. Bayern hingegen habe bis heute ein Drittel der verfügbaren Aufnahmen nachgefragt und sei bis zum Jahr 2006 kaum interessiert gewesen.

Penibel haben die Alliierten ihre Bombardierungswellen auf deutsche Städte dokumentiert. Ihre Pläne verzeichnen nicht nur die Angriffsziele der Luftwaffe, sondern auch die sichtbaren Schäden. Allein aus Luftaufnahmen auf Blindgänger zu schließen ist eine Kunst für sich, das Ergebnis nicht immer eindeutig. Deshalb geben die Angriffspläne des ehemaligen Feindes wertvolle Hinweise auf bisher unentdeckte Bomben.

Der Hamburger Feuerwerker Peter Bodes ist Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft aller deutschen Kampfmittelräumdienste. Er weiß zwar, wie die Bomben ticken, aber auch er weiß nicht, wo. Bodes versteht nicht, warum sich der Bund aus der Verantwortung stiehlt. "Nach unserer technischen Auffassung gehen die Bomben mit Langzeitzünder irgendwann alle hoch", sagt er. Deshalb müsse man versuchen, "den Mist endlich aus dem Boden zu holen". Das sei aufwendig, aber möglich.

Die Auswertung von Luftbildern und historischen Archivalien ist also der wichtigste Schritt, um Blindgänger systematisch aufzuspüren. Erhärtet sich ein Verdacht, wird die fragliche Stelle mit Metalldetektoren und Magnetometern abgesucht. Das erfordert Fachwissen: Da vor allem in der Nachkriegszeit Löcher im Boden mit Schutt und Schrott zugeschüttet wurden, können die Signale der Detektoren auch mal von alten Kohleöfen herrühren. Je tiefer ein Sprengkörper liegt, desto schwieriger ist er zu ermitteln.

Eine einzige Stadt in der ganzen Bundesrepublik versucht seit einigen Jahren, die Gefahr aus dem Boden endgültig zu beseitigen. Es handelt sich um Oranienburg. Auch hier mußte erst eine öffentliche Debatte für den nötigen Druck sorgen, aber jetzt wird dort etwas getan. Als Rüstungsstandort war die Kleinstadt nördlich von Berlin Ziel intensiver Angriffe.

Vor sechs Jahren hat Altlasten-Professor Wolfgang Spyra ein Gutachten über die Gefahr im Oranienburger Untergrund verfaßt: Über 300 scharfe Bomben sollen aktuell noch im Boden des Stadtgebiets liegen. Nach diesen Blindgängern wird nun systematisch gefahndet, um sie unschädlich zu machen.

Eine solche Suche ist in Baden-Württemberg nicht geplant. Aber sie wäre möglich, wenn man das nötige Geld investierte. "Dann könnte man die Städte systematisch durcharbeiten und das Gros der Bomben bewältigen", sagt Luftbilddauswerter Thomas Mertens. Das allerdings wird von Jahr zu Jahr riskanter.<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/4741" berichtete am 30. November 2014 (x1.049/...): >>Existiert die Kanzlerakte?

Man mag das Papier nennen wie man will, ob man es Kanzlerakte, Unterwerfungsbrief oder auch geheimer Staatsvertrag nennt, spielt keine Rolle.

Existiert eigentlich die Kanzlerakte?

Wer die Existenz eines solchen Papiers leugnet, muß gleichzeitig Persönlichkeiten wie Egon

Bahr und Gerd-Helmut Komossa als Lügner bezeichnen. Der ehemalige Chef des militärischen Abschirmdienstes "MAD*", Gerd-Helmut Komossa, berichtete in seinem Buch "Die deutsche Karte" sowohl über die Medienhoheit der Alliierten bis zum Jahr 2099 als auch über die Kanzlerakte, die jeder Bundeskanzler vor Ablegung des Amtseides zu unterschreiben hatte, dies um die Vorbehaltsrechte der Alliierten zu bestätigen.

Gleiches berichtet der ehemalige Staatssekretär im Bundeskanzleramt, Egon Bahr, über Willy Brandt, der sich zunächst weigerte, den Unterwerfungsbrief zu unterschreiben, um es letztendlich doch zu tun, genau wie seine Vorgänger Adenauer, Erhard und Kiesinger.

Wie bekannt sein dürfte, existieren die Alliierten Vorbehaltsrechte bis heute. Warum also sollte dieser, wie Egon Bahr sich ausdrückt, Unterwerfungsbrief nicht mehr existieren?

Das Verhalten der politischen Akteure beweist eher die Existenz eines solchen Briefes. Der Chef der Linken, Gregor Gysi, spricht hier folgerichtig von "Duckmäusertum" der Merkel-Regierung gegenüber den Vereinigten Staaten von Amerika. Recht hat er.

Der Journalist, politischer Aktivist und Autor zahlreicher Bücher über die Außenpolitik Jürgen Elsässer konstatierte über die Souveränität Deutschlands:

"Selbst etwa 70 Jahre nach Kriegsende befinden sich immer noch über 50.000 US-Soldaten, hunderte Panzer und zahlreiche US-Stützpunkte, einschließlich Atomwaffen auf deutschem Boden! Und die Bevölkerung trägt weiter fleißig die Besatzungskosten in Milliardenhöhe! Damit finanzieren deutsche Bürger auch die menschenfeindlichen Drohnenkriege der US-Regierung!

Welche faktisch gesehen Hinrichtungen ohne gerichtliche Urteile von Richtern darstellen!

Todesstrafe ohne Gerichtsverfahren und das von deutschem Boden aus!"...

Auszug aus Phönix 17. Jg. Nr. 4/2014 - Phoenix.com@A1.net<<

Hinweise für den Leser

Einstellungstermin: 01.04.2023

Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

Rechtschreibregeln: Diese Chronik wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

Zitate: Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> ... << gekennzeichnet.

Bei Auslassungen ... wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

Anregungen und Kritik: Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir in dieser Chronik Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

Urheberrechte: Alle Rechte vorbehalten. Diese Chronik ist ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt.

Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. **Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.**

Beispiel: (x335/79) = Finanz-Mächte. Kriminalgeschichte des Großen Geldes, Seite 79.

x335	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Finanz-Mächte</u> . Kriminalgeschichte des Großen Geldes. COMPACT-Geschichte Nr. 20. Werder (Havel) 2018.
x347	Schulte, Thorsten: <u>FREMDBESTIMMT</u> . 120 Jahre Lügen und Täuschung. 3. Auflage. Bautzen 2019.
x348	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Kriegslügen der USA</u> . Das Massaker an der Wahrheit von 1990 bis heute. COMPACT-Spezial Nr. 2. Werder (Havel) 2013.
x349	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Feindbild Familie</u> . Politische Kriegsführung gegen Eltern und Kinder. COMPACT-Spezial Nr. 3. Werder (Havel) 2013.
x357	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Ami go home!</u> Wie uns NSA, CIA und Army besetzt halten. COMPACT-Spezial Nr. 6. Werder (Havel) 2016.

Internet

x853	THEOLOGISCHES, katholische Monatschrift: http://www.theologisches.-net/index.php?option=com_content&view=article&id=52&Itemid=58 - März 2015.
x866	http://horst-koch.de/welche_energie-technik_ist_den_deutschen_erlaubt/ - Januar 2016.
x887	http://www.preussische-allgemeine.de/archiv-suche.html - Dezember 2016
x892	http://www.civitas-institut.de/index.php?option=com_content&view=article&id - Januar 2018
x903	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2013/11/22/hintergruende-der-europaischen-integrationsbewegung/ - Januar 2019
x932	http://www.horst-koch.de/deutschland-519/merkel-betreibt-aufloesung-deutschlands.html - Juli 2019

x936	https://www.magazin2000plus.de/index.php/magazine/extra/extra-11-detail - Juli 2019
x946	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2014/10/31/der-journalismus-als-herrschaftsinstrument/ - November 2019
x1.000	https://www.kla.tv - März 2021
x1.030	https://www.wissensmanufaktur.net/pressefreiheit-wird-nur-noch-simuliert/ - November 2021
x1.031	https://www.wissensmanufaktur.net/verschwiegenes-verharmlostes- - November 2021
x1.049	https://www.kla.tv - Februar 2022
x1.084	https://www.ndr.de/der_ndr/unternehmen/chronik/sesamstrasse2167_page-2.html - März 2022
x1.154	https://www.lunapark21.net/die-bundesregierung-diktiert-in-der-eu-ist-aber-auch-statthalter-von-us-interessen/#more-1737 - September 2022
x1.155	https://www.lunapark21.net/failed-states/#more-396 - September 2022
x1.156	https://www.lunapark21.net/berlin-im-kielwasser-von-washington/#more-430 - September 2022
x1.162	https://newstopaktuell.wordpress.com/category/die-schlimmsten-schwerverbrecher-der-welt/ - September 2022
x1.163	https://newstopaktuell.wordpress.com/category/die-rede-die-john-f-kennedy-das-leben-kostete/ - September 2022